

Außenpolitische Kommunikation und Konfliktmanagement

Eine vergleichende Analyse außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern westlicher Demokratien seit dem Ende des Kalten Krieges

Dissertationsschrift zur Erlangung des Doktorgrades an der Philosophischen Fakultät
der Universität Passau

Maria Juliana Dorn
Falkenstraße 19, 81541 München
Januar 2008

A Inhaltsverzeichnis

A Inhaltsverzeichnis..... ii

C Abkürzungsverzeichnis..... vii

I. Einleitung 1

1. *Zentrale Fragestellung des Forschungsvorhabens*..... 1

2. *Ziel der Untersuchung*..... 3

II. Theorie – wissenschaftliche Hintergründe und Grundlagen 4

1. *Politikwissenschaft – Diskursanalyse im konstruktivistischen Sinne*..... 5

1.1 Demokratie und ihre Ausprägungen: Grundlage des Vergleichs außen- und sicherheitspolitischer Kommunikation 6

1.2 Vergleichende Systemforschung 9

1.2.1 Das Input-Output – Modell 14

1.2.2 Dimensionen des Politischen in der vorliegenden Untersuchung 16

1.2.3 Konzepte der Politischen Kultur: Öffentliche Meinung, Nationale Identität 18

2. *Kommunikationswissenschaft*..... 21

2.1 Das Koorientierungsmodell beruhend auf der Lasswell-Formel 22

2.2 Kommunikationssystem und Kommunikationskultur..... 24

3. *Sozialwissenschaft – Internationales Konfliktmanagement*..... 26

III. Methodik	29
1. <i>Außenpolitische Kommunikation in der Literatur</i>	29
2. <i>Außen- und sicherheitspolitische Kommunikation und ihre Dimensionen in der vorliegenden Analyse</i>	34
2.1 Machtverhältnisse und Führungsstil	38
2.2 Strategie der Außenpolitik und Politikstil	44
2.3 Kommunikationsstil der Akteure	55
3. <i>Das Untersuchungsmodell außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern westlicher Demokratien</i>	65
IV. Empirie: Anwendung des Untersuchungsmodells auf ausgewählte sicherheitspolitische Konfliktsituationen in westlichen Demokratien	70
1. <i>Aufbau der empirischen Untersuchung</i>	70
1.1 Fallstudien in der politikwissenschaftlichen Analyse	71
1.2 Auswahl des Datenmaterials	73
1.2.1 Datenmaterial des Konfliktbarometers des Heidelberger Instituts für Konfliktforschung	74
1.2.2 Metastudie des Konfliktbarometers als Basis der Fallstudien	75
2.1 Die Bundesrepublik Deutschland	83
2.1.1 Das Regierungssystem im nationalen Umfeld	83
2.1.2 Die Akteure der Außenpolitik	85
2.1.3 Sicherheitspolitische Traditionen, Werte und Normen – Stellung im internationalen System	86
2.2 Die Vereinigten Staaten von Amerika.....	92
2.2.1 Das Regierungssystem der Vereinigten Staaten	92
2.2.2 Die Akteure der Außenpolitik	94
2.2.3 Außenpolitische Traditionen, Werte und Normen und die Stellung im internationalen System	98

2.3 Russland – defekte Demokratie als Sonderfall einer westlichen Demokratie	103
2.3.2 Die Akteure der Außenpolitik	107
3. <i>Fallstudienanalyse</i>	118
3.1 Begründete Auswahl und Charakterisierung der Fälle	118
3.2 Crucial Cases – Deutschland	122
3.2.1 Die Beteiligung der deutschen Bundeswehr im Rahmen des NATO-Einsatzes im Kosovo.....	122
3.2.2 Der Einsatz der deutschen Bundeswehr im Kampf gegen den internationalen Terrorismus in Afghanistan.....	136
3.3 Crucial Cases – Vereinigte Staaten von Amerika	149
3.3.1 Die Intervention der USA auf Haiti	149
3.3.2 Die Entscheidung des Einmarsches in den Irak – Operation Iraqi Freedom	162
3.4 Crucial Cases – Russland	174
3.4.1 Die Entscheidung der militärischen Intervention in Tschetschenien ...	174
3.4.2 Frozen Conflict: Georgien	188
V. Abschließende Bewertung der Fallstudien	199
1. <i>Beeinflussende Faktoren auf die Gestaltung und Verwendung außenpolitischer Kommunikation im internationalen Konfliktmanagement westlicher Demokratien</i>	<i>202</i>
2. <i>Gegenüberstellung der untersuchten Staaten: Deutschland, USA, Russland .</i>	<i>203</i>
2.1 Deutschland: Kommunikation eines neuen sicherheitspolitischen Selbstbewusstseins	204
2.2 USA: Zielorientierte und wertegeleitete Kommunikation.....	205
2.3 Russland: Kommunikation zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung	206
3. <i>Vergleichende Darstellung des Outputs</i>	<i>210</i>

<i>4. Beurteilung der Rolle internationaler Organisationen innerhalb sicherheitspolitischer Kommunikation - Forum oder Hemmnis?</i>	<i>213</i>
4.1 Beurteilung der Rolle internationaler Organisationen und regionaler Bündnisse in den einzelnen Fällen	215
4.2 Interkultureller Vergleich der Rolle internationaler Organisationen.....	219
4.3 Rollenmodelle internationaler Organisationen und regionaler Bündnisse ..	220
<i>5. Ergebnis und Ausblick</i>	<i>221</i>
D Literaturverzeichnis	vi
<i>Monographien:.....</i>	<i>vi</i>
<i>Sammelbände:.....</i>	<i>xi</i>
<i>Zeitschriftenaufsätze:.....</i>	<i>xvi</i>
<i>Zeitungsartikel:.....</i>	<i>xviii</i>
<i>Online-Publikationen:.....</i>	<i>xviii</i>
<i>Regierungsdokumente:.....</i>	<i>xx</i>
E Anhang.....	xxv
Auswertung des Konfliktbarometers 1992 – 2006	xxv
Fallstudienübersicht - Deutschland	xxvi
Fallstudienübersicht – USA.....	xxxI
Fallstudienübersicht – Russland	xxxv
Übersicht diplomatischer Bemühungen der BRD im Jahr 1999	xxxix
Propaganda der russischen Regierung.....	xli
Übersicht zum Forschungsaufenthalt in Washington D.C.....	xlIII

B Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Abkürzungsverzeichnis.....</i>	vii
<i>Abbildung 2: Das Input-Output Modell in seiner Anwendung auf außenpolitische Kommunikation.....</i>	15
<i>Abbildung 3: Die Lasswell-Formel in ihrer Anwendung für außenpolitische Kommunikation.....</i>	22
<i>Abbildung 4: Das Koorientierungsmodell in seiner Anwendung auf Außenpolitik.....</i>	23
<i>Abbildung 5: Zusammenhang beeinflussender Faktoren außenpolitischer Kommunikation.....</i>	35
<i>Abbildung 6: Dimensionen des Untersuchungsmodells.....</i>	37
<i>Abbildung 7: Übersicht der Leadership-Rollen nach Barber.....</i>	44
<i>Abbildung 8: Kommunikationsmöglichkeiten im Rahmen einer außenpolitischen Strategie</i>	51
<i>Abbildung 9: Strategie – Konflikt – Modell nach Thomas Jäger.....</i>	53
<i>Abbildung 10: Rolle der Öffentliche Meinung für den außenpolitischen Entscheidungsprozess</i>	56
<i>Abbildung 11: Übersicht über die Dimensionen des Analyserasters sicherheitspolitischer Kommunikation westlicher Demokratien.....</i>	67
<i>Abbildung 12: Entwicklung der Anzahl von Krisen weltweit seit 1992</i>	76
<i>Abbildung 13: Gegenüberstellung inter-, intrastaatlicher und transnationaler Krisen 2006</i>	77
<i>Abbildung 14: Mittel der Konfliktlösung seit 1992</i>	78
<i>Abbildung 15: Charakterisierung der Konflikte im Jahr 2006.....</i>	79
<i>Abbildung 16: Übersicht der Begründung für die Auswahl der Fälle.....</i>	121
<i>Abbildung 17: Zusammenfassende Übersicht der Ergebnisse</i>	200
<i>Abbildung 18: Zusammenfassende Übersicht der Charakterisierung sicherheitspolitischer Kommunikation.....</i>	208
<i>Abbildung 19:.....</i>	209
<i>Abbildung 20: Rolle internationaler Organisationen/regionaler Bündnisse nach Fällen</i>	213
<i>Abbildung 21: Charakteristika der Rollenmodelle internationaler Organisationen und regionaler Bündnisse im Konfliktmanagement- und Kommunikationsprozess</i>	220

C Abkürzungsverzeichnis

Abbildung 1: Abkürzungsverzeichnis

BRD	Bundesrepublik Deutschland
CIA	Geheimdienst der Vereinigten Staaten von Amerika
EU	Europäische Union
FBI	Bundespolizei der Vereinigten Staaten von Amerika
FSB / (KGB)	Russischer Geheimdienst / (zu Zeiten der Sowjetunion)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GUUAM	Gemeinschaft der Staaten der GUS in denen es nicht zuletzt durch die farbigen Revolutionen, demokratische Ansprüche an das System gibt; benannt nach den Anfangsbuchstaben der Mitglieder: Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Tadschikistan, Turkmenistan
IAEO	Internationale Atomenergiebehörde
ISAF	Internationale Friedenstruppe für Afghanistan
IWF	Internationaler Währungsfond
KFOR	Internationale Friedenstruppe für das Kosovo
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NSC	Nationaler Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika
OAS	Organisation of American States
OSZE / KSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa / Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UNO	United Nations Organisation
UNSC	Sicherheitsrat der Vereinten Nationen / United Nations Security Council
USA	United States of America

I. Einleitung

Das ausgewogene Verhältnis von Mitteln, Zielen und bilateraler Kommunikation im internationalen Staatengefüge lobt Josef Joffe in seinem Artikel: „Von Merkel umgarnt“ in Bezug auf die von Bundeskanzlerin Merkel verfolgte außenpolitische Strategie¹. Joffe verbindet in seiner Einschätzung die Elemente, welche ein bislang in der Wissenschaft weniger behandeltes Thema beeinflussen: Die Kommunikation in der Sicherheitspolitik westlicher Demokratien.

Immer wieder kommt es bei außenpolitischen Aktivitäten von Staaten und im internationalen Konfliktmanagement zu Missverständnissen, Krisen und Konflikten, weil die Kommunikation nicht der Situation angemessen und / oder nicht an den Adressaten abgestimmt erfolgt.

Verstimmungen in den internationalen Beziehungen auf Grund kommunikativer Schwächen ereignen sich, obwohl persönliche Kommunikation nach wie vor als die höchste ausgebildete und bedeutendste Form kommunikativen Handelns angesehen wird² und bereits Jürgen Habermas immer wieder auf die Funktion als „überindividuelles Handeln“ hingewiesen hat³. Zu klären ist insbesondere die Frage, inwiefern sich westliche Demokratien in der Verwendung und Gestaltung politischer Kommunikation in der Außen- und Sicherheitspolitik unterscheiden. Welche Bedeutung der Kommunikation in der Außen- und Sicherheitspolitik zwischen westlichen Demokratien beigemessen werden kann, soll im Folgenden kurz anhand der aktuellen Entwicklungen in der internationalen Politik aufgezeigt werden.

Die klassischen Staatengefüge, insbesondere die westlichen Demokratien, sehen sich mit neuen, ungewohnten Herausforderungen konfrontiert: Anstelle traditioneller Akteure in Form von Nationalstaaten treten vermehrt regional übergreifende, national nicht eingrenzbar Gruppierungen, die das internationale Gleichgewicht in unterschiedlichen Bereichen beeinflussen. Konfliktmanagement, Krisenprävention und Konfliktnachbearbeitung bestimmen mehr und mehr den Alltag im internationalen Umfeld.

¹ Vgl.: Josef Joffe: Von Merkel umgarnt; in: *Die Zeit*, Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Wissen und Kultur, Nr. 16, 12.4.2007, 62. Jahrgang, S. 1.

² Vgl.: Lothar Wate: *Kommunikation und Kommunikatives Handeln*, Potsdam: University Press UMC, 2004, S. 285.

³ Vgl.: Hubert Knoblauch: *Kommunikationskultur*, Berlin: Watter de Gruyter, 1995, S. 32.

Unter dem Schlagwort „Internationaler Terrorismus“ werden so zum Beispiel weithin Anhänger zumeist fanatisch religiöser Organisationen zusammengefasst, die die sicherheitspolitische Lage im internationalen Umfeld gefährden können.

Aber auch im ökonomischen Bereich stehen neue Probleme auf der politischen Agenda: Im Zuge der fortschreitenden Globalisierung treten transnationale Akteure in den Vordergrund, die über Staatsgrenzen hinweg agieren. Die so genannten Global Player der Wirtschaft bestimmen aus Industrie und Finanzwesen heraus auch politische Entscheidungen. Einen noch stärkeren Einfluss nehmen derzeit energiepolitische Akteure. Dies hat nicht zuletzt der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zu Jahresbeginn 2006 gezeigt.

Ebenso finden sich in den „weichen“ Politikgebieten, wie Umweltfragen oder Menschenrechtsverletzungen, Quellen der Kontroverse und international agierende Gruppierungen, die nachhaltig Einfluss ausüben können. Hier ist vorrangig die internationale Energiewirtschaft mit überaus dominierenden Interessen zu nennen. Im Bereich des sozialen Engagements werden hingegen menschenrechtliche Fragestellungen immer wichtiger.

Um diesen nur vereinzelt genannten und bei weitem nicht vollzähligen Herausforderungen ausreichend begegnen zu können, wird eine kooperative und konsensorientierte Gestaltung der auswärtigen Beziehungen im Rahmen eines international ausgerichteten Konfliktmanagements immer wichtiger.

Keohane und Nye fordern so zum Beispiel die internationale Staatenwelt in Thomas Risses Artikel „Multilaterales Entscheiden unter den Bedingungen der Globalisierung – Wenn die Staatenwelt auf die Gesellschaftswelt trifft“ auf⁴, globalen Problemen mit mehr Kooperation und Koordination im internationalen System zu begegnen.

Zum einen beinhaltet dies Fragen nach dem optimalen Umgang mit diesen Problemen und der Generierung von entsprechenden Entscheidungs- und Handlungsprozessen, zum anderen ist aber gerade die Kommunikation, ihre Gestaltung und Verwendung im internationalen Konfliktmanagement in diesen Situationen im Rahmen der Sicherheitspolitik ein sehr wichtiger Aspekt.

⁴ Vgl.: Thomas Risse: Multilaterales Entscheiden unter den Bedingungen der Globalisierung – Wenn die Staatenwelt auf die Gesellschaftswelt trifft“, in: Dicke, Klaus (Hg.): *Politisches Entscheiden*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 113.

1. Zentrale Fragestellung des Forschungsvorhabens

Die Frage nach der unterschiedlichen Gestaltung politischer Kommunikation in der Außenpolitik westlicher Demokratien sowie deren Verwendung im internationalen Konfliktmanagement bestimmt die vorliegende Arbeit. Sie soll in einem interdisziplinären Ansatz aus politik- und kommunikationswissenschaftlicher sowie sozialwissenschaftlicher Perspektive geklärt werden. Nicht zu vernachlässigen ist in der Auseinandersetzung mit internationalem Konfliktmanagement die Betrachtung internationaler Organisationen und deren Einbindung in den Konfliktlösungsprozess.

Im *wissenschaftlichen Diskurs* begegnet man zahlreichen Analysen und Untersuchungen zur politischen Kommunikation unterschiedlichster Nationen, teils auch in vergleichenden Gegenüberstellungen. Jedoch werden hier lediglich national-spezifische Phänomene der politischen Kommunikation wie Wahlkampfkommunikation, Kommunikation von einzelnen Parteien oder Interessensgruppen sowie die wechselseitigen Beziehungen zwischen Politischem System und Mediensystem in den Fokus gerückt. Eine Auseinandersetzung mit außenpolitischer Kommunikation erfolgte insbesondere im deutschsprachigen Raum bislang lediglich in Form von Artikeln in Fachzeitschriften oder im Rahmen allgemeiner Bücher und Standardwerke als ein Bestandteil der politischen Kommunikation eines Staates. In den vergangenen Jahren hat die Disziplin der politischen Kommunikationsforschung einen bedeutenden Stellenwert in der fachlichen Auseinandersetzung gefunden. In der englischsprachigen Literatur finden sich Untersuchungen von Kommunikation auf internationaler Ebene, jedoch sind diese meist mathematischen Schemata zugeordnet und beschreiben die in außenpolitische Kommunikation mit einfließenden Aspekte nur ungenügend⁵.

Die nachfolgende Betrachtung widmet sich ausschließlich der politischen Kommunikation in der Außen- und Sicherheitspolitik auf internationaler Ebene. Außenpolitische Kommunikation wird dabei im weiteren Sinne verstanden. Aus diesem Grund wird in der Entwicklung eines Untersuchungsmodells versucht, mögliche beeinflussende Faktoren auf drei unterschiedlichen Ebenen zu bündeln um diese in einen zweiten Schritt als Vergleichskriterien in der Analyse von Länderstudien anzu-

⁵ Vgl. dazu: Claudio Cioffi-Revilla / Diana A. Zinnes: *Communication and Interaction in Global Politics*, London: Sage Publications, 1987, S. 33 und S. 59. Hier werden Berechnungen ange stellt, die die Beziehung zwischen Staaten in ihrer Intensität, ihrem Ausmaß und dem "sense of communication" in einem Zwei-Achsen-Modell beschreibt. Zusätzlich werden Berechnungen angestellt, die die Wahrscheinlichkeit für eine kriegerische Auseinandersetzung im internationalen System als eine Funktion des möglichen Eskalationspotentials in Beziehung zur Anzahl internationaler Krisen darstellen.

wenden. Die Länderstudien beziehen sich dabei auf ausgewählte Demokratien: Die Vereinigten Staaten von Amerika, die Bundesrepublik Deutschlands und die Russische Föderation als Sonderfall einer Demokratie.

Als Vergleichsebene dient die Ebene der Staats- und Regierungschefs. Deren Kommunikationsstil und die Verwendung der außenpolitischen Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern bilden die Grundlage für die Fallstudien zu folgenden Themen:

- der Militäreinsatz der USA auf Haiti unter Bill Clinton
- der Einmarsch in der Irak unter George W. Bush
- das internationale Konfliktmanagement im Kosovo unter Gerhard Schröder
- die Entsendung deutscher Bundeswehrosoldaten nach Afghanistan
- der Tschetschenien-Krieg unter Boris Jelzin sowie
- die Georgienkrise unter Vladimir Putin.

Es handelt sich somit, wie im Folgenden ausführlich dargestellt um eine akteursbezogene⁶ Analyse außen- und sicherheitspolitischer Kommunikation.

Ähnlich gestaltet sich der bisherige *praktische Umgang* mit außenpolitischer Kommunikation. Weitläufig wird darunter Diplomatie im weitesten Sinne verstanden und den entsprechenden Experten (Staats- und Regierungschefs, Minister, Berufs-Diplomaten, Angestellte in auswärtigen Ämtern) zugeordnet. Praktische Beratung erfolgt analog zum wissenschaftlichen Diskurs ausschließlich im Bereich der nationalen politischen Kommunikation – hier insbesondere im Gebiet der Wahlkampf-Kommunikation. Außenpolitische Prozesse werden zwar von fachspezifischen Strategen begleitet, jedoch stellt die optimale strategische Ausrichtung der Auswärtigen Beziehungen, wie sich im Folgenden zeigen wird, nicht die einzige Komponente für erfolgreiche außen- und sicherheitspolitische Kommunikation im internationalen Konfliktmanagement dar. Die praktische Relevanz betonen auch Interviews mit führenden Experten in Washington D.C. im Herbst 2006⁷. Im Gespräch mit Vertretern renommierter Think Tanks und Professoren aus den Fachgebieten internationale Politik, Konfliktmanagement und Strategie wurde die Relevanz der im folgenden Untersuchungsmodell beinhalteten Faktoren stets betont.

⁶ Im Folgenden werden männliche und weibliche Bezeichnungen nicht unterschieden. Ist also von Staats- und Regierungschef und Präsidenten die Rede, schließt dies immer auch die weibliche Bezeichnung mit ein.

⁷ Im Anhang findet sich dazu eine Übersicht der Gesprächspartner und besuchter Veranstaltungen zum vorliegenden Themenbereich.

2. Ziel der Untersuchung

Ziel dieser Untersuchung ist es, eine umfassende und übergreifende Perspektive der außenpolitischen Kommunikation in der Sicherheitspolitik auf Ebene der Entscheidungsträger in westlichen Demokratien abzubilden und im Anschluss daran zu vergleichen. Außenpolitische Kommunikation wird hier in einem weiteren Sinne definiert und umfasst auf persönlicher, nationaler und internationaler Ebene Faktoren, welche die Akteure in ihrem Kommunikationsverhalten beeinflussen. Dabei können neben persönlichen Einstellungen, Traditionen und Werten der Umgang mit Macht und die Erfahrung auf der internationalen Bühne eine wichtige Rolle spielen.

Anhand der Analyse der Gestaltung und Verwendung außen- und sicherheitspolitischer Kommunikation im internationalen Konfliktmanagement westlicher Demokratien seit dem Ende des Kalten Krieges wird zu zeigen sein, inwiefern sich westliche Demokratien als vermeintlich homogene Vergleichsbasis in der Gestaltung und Verwendung außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern unterscheiden. Das methodische Vorgehen findet somit seine Grundlage in der vergleichenden Systemforschung, da hier neben dem Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, den USA und Russland die jeweiligen Subsysteme politische Kultur und außenpolitischer Entscheidungsprozess unter Einbeziehung innenpolitischer Faktoren, beachtet werden, welche miteinander in Abhängigkeit stehen. Dabei wird insbesondere in der Untersuchung des russischen Systems die Theorie der defekten Demokratien berücksichtigt, um die Sonderstellung Russlands innerhalb der Klassifizierung als westliche Demokratie abzugrenzen.

In die Bewertung des Umgangs mit außenpolitischer Kommunikation im weiteren Sinne geht auch eine Klassifizierung der den internationalen Organisationen durch die agierenden Länder USA, Deutschland und Russland zugewiesenen Rolle auf der Ebene des internationalen Konfliktmanagements ein. Hier soll der Versuch unternommen werden, unterschiedliche Rollenmodelle zu identifizieren und diese in Zusammenhang mit den Ergebnissen des Vergleichs zu setzen.

II. Theorie – wissenschaftliche Hintergründe und Grundlagen

Die vorliegende Arbeit strebt einen Vergleich westlicher Demokratien hinsichtlich ihrer außenpolitischen Kommunikation und deren Verwendung im internationalen Konfliktmanagement an.

Die wissenschaftlichen Grundlagen entstammen drei wissenschaftlichen Disziplinen – der Politik-, Kommunikations- und Sozialwissenschaft. Auf Grund ausgewählter Untersuchungsmodelle der drei Disziplinen soll ein Vergleichsraster generiert werden, welches die Feststellung von gemeinsamen und differenzierenden Tendenzen erlaubt.

Dabei stellt die Untersuchung außenpolitischer Kommunikation westlicher Demokratien eine Prozessanalyse dar, die sich auf die Akteursebene beschränkt. Die Ergebnisse und die Auswertung der Falluntersuchungen können die Grundlage für spätere Vorschläge zur Prozess-Optimierung im Bereich der außenpolitischen Kommunikation bilden. Durch eine Modifikation der kommunikativen Strategie sollen Missverständnisse und Konflikte vermieden werden und ein optimaler Output auch in Krisensituationen angestrebt werden.

Untersuchungsgegenstand ist somit die Gestaltung und Verwendung außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern, die, wie im Folgenden zu zeigen ist, von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst wird. Das Analysemodell außenpolitischer Kommunikation gliedert sich dabei in die drei bestimmende Dimensionen: persönliche, nationale und internationale. Wichtig ist zu betonen, dass die vorliegende Arbeit ausschließlich nicht-mediale Kommunikation im Feld der Außenpolitik untersucht und nicht auf die Rezeption dieser in der medialen Berichterstattung Bezug nimmt. Begründet liegt dies in der Absicht, den persönlichen Kommunikationsstil der Akteure auf Entscheidungsebene sowie dessen Auswirkungen auf das nationale Konfliktmanagement in internationalen Krisensituationen zu untersuchen. Dabei steht die Frage nach den Faktoren, welche den Kommunikationsstil in Abhängigkeit vom persönlichen Machtbewusstsein nachhaltig beeinflussen und welche Konsequenzen dies auf das Verhalten im Konfliktmanagement mit sich bringt im Vordergrund. Eine Medienanalyse wäre hier nur bedingt zielführend. Des Weiteren erschwert die Unterschiedlichkeit der Berichterstattung in den zu untersuchenden Ländern eine homogene Vergleichsbasis, Darüber hinaus würde eine umfassende Untersuchung der Berichterstattung über die außenpolitische Kommunikation per se, ohne Einbezug der hier genannten nationalen und internationalen Di-

mensionen, nicht dem angestrebten Untersuchungsziel entsprechen, die Faktoren zu ermitteln, welche sowohl innerhalb von Staaten als auch im Vergleich der Staaten die Gestaltung und Verwendung außenpolitischer Kommunikation nachhaltig beeinflussen.

In dem zu generierenden Modell zur Analyse außenpolitischer Kommunikation vereinen sich wie bereits erwähnt vordergründig drei wissenschaftliche Disziplinen, die durch folgende analytische Ansätze grundlegend repräsentiert werden:

Das einfache *Kommunikationsmodell* nach Sender – Inhalt – Empfänger erhält seine Inhalte aus der *Politikwissenschaft*, genauer dem Vergleich politischer Kommunikation in der Außenpolitik in westlichen Demokratien. Ergänzt werden diese beiden Disziplinen mit *sozial- und kulturwissenschaftlichen* Überlegungen des Konfliktmanagements, welche eine politische Entscheidung nachhaltig beeinflussen.

Die enge Verbindung von Sozial- und Kommunikationswissenschaftlichen Ansätzen verdeutlicht Jürgen Habermas. Für ihn stellt Soziales Handeln immer auch „kommunikatives Handeln“⁸ dar. Im Folgenden werden daher kurz die grundlegenden Theorien dieser Disziplinen beschrieben, um das Modell zur Untersuchung außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern in einen wissenschaftlichen Kontext stellen zu können.

1. Politikwissenschaft – Diskursanalyse im konstruktivistischen Sinne

Im Rahmen politikwissenschaftlicher Untersuchungen bewegt sich die vorliegende Analyse im empirisch-analytischen Wissenschaftsverständnis und versucht somit die Wirklichkeit zu erfassen, sowie deren Veränderungen in einem bestimmten Umfeld zu beobachten. Daraus resultiert die zeitliche Beschränkung auf den Zeitraum seit dem Ende des Kalten Krieges. Der Vergleich länderspezifischer Fallstudien im Bereich der vergleichenden Systemforschung⁹ setzt sich mit Entscheidungen des Konfliktmanagements in internationalen Beziehungen auseinander, welche bereits vollständig abgeschlossen sind. Dies erlaubt eine umfangreiche Betrachtung aller Aspekte in Bezug auf die außen- und sicherheitspolitische Kommunikation und unterschiedliche Perspektiven im abschließenden Vergleich der Gestaltung und Verwendung ebendieser Kommunikation im internationalen Konfliktmanagement.

⁸ In: Schultze, Rainer-Olaf: Schultze: Kommunikation, in: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*, München: Verlag C.H. Beck Reihe, S. 418.

⁹ Zur Methodik und Verortung der Untersuchung wird im Folgenden näher eingegangen..

Um der Vollständigkeit der Untersuchung der außenpolitischen Kommunikation in westlichen Demokratien Rechnung zu tragen, werden im Folgenden wichtige grundlegende Modelle und Begriffe der politikwissenschaftlichen Systemtheorie dargestellt und ihre Bedeutung für die Analyse der außenpolitischen Kommunikation veranschaulicht. Sie bilden die Basis für die Generierung eines Analysemodells zur abschließenden vergleichenden Darstellung.

1.1 Demokratie und ihre Ausprägungen: Grundlage des Vergleichs außen- und sicherheitspolitischer Kommunikation

Da sich die vorliegende Arbeit mit dem Vergleich politischer Systeme und ihrer Subsysteme in westlichen Demokratien befasst, sollen eingangs die wichtigsten Begrifflichkeiten im Bereich der modernen, vergleichenden Demokratietheorie dargestellt werden. Insbesondere ist hier der Sonderfall Russland als so genannte defekte Demokratie von Interesse.

Moderne Demokratietheorien greifen zunächst immer wieder drei zentrale Begriffe auf: Macht, Herrschaft und Legitimität. Das zu generierende Untersuchungsmodell außen- und sicherheitspolitischer Kommunikation im internationalen Konfliktmanagement greift den Aspekt der Macht in Bezug auf die Stellung des jeweiligen Staates im internationalen System auf. Herrschaft spiegelt sich indirekt in der Analyse des persönlichen Führungsstils und damit verbunden dem Kommunikationsstil der Akteure wieder. Legitimation wird in der vorliegenden Analyse dahingehend aufgegriffen, dass die Akteure innerhalb ihres Systems zur Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik und somit auch zur Kommunikation ebendieser legitimiert sind. Darüber hinausgehend ist die Legitimation zu agieren und zu kommunizieren auch in Bezug auf die Rolle internationaler Organisationen im internationalen Konfliktmanagement westlicher Demokratien von großer Bedeutung in der abschließenden Betrachtung.

Innerhalb der Demokratietheorie wird im Regelfall in einem ersten Schritt zwischen Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie unterschieden.¹⁰ Diese beiden Begriffe sollen im Folgenden kurz dargestellt werden, da ein Idealtyp der Konkurrenzdemokratie das System der USA verkörpert sowie das Konzept in seiner Weiterentwicklung durch Lijphart und Merkel die Systeme Deutschlands sowie Russlands aufgreift.

Die Merkmale Mehrheitswahlrecht und Zweiparteiensystem als stabilisierende Faktoren einer Konkurrenzdemokratie spiegeln sich im System der USA idealtyp-

¹⁰ Vgl.: Gellner, Winand / Glatzmeier, Armin: *Macht und Gegenmacht* – Einführung in die Regierungslehre, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2004, S. 375 ff.

pischerweise wieder.¹¹ Der Regierung soll dadurch ein möglichst großer und unabhängiger Entscheidungsspielraum zugesprochen werden, was sich jedoch bei zu großer Machtkonzentration zum Nachteil entwickeln kann.

Die Konkordanzdemokratie ist im Gegensatz dazu geprägt von Kompromiss und Integration sowie dem Bestreben, Minderheiten zu integrieren. Nachteilig wirkt sich dies auf die Flexibilität einer Regierung aus.¹²

In der Weiterentwicklung dieser grundlegenden Einteilung von Demokratien durch Arend Lijphart werden zwei gegensätzliche Modelle generiert: Die Idealtypen der Mehrheits- sowie Konsensusdemokratie. Anhand von zehn Unterscheidungsmerkmalen, welche über das Parteien- und Wahlsystem hinaus insbesondere die Struktur der Regierung sowie das Verhältnis der Legislative und Exekutive beinhalten, kommt Lijphart zu vier Ausprägungen der beiden Idealtypen. Die Bundesrepublik Deutschland wird dabei als „föderalistische Konsensusdemokratie“¹³ klassifiziert, die sich vordergründig durch ihr Vielparteiensystem, das Verhältniswahlrecht, eine Verfassungsgerichtsbarkeit und koordiniert korporatistische Interessengruppen auszeichnet. Nicht zu vernachlässigen ist für die vorliegende Untersuchung auch der Aspekt des grundsätzlichen Gleichgewichts zwischen Exekutive und Legislative, da dies die Gestaltung der außen- und sicherheitspolitischen Kommunikation erleichtern kann. In Bezug auf die USA kann hier eine Zuordnung zur Mehrheitsdemokratie vorgenommen werden.

Die in beiden Beschreibungen westlicher Demokratien genannten Aspekte des Wahlrechts, der Verfassungshoheit sowie des Verhältnisses zwischen Exekutive und Legislative bestimmen die aktuellen Untersuchungen von Wolfgang Merkel und Aurel Croissant zu so genannten defekten Demokratien. Merkel und Croissant gehen davon aus, dass innerhalb der politischen Herrschaftstypen Demokratie, Autoritarismus und Totalitarismus zentrale Ordnungsbegriffe nur gering oder nicht funktionieren können. Dies führt zu den defekten Demokratien, welche als Demokratien bezeichnet werden, jedoch „die Kriterien der liberalen Demokratie nicht alle in hinreichendem Maße erfüllen, ohne aber einer autoritären Regimelogik zu folgen. Defekte Demokratien können demnach als Herrschaftssysteme charakterisiert werden, die sich durch

¹¹ Vgl.: Gellner, Winand / Kleiber, Martin: *Das Regierungssystem der USA*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2007, S.176.

¹² Vgl.: Manfred G. Schmidt: *Demokratietheorien*, Opladen: UTB für Wissenschaft, Verlag Leske + Budrich, S. 340.

¹³ In: Gellner, Winand/ Glatzmeier, Armin: *Macht und Gegenmacht – Einführung in die Regierungslehre*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2004, S. 379.

das Vorhandensein regelmäßiger, hinreichend allgemeiner, freier und fairer sowie effektiver Wahlen auszeichnen, aber durch signifikante Beeinträchtigungen weiterer Prinzipien der liberalen Demokratie jene komplementären Stützen verlieren, die in einer liberalen Demokratie für die Sicherung von bürgerlicher Freiheit, politischer Gleichheit und rechtsstaatlicher Kontrolle politischen Handelns notwendig sind.“¹⁴

Entscheidend für die weitere Differenzierung sind die möglichen beschädigten Dimensionen der „vertikalen Legitimationskontrolle und Herrschaftskontrolle“, des „liberalen Rechts- und Verfassungsstaats“, der „horizontalen Kontrolldimension“ sowie der „Agendakontrolle“ (effektive Herrschaftsgewalt)¹⁵. Die Theorie der defekten Demokratien wird in dieser Arbeit ausführlich dargestellt, da sie eine Einordnung des russischen Systems innerhalb der westlichen Demokratien erlaubt.

Vier reine Typen der defekten Demokratie lassen sich aus dieser Definition ableiten¹⁶:

- a) exklusive Demokratie
- b) illiberale Demokratie
- c) delegative Demokratie und
- d) Enklavendemokratie

Dabei sind im jeweiligen Idealtypus folgende Subsysteme vorrangig defekt - Reinformen sind in der Realität kaum feststellbar:¹⁷

a) Die exklusive Demokratie verfügt über ein stark eingeschränktes Wahlrecht, welches weder freie noch faire Wahlen zulässt. Darüber hinaus sind in diesen Systemen die Meinungs- und Pressefreiheit stark eingeschränkt.

b) Illiberale Demokratien zeichnen sich durch eine Beschädigung des Rechtsstaats aus, welche sich auch auf die Grund- und Menschenrechte sowie liberalen Freiheits- und Bürgerrechte auswirkt. Die gewählten Regierungen verletzen dabei die in einem Rechtsstaat gültigen Grundrechte der Bürger und verwehren die Gleichbehandlung der Bürger.

c) In delegativen Demokratien wird die Judikative durch die Regierung nachhaltig beeinflusst und dabei das Parlament umgangen. Eine Machtverschiebung zu Lasten

¹⁴ In: Aurel Croissant: Von der Transition zur defekten Demokratie, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002, S. 32.

¹⁵ In: Wolfgang Merkel et al.: Defekte Demokratie. Band I: Theorie, Opladen: Leske+Budrich, 2003, S. 69.

¹⁶ Vgl.: Aurel Croissant: Von der Transition zur defekten Demokratie, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002, S. 33ff.

¹⁷ Vgl.: Wolfgang Merkel et al.: Defekte Demokratie. Band I: Theorie, Opladen: Leske+Budrich, 2003, S. 70 ff.

der Legislative sowie Judikative ist dabei zumeist das Ergebnis dieses gezielten Einwirkens.

d) Die Agendakontrolle wird dann ausgeübt, wenn Vetomächte¹⁸ innerhalb eines Systems sich von den weiteren demokratisch legitimierten Repräsentanten entfernen und so genannte Enklaven bilden, welche die effektive Herrschaftsgewalt beschädigen. In den Enklavendemokratien geschieht dies meist durch das Militär oder mächtige Unternehmen.

Die Russische Föderation gilt nach der Klassifizierung als defekte Demokratie als illiberale aber auch delegative Demokratie, da sowohl die Meinungs- und Pressefreiheit stark eingeschränkt sind als auch der Präsident über eine ungewöhnliche Machtfülle verfügt. Zusätzlich ist es dem Präsidenten möglich, über Dekrete das Parlament zu umgehen und seinen Entscheidungsspielraum zu vergrößern.

In der Darstellung der systemischen Voraussetzungen der zu untersuchenden Staaten wird diese Einordnung ebenso wie die der Bundesrepublik Deutschlands als föderalistische Konsensusdemokratie und der USA als Mehrheits- oder Konkurrenzdemokratie weiter ausgeführt.

1.2 Vergleichende Systemforschung

Die vergleichende Methode in der Politikwissenschaft umfasst neben der vergleichenden Regierungslehre auch die vergleichende Systemforschung, welche vorrangig bestimmt wird vom Ansatz der beiden Autoren Gabriel A. Almond und Bingham Powell jr. Zentrale Aussage dieses Ansatzes ist, dass der Kern der Auseinandersetzung innerhalb der Systemtheorie vom politischen System bestimmt wird, das gesellschaftliche Umfeld aber, welches den Rahmen des politischen Systems bildet, nicht vernachlässigt werden kann und die Interaktionen aller an den Prozessen innerhalb und zwischen den Systemen beteiligten Akteure abgebildet werden müssen¹⁹.

Die hier vorliegende Arbeit greift dabei auf die vergleichende Systemforschung zurück, da neben dem Regierungssystem weitere Subsysteme einbezogen werden und so dem Untersuchungsgegenstand der außenpolitischen Kommunikation im wei-

¹⁸ Vgl. hierzu die Vetospielertheorie nach George Tsebelis: Vetospieler sind „alle Akteure, die politische Reformen (Gesetze) direkt verhindern können“. Dabei unterscheidet Tsebelis zwischen kollektiven und individuellen Vetospielern. Die Theorie nach Tsebelis wird im Folgenden in der Darstellung des Systems der BDR sowie der USA noch genauer dargestellt. In: George Tsebelis: *Veto Players. How political Institutions work*, Princeton, 2002.

¹⁹ Vgl.: Gabriel A. Almond / Bingham Powell jr.: Vergleichende Politikwissenschaft – ein Überblick, in: Theo Stammen (Hrsg.): *Vergleichende Regierungslehre. Beiträge zur theoretischen Grundlegung und exemplarische Einzelstudien*, Darmstadt: UTB Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1976, S. 133.

teren Sinne Rechnung getragen werden kann. Zudem charakterisiert sich das politische System auch durch das Merkmal der so genannten „legitimen Gewaltsamkeit“, was bedeutet, dass „das politische System die Mittel und Möglichkeiten besitzen muss, allgemeinverbindliche Entscheidungen herbeizuführen und diese durchzusetzen“.²⁰ Diese Voraussetzung wird in den Staaten der vorliegenden Untersuchung hinsichtlich der Gestaltung der außen- und sicherheitspolitischen Kommunikation wie folgt erfüllt:

In der *Bundesrepublik Deutschland* besitzt die Bundesregierung in enger Abstimmung mit dem Parlament die Kompetenz, außenpolitische Richtlinien vorzugeben und weitgehend eigenständig Entscheidungen zu treffen. Insbesondere in der Frage zu Militäreinsätzen, welche wie sich im Folgenden zeigen wird seit dem Ende des Kalten Krieges merklich zugenommen und das Selbst- und Rollenverständnis Deutschlands nachhaltig gewandelt haben, spielen jedoch weitere Akteure im System eine wichtige Rolle.

Die *USA* vereinen in der Person des Präsidenten die wichtigsten Funktionen eines Staats- und Regierungschefs. Dazu zählen in Hinblick auf die Außen- und Sicherheitspolitik die oberste Befehlsgewalt über die Streitkräfte, die Richtlinienkompetenz in der Außenpolitik sowie die Befähigung internationale Verträge und Abkommen zu unterzeichnen.

Russland bildet hier, wie sich auch in der Darstellung des Systems als defekte Demokratie zeigt, einen Sonderfall: Der Präsident entscheidet weitgehend unabhängig von weiteren Akteuren über die Richtung sowie Ausgestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik.

Somit kann in allen drei zu untersuchenden politischen Systemen das charakteristische Merkmal der legitimen Gewaltsamkeit in unterschiedlicher Intensität festgestellt werden.

Systeme können durch die Abbildung unterschiedlicher jedoch abhängiger Variablen in ihrer Funktionsweise dargestellt werden. Verändert sich eine der Variablen, hat dies Auswirkungen auf alle weiteren Prozesse und Strukturen. Die enge Verbindung von außen- und sicherheitspolitischen Veränderungen auf innenpolitisch Belange kann zwei Reaktionen nach sich ziehen: Die „Änderung der Leistungsstruktur“

²⁰ In: Gellner, Winand / Glatzmeier, Armin: *Macht und Gegenmacht*, Einführung in die Regierungslehre, Studienkreis Politikwissenschaft, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2004, S. 108.

oder aber die „Disziplinierung durch Regulation“²¹. Erstgenannte Maßnahme ist meist als kurzfristige und schnelle Reaktion zu sehen, während regulatorische Maßnahmen einen längerfristigen Ansatz vertreten.

Die vergleichende Systemforschung wird zudem in dieser Arbeit als Untersuchungsmethode herangezogen, da die Grenzen der Systeme flexibel sind und sich insbesondere „in Krisensituationen [...] zumeist aus[dehnen].“²²

Die abhängigen Variablen, welche bei Veränderung die genannten Reaktionsmodelle auslösen können und die Subsysteme repräsentieren, werden in der vorliegenden Arbeit mit den einzelnen Aspekten der Dimensionen des Untersuchungsmodells außenpolitischer Kommunikation gleichgesetzt. Die gezielte Auswahl orientiert sich daran, welcher „Aspekt der Realität abgebildet werden soll, welcher Zusammenhang als für besonders relevant gehalten wird.“²³ Anhand dieser Argumentation wurden die Dimensionen des Rasters sowie deren Inhalte ausgewählt. Ziel ist es, außenpolitische Kommunikation in ihrer Gesamtheit mit allen beeinflussenden Faktoren darzustellen und zu vergleichen, wie das Verhältnis zwischen außenpolitischer Kommunikation und internationalem Konfliktmanagement in Demokratien differiert.

Analog der Charakteristika eines Systems

- a) „Das politische System ist als Subsystem einer staatlichen Ordnung zu verstehen;
- b) es kann gegenüber anderen gesellschaftlichen Subsystemen abgegrenzt werden, weist aber flexible Grenzen auf;
- c) die Komponenten des politischen Systems beeinflussen sich wechselseitig und
- d) das politische System wird zudem von anderen Subsystemen beeinflusst.“²⁴

kann Außen- und Sicherheitspolitik als ein Teilbereich der Aufgaben und Anforderungen eines politischen Systems gesehen werden und die Wechselwirkungen und Abhängigkeiten zu anderen Subsystemen untersucht werden. Insbesondere die Verschiebung der Grenzen zu anderen Systemen in Krisensituationen wird in der abschließenden Betrachtung aufgegriffen.

²¹ In: Gellner, Winand / Glatzmeier, Armin: *Macht und Gegenmacht*, S. 109.

²² In: ebd., S. 111.

²³ In: Naßmacher: *Vergleichende Politikforschung*, S. 21.

²⁴ In: Gellner, Winand / Glatzmeier, Armin: *Macht und Gegenmacht*, S. 111.

Da eine geringere Anzahl von Fällen analysiert und die Veränderung der außenpolitischen Kommunikation in ihrer Gestaltung und Verwendung betrachtet wird, handelt es sich im vorliegenden Fall um einen Vergleich der qualitativen Methode. Hauptaugenmerk liegt auf der Veränderung des Outputs – analog des nachfolgenden Input-Output-Modells der Politikwissenschaft, sowie der Einbindung internationaler Organisationen in das Konfliktmanagement.

Das Abstraktionsniveau in den Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft steigt, je höher die Fallzahl gewählt wird. Da in dieser Untersuchung nur wenige Fälle (< 20) betrachtet werden, liegt ein mittleres konzeptionelles Abstraktionsniveau vor. Die Beschränkung auf die Untersuchung einer geringen Anzahl von Fällen erklärt sich durch das Bestreben, möglichst valide Aussagen zu erhalten, die alle relevanten kontextuellen Aspekte außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern berücksichtigen. Die Vielschichtigkeit des Untersuchungsmodells und die mehrdimensionale Betrachtung sicherheitspolitischer Kommunikation in westlichen Demokratien bedingt eine kleine Auswahl von Fällen über einen begrenzten Zeitraum hinweg.

Bei Vergleichen mit mittlerer Fallzahl und geringerer Anzahl an untersuchten Staaten werden wiederum zwei Methoden unterschieden:

- „Most similar systems design“ / MSSD

Hier werden Systeme verglichen, die sich in ihrer historischen Entwicklung und dem heutigen politischen System sehr ähnlich sind. Dabei werden kleinere Unterschiede neutralisiert, während wichtige Kriterien hervorgehoben werden. Bedeutend sind dabei die Kriterien, welche für den politischen Output relevant sind.

- „Most different systems design“ / MDSD

Mit dieser Methode werden Systeme untersucht, die sich nicht im Geringsten ähnlich sind. Gemeinsamkeiten sehr unterschiedlicher Systeme werden herausgestellt und haben dadurch größere Bedeutung in theoretischen Erklärungsansätzen²⁵.

Die Analyse der vorliegenden Arbeit bezieht sich auf das erstgenannte Vorgehen des MSSD, da der Untersuchungsgegenstand der außenpolitischen Kommunikation an sich bereits ein sehr vielschichtiges Objekt darstellt. Um eine möglichst genaue Differenzierung einzelner Ausprägungen der beeinflussenden Faktoren vornehmen zu können, müssen diese komplexen kontextbezogenen Variablen in jedem

²⁵ Vgl.: Todd Landman: *Issues and methods in comparative politics, and introduction*, Routledge, S. 29.

System genau analysiert und in die abschließende Gesamtdarstellung miteinbezogen werden.

Die vergleichende Methode verlangt zudem nach einheitlichen Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Untersuchung vorgenommen wird. Dies gewährleistet die Auswahl der Fälle aus den Daten des Konfliktbarometers.²⁶ Zudem handelt es sich bei den zu untersuchenden Länderbeispielen, wie in den politikwissenschaftlichen Vorüberlegungen dargestellt, um westliche Demokratien und den Sonderfall einer defekten Demokratie.

Folgende Staaten wurden für die Erarbeitung eines Vergleichs sicherheitspolitischer Kommunikation ausgewählt: Die Bundesrepublik Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Russische Föderation²⁷. Die Untersuchung bewegt sich dabei auf der Makro-Ebene der Staaten, da die Machtstrukturen innerhalb des Systems und die Interaktionen der Akteure gegenüber anderen Staaten betrachtet werden²⁸. Begründet liegt die Auswahl der genannten Staaten in folgenden Punkten:

a) Bundesrepublik Deutschland

Charakteristisch für die Bundesrepublik Deutschland ist die bedeutende Stellung im internationalen und insbesondere europäischen Umfeld trotz des Fehlens von Atomwaffen. Zudem hat sich die Außenpolitik seit dem Ende des Kalten Krieges grundlegend gewandelt, so dass internationales Engagement auch mit militärischem Einsatz immer mehr zum außenpolitischen Geschehen zählt. Deutschland wird darüber hinaus als eine positiv besetzte Mittelmacht weltweit wahrgenommen. In Hinblick auf die Gestaltung der außen- und sicherheitspolitischen Kommunikation und deren Einsatz im internationalen Konfliktmanagement wird daher von besonderem Interesse sein, welche Faktoren auf internationaler, nationaler und persönlicher Ebene sich über die Zeitspanne seit dem Ende des Kalten Krieges gewandelt haben und wie sich diese von den beiden anderen Staaten unterscheiden. Im Rahmen der demokratietheoretischen Einordnung steht Deutschland stellvertretend für föderalistische Konsensdemokratien.

²⁶ Vgl.: Dieter Nohlen: Die Vergleichende Methode, in: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*, München: Verlag C.H. Beck Reihe, 2002, [1020-1030], S. 1021.

²⁷ Im Folgenden wird Russland immer auch als westliche Demokratie bezeichnet. Auf den Verweis des Sonderfalls wird verzichtet. Eine ausführliche Charakterisierung und Einordnung des Regierungssystems erfolgt in der Darstellung der für die Fallstudien herangezogenen Staaten.

²⁸ Vgl.: Landman: *Issues and methods in comparative politics*, S. 18.

b) Vereinigte Staaten von Amerika (USA)

Die Vereinigten Staaten von Amerika stellen nach wie vor die einzige Supermacht im internationalen Staatengefüge dar. Insbesondere in den Folgejahren nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wurden sie auch als „Weltmacht ohne Gegenwehr“²⁹ bezeichnet. Die Veränderungen des internationalen Umfelds zwangen die USA zu einer Anpassung des eigenen Rollenverständnisses was in Folge auch eine Anpassung der außenpolitischen Kommunikation und deren Funktion im internationalen Konfliktmanagement mit sich bringt. Gerade in Bezug auf die Kommunikation außen- und sicherheitspolitischer Maßnahmen stellen die USA ein wichtiges Beispiel für die Nutzung außenpolitischer Belange für innenpolitische Mehrheitsbildung, bzw. kurzfristige Bindung der Öffentlichen Meinung, dar.³⁰ Als Mehrheits- oder auch Konkurrenzdemokratie wird in der vergleichenden Untersuchung die Einbindung der politischen sowie gesellschaftlichen Akteure in die außen- und sicherheitspolitische Kommunikation von Interesse sein.

c) Russische Förderung

Russland stellt auf Grund seiner Einordnung innerhalb der Demokratietheorie in ein defektes demokratisches System einen Sonderfall in der vorliegenden Analyse dar. Zudem ist das Verhältnis zwischen den USA und Russland – wenngleich auch in manchem Fall als indirekte Kraft im Hintergrund – für die Analyse der außen- und sicherheitspolitischen Kommunikation von Bedeutung. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts war Russland zudem mit einer zweifachen Rollendefinition in der Außen- und Sicherheitspolitik konfrontiert: Gegenüber dem internationalen Umfeld ebenso wie gegenüber dem so genannten nahen Ausland, den ehemaligen Mitgliedsländern der Sowjetunion. Ebendieser Aspekt der Gestaltung der außenpolitischen Kommunikation gegenüber dem nahen Ausland wird in den Fallstudien eingehend untersucht.

1.2.1 Das Input-Output – Modell

Das Input-Output-Modell nach Easton beschreibt den politischen Entscheidungsprozess in westlichen Demokratien. Easton überträgt dabei den volkswirtschaftlichen Ansatz W. Leontiefs auf das politische System und untersucht somit die Austausch-

²⁹ In: Wilzewski: *Demokratie und Außenpolitik: Die USA nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, S. 261.

³⁰ Vgl.: Winand Gellner /Martin Kleiber: *Das Regierungssystem der USA – Eine Einführung*, Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, 2006, S. 232.

prozesse zwischen einem politischen System und seiner Systemumwelt aus einer neuen Perspektive. Easton versteht dabei unter *Input* alle Forderungen und unterstützenden Leistungen der Gesellschaft in Bezug auf die Politik. Im Bereich des *Outputs* siedelt Easton Entscheidungen der politischen Führung des Staates an.

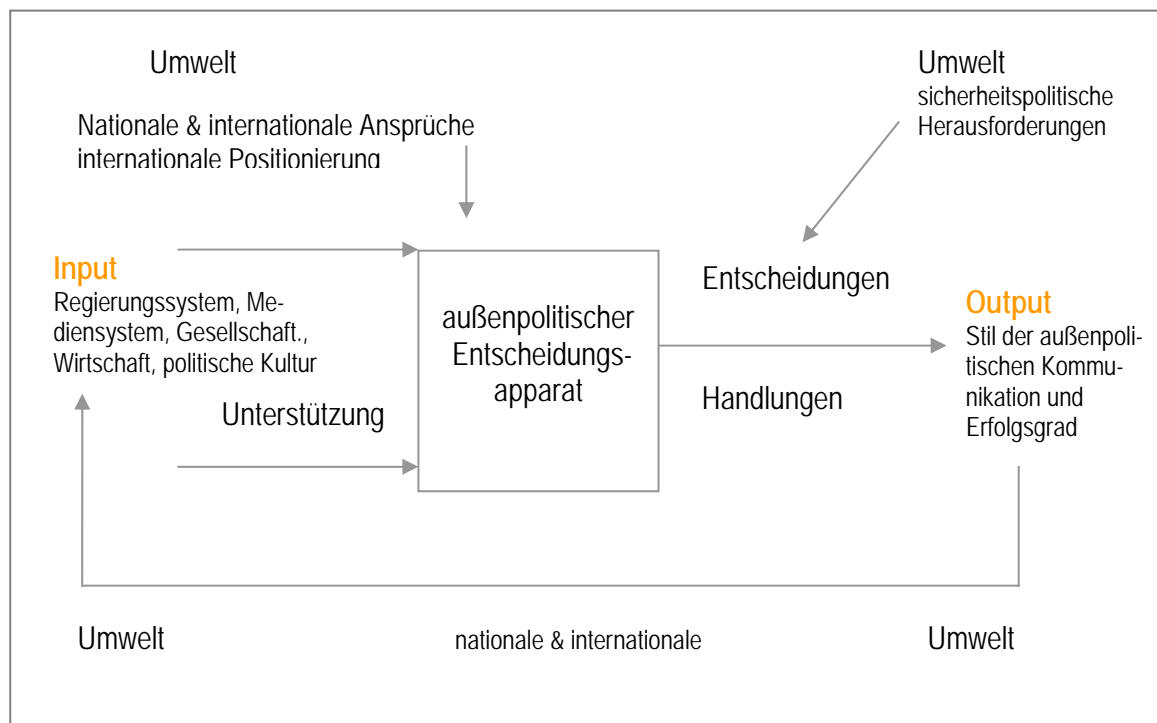
Abhängige Variablen bilden dabei Systemleistungen und Systemeffekte in Bezug auf Ressourcen, welche aus der Umwelt oder den Subsystemen einfließen.³¹

Die Übertragung dieses Modells auf die Ebene der Außenpolitik erlaubt eine Übersicht aller Faktoren, die in das im Anschluss dargestellte Modell zur Untersuchung außenpolitischer Kommunikation einfließen.

Auf Seiten des Input finden sich damit die Anforderungen der internationalen Umwelt sowie nationale Ziele und Interessen. Hier spielen Werte, Normen und Traditionen innerhalb der politischen Kultur eines Staates eine bedeutende Rolle.

Der Output beinhaltet hingegen die Form und den Stil außenpolitischer Kommunikation auf Leadership-Ebene und den Grad des daraus resultierenden Erfolges.

Abbildung 2: Das Input-Output Modell in seiner Anwendung auf außenpolitische Kommunikation



Eigene Darstellung nach Schulz³²

³¹ Vgl.: Arno Waschkuhn: Input-Output-Analyse, in: Nohlen, Dieter / Schultze, Olaf-Rainer (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*, München: Verlag C.H. Beck Reihe, 2002, S. 353.

1.2.2 Dimensionen des Politischen in der vorliegenden Untersuchung

„Politics bezeichnet [damit] den aktiven, mehr oder weniger konflikthaften Prozess politischer Gestaltung, der vor allem in politischen Verhandlungen und Tauschprozessen ausgetragen wird und bei dem auf die unterschiedlichen, teilweise gleichgelagerten oder widerstreitenden, teilweise neutralen, teilweise koalierenden Interessen, Parteien und deren politischen Absichten, Forderungen, Ziele etc. Rücksicht genommen wird.“³³

Die *Politics-Dimension*³⁴ stellt somit den vordergründig bestimmenden Bereich der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern dar. Es wird angestrebt, den Prozess des Austausches von Informationen zu untersuchen. Dieser Prozess erfolgt auf Akteurs-ebene innerhalb staatlicher Entscheidungsprozesse. Bestimmend sind dabei die Mittel der Kommunikation und insbesondere wiederum Stil und Art der Kommunikation der jeweiligen Akteure.

Jeder Prozess benötigt jedoch auch Inhalte. Sie kommen aus der zweiten Dimension, die in der vorliegenden Untersuchung berücksichtigt wird: die *Policy-Dimension*. Sie fügt die entscheidenden Inhalte eines Sachthemas in die Prozess-Analyse ein³⁵. Die Auswahl der Fallstudien wird zeigen, dass die vorrangig bestimmenden Politikfelder im Vergleich außenpolitischer Kommunikation dem Bereich der Sicherheitspolitik entnommen sind. Eine Begründung dafür findet sich im empirischen Teil dieser Arbeit, welcher im Vorfeld der Fallstudien detailliert deren Auswahl begründet.

Dabei unterliegt dieser Teilbereich der Außenpolitik immer auch dem so genannten Policy-Zyklus. Er stellt sich meist wie folgt dar: Definition eines Problems oder Entscheidung, die Gestaltung einer Agenda gefolgt von der Formulierung einer geeigneten Politik und der Verankerung ebendieser. Dies muss innerhalb eines vor-

³² Vgl.: Winfried Schulz: Politische Kommunikation, in: Bentele, Günter / Brosius, Hans-Bernd / Jarren, Ottfried (Hg.): *Öffentliche Kommunikation – Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft*, Wiesbaden: westdeutscher Verlag, 2003, [458-480].

³³ In: Klaus Schubert, Martina Klein: *Das Politiklexikon*, Politiklexikon der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, in: <http://www.bpb.de/wissen>, Abrufdatum: 15.01.2007.

³⁴ Im Folgenden werden die englischsprachigen Bezeichnungen für die Dimensionen von Politik verwendet, da eine exakte Übersetzung ins Deutsche nur ungenügend möglich ist.

³⁵ Vgl. hierzu die Definition von policy in Ulrich Sarcinelli e.a. (Hg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, Opladen: Leske+Budrich, S. 699.

ab definierten zeitlichen Rahmens erfolgen, um im Anschluss die Reaktion und Verarbeitung bewerten zu können³⁶. Ursprünglich wurde dieser Zyklus für innenpolitische Belange konstruiert. In der vorliegenden Arbeit soll versucht werden, diesen Zyklus auf außenpolitische Fragestellungen, insbesondere in der Sicherheitspolitik, zu übertragen. Eng verbunden mit der Policy-Dimension ist natürlich auch der Begriff des Policy-Style der Politiker. Dieser wird im Modell zur Analyse außenpolitischer Kommunikation eine wichtige Rolle spielen und soll daher bereits an dieser Stelle kurz erläutert werden. Der Policy-Style setzt sich aus zwei wesentlichen Komponenten zusammen:

„[T]he government’s approach to problem-solving and the relationship between government and other actors in the policy process.“³⁷

Die wohl aktuellste Betrachtung zur Politikfeldanalyse in Anlehnung an die Betriebswirtschaft liefert Hans Peter Fagagnini in seinem Aufsatz „Politik als Konvertierungsprozess - ein Grundmuster für die Politikfeldanalyse“³⁸. Sie soll hier nur kurz erwähnt werden, da eine ausführliche Darstellung in der Auseinandersetzung mit der außenpolitischen Entscheidungsfindung im Untersuchungsmodell außenpolitischer Kommunikation erfolgt. Fagagnini plädiert für eine Ausweitung der bisherigen Zyklus-Analysen vor dem Hintergrund betriebswirtschaftlicher Grundlagen zur strategischen Unternehmensführung und schließt seinen Beitrag mit einem Konvertierungsmodell, welches für die vorliegende Arbeit von großem Interesse ist, da es den Politikstil der Akteure berücksichtigt und eine Grundlage für die Entscheidungsfindung in Politikfeldern liefert.

Das Modell zur Untersuchung außenpolitischer Kommunikation basiert somit auf zwei Dimensionen der Politik: Politics und Policy. Vernachlässigbar ist hier die Polity-Dimension. Sie spielt für eine umfassende Analyse außenpolitischer Kommunikation und den Vergleich des Untersuchungsgegenstandes keine essentielle Rolle.

³⁶ Vgl.: Adrienne Windhoff-Héritier: *Policy-Analysis*, Eine Einführung, Frankfurt am Main, Campus Verlag, 1987, S. 6ff.

³⁷ In: Jeremy Richardson: *Policy Styles in Western Europe: The Concept of Policy Style*, London: George Allen and Unwin, 1982, S. 14.

³⁸ In: Hans Peter Fagagnini: Politik als Konvertierungsprozess – ein Grundmuster für die Politikfeldanalyse, in: *PIN - Politik im Netz*, in: www.politik-im-netz.com, Ausgabe 11/2006, Aburfdatum; 21.11.2006.

1.2.3 Konzepte der Politischen Kultur: Öffentliche Meinung, Nationale Identität

Setzt man sich eingehend mit kommunikativen Handlungen auseinander, spielen immer auch Normen, Werte und Traditionen, die eine Gesellschaft und deren Kultur prägen, eine bedeutende Rolle. Die Definition von Kommunikationshandlungen nach Jürgen Habermas verdeutlicht diesen Zusammenhang. Für ihn stellen kommunikative Handlungen

„[d]ie symbolische Konstitution und Reproduktion von gemeinsamen Wissen, Überzeugungen und Wertungen (Kultur), der Bildung von legitimen Ordnungen über die die Kommunikationsteilnehmer ihre Solidarität herstellen und sichern (Gesellschaft) und die Ausbildung sprach- und handlungsfähiger Subjekte“³⁹

dar. Da sich die vorliegende Arbeit mit kommunikativen Handlungen zwischen staatlichen Akteuren auseinandersetzt, muss der Fokus auch auf persönliche Einstellungen, die von Normen, Wertvorstellungen und Traditionen geprägt werden, gelegt werden. Diese Einstellungsmuster spiegeln sich dann insbesondere im persönlichen Politik- und Kommunikationsstil wieder.

Zusammenfassend fallen diese Aspekte auch in den Bereich der politischen Kultur eines Staates. Der folgende kurze Abriss zur politischen Kultur in westlichen Demokratien dient der besseren Einordnung dieser im später dargestellten Modell zur Untersuchung und dem Vergleich außenpolitischer Kommunikation.

Der Begriff der *Politischen Kultur* wurde erstmals in den sechziger Jahren von Gabriel A. Almond und Sydney Verba in ihrem Buch „The Civic Culture“ definiert:

„Political culture refers to the specifically political orientations – attitudes toward the political system and its various parts, and attitudes toward the role of the self in the system.“⁴⁰

Erstmalig traten in der politikwissenschaftlichen Debatte individuelle Einstellungen und Meinungen als Forschungsgegenstand auf. Der Fokus wurde über den Rahmen des politisch-administrativen Systems hinaus erweitert, um auch den historischen,

³⁹ In: Günter: Dux Kommunikative Vernunft und Interesse – Zur Rekonstruktion der normativen Ordnung in egalitär und herrschaftlich organisierten Gesellschaften, in: Honneth, Axel / Jaas, Hans. (Hg.): *Kommunikatives Handeln - Beiträge zu Jürgen Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2002, [110-144], S. 110.

⁴⁰ In: Gabriel, A. Almond / Sydney Verba: *The civic culture*, Princeton, New Jersey: Princeton University Press, 1963, S. 13.

nationalen und religiösen Charakter eines gesellschaftlich-politischen Verbandes zu erfassen. Festgehalten werden muss an dieser Stelle auch, dass das eben erläuterte Forschungsmuster nach Almond/Verba zwar für das hier zu generierende Untersuchungsmodell außenpolitischer Kommunikation ausreicht. Für eine tiefer gehende, politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Begriff der Politischen Kultur sollten neuere Forschungsergebnisse und Ansätze wie die von Aaron Wildavsky, gestützt auf die Überlegungen von Mary Douglas, oder von Karl Rohe herangezogen werden. Sie erweitern das Konzept der Politischen Kultur zum einen um den Aspekt der kollektiven Denkweisen einer Gesellschaft (Douglas), und zum anderen um die Einbeziehung der Gefühlswelt der Bürger und der sich daraus ergebenden „Dualität der politischen Kultur“⁴¹ (Rohe). Die von Wildavsky vorgestellte Kombination aus politischer Kultur und dem Leadership-Begriff ist für die vorliegende Arbeit von besonderer Bedeutung und wird in der Beschreibung des Analysemodells außenpolitischer Kommunikation ausführlich dargestellt.

Außenpolitik sollte, wie sich im Folgenden zeigen wird, zudem nicht isoliert von einzelnen Determinanten des politischen Systems an sich betrachtet werden. Besonders in der Zeit nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich der Einfluss der *Öffentlichen Meinung* sowie der *Nationalen Identität* auf den alltäglichen Politikprozess deutlich verändert.

„Die öffentliche Meinung ist alles. Mit ihr gibt es keine Niederlage, ohne sie keinen Erfolg.“

*(Abraham Lincoln (1809-65))*⁴²

Die Öffentliche Meinung westlicher Demokratien stellt meist nicht die Summe von Einzelmeinungen dar. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung wird generell zwischen der breiten Bevölkerung und den Eliten getrennt, die in ihrer jeweiligen Form Teil der Öffentlichen Meinung eines Landes sind. In der vorliegenden Untersuchung spielt insbesondere die Beachtung der Öffentlichen Meinung – in beiden Formen – durch die Akteure der Außenpolitik eine besondere Rolle. Inwieweit die Eliten außenpolitische Kommunikation beeinflussen oder gar mitgestalten, wird sich im empirischen Teil dieser Arbeit zeigen.

41 In: Karl Rohe: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit – Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kulturforschung. In: *PVS-Sonderheft* 18, 1987, [42-53], S. 47.

42 Vgl.: Michael J. Towle: *Out of Touch : The presidency and public opinion*, Texas University Press., 2004, S. 32.

In engem Zusammenhang mit der Öffentlichen Meinung steht die *Nationale Identität*. Aus ihr leiten sich individuelle Werte und Einstellungen ab, die gerade in Bezug auf die Außen- und Sicherheitspolitik nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Da sich grundlegende Werte und Normen innerhalb einer Gesellschaft über einen langen Zeitraum entwickeln, verändern oder festigen, werden in der Darstellung der zu untersuchenden Länder diese Aspekte in ihrer Bedeutung für die außenpolitische Kommunikation kurz dargestellt.

Allgemein kann jedoch festgehalten werden, dass sich nationale Identität auf individuellen und kollektiven Ideologien gründet. Diese wiederum sind eng verwoben mit dem kollektiven Gedächtnis einer Nation oder eines Staates, welche sich auch aus außen- und sicherheitspolitischen Erfahrungen prägt⁴³. Diese starke gemeinsame Einheit nach innen ermöglicht in der Außendarstellung eine Abgrenzung zu anderen Staaten oder Nationen. Zudem ist eine Legitimation der Außenpolitik nur dann innen- als auch außenpolitisch möglich, wenn innerhalb der Eliten eines Staates Einigkeit über die generelle strategische Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik herrscht. Zur Vermittlung ebendieser dient dann wiederum die jeweilige politische Kultur. Diese Rückkoppelung verdeutlicht nochmals den engen Zusammenhang zwischen Akteuren, außenpolitischer Strategie, nationaler Identität und politischer Kultur als Grundbedingungen für außenpolitische Kommunikation, insbesondere in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern und dem internationalen Konfliktmanagement.⁴⁴ Wie eng diese Faktoren mit Kommunikation und Sprache an sich verbunden sind, zeigt sich in der folgenden Darstellung des Untersuchungsmodells. Zur anfänglichen Erläuterung soll aber bereits hier eine Definition von Ideologien in Zusammenhang mit sozialem Handeln angeführt werden:

„They provide coherent and comprehensive representations of reality that serve as the basis of engaging in social life. They are group perceptions that provide a focus to the belief system of the group and an underly-

⁴³ Vgl. dazu den Zusammenhang zwischen Kollektiven Gedächtnis und außenpolitischer Kommunikation bei Thomas Jäger: Außenpolitische Kommunikation, in: Sarcinelli, Ulrich: *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, Opladen: Leske+Budrich, 1998, [516-518], S. 518.

⁴⁴ In: Thomas Jäger: Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlagen außenpolitischer Strategien, in: Jäger, Thomas / Hösl, Alexander / Oppermann, Kai (Hg.): *Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA - Transatlantische Entwürfe für eine Weltordnungspolitik*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2005, S. 21.

*ing rational fort he forms of action in which its members typically engage. [...]*⁴⁵

Nationale Identität ist somit eine spezielle Form der kollektiven Identität einer Gesellschaft, die sich ihrerseits als „zeit- und generationenübergreifende Beständigkeit von Institutionen, Symbolen, Werthaltungen und Ziele einer Gruppe oder staatlich verfassten Gesellschaft“ beschreiben lässt.⁴⁶

Diese Aspekte wiederum spiegeln sich in der Selbst- und Fremdwahrnehmung eines Staates wieder. Identität ist aber zudem auch der Hintergrund für außenpolitisches Verhalten. Sie stellt eine Art kommunikativen Rahmen dar⁴⁷. Diese Teildefinition belegt wiederum die Notwendigkeit der Betrachtung Nationaler Identität in der Analyse außenpolitischer Kommunikation. Nationale Identität prägt die politische nationale Kultur und erfordert im Umgang mit anderen Staaten ein gewisses Maß an *interkultureller Sensibilität*. Die Bedeutung der Kultur in der strategischen Planung von politischen Entscheidungen betont Peter Schröder bereits zu Beginn seines Buches „Politische Strategien“⁴⁸. Das Untersuchungsmodell trägt dem Rechnung, indem die interkulturelle Sensibilität der handelnden und somit kommunizierenden Akteure untersucht wird.

2. Kommunikationswissenschaft

Für die Analyse der außenpolitischen Kommunikation in westlichen Demokratien ist es unerlässlich, sich zumindest mit den einfachen Kommunikationsmodellen auseinanderzusetzen, die die Prozessabläufe zwischen zwei oder mehreren Individuen beschreiben.

Die Forschung beschäftigt sich zwar bereits seit längerem mit dem Phänomen der politischen Kommunikation. Hier stehen jedoch insbesondere das Verhältnis von Politik und Medien oder die Verarbeitung politischer Inhalte durch die Medien im Vordergrund. Für den Bereich der außenpolitischen Kommunikation gibt es bisher nur wenige Aufsätze oder Stellungnahmen von führenden Politikwissenschaftlern.

⁴⁵ In: Jonathan Charteris-Black: *Politicians and Rhetoric - The Persuasive Power of Metaphor*, New York: Palgrave Publ. Inc., 2005, S. 21.

⁴⁶ In: Britta Joerißen / Bernhard Stahl: *Europäische Außenpolitik und nationale Identität*, Münster: LIT Verlag, 2003, S. 160.

⁴⁷ In: Jörg Nadoll: *Forschungsdesign – Nationale Identität und Diskursanalyse*, in: Britta Joerißen / Bernhard Stahl (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität*, Münster: LIT Verlag, 2003, [167-190], S. 167.

⁴⁸ Vgl.: Peter Schröder: *Politische Strategien*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2000, S. 20.: „Dennoch beeinflussen Kulturen als Rahmenbedingungen des Umfeldes die Art der Strategie aber vielmehr noch die taktischen Entscheidungen“.

Beispielhaft soll hier ein Beitrag von Thomas Jäger erwähnt werden, der sich mit außenpolitischer Kommunikation in Zusammenhang mit einem „Neuen Weg“ der deutschen Außenpolitik auseinandersetzt⁴⁹. Aus diesen Gründen werden im Folgenden grundlegende kommunikationswissenschaftliche Theorien vorgestellt und auf die Ebene der Außenpolitik übertragen. Dies stellt die kommunikationswissenschaftliche Basis für die Generierung eines umfassenden Analysemodells dar.

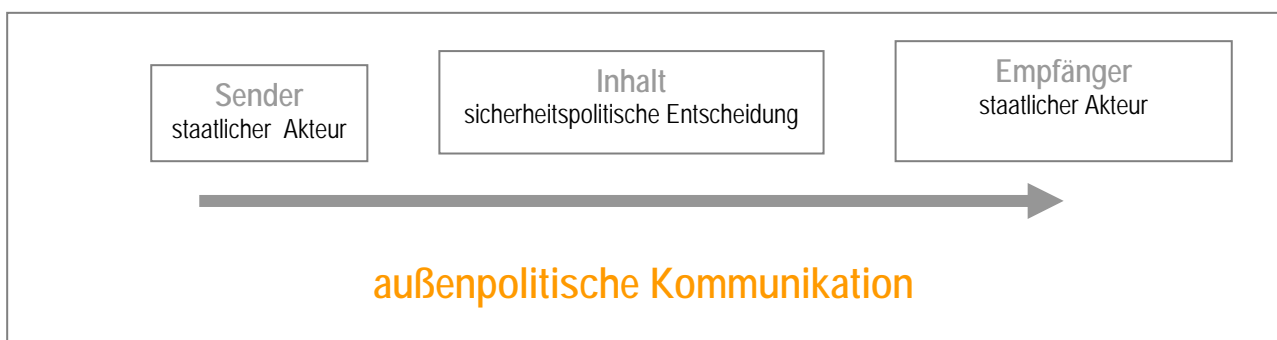
2.1 Das Koorientierungsmodell beruhend auf der Lasswell-Formel

Das Koorientierungsmodell entstand aus der Weiterentwicklung der so genannten Flussmodelle, welchen auch die Lasswell-Formel angehört. Die Lasswell-Formel stellt Kommunikation als einen Informationsfluss dar, der nur in eine Richtung zu betrachten ist und ohne eine Analyse des Empfängers oder weiterer beeinflussender Faktoren auskommt. Harold D. Lasswell hat sich somit mit der Frage

*„Who says what in which channel to whom with what effect?“*⁵⁰

auseinandergesetzt. Seit den Anfängen der Kommunikationswissenschaft ist diese Formel die wohl wichtigste Grundlage für die einzelnen Teilforschungsbereiche der wissenschaftlichen Disziplin.

Abbildung 3: Die Lasswell-Formel in ihrer Anwendung für außenpolitische Kommunikation



Eigene Darstellung nach Schulz

Die drei Bestandteile der Formel (Sender, Inhalt, Empfänger) bilden die Untersuchungsumgebung für die Charakterisierung außenpolitischer Kommunikation: Staatliche Akteure kommunizieren gegenüber anderen staatlichen Akteuren ihr Vorhaben

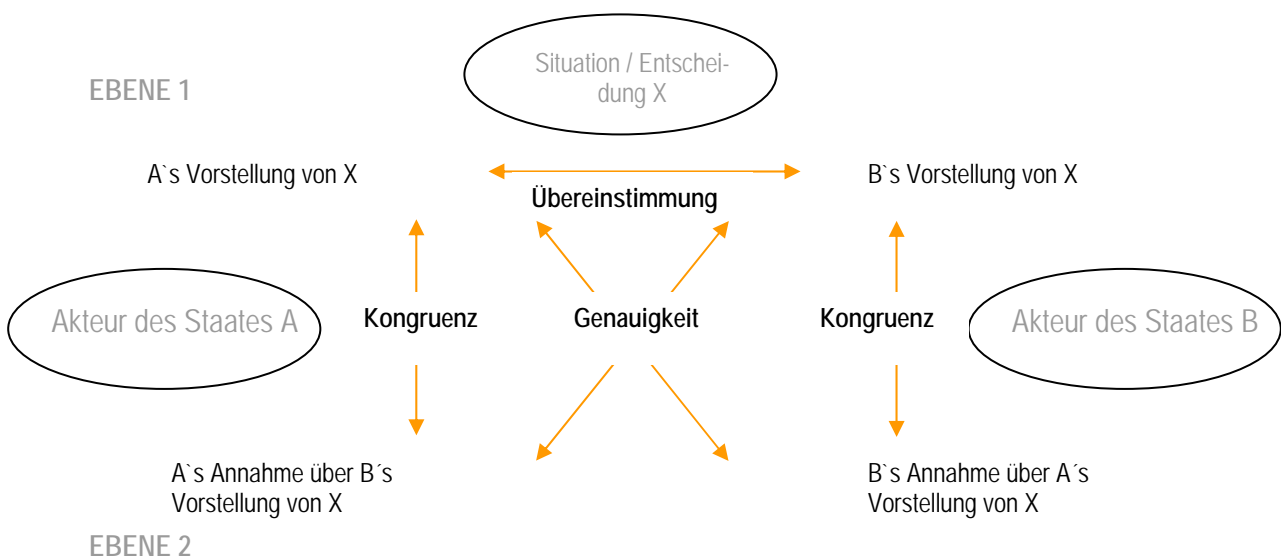
⁴⁹ Vgl.: Wilfried von Bredow / Thomas Jäger: *Neue deutsche Außenpolitik*, Opladen: Leske + Budrich, 1993.

⁵⁰ In: Schulz: *Politische Kommunikation*, S. 38.

oder ihre Entscheidung innerhalb des internationalen Konfliktmanagements welche den Inhalt der Kommunikation bildet. Da dies allein jedoch nicht für die Analyse außenpolitischer Kommunikation und der zahlreichen beeinflussenden Faktoren ausreicht, soll die wissenschaftlich weiterführende Forschung erläutert werden. Sie ersetzt das einfache Flussmodell durch theoretische Konstrukte, welche der Informationsverarbeitung auf der einen und einem Interaktionsprozess zwischen Rezipienten und Kommunikator auf der anderen Seite Beachtung schenken.

Eines dieser Modelle ist das *Koorientierungsmodell*, welches erstmals für die Untersuchung sozialen Agierens in einer Situation der Koorientierung entwickelt wurde. McLeod und Chaffee haben 1972 mit ihrem Modell eine Konstellation erstellt, welche von zwei Betrachtungsebenen aus analysiert werden kann.

Abbildung 4: Das Koorientierungsmodell in seiner Anwendung auf Außenpolitik



Eigene Darstellung nach McLeod / Chaffee⁵¹

Innerhalb der ersten Ebene bilden real existierende Handlungen die Grundlage der Kommunikation, auf der zweiten Ebene bestimmen virtuelle Beziehungen, Annahmen und Meinungen über die andere Person die Kommunikation.⁵²

Wichtig wird dieses Modell für die Analyse der außenpolitischen Kommunikation, wenn es um handlungs- und entscheidungstheoretische Grundlagen des Kon-

⁵¹ Vgl.: Jack McLeod / Steven Chaffee: *The Constitution of Social Reality*, in: Tedeschi, James (Hg.): *The Social Influence Processes*, Chicago/New York: 1972, [50-99].

⁵² Vgl.: Schulze: *Politische Kommunikation*, S. 45.

fliktmanagements als Voraussetzung für das Zustandekommen der Kommunikation geht. Oft genug sind zudem persönliche Vorstellungen oder Meinungen über die Reaktion des Rezipienten beeinflussende Faktoren für die Entscheidungsfindung in der Außenpolitik. Gerade die hier verwendete akteursbezogene Analyse außenpolitischer Kommunikation ist auf die Untersuchung persönlicher Einstellungen und Vorstellungen (Selbst- und Fremdwahrnehmung) angewiesen. Diese persönliche Komponente tritt im Kommunikationssystem nach Blumler und Gurevitch noch deutlicher in den Vorschein:

2.2 Kommunikationssystem und Kommunikationskultur

„Dieses System lässt sich einerseits charakterisieren durch die strukturellen Bedingungen der politischen Kommunikation, wie sie z. B. durch die Verfasstheit des politischen Prozesses, der Rolle der zentralen Akteure im Regierungssystem und die Medienordnung gegeben sind. Andererseits bestimmt das politische Kommunikationssystem die wechselseitigen Erwartungen und Normen, die das professionelle Handeln und die Rollen der Akteure steuern.“⁵³

In diesem System werden dem Untersuchungsgegenstand der „Kommunikation“ zwei unterschiedliche Ausprägungsformen zugerechnet: Strukturelle und institutionelle Rahmenbedingungen stehen den handelnden Akteuren gegenüber, welche wiederum durch Normen, Orientierungen und bestimmende Handlungs- und Entscheidungsmuster beeinflusst werden. Dieses Modell verknüpft dabei die Akteure der Kommunikation sehr eng mit den strukturellen äußeren Bedingungen – der Umwelt, in welcher kommuniziert wird⁵⁴.

Dieser Ansatz ist aufgrund seiner allumfassenden Betrachtung für die hier vorliegende Untersuchung durchgehend relevant und wird in den Fallstudien immer wieder zur Anwendung kommen. In Kombination mit dem Koorientierungsmodell ist

⁵³ In: Barbara Pfetsch: „Amerikanisierung“ der politischen Kommunikation? In: http://www.bpb.de/publikationen/PS5WYO,5,0,Amerikanisierung_der_politischen_Kommunikation.html#art5, Abrufdatum: 27.02.2006.

⁵⁴ Vgl.: Herbert Blumler. Der methodologisch Standort des symbolischen Interaktionismus, in: Burkardt, Roland / Hörnberg, Walter (Hg.): *Kommunikationstheorien - Ein Textbuch zur Einführung*, Wien: 1992, [23-39].

so eine optimale Analyse der außenpolitischen Kommunikation aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht möglich.

In der Generierung des Untersuchungsmodells spiegeln sich diese Ansätze wieder, da sowohl das eigene Wertesystem als auch der Umgang mit Akteuren der Umwelt auf die außenpolitische Kommunikation einwirken. Institutionelle und strukturelle Besonderheiten der einzelnen Staaten werden in der den Fallstudien vorangestellten Auseinandersetzung mit dem Regierungssystem und den am außenpolitischen Prozess beteiligten Akteuren erläutert. Sie stellen die Rahmenbedingungen für außenpolitische Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern dar.

Um den Begriff der Kommunikationskultur in seiner Bedeutung für die Untersuchung außenpolitischer Kommunikation exakt abgrenzen zu können, sollen vorab einige Punkte zur Kommunikation an sich geklärt werden:

Unter Kommunikation wird hier ein Prozess verstanden, dem in einer kontextbezogenen Situation die Verständigung und Vermittlung von Inhalten zu Grunde liegt. Die Regeln des kommunikativen Prozesses beruhen auf allgemein gültigen Konventionen⁵⁵. Bereits an dieser Stelle muss auf die Unterschiedlichkeit in der Auffassung und Interpretation ebendieser Regeln in unterschiedlichen Kulturen hingewiesen werden. Sie können so zum Beispiel konfrontativ oder aber konsensorientiert ausgelegt werden. Weitere Unterschiede treten in der Kontextorientierung der jeweiligen Kultur auf: Kommunikation in einer Gesellschaft mit sehr hohem Kontextbezug wird sicherlich anders erfolgen als durch Akteure einer Nation mit eher geringerem Kontextbezug. Unabhängig davon ist erfolgreiches kommunikatives Handeln jedoch von drei bestimmenden Faktoren abhängig:

- Gemeinsamkeiten und Verstehensintention
- Dem Grundbestand an Wissen und Wissensmustern
- Interpretationsregeln und Interpretationsmuster⁵⁶.

Zusätzlich gesteigert werden kann die Erfolgswahrscheinlichkeit durch ein ausgeprägtes Vertrauensverhältnis zwischen den kommunizierenden Akteuren.

Die Notwendigkeit der Sprache für Kommunikation in der Außenpolitik wird in der vorliegenden Arbeit nicht gesehen. Zum Bereich außenpolitischer Kommunikation zählen hier auch indirekte, nonverbale Handlungen, die jedoch mit einer eindeutigen Botschaft für den anderen Akteur versehen sind. Dies wiederum ist eine Form der

⁵⁵ In: Knoblauch: *Kommunikationskultur*, S. 302.

⁵⁶ In: Wate: *Kommunikation und Kommunikatives Handeln*, S. 271.

Kommunikation, die in jedem Kommunikationssystem unterschiedlich genutzt und ebenso unterschiedlich aufgenommen wird.

Das Konzept der Kommunikationskultur stellt politische Kommunikation somit auf verschiedenen Ebenen dar. Dieser mehrdimensionale Ansatz ist entscheidend für die weitere Untersuchung der außenpolitischen Kommunikation in westlichen Demokratien. Sie ist in ihrer Definition „die empirisch vorfindbaren Orientierungen der Akteure im System der produzierten politischen Botschaften gegenüber spezifizierten Objekten der politischen Kommunikation, die die Art und Weise bestimmen, in der politische Akteure und Medienakteure in Bezug auf das gemeinsame Publikum kommunizieren.“

Dem schließt sich dann unmittelbar die Frage nach der so genannten Cross-Culture Kommunikation an. Sie beschreibt Kommunikationsprozesse über kulturelle Grenzen hinweg und ist somit ein grundlegender Bestandteil in der Auseinandersetzung mit außenpolitischer Kommunikation. Damit einhergehend sind auch interkulturelle Aspekte verbunden, die das Verhalten einer Person im Umgang mit fremden Kulturen erklären und dem Wissenschaftsgebiet der Sozialwissenschaft entnommen sind.

3. Sozialwissenschaft – Internationales Konfliktmanagement

In der Auseinandersetzung mit außenpolitischer Kommunikation dürfen sozialpsychologische Aspekte nicht vernachlässigt werden. Hinsichtlich der Akteure außenpolitischer Kommunikation sind Verhalten im internationalen Umfeld (international behavior), Verhandlungsgeschick (negotiating and bargaining) sowie Konfliktmanagement von besonderer Bedeutung.

Alle drei Bereiche setzen sich mit den Akteuren der Außen- und Sicherheitspolitik auseinander und müssen daher in das nachfolgende Modell einbezogen werden. Insbesondere das Feld der Verhandlungen mit anderen internationalen staatlichen Akteuren kann sich als große Herausforderung erweisen. Ist es zum Beispiel erstrebenswert, auch mit so genannten „Schurkenstaaten“ zu sprechen oder gar gemeinsame Treffen abzuhalten? Diese meist ideologisch geführte Diskussion ist derzeit in den Verhandlungen unterschiedlichster westlicher Staaten mit dem Iran zu erkennen.

Oftmals werden die außenpolitischen Akteure westlicher Demokratien mit diesem Abwägen zwischen der Fortführung der Kommunikation und dem Abbruch jeglicher

Form von Kommunikation konfrontiert. Damit einhergehend muss der generelle Aspekt von Verhandlungsführung, Verhandlungsgeschick und –erfahrung der Akteure beachtet werden. Dieser sehr wichtige Bestandteil der Diplomatie eines Staates gliedert sich in 5 Teilbereiche: Die Ziele, die das Land verfolgt, der Prozess der Verhandlung, das Ergebnis derselben sowie der Hintergrund und die Bedingungen, die dem Ablauf zu Grunde liegen⁵⁷. In diesen Teilbereichen finden sich bereits genannte Aspekte wieder: Nationale Interessen und damit verbunden Traditionen und Werte, die generelle Orientierung eines Staates (konfrontativ oder konsensorientiert) sowie situative Zusammenhänge, die die Kommunikation nachhaltig beeinflussen können.

Darüber hinaus kann hier auch wieder auf die Ebene der Intention Bezug genommen werden, die im Koorientierungsmodell bereits angesprochen wurde. Wurde die Intention eines Kommunikators richtig gedeutet? Und konnte dadurch das Ziel außenpolitischer Kommunikation verwirklicht werden? Diese Fragestellungen treten auf, wenn man außenpolitische auch als soziale Kommunikation betrachtet⁵⁸.

Im Bereich des Krisen- und Konfliktmanagement soll an dieser Stelle kurz die Theorie nach Louis Kriesberg erläutert werden. Er gilt in diesem Bereich als einer der einflussreichsten Theoretiker. Sein Konflikt-Zyklus Modell besteht aus folgenden Stufen: Grundlegende Einstellungen, die auch von außen beeinflusst werden, verfestigen sich und führen zur Eskalation einer Situation. Diese muss gelöst werden (Deeskalation) und das Ergebnis implementiert werden. Dabei können unterschiedliche Gruppen unterschiedliche Konfliktlösungsmechanismen einsetzen. Der Vorteil für Regierungen und Regierungssysteme besteht in ihrer heterogenen Zusammensetzung. So können hier verschiedene Personen auf wiederum unterschiedlichen Hierarchiestufen verhandeln. Für Kriesberg nimmt Verhandeln in Krisensituationen der internationalen Umwelt somit zwei extreme Ausprägungen an:

„[Negotiation] treated as a way of waging a contest, and the prescriptions are about has to win for yourself and your side.“ oder:

„[Negotiation as] a way to reach mutually acceptable and even beneficial agreements, and the prescription

⁵⁷ Vgl.: Jack Sawyer / Harold Guetzkow: Bargaining and Negotiation in international relations, in: Kelman, Herbert C. (Hg.): *International Behavior – A Social-Psychological Analysis*, New York: Holt, Reinhart & Winston, 1965, [466-521], S. 467.

⁵⁸ Vgl.: Christer Jönsson: Communication in international Bargaining, in: Girard, Michael / Eberwein, Wolf-Dieter (Hg.): *Theory and practice in foreign-policy making - National perspectives on academics and professionals in International Relations*, London: Pinter Publishers, 1990, [9-15], S. 9.

*aim to efficiently and effectively attain such outcomes for all parties.*⁵⁹

Hier wird deutlich, dass das Ziel, welches mit Verhandlungen verfolgt wird, und die Art und Weise, wie die Konfliktparteien miteinander umgehen, im Vordergrund stehen. Zudem müssen im Konfliktmanagement immer auch die Anzahl der an der Verhandlung beteiligten Personen, die Anzahl der zu verhandelnden Aspekte sowie die zeitlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Einen entscheidenden Platz nimmt auch die so genannte „privacy“ ein. Wie ist das Vertrauensverhältnis der Akteure zueinander, wie lange wird bereits verhandelt und auf welcher Ebene? All diese Faktoren sind ausschlaggebend für ein positives Ergebnis des Versuchs der Deeskalation.

Das Ergebnis des Konfliktmanagements sowie die Rolle der Kommunikation innerhalb dieser Prozesse stellen einen Schwerpunkt in der abschließenden Bewertung der außen- und sicherheitspolitischen Kommunikation in westlichen Demokratien dar. Aus diesem Grund soll die Rolle des Konfliktmanagements an folgendem Zitat nochmals verdeutlicht werden:

*„In the contemporary world, constructive methods of waging conflicts are more important than ever. A conflict waged destructively in one place is often the result of far away, interacting linkages and has wider implications.*⁶⁰

Alle hier genannten Aspekte werden nun in die Generierung des Untersuchungsmodells zur Gestaltung und Verwendung außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern einfließen um in einem zweiten Schritt eine umfassende Analyse von ausgewählten Fällen gewährleisten zu können.

⁵⁹ In: Kriesberg, Louis: *Constructive Conflicts – From Escalation to Resolution*, Lanham: Rowman and Littlefield Publishers, Inc., 2007, S. 172.

⁶⁰ In: Kriesberg: *Constructive Conflicts – From Escalation to Resolution*, S. 385.

III. Methodik

Politische Kommunikation im Allgemeinen und außenpolitische Kommunikation im Besonderen stellen ein sehr unübersichtliches Untersuchungsfeld dar. Zum einen müssen, wie sich in den theoretischen Vorüberlegungen gezeigt hat, mehrere wissenschaftliche Disziplinen verknüpft werden und zum anderen unterliegt außenpolitische Kommunikation dem Einfluss zahlreicher Aspekte, die in unterschiedlicher Intensität in die Analyse einfließen. Grundlage für die Generierung des Untersuchungsmodells, sowie den abschließenden Vergleich, ist die klare begriffliche Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes.

1. Außenpolitische Kommunikation in der Literatur

Ausgangspunkt dieser Arbeit ist die in der Literatur von Thomas Jäger geprägte Definition der außenpolitischen Kommunikation. Diese wird in einem zweiten Schritt erweitert und legt somit den Grundstein für die Entwicklung des Untersuchungsmodells außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern westlicher Demokratien.

„Außenpolitische Kommunikation ist die Gesamtheit der Interaktionen zwischen territorial umgrenzten und diesen Eingrenzungen in irgendeiner Weise funktional zuzuordnenden Akteuren mit erwartbarer verbindlicher Entscheidungskompetenz.“⁶¹

Insbesondere der Verweis auf die Entscheidungskompetenz der beteiligten Akteure innerhalb dieser Definition ist von essentieller Bedeutung. Die folgende Analyse sicherheitspolitischer Kommunikation in westlichen Demokratien erfolgt, wie bereits eingangs erwähnt, akteursbezogen und wird mit der hier zugesprochenen Funktion als Entscheidungsträger ergänzt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, auch kurz auf die jeweiligen Handlungs- und Entscheidungsabläufe in der Außenpolitik Deutschlands, der USA und Russlands einzugehen. Bevor dies jedoch erfolgt, soll der Definition von Thomas Jäger noch weiter Rechnung getragen werden und in Ergänzungen dargestellt werden.

Sender und Empfänger außenpolitischer Kommunikation werden von ihm klar abgegrenzt, indem er außenpolitische Kommunikation als den

⁶¹ In: Jäger: *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, S. 517.

„Teil bilateraler, multilateraler und globaler Kommunikation [dar], der zwischen Regierungen und anderen, direkt staatlich zuzuordnenden Institutionen und Organisationen verläuft.“⁶²

versteht. Kombiniert mit der Entscheidungskompetenz der Akteure als Anforderung für Sender außenpolitischer Kommunikation schränkt sich der Kreis infrage kommender Personen in westlichen Demokratien weiter ein. Daher werden in der vorliegenden Untersuchung Staats- und Regierungschefs sowie deren Außenminister als handelnde Personen betrachtet. Da sich vorliegende Untersuchung auf die Kommunikation ausgehend von westlichen Demokratien fokussiert, ist eine Analyse nach dieser Akteurdefinition auch vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen der internationalen Politik möglich. Schwieriger gestaltet sich dies hinsichtlich intrastaatlicher oder transnationaler Konflikte (internationaler Terrorismus, separatistische Bewegungen, ethnische Konflikte), da hier keine traditionellen Akteursebenen und -strukturen mehr vorliegen.

Auch in der Darstellung außenpolitischer Kommunikation nach Ralph Sartor in seinem Beitrag zu Symbolischer Politik, spielt in der Außenpolitik die gezielte, strategische Kommunikation nicht nur aber auch über die Medien eine wichtige Rolle. Er sieht als Mittel der Außenpolitik an sich die Kommunikation, Gesten und weitere Bestandteile symbolischer Politik, die während des Informationsaustausches zwischen Akteuren erfolgen.⁶³

Innerhalb der so definierten außenpolitischen Kommunikation muss des Weiteren zwischen direkt und indirekt vermittelter Kommunikation unterschieden werden. Zwischen den Akteuren der globalen Kommunikation kann also direkt gesprochen werden (Telefonat, Brief, persönliches Gespräch) oder aber zwar direkt, aber über dritte Instanzen, die mit der Vermittlung der Botschaft beauftragt wurden. Beispielhaft für diese Form der außenpolitischen Kommunikation ist für Thomas Jäger die Diplomatie. Sie erfolgt meist und in ihrer alltäglichen Form nicht mehr auf Regierungsebene, sondern zwischen staatlichen Institutionen. Des Weiteren kann hier die Kommunikation über die Ebene der internationalen oder auch regionalen Bündnisse und Organisationen beispielhaft angeführt werden. Welche Rolle diesen Organisationen dabei zukommt, wird sich in der abschließenden Betrachtung noch zeigen.

⁶² In: Jäger: *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, S. 516.

⁶³ Vgl.: Sartor, Ralph: *Symbolische Politik*, S. 25.

Indirekt vermittelte außenpolitische Kommunikation hingegen ist zum Beispiel Imagepolitik oder auch politische Öffentlichkeitsarbeit. Diese bewegt sich auf einem weitaus breiteren Akteursfeld, welches auch als ein dem politischen System angeschlossenes System der gesellschaftlichen Dimension betrachtet werden kann. Sie findet in dieser Arbeit keine Beachtung, da sie im Bereich der Sicherheitspolitik nur selten Anwendung findet.

Eine klare Abgrenzung zieht Thomas Jäger zur „transnationalen Kommunikation“⁶⁴. Sie entzieht sich jeglicher Zuordnung zu staatlichen Akteuren und ist wie bereits angesprochen hinsichtlich intrastaatlicher oder transnationaler Konflikte zu beobachten. Eine Zwischenform stellt die von Martin Mumme definierte Bewusstseinspolitik dar. Sie dient der „Beeinflussung anderer Völker mit politischer Zielsetzung“⁶⁵ und ist eine mögliche Form in der Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik, die bislang tendenziell der auswärtigen Kulturpolitik zugeordnet wird. Mumme geht darüber hinaus jedoch auf den Aspekt der Vermittlung von Grundwerten und Traditionen einer Nation ein. Dieser wiederum ist für das folgende Untersuchungsmodell von großer Bedeutung. Daher wird die Bewusstseinspolitik in vorliegender Arbeit als ein Teil außenpolitischer Kommunikation mit aufgenommen, auch wenn diese ihrer Definition nach über die Eingrenzung nach Thomas Jäger hinausgeht. Sie findet sich als Voraussetzung für die Form der akteurseigenen Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern wieder.

Geregelt wird außenpolitische Kommunikation und hier vorrangig die Diplomatie durch allgemein anerkannte und gültige Handlungsvereinbarungen, den so genannten diplomatischen Kodex. Insgesamt bewegt sich außenpolitische Kommunikation jedoch in einem sehr vagen Rahmen, da eine übergeordnete Kontrolleinheit fehlt. Thomas Jäger sieht aber in der Verankerung in diesem „quasi-rechtsfreien Raum“ und die Prägung durch das „Fehlen institutionalisierter, legitimierter und internalisierter sozialer Hierarchien“⁶⁶ ein Kennzeichen außenpolitischer Kommunikation. Der hier angestrebte ganzheitliche Untersuchungsansatz trägt diesem Umstand Rechnung und hat zum Ziel, alle möglichen beeinflussenden Faktoren außenpolitischer Kommunikation in eine umfassende Betrachtung mit einzubeziehen.

⁶⁴ In: Jäger: *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, S. 517.

⁶⁵ In: Mumme, Martin: *Strategien auswärtiger Bewusstseinspolitik – Von der Macht der Ideen in der Politik*, Königshausen und Neumann, 2006, S. 9.

⁶⁶ In: Jäger: *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, S. 517.

Die Ziele außenpolitischer Kommunikation sind denen der Außenpolitik an sich vorgeschaltet: Wo Außenpolitik Entscheidungen herbeiführen will, nationale Interessen vertreten oder anderen Interessen entgegenarbeiten möchte, hat außenpolitische Kommunikation das Ziel, bereits im Stadium der Willensbildung, der Interessendefinition und der Entscheidungsfindung auf andere Nationen, Staaten oder Systeme einzuwirken.⁶⁷

Da hier bereits der enge Verweis auf die Entscheidungsfindung in der Außenpolitik per se als Basis für außenpolitische Kommunikation erfolgt, soll ein kurzer Abriss über die wissenschaftliche Definition von Außen- und Sicherheitspolitik im Allgemeinen gegeben werden.

„Foreign Policy is the sum of official external relations conducted by an independent actor (usually a state) in international relations.“⁶⁸

Außenpolitik in westlichen Demokratien kann somit nie losgelöst von zwei Faktoren betrachtet werden: Zum einen das eigene politische System, in welchem Außenpolitik gestaltet wird, mit all seinen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Aspekten. Zum anderen spielt das internationale Umfeld eine signifikante Rolle für außenpolitische Handlungen, Entscheidungen und Planungen. Christopher Hill führt für die Analyse von Außenpolitik in der aktuellen Debatte drei kontextuale Elemente an:

- a) das Ende des Kalten Krieges
- b) der fortschreitende Globalisierungsprozess und
- c) das Gesetz der humanitären Interventionen.⁶⁹

Alle drei Elemente werden in der empirischen Untersuchung anhand des Analyserasters immer wieder zur Sprache kommen. Eingangs wurden die Punkte b) und c) bereits in der Erarbeitung der Problemstellung erwähnt.

In der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Außenpolitik in westlichen Demokratien werden immer wieder die selben Anforderungen an dieses sehr komplexe Politikfeld gestellt und dabei folgende Aufgaben genannt: Der Schutz von Staatsbürgern und ebenso der Schutz des nationalen Images im Ausland, die Sicherung der eigenen territorialen Grenzen – hier ist in Zusammenhang mit Staaten der Europäischen Union der Schutz der Grenzen der Gemeinschaft zu beachten – und

⁶⁷ Vgl.: Jäger: *Außenpolitische Kommunikation*, S. 522.

⁶⁸ In: Hill, Christopher: *The Changing Politics of Foreign Policy*, Palgrave Macmillan, 2003, S. 3.

⁶⁹ Vgl.: ebd. S. 11.

der Schutz globaler Güter. Das nationale Image ist insbesondere in der Auseinandersetzung mit Selbst- und Fremdwahrnehmung bedeutsam für die vorliegende Arbeit. Sie bestimmt die Faktoren der Dimensionen des Untersuchungsmodells nachhaltig. Des Weiteren sind die Wahrung einer stabilen internationalen Ordnung und des Wohlstandes ebenso von Bedeutung wie die Entscheidungsfindung zu Auslandseinsätzen der heimischen Streitkräfte. Gerade der Einsatz von Streitkräften im Ausland und die damit verbundenen oftmals innenpolitischen aber ebenso bilateralen Probleme werden in den Fallstudien aufgegriffen. Ebendiese Aspekte waren und sind noch immer wichtige und sensible Themen der Außen- und Sicherheitspolitik westlicher Demokratien und auch des Sonderfalls der defekten Demokratie, die einer bewussten und strategisch abgestimmten Kommunikation bedürfen.

Eine weitere Differenzierung des Begriffs Außenpolitik trifft Raimund Seidelmann im Lexikon der Politikwissenschaft: Außenpolitik im „gouvernementalen“⁷⁰ und Außenpolitik im weiteren Sinne. Zu ersterer gehören demnach die klassischen Formen der Diplomatie und des diplomatischen Protokolls wie Staatsbesuche, Empfänge, Verträge oder Übereinkünfte. Die weit gefasste Definition schließt zudem alle wirtschaftspolitischen, sicherheits- und kulturpolitischen Handlungen ein, welche grenzüberschreitend wirken. Diese können sich auch im nichtstaatlichen Bereich der Nichtregierungsorganisationen (NGO`s), transnationaler Konzerne oder parteilicher Zusammenschlüsse abspielen. Der eng gefasste Außenpolitikbegriff erfordert ein weitaus höheres Maß an optimaler außenpolitischer Kommunikation, insbesondere in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern, da hier zumeist auf direkter Ebene zwischen hochrangigen Staatsvertretern kommuniziert wird. Dies ist somit ein weiterer Grund für die akteursbezogene Analyse der vorliegenden Arbeit und nennt in ersten Ansätzen bereits Mittel der Kommunikation in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Sicherheitspolitik wiederum stellt innerhalb der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen „die Schaffung und Wahrung sicherer äußerer (Staats-) grenzen durch a) militärische Maßnahmen, b) den Aufbau kollektiver Sicherheitssysteme (z.B. Verträge, Bündnisse), c) gegenseitige vertrauensbildende Maßnahmen (z.B. Anerkennung der Grenzen, Verzicht auf einseitige Forderungen) und d) internationalen Austausch“⁷¹ dar. Der in Deutschland häufig verwendete erweiterte Sicherheitsbegriff ist den „neuen“ Bedrohungen und Herausforderungen angepasst:

⁷⁰ In: Seidelmann, Raimund: Außenpolitik, in: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*, München: Verlag C.H. Beck Reihe, 2002, S. 43.

⁷¹ In: Klaus Schubert, / Martina Klein: *Das Politiklexikon*, in: <http://www.bpb.de/wissen>,

„So bleibt zwar nach wie vor die militärische Dimension ein Aspekt der Sicherheitspolitik, allerdings treten Probleme hinzu, die bis dato nicht gekannte Schwierigkeiten für die nationale Souveränität bedeuten und die nicht mit nationalstaatlichen Ansätzen gelöst werden können, wie etwa die globale Umweltverschmutzung, Immigrationsbewegungen und internationaler Terrorismus.“⁷²

Der hier angesprochene Kampf gegen den internationalen Terrorismus spielt in zwei der zu untersuchenden Fälle eine direkte Rolle: Der Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan und der Einmarsch der USA in den Irak. In der Krise zwischen Russland und Georgien kommt das Argument der Bekämpfung potentieller Terroristen zudem immer wieder zur Sprache und kann somit ebenfalls in diesen Themenbereich gerechnet werden. Die beiden weiteren Probleme der Umweltverschmutzung und der Immigrationsbewegung werden in den Fallstudien nicht oder nur peripher angesprochen. Lediglich in der Auseinandersetzung mit der u.s.-amerikanischen Intervention auf Haiti spielt das Immigrationsproblem eine Rolle.

Um nun ein umfassendes Untersuchungsmodell außen- und sicherheitspolitischer Kommunikation in westlichen Demokratien generieren zu können wird der definitorische Rahmen der Begriffe um die beeinflussenden Faktoren erweitert und in Dimensionen gegliedert.

2. Außen- und sicherheitspolitische Kommunikation und ihre Dimensionen in der vorliegenden Analyse

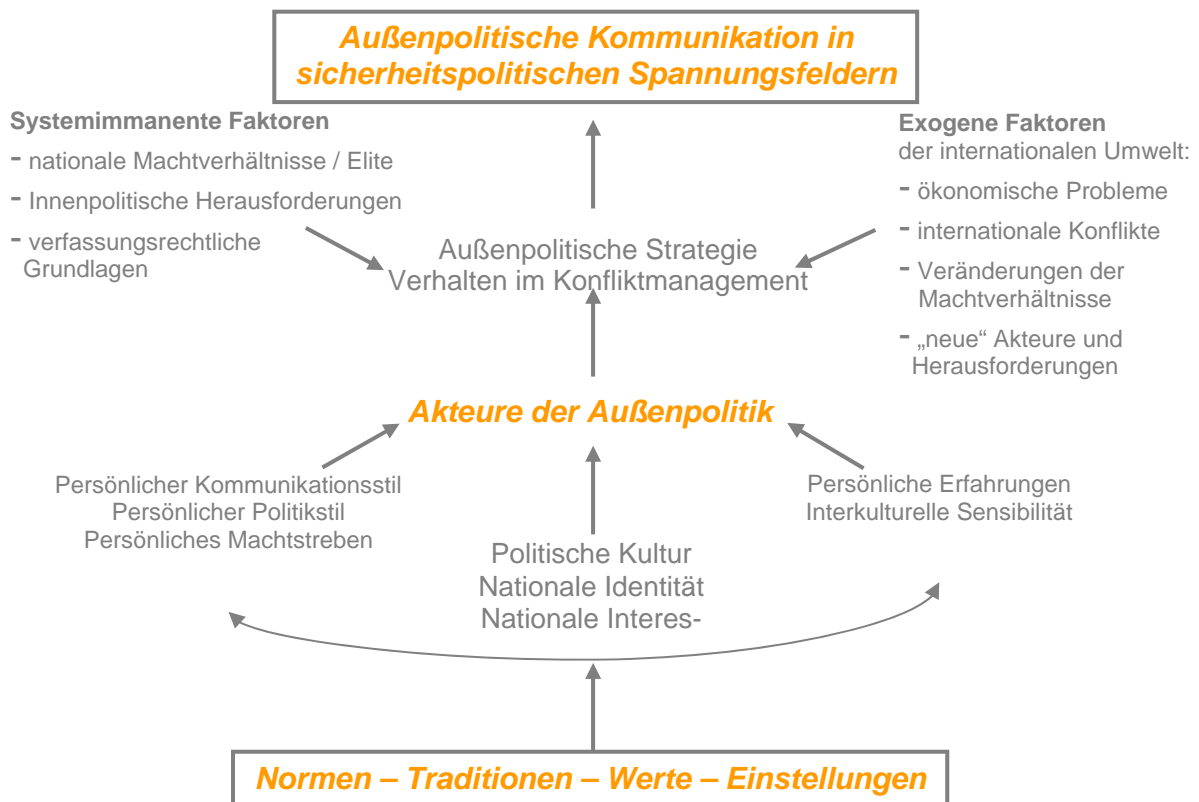
Ausgehend von der soeben erbrachten Definition außenpolitischer Kommunikation sowie Außen- und Sicherheitspolitik als Basis im wissenschaftlichen Diskurs wird dieser Begriff nun ausgeweitet und ein Untersuchungsmodell außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern generiert. Die Definition nach Jäger legt nahe, sich auf die Personen des Staats- oder Regierungschefs sowie den zugeordneten Minister und/oder Vertrauten zu beschränken. Dieser Personenkreis wird nachfolgend immer auch als Leadership-Ebene bezeichnet.

Die drei Dimensionen des Modells ergeben sich aus den Einflüssen, die im Umfeld außenpolitischer Kommunikation vorhanden sind und nachhaltig auf die Art

⁷² Abrufdatum: 15.01.2007.
In: Carsten Lenz / Nicole Ruchlak: *Kleines Politik-Lexikon*, R. Oldenbourg Verlag: München/Wien, 2001, S. 197.

und Weise der Kommunikation Einfluss nehmen. Die folgende Darstellung soll einen ersten Überblick über den Gesamtzusammenhang der beeinflussenden Aspekte geben:

Abbildung 5: Zusammenhang beeinflussender Faktoren außenpolitischer Kommunikation



Eigene Darstellung

Das hier entwickelte Modell zur Untersuchung der Gestaltung und Verwendung außenpolitischer Kommunikation in unterschiedlichen Demokratieformen basiert auf drei Dimensionen, die sich wie bereits erwähnt, aus den beeinflussenden Faktoren ergeben. Das Modell bildet die Basis für den Vergleich außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern und wird im Folgenden auf Grund der empirischen Überprüfung in sicherheitspolitischen Konflikten auf die speziellen Herausforderungen dieses Politikbereiches zugeschnitten.

Die erste Dimension befasst sich mit der nationalen Ebene in Bezug auf die Wahrnehmung im internationalen Umfeld: Das Verständnis von Macht, die Positionierung der eigenen Regierung im internationalen System, Führungskompetenz und das Verhältnis der Akteure untereinander werden eingehend untersucht. Dabei spie-

len die bereits angesprochenen Werte, Normen und Traditionen einer politischen Kultur, insbesondere der sicherheitspolitischen, eine wichtige Rolle. Bezogen auf beeinflussende Faktoren im Konfliktmanagement wird damit die Zielorientierung eines Staates betrachtet⁷³.

Im Anschluss daran setzt sich die zweite Dimension mit der strategischen Ausrichtung der Sicherheitspolitik, den Mitteln der Konfliktlösung sowie dem politischen Stil der Akteure auf Leadership-Ebene auseinander. Dies beinhaltet aber auch Einflüsse aus dem jeweiligen nationalen politischen System, welche unter anderem den Kreis der Beteiligten auf angesprochener Entscheidungsebene bedingen. In Bezug auf die Strategie werden an dieser Stelle spieltheoretische Überlegungen miteinbezogen. Damit wird hinsichtlich des Konfliktmanagements die Beurteilung der Situation im systemischen Kontext untersucht⁷⁴. Sie bildet die Ausgangsbasis für die Kommunikation der getroffenen Entscheidung oder auch für die Kommunikation als Mittel der weiteren Konfliktlösung.

Der dritte Bereich des Modells setzt sich mit dem persönlichen Kommunikationsstil der Akteure auseinander. Dieser steht immer in engem Zusammenhang mit nationalen Werten, Traditionen und persönlichen Erfahrungen. Ergänzend muss hier die Beachtung der öffentlichen Meinung und der Einfluss der politischen Kultur eines Staates auf die Kommunikation der Akteure beachtet werden. Zudem kann außenpolitische Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern auf Akteursebene nicht ohne Berücksichtigung interkultureller Aspekte untersucht werden. Die interkulturelle Sensibilität stellt somit den abschließenden Aspekt des Modells dar und setzt sich aus den Ansätzen von Hofstede (betriebswirtschaftlicher Ansatz) sowie Gudykunst (Kommunikationswissenschaft) zusammen⁷⁵.

Generell muss festgehalten werden, dass die Dimensionen nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können. Dies wird in der folgenden detaillierten Beschreibung noch zum Ausdruck kommen. Auch sind im vorliegenden Modell Analyse-Raster enthalten, welche der einschlägigen Fachliteratur entnommen sind und zur Untersuchung einzelner Bereiche des Gesamtmodells beitragen.

⁷³ Vgl.: Daniel Canary / Sandra Lakey: Managing Conflict in a competent manner; in: Oetzel, John / Ting-Tomey, Stella (Hg.): *The SAGE Handbook of conflict communication*, Thousand Oaks: Sage Publications Inc., 2006, S. 191.

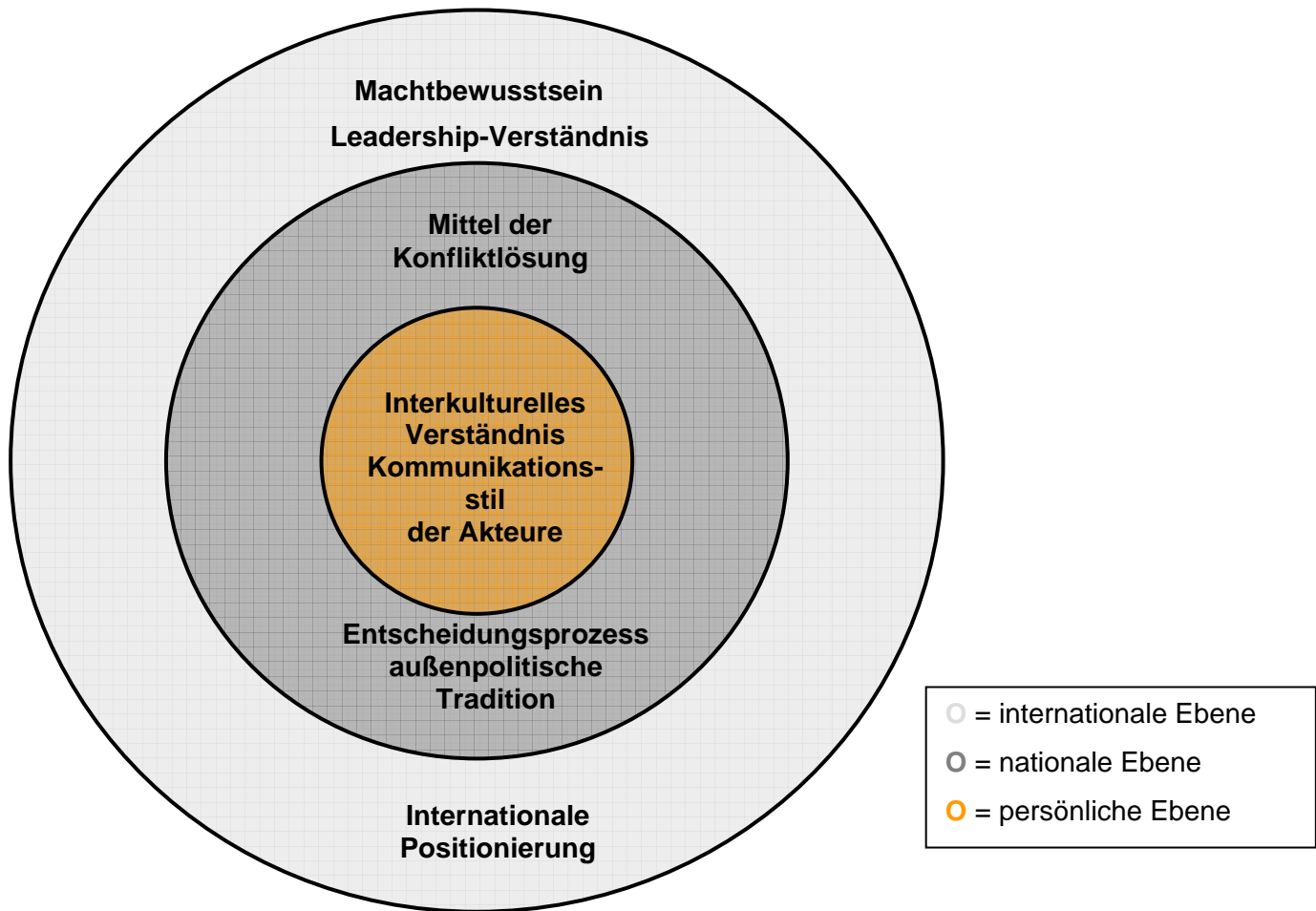
⁷⁴ Vgl.: ebd.

⁷⁵ Vgl.: Stella Ting-Tomey / Jiro Takai: Explaining intercultural Conflict; in: Oetzel, John / Ting-Tomey, Stella (Hg.): *The SAGE Handbook of conflict communication*, Thousand Oaks: Sage Publications Inc., 2006, [691-723], S. 691ff. Vgl. hierzu auch: Gert Hofstede: "Culture is more often a source of conflict than of synergy. Cultural differences are a nuisance at best and often a disaster." In: <http://www.geert-hofstede.com/>, Abrufdatum: 25.11.2006.

Einen Überblick über den Zusammenhang der Dimensionen gibt folgende Darstellung.

Übertragen auf die Kommunikationswissenschaft bilden die drei Dimensionen den Kontext, die Botschaft oder auch den Inhalt der Kommunikation sowie den Kommunikationsprozess, hier auf die Akteure bezogen.

Abbildung 6: Dimensionen des Untersuchungsmodells



Eigene Darstellung

2.1 Machtverhältnisse und Führungsstil

Unter politischem Stil verstehen die Autoren des Bandes „Politische Kommunikation demokratischer Gesellschaften“ die

*„generalisierte Charakterisierung des Handelns und Verhaltens von Akteuren beziehungsweise Systemen im politischen Prozess“.*⁷⁶

Jeder Akteur im internationalen Umfeld pflegt seinen ganz persönlichen Politik- und Führungsstil. Die Analyse des Führungsstils soll somit das Verhältnis der Akteure untereinander darstellen und ergänzend auf Leadership⁷⁷ – Konzepte eingehen. Mit dem persönlichen Führungsstil sind auch Machtstreben und die Definition der eigenen Macht innerhalb der internationalen Umwelt verbunden. Machtstreben kommt hier in einer Doppelfunktion zum Tragen: Das Machtstreben nach innen bestimmt wiederum das Verhältnis der Akteure untereinander. Das Machtstreben nach außen entscheidet über die eigene Positionierung im internationalen Umfeld. Zudem ist politische Kommunikation nach Luhmann immer auch an Macht gebunden⁷⁸. Wie bereits in den politikwissenschaftlichen theoretischen Vorüberlegungen angesprochen ist Macht einer der drei zentralen Begriffe der modernen Demokratietheorie. Der Machtbegriff wird in dieser Dimension aufgegriffen und auf das internationale Konfliktmanagement westlicher Demokratien angewandt.

Der Außen- und Sicherheitspolitikstil resultiert somit aus dem persönlichen allgemeinen Politikstil, den ein Akteur pflegt, und seinen individuellen Erfahrungen. Bereits an dieser Stelle zeigt sich die enge Verknüpfung der Dimensionen, da ein persönlicher Stil immer auch an Aspekte wie nationale Identität, persönliches Wertesystem und interkulturelle Sensibilität gebunden ist.

Das persönliche Machtstreben und der Umgang mit Macht stellen den Ausgangspunkt für die weitere Auseinandersetzung mit Leadership oder dem Verhältnis der Akteure untereinander dar.

⁷⁶ In: Ulrich Sarcinelli: *Politische Kommunikation in demokratischen Gesellschaften*, Opladen: Leske+Budrich, 1998, S. 708.

⁷⁷ Leadership wird im Folgenden als Fachbegriff verwendet, da hier keine den Kern des Begriffes treffende Übersetzung im Deutschen vorliegt.

⁷⁸ In: Ute Frevert / Wolfgang Braungart: *Sprachen des Politischen*, Göttingen: Van den Hoeck & Ruprecht, 2004, S. 10ff.

„Power can [thus] be conceptualized as the conscious incremental potential of an actor who is active, in contact and effective.“⁷⁹

Die klassische Einteilung der Macht-Typen nach Weber beinhaltet folgende drei Ausprägungen: Der traditionelle Typus erhält seine Legitimation durch das historisch geprägte gesellschaftliche und / oder politische System. Die ist zum Beispiel in Monarchien der Fall. Im Gegensatz dazu steht die rational-legale Macht, welche durch bürokratische Einrichtungen oder juristische Entscheidungen legitimiert ist. Es handelt sich dabei um Regierungen, deren offizielle Macht auf sozialem Privileg oder etablierten administrativen Ordnungen beruht. Der dritte Machttypus basiert auf „quality of an individual's personality“⁸⁰. Es gibt keinerlei Machtlegitimation außer der „Bestimmung“ des Individuums, andere zu führen. Wichtig ist aber bereits an dieser Stelle anzumerken, dass persönliche Macht immer auch abhängig ist von weiteren Faktoren wie Kultur und Kontext der Situation⁸¹. Um einer multidimensionalen Sicht gerecht zu werden muss dieses klassische Modell um einige Faktoren erweitert werden. So ist die Grundlage der Analyse von Macht und Machtverhältnissen für die vorliegende Arbeit das Konzept der „Power-Relationships“. Sie bestimmen das Verhältnis zweier Akteure A und B, wobei die Zielsetzung von A ist, dass B nach seinem Willen handelt. Die Beziehung der beiden lässt sich analog zu den Situationen der Spieltheorie erläutern, weshalb hier auf eine ausführliche Darstellung verzichtet wird⁸². Wichtiger erscheint in diesem Zusammenhang die Erklärung der Dimensionen von Macht, wie sie in westlichen Demokratien in Erscheinung treten können⁸³:

*Brute Force / Anwendung von Gewalt*⁸⁴: Das wohl drastischste Mittel von Macht kann zwar Kontrolle einbringen, ist aber sehr leicht verletzbar durch seine Einfachheit und Unmittelbarkeit. Sie stellt dabei immer auch eine Extremausprägung von Macht dar und kann langfristig effektiv nur als Bestandteil eines komplexeren Machtsystems sein.

⁷⁹ In: Khoshkish, Adrian: *Power or authority? The entelechy of power*, Lanham: University Press of America, 1991, S. 54.

⁸⁰ In: Dorothy Pennington: *Interpersonal Power and Influence in intercultural Communication*, in: Gudykunst, William B. / Asante, Molefi Kete (Hg.): *Handbook of international and intercultural communication*, Newberry Park, Sage Publications, Inc., 1989, [261-274], S. 261ff.

⁸¹ Vgl.: Pennington: *Interpersonal Power and Influence in intercultural Communication*, S. 273.

⁸² Vgl. dazu im Folgenden, Außenpolitische Entscheidungstheorie und Spieltheorie.

⁸³ Wichtig ist hier der Verweis, dass die im Folgenden angeführten Machtmodelle immer auch abhängig sind vom jeweiligen politischen System, äußeren Faktoren und dem Grad der Anpassungsfähigkeit des gesamten Machtkomplexes eines Systems. Vgl.: Khoshkish, *Power or authority? The entelechy of power*, S. 81.

⁸⁴ In: Khoshkish, *Power or authority? The entelechy of power*, S. 36ff.

*Means / Mitteleinsatz*⁸⁵: Diese Machtdimension kann in ihren Ausprägungen sehr vielfältig sein. Abhängig ist dies immer auch von den materiellen und instrumentellen Charakteristika eines Systems. Je nach Wertesystem und vorherrschender Kultur ist hier eine unterschiedliche Auslegung möglich. Sie kann vom Einsatz einfacher Waffen bis zu sehr subtilen Methoden wie die Beeinflussung durch Geld und Wohlstand reichen.

*Position / Positionierung im internationalen System*⁸⁶: Entscheidend für die Reichweite von Macht ist der jeweilige Sender. Hier tritt die sehr personenbezogene Komponente des Ansatzes zum Tragen, die auch in der Untersuchung außenpolitischer Kommunikation im Vordergrund steht.

*Connection / Beziehung zu Partnern und potentiellen Gegnern*⁸⁷: Gerade in der Auseinandersetzung mit außenpolitischer Kommunikation ist dieser Punkt von großer Bedeutung. Überall wo Machtverhältnisse sind und entstehen, findet man Hierarchien vor. Der Umgang mit diesen wird im Verhältnis der Akteure untereinander thematisiert. Wichtig ist dabei jedoch festzuhalten, dass diese Hierarchien sowohl horizontal als auch vertikal verlaufen können.

*Power of Persuasion and Influence / Überzeugungsmacht und Grad des Einflusses*⁸⁸: Macht und Einfluss stellen die Voraussetzungen für Überredung dar. Allerdings muss unterschieden werden, ob lediglich Einfluss ausgeübt wird oder sogar Kontrolle über andere möglich ist. Stellen beide Aspekte ein Kontinuum im Rahmen eines vorhandenen Machtkomplexes dar, so ist durchaus weit reichende Kontrolle über andere denkbar.

*Charisma and Reputation*⁸⁹: Diese Komponenten für sich setzen nicht unbedingt Macht voraus. Die Kombination von Charisma, Selbstbewusstsein und Reputation kann zu einem Machtfaktor werden.

Consciousness and Will / Gestaltungswille und Informationsmanagement: Wissen und Know-how stellen neben dem ungehinderten Zugang und Informationen ein sehr großes Machtinstrument dar: „Information is power“ und „Where there is a will, there is a way“⁹⁰ sind dafür wohl die prägnantesten Beschreibungen. Wie wichtig der un-

⁸⁵ In: ebd., S. 41ff.

⁸⁶ In: ebd., S. 42.

⁸⁷ In: ebd., S. 43.

⁸⁸ In: Khoshkish, *Power or authority? The entelechy of power*, S. 45.

⁸⁹ In: ebd., S. 46-48.

⁹⁰ In: ebd., Adrian, S. 50.

mittelbare und schnelle Zugang zu Informationen ist, wird sich in den Fallstudien zeigen.

Die hier angeführten Dimensionen von Macht werden in der Analyse der Staaten innerhalb der Fallstudien immer wieder zur Anwendung kommen. Sie sind zudem Grundlage für die Auseinandersetzung mit dem Verhältnis der Akteure untereinander, der eigenen Positionierung im internationalen System und den Leadership-Konzepten.

Die Diskussion über reale und formale Macht in der Außenpolitik des jeweiligen Staates wird im Vorfeld der Fallstudien angesprochen und näher analysiert. In diesen Bereich fallen auch die persönlichen und politischen Qualitäten und Qualifikationen der jeweiligen Außenminister und/oder Staats- und Regierungschefs, der bereits erwähnte situative Kontext und die Gestaltung des nationalen politischen Systems.

Das Verhältnis der Akteure untereinander (Staats- und Regierungschef und der jeweilige Minister) soll nach dem Modell von Christopher Hill untersucht werden, welches er in seinem Buch „The Changing Politics in Foreign Policy“⁹¹ vorstellt. Er berücksichtigt dabei alle relevanten Politikbereiche ebenso wie die unterschiedlichen Akteure und Prozesse der Außenpolitik. Dieser umfassende Ansatz erlaubt die Übertragung auf die hier vorgenommene Untersuchung außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern.

Zudem ist die Beziehung der Akteure untereinander bestimmend für die Gestaltung des Kommunikationsprozesses. Hill unterscheidet drei Modelle des Verhältnisses zwischen Staats- und Regierungschef und dem jeweiligen Außenminister.

a) *Equality*⁹²

Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Staats- oder Regierungschef und seinem Außenminister hat mit Sicherheit sehr viele Vorteile im außenpolitischen Alltagsgeschäft. Die Möglichkeit, eine kontinuierliche und zielgerichtete außenpolitische Linie während der gesamten Amtszeit durchzusetzen ist dabei sehr groß. Allerdings besteht die Gefahr, dass Außenpolitik zu einem bestimmenden, wenn nicht sogar dominierenden Politikfeld wird und andere Minister-Kollegen und ihre Ressorts vernachlässigt werden. Eine Konzentration auf Außenpolitik kann sehr schnell zu innenpolitischen Missstimmungen führen und so die Legitimation der ausführenden Personen beeinträchtigen. Die Kommunikation erfolgt in diesem Fall meist gleichberechtigt

⁹¹ Vgl.: Hill: *The Changing Politics in Foreign Policy*, 2003.

⁹² In: Hill: *The Changing Politics in Foreign Policy*, S. 58.

durch den Staats- oder Regierungschef und seinen Minister, je nach Priorität der Sachlage.

b) Subordinate Foreign Minister

„Where a politically or personally weak individual is appointed, often deliberately, it gives the head of government a free hand and turns the minister into a functionary.“⁹³

Diese Konstellation beschreibt einen persönlich und oftmals auch fachlich herausragenden Staats- oder Regierungschef, der seinem Außenminister nur geringen Frei- raum in außenpolitischen Entscheidungen gewährt. Dementsprechend erfolgt auch die außenpolitische Kommunikation fast ausschließlich über den Chef der Exekutive. Häufig bestimmen in diesem Fall persönliche Kontakte und individuelle Interessens- lagen die außenpolitische Linie. Dabei droht allerdings nicht nur wie im ersten Fall eine Interessenskumulation auf dem Feld der Außenpolitik sondern zudem auch eine nicht zu vernachlässigende Machtkonzentration in der Person des Staats- oder Re- gierungschefs. Dies hat dann zur Folge, dass auch die Kommunikation der Richtli- nien der Außenpolitik und wichtiger Themen ausschließlich durch den bestimmenden Akteur erfolgt und von seinem sehr persönlichen Stil geprägt wird.

c) Established Foreign Minister

Insbesondere während des in dieser Arbeit untersuchten Zeitraumes finden sich im Amt des Außenministers immer wieder sehr starke Persönlichkeiten, die neben inter- nationaler Erfahrung eine ausgeprägte Persönlichkeit mit ins Amt brachten. Diese Kombination ergänzt durch ein großes Verhandlungsgeschick und teils auch günsti- ge Umstände in Krisensituationen bewirken eine Konzentration aller auswärtigen An- gelegenheiten auf den Außenminister. Dadurch bedingt erfolgt auch die außenpoliti- sche Kommunikation meist ausschließlich über die Person des Ministers, seine per- sönlichen Kontakte und Netzwerke. In einzelnen Fällen betreffen diese Kontakte nicht nur Diplomaten, andere Außenminister und Regierungsangehörige, sondern auch Medienvertreter oder Persönlichkeiten aus dem wirtschaftlichen und industri- elen Umfeld. Im Laufe der Untersuchung wird sich zeigen, inwieweit die außenpoliti- sche Kommunikation dadurch beeinflusst und in bestimmten Situationen verändert wird. Christopher Hill zeigt sich jedoch überrascht von der Tatsache, dass genau die- se Kombination oftmals sehr Erfolg versprechend ist. Er sieht jedoch eine Vorausset-

⁹³

In: ebd., S. 61.

zung als unabdingbar für ein Funktionieren dieses Modells: „a clear division of labour and excellent communications“⁹⁴.

Ergänzung findet die Klassifizierung nach Hill in den Leadership-Konzepten. „*Political Communication is an inescapable leadership responsibility, one that is impossible to delegate [...] and that is increasingly seen in the advanced democracies as a key of political competence.*“⁹⁵

Mit diesem Zitat soll verdeutlicht werden, wie wichtig politische Kommunikation somit auf Ebene der Führungspersonen ist. Den Kommunikationsprozess optimal zu gestalten wird als Schlüsselkompetenz von Führungspersonen angesehen. Daher spielen die Modelle zur Untersuchung von Leadership-Rollen in der vorliegenden Arbeit eine nicht zu vernachlässigende Rolle: Sie geben Auskunft, über das persönliche Machtstreben eines Akteurs, seiner Position innerhalb einer Regierung und der Definition seiner eigenen Rolle in der internationalen Politik⁹⁶. Leadership-Analysen setzen sich generell mit Führungspersonen auf höchstem Level und deren Umwelt auseinander. Sie berücksichtigen, wie auch im hier vorliegenden Entwurf des Untersuchungsmodells außen- und sicherheitspolitischer Kommunikation vorgesehen, Faktoren wie die persönliche Entwicklung und Erfahrung sowie Einstellungen und Werte der handelnden, respektive kommunizierenden, Personen.

Um jedoch eine weitergehende außenpolitikspezifische Klassifizierung vornehmen zu können, soll an dieser Stelle auf das Rollen-Konzept von Barber eingegangen werden⁹⁷. Aufbauend auf den ersten Leadership-Konzepten von Machiavelli's Fürst oder den Charakterisierungen nach Max Weber entwickelt Barber ein auf den Präsidenten bezogenes Raster, welches sich zum einen an der „Policy-Orientiation“ und zum anderen an der „Affect-Dimension“⁹⁸ orientiert. Entscheidend ist somit neben der Einstellung zum auszuführenden Amt auch der persönlich gepflegte Arbeitsstil. Nachstehende Graphik zeigt die möglichen Ausprägungsformen der zwei Dimensionen auf:

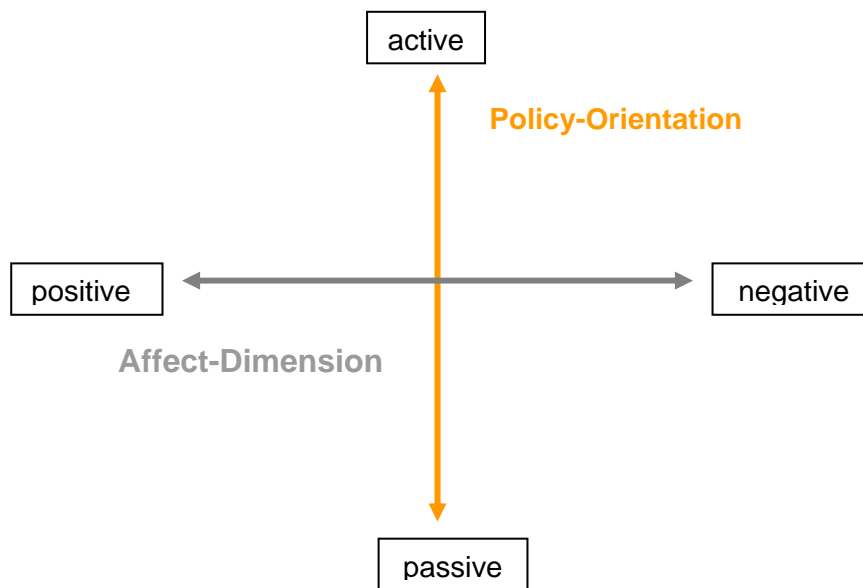
⁹⁴ In: Hill: *The Changing Politics in Foreign Policy*, S. 61.

⁹⁵ In: Carnes Lord: *The Modern Prince – What Leaders need to know now*, New Heaven: Yale University Press, 2003, S. 180.

⁹⁶ Vgl.: James G. Hunt: *Leadership – a new synthesis*, Newbury Park: Sage Publications Inc., 1991, S. 27-32: Entwurf eines „multiple-organizational-level leadership modell“, welches folgende Aspekte berücksichtigt: External Environment, Leader-critical Tasks, Individual Capabilities, Organizational Culture and Values, Organizational Effectiveness..

⁹⁷ Vgl.: Winand Gellner /Martin Kleiber: *Das Regierungssystem der USA – Eine Einführung*, Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, 2006, S. 80ff.

⁹⁸ In: Elcock, Howard: *Political Leadership*, Northhampton: Edward Elgar Publishers, Inc. 2001, S. 61.

Abbildung 7: Übersicht der Leadership-Rollen nach Barber

Eigene Darstellung nach Elcock, Howard, 2001⁹⁹.

Zwar wurde dieses Raster für die Untersuchung von Führungsrollen der u.s.-amerikanischen Präsidenten entworfen; dennoch kann es in der vorliegenden Arbeit auch auf die Einstellung der Staats- und Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation übertragen werden.

2.2 Strategie der Außenpolitik und Politikstil

Außenpolitische Entscheidungen müssen auf Grund der Einbindung in das internationale Umfeld, welches nicht allein von nationalen Akteuren bestimmt wird, ein gewisses Maß an strategischer Flexibilität aufweisen. Dazu gehört auch die richtige Wahl der außen- und sicherheitspolitischen Mittel, die gegebenenfalls modifiziert werden müssen. Allerdings muss eine derartige Anpassung der Mittel immer auch unter Berücksichtigung nationaler Werte, Normen und Traditionen erfolgen. Beispielfürhaft dafür kann die in den neunziger Jahren in Deutschland geführte Diskussion über einen Einsatz von Bundeswehr-Soldaten im Ausland genannt werden. Hier musste auf Grund von veränderten Rahmenbedingungen eine Anpassung der außenpolitischen Mittel erfolgen, die im Widerspruch zu den bislang – seit dem Ende des zweiten Weltkrieges – angewandten Methoden der Krisenbewältigung stand. Die Festle-

⁹⁹ In: ebd., S. 60.

gung außenpolitischer Strategien ist immer auch abhängig von der Stellung des Staates im internationalen Umfeld. Diese wiederum ist meist traditionell geprägt¹⁰⁰.

Die zweite Dimension des Modells zur Untersuchung außenpolitischer Kommunikation in westlichen Demokratien beinhaltet somit neben der Untersuchung der verfolgten Strategie, den daraus resultierenden Entscheidungsprozess unter Berücksichtigung der Wahl der Instrumente und Mittel der Konfliktlösung, auch die meist traditionell gewachsene ideelle Ausrichtung. So ist außenpolitische Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern in der realistischen Theorie nur an eine ausgewählte Zahl von Akteuren des internationalen Systems gerichtet. Diese sind dominierend und nehmen in den internationalen Beziehungen eine wichtige Rolle ein. Im Gegensatz dazu sieht die idealistische Theorie in ihrem Verständnis einer generell freundlich gesinnten Umwelt Kommunikation als Mittel des Ausgleichs und zur Durchsetzung gemeinschaftlicher Interessen¹⁰¹.

Auf eine ausführliche Darstellung außenpolitischer Traditionen und Theorien wird an dieser Stelle jedoch verzichtet, da dies in der Auseinandersetzung mit den zu untersuchenden Staaten im Rahmen der Betrachtung der institutionellen Voraussetzungen erfolgt. Zudem werden bestimmende Theorien in den Fallstudien in der Anwendung des Modells aufgegriffen.

Hinsichtlich der eingesetzten Mittel innerhalb der sicherheitspolitischen Kommunikation westlicher Demokratien orientiert sich die Untersuchung an den Kriterien des Konfliktbarometers des Heidelberger Instituts für Konfliktforschung¹⁰² um wissenschaftlich valide Ergebnisse mit Hilfe eines einheitlichen Vergleichsrasters zu erreichen. Dies führt folgende Möglichkeiten der Konfliktlösung an:

Der klassische Weg der Konfliktlösung ist die Diplomatie¹⁰³. Sie kann dabei jedoch unterschiedliche Formen annehmen, zählt aber in kommunikationswissenschaftlicher Hinsicht immer zum Bereich der „direkt ausgetauschten Kommunikation“.¹⁰⁴ Hier spielt zudem die lange Tradition der diplomatischen Sprache in der Geschichte eine Rolle.¹⁰⁵ Sie kann sowohl auf bilateraler Ebene, unter Hinzuziehung Dritter, oder aber auch im Rahmen von regionalen oder internationalen Organisationen und Bündnissen erfolgen. Zu den bekanntesten und am häufigsten vorkommenden Möglichkeiten

¹⁰⁰ Vgl.: In: Jäger: *Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlagen außenpolitischer Strategien*, S. 11.

¹⁰¹ Vgl.: Jäger: *Außenpolitische Kommunikation*, S. 516.

¹⁰² Zur genaueren Darstellung der Methodik sowie der Untersuchungsergebnisse des Konfliktbarometers der Universität Heidelberg siehe Empirie, Auswahl des Datenmaterials.

¹⁰³ Vgl.: Geoff R. Berridge: *Diplomacy – Theory and Praxis*, New York: Palgrave, 2002, S. 93ff.

¹⁰⁴ Vgl.: Jäger: *Außenpolitische Kommunikation*, S. 515.

¹⁰⁵ Vgl.: Sarcinelli: *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, S. 690.

zählen das persönliche Telefonat, der Staatsbesuch (auf unterschiedlichen Führungsebenen), die Konferenzdiplomatie sowie geheime Treffen. Ein eher negativ behafteter Bestandteil von Diplomatie ist die so genannte Zwangs-Diplomatie, die in den Bereich von Sanktionen übergeht¹⁰⁶. Peter Rudolf unterscheidet in seinem Artikel „Wen trifft’s? – Zu schnelle, zu harte Sanktionen gegen den Iran könnten den Falschen schaden“ zwischen intelligenten Finanzsanktionen und Handelssanktionen im Allgemeinen. In die Kategorie der erstgenannten rechnet Rudolf neben dem Einfrieren von Guthaben im Ausland die „Verhinderung des Zugangs zu Krediten; verschärfte Bedingungen für Schuldendienst; Einstellung von Exportkrediten; Aufhebung der Konvertibilität der Währung des Landes.“¹⁰⁷ Der Vorteil dieser Aktionen liegt auf der einen Seite in der relativ großen Reichweite, die Rudolf als Multiplikatoreffekt bezeichnet und auf der anderen in der Eingrenzbarkeit der Personenkreise, die von den Sanktionen getroffen werden. Das vorrangige Ziel, das von den, die Sanktionen verhängenden, Staaten verfolgt wird ist das Interessenskalkül der Entscheider im sanktionierten Staat nachhaltig zu beeinflussen. Probleme ergeben sich jedoch in der praktischen Umsetzung der Finanzsanktionen: Bei einer zu langen Vorlaufphase im Vorfeld des Einfrierens von Auslandsguthaben können Finanzströme verhältnismäßig rasch umgeleitet werden. Durch die oft langwierigen Verhandlungen bezüglich solcher Sanktionen in multilateralen und internationalen Organisationen erhalten die Zielgebiete die Möglichkeit, die Maßnahmen bereits von Vorneherein abzuschwächen. Handelssanktionen haben oftmals den Nebeneffekt, dass ihre Reichweite auch die Weltwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen kann. Insbesondere strafende Vereinbarungen im Bereich der Energie wie Öl und Erdgas betreffen nicht ausschließlich die Zielgebiete, sondern entfalten eine sehr große Reichweite.

Sanktionen werden im Allgemeinen als Druckmittel gesehen, welches einen Aufstand der Bevölkerung gegen die eigene Regierung fördern kann. Jedoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass gerade in diktatorischen Regimen mit ausgeprägtem Nationalbewusstsein genau die gegenteilige Wirkung eintreten kann und die Bevölkerung sich im Nationalstolz mit der Regierung vereint. Auch müssen erfolgreiche Sanktionen von allen Beteiligten mit Nachdruck verfolgt werden und auf möglichst großer Zustimmung basieren. All zu oft waren in der letzten Zeit im weltpo-

¹⁰⁶ In.: Risse: *Multilaterales Entscheiden unter den Bedingungen der Globalisierung – Wenn die Staatenwelt auf die Gesellschaftswelt trifft*, S. 113.

¹⁰⁷ In: Rudolf, Peter: Wen trifft’s?, in: *Die Zeit*, Wochenzeitschrift für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, Nr. 12, 16.03.2006, S.5.

litischen Geschehen leere Drohungen und halbherzige Sanktionen auf den Weg gebracht worden, die dann eher die Glaubwürdigkeit der westlichen Staaten als die der Regime geschwächt haben¹⁰⁸. Die Auswirkung solcher Aktionen, im Rahmen von außen- und sicherheitspolitischer Kommunikation, auf die Glaubwürdigkeit, Integrität und das internationale Ansehen eines Staates wird in der abschließenden Betrachtung und Bewertung der Fallstudien berücksichtigt.

Die beiden nachstehenden Mittel können auch als Folgen der Diplomatie gesehen werden: Zum einen gibt es die Möglichkeit der Konfliktlösung durch den Abschluss von Abkommen und Verträgen – also dem erfolgreichen Ergebnis von diplomatischen Bemühungen. Dem gegenüber steht die militärische Intervention. Sie kann eskalieren und im Krieg enden oder aber im Rahmen von meist multilateralen Einsätzen der Friedenssicherung dienen.

Neben den zahlreichen Formen und Folgen der Diplomatie führt das Konfliktbarometer die Lösung von Konflikten durch den Einsatz internationaler Organisationen an. Auch hier bieten sich unterschiedliche Möglichkeiten, die von Gesprächsvermittlung bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt reichen. Da sich dieser Bereich mit den allgemeinen Mitteln überschneidet und in fast allen ausgewählten Fällen die Rolle der internationalen Organisationen noch genau untersucht wird, soll an dieser Stelle die Erwähnung ebendieser ausreichen.

Entscheidungen des internationalen Strafgerichtshofes stellen eine weitere Maßnahme zur Lösung von Konflikten dar. Gerichtsurteile gegen ehemalige oder noch amtierende Staats- und Regierungschefs sowie Anführer rebellischer Zusammenschlüsse können jedoch nicht immer eine nachhaltige Friedenssicherung gewährleisten. Deshalb erfolgt hier meist die Kombination mehrerer Konfliktlösungsmechanismen¹⁰⁹.

In Bezug auf Außen- und Sicherheitspolitik allgemein existieren weitere Mittel der Konfliktlösung, hier insbesondere im handels- und wirtschaftspolitischen Bereich. Da sich die vorliegende Arbeit im Rahmen der Fallstudien explizit mit Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern auseinandersetzt, werden nur die angeführten Möglichkeiten in die Untersuchung miteinbezogen.

¹⁰⁸ Vgl. hier unter anderem die Drohungen der EU gegen den Iran, abschreckende Reden der USA gegenüber Nordkorea.

¹⁰⁹ Vgl.: Heidelberger Institut für Konfliktforschung: *Konfliktbarometer 2006*, Heidelberg: Institut für Politikwissenschaft, 2006, S. 2.

Grundlage für die Kommunikation von Konfliktlösungsmethoden sind jedoch außenpolitische Entscheidungsprozesse, die auf strategischen Überlegungen basieren.

„Jeder Staat gelangt zu seinen Politiken und entscheidet über Aktionen gemäß seines internen Prozesses, aber seine Entscheidungen werden durch die bloße Existenz anderer Staaten und durch die Interaktionen mit ihnen gestaltet.“¹¹⁰ (Kenneth Waltz)

Außenpolitische Entscheidungstheorie wird in der vorliegenden Arbeit als Teil der Rational-Choice-Theorie gesehen und stellt damit auch einen Anwendungsfall der Spieltheorie dar¹¹¹.

Die Entscheidungstheorie klassifiziert unterschiedliche Situationen, welche der Untersuchung von außenpolitischen Entscheidungen zu Grunde liegen: Krisen-, Routine- und Planungsentscheidungen. Krisenentscheidungen werden im Regelfall von einem sehr kleinen Akteurskreis getroffen und sind daher für die vorliegende Arbeit von herausragender Bedeutung. Nicht unerwähnt bleiben darf an dieser Stelle, dass die bisherigen Untersuchungen davon ausgehen, dass in Krisensituationen auf Grund des schnellen Reaktionszwangs nur selten eine strategische Ausrichtung möglich ist. These der vorliegenden Arbeit jedoch ist, dass auch in Krisensituationen eine strategische außenpolitische Kommunikation möglich ist, wenn diese bereits vorab in „Normalsituationen“ einer klaren Ausrichtung folgt.

„Decision making is a social process that selects a problem for decision (i.e., choice) and produces a limited number of alternatives, from among which a particular alternative is selected for implementation and execution.“¹¹²

Entscheidungstheorien versuchen somit zu analysieren, welche Akteure an der Entscheidung beteiligt waren, wie die Situation, in der die Entscheidung getroffen wurde, charakterisiert werden kann und ob eine reale Entscheidungsfreiheit gegeben war. Helga Haftendorn und Volker Rittberger charakterisieren in der Auseinandersetzung

¹¹⁰ In: Andreas Wilhelm: *Außenpolitik*, München/Wien: Oldenbourg Verlag, 2006, S. 289.

¹¹¹ Vgl.: Ulrich Menzel: *Zwischen Idealismus und Realismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2001, S. 132.

¹¹² In: Kai Schellhorn: *Die Analyse der außenpolitischen Entscheidung*, München: tuduv-Studien, 1985, S. 7.

mit außenpolitischen Entscheidungen die Außenpolitik als „aktives Handeln“¹¹³, in dessen Rahmen Akteure Entscheidungen treffen. Dabei beziehen die individuellen oder kollektiven Entscheidungsträger zum Teil eigene Interessen in die Entscheidungsfindung mit ein. Ziel ist es, ein vorhandenes Problem zu lösen und damit einen möglichst breiten Konsens zu schaffen. In der realpolitischen Umsetzung ist die Entscheidungsfindung meist nur durch ein Zusammenspiel einzelner Akteure zu erreichen. Daher stellt Außenpolitik im politischen Alltagsgeschäft eher die Zusammenfassung „zielgerichteter Handlungen kooperierender oder konfligierender politischer Akteure“¹¹⁴ dar. Sie bilden dann wiederum die Grundlage für eine optimale Kommunikation der Entscheidung oder aber auch dem gezielten Einsatz von Kommunikation zur Konfliktlösung.

Kai Schnellhorn führt in seinem Buch „Die Analyse der außenpolitischen Entscheidung“ vier wichtige Merkmale der außenpolitischen Entscheidung an: Neben der Integration des jeweiligen Entscheidungsträgers in die faktische Umwelt, in welcher sie beschlossen werden muss, nehmen die Akteure einen hohen Stellenwert ein. Dabei bezieht sich der Begriff des Akteurs nicht nur auf Personen sondern auch auf geographische Gegebenheiten, zeitliche Restriktionen oder systemspezifische Rahmenbedingungen. Der so genannte „konstellationsbedingte Entscheidungsraum“¹¹⁵, der in der jeweiligen Situation unterschiedlich ausfallen kann, unterliegt zudem einem ständigen Wandel. Wie der situative Raum in die Untersuchung miteinbezogen wird, zeigt sich in der kurzen Darstellung der im empirischen Teil angewandten Analysemethoden der vergleichenden Fallstudien.

Auch wenn die Staaten der vorliegenden Untersuchung in ihrer Binnenstruktur unterschiedlich organisiert sind, kann doch von einer bestimmten Ähnlichkeit im Verhalten nach außen gesprochen werden.¹¹⁶

Das vorliegende Modell zur Untersuchung außenpolitischer Kommunikation basiert in der Grundstruktur neben den bereits dargestellten Ansätzen auch auf dem Untersuchungsmuster außenpolitischer Entscheidungen nach Helga Haftendorn¹¹⁷. Sie verbindet eine psychologische Perspektive mit dem operativen und dem rationalen Umfeld. Dies spiegelt den hier verfolgten Ansatz der akteursbezogenen – einer

¹¹³ In: Helga Haftendorn / Volker Rittberger: *Theorien der internationalen Beziehungen*, München: PVS Sonderheft 21, Westdeutscher Verlag, S. 392.

¹¹⁴ In: ebd. S. 402.

¹¹⁵ In: Schnellhorn: *Die Analyse der außenpolitischen Entscheidung*, S. 9.

¹¹⁶ Vgl.: Jäger: *Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlagen außenpolitischer Strategien*, S. 11

¹¹⁷ Vgl.: Helga Haftendorn: *Dimensionen der Analyse außenpolitischer Entscheidungen*, in: Menzel, Ulrich: *Zwischen Idealismus und Realismus*, S. 133.

sehr persönlichen und auch psychologischen - Betrachtung unter Einbezug äußerer Umstände wieder.

Wie nun außenpolitische Entscheidungen entstehen könnten, soll ein kurzer Abriss der wichtigsten spieltheoretischen Ansätze in Bezug auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen zeigen. Grundlegend kann bereits an dieser Stelle festgehalten werden, dass jeder Kulturkreis ein unterschiedliches Konfliktverhalten¹¹⁸ und damit verbunden auch unterschiedliche Konsensvorstellungen aufweist, was die Bedeutung der Einbeziehung interkultureller Aspekte in das Untersuchungsmodell bestätigt. Dies ist für die strategische Richtung und die anzuwendende Taktik ebenso von essentieller Bedeutung wie spezifische Kommunikationsformen¹¹⁹.

Die spieltheoretischen Ansätze in der internationalen Politik gehen zurück auf die Theorien von Clausewitz: Das Ziel einer Strategie stellt für ihn nicht der vordergründige Sieg, sondern der darauf folgende Friede dar. Ausgehend davon hat Peter Schröder zwei politische Planungsmodelle unterschieden: Die aus der Betriebswirtschaft bekannte SWOT-Analyse (Strengths, weakness, opportunities and threats) und das konzeptionelle Planen. Für die vorliegende Arbeit ist das konzeptionelle Planen von besonderem Interesse, da dieses Konzept die spieltheoretischen Ansätze beinhaltet.

Es gliedert sich dabei in drei Phasen: Die Auftrags- und Situationsanalyse, die strategische Entscheidung und die abschließende Implementierung der Strategie¹²⁰. Dieses für die Innenpolitik entwickelte Konzept kann problemlos auf die Außen- und Sicherheitspolitik übertragen werden, da diese Phasen Bestandteil des Konfliktmanagements darstellen. Unterscheidungen gibt es lediglich hinsichtlich der Kommunikation der Strategie innerhalb dieses Konzeptes:

¹¹⁸ Vgl. hierzu auch die Darstellung der interkulturellen Kommunikation im folgenden Punkt.

¹¹⁹ Vgl.: Schröder: *Politische Strategien*, S. 20ff.

¹²⁰ Vgl.: Schröder: *Politische Strategien*, S. 34ff.

Abbildung 8: Kommunikationsmöglichkeiten im Rahmen einer außenpolitischen Strategie

Kommunikation	Innenpolitik	Außenpolitik
Medialer Zugang	Print – Medien Elektronische Medien Außenwerbung	Öffentlicher Brief Mediale Stellungnahme
Formeller Zugang	Verbandsarbeit Multiplikatorarbeit	Diplomatie, Protokoll Internat. Organisationen, Konferenzen
Informeller Zugang	Face-to-face Kommunikation	Telefonat Persönliches Gespräch

Eigene Darstellung nach Schröder.¹²¹

Schröder gliedert dabei seine Strategietypen in zwei Kategorien: offensive und defensive Strategien. Erstere werden notwendig, wenn das Ziel verfolgt wird, eine große Anzahl von Menschen von Inhalten, eigenen Interessen oder Zielen zu überzeugen. Sie dienen somit der Implementierung von politischen Inhalten. In der Außen- und Sicherheitspolitik ist dies die Vertretung eigener nationaler Interessen und der Versuch, diese international durchzusetzen. Defensive Strategien sind für die Gewinnung von Mehrheiten sowie die Verteidigung von Zielen notwendig. Sie sollen Legitimation verschaffen und die Zielerreichung so nachhaltig sichern. Innerhalb des Konfliktmanagements finden sich beide Formen der Strategie. Wie ihre jeweilige Wirkung auf den Output der Kommunikation ist, zeigt die abschließende Übersicht über die hier zu untersuchenden Fälle.

Darüber hinaus gibt es spezielle Strategien, die der bereits erwähnten Spieltheorie entnommen sind:

„Im Sinne einer ‚besten Strategie‘ geht es darum, entweder den ‚höchstmöglichen Gewinn oder den geringstmöglichen Verlust‘ zu erzielen, unabhängig davon, was der Gegenspieler tut.“¹²²

Übertragen auf die Kooperationsmöglichkeiten der internationalen Politik ergeben sich folgende vier Strategie-Möglichkeiten¹²³:

¹²¹ Vgl.: ebd., S. 79.

¹²² In: Wilhelm: *Außenpolitik*, S. 57.

¹²³ In: ebd., S. 58ff.

- a) „Das Koordinationsspiel mit Verteilungskonflikt“: Hier entstehen für den Entscheidungsapparat mehrere Optionen der Kooperation mit dem Gegenspieler im Rahmen eines gemeinsamen außenpolitischen Vorgehens oder gemeinsam eingenommener Meinungen. Dem gegenüber steht
- b) „Das Koordinationsspiel ohne Verteilungskonflikt“: In diesem Fall haben alle Beteiligten eine gemeinsame Positionierung zum Ziel. Beispielhaft sind hierfür gemeinsame Verurteilungen der Europäischen Union bezüglich Vorkommnissen außerhalb des gemeinschaftlichen Gebiets. Beide Koordinationsspiele erlauben eine gute Kommunikation, wenn auch mit unterschiedlich verfolgter Intensität.
- c) Das „Dilemmaspiel“ gibt den Beteiligten den Anreiz, sich aus Kooperationen zu lösen und eigenständige Bemühungen anzustreben. In allen Dilemma-Situationen kann von einem erheblichen Kommunikationsdefizit gesprochen werden, da hier jede Partei auf ihren Vorteil bedacht ist und eben dieser zum bestimmenden Faktor wird¹²⁴.
- d) Das so genannte „Überzeugungs- oder auch Rambospiel“ bezeichnet die Wahl einer dominierenden Strategie mit der starken Betonung der eigenen Interessen. Hier schränkt sich entsprechend die Möglichkeit der Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern ein.

Diesen sehr allgemeinen spieltheoretischen Überlegungen wird ergänzend das Modell nach Thomas Jäger hinzugefügt. Sein Strategie-Konflikt-Modell ist speziell auf die transatlantischen Beziehungen zugeschnitten¹²⁵ und liefert damit für diese Arbeit eine wichtige Basis.

Fünf Ausrichtungen in der strategischen Planung sind hierbei für ihn denkbar:

Primacy – hier steht das Postulat der Vorherrschaft und Hegemonie im außenpolitischen Denken im Vordergrund.

Restraint – bezeichnet eine Reduzierung des internationalen Engagements, Zurückhaltung in Bezug auf die internationale Gemeinschaft und eine isolationistische Ausrichtung der Außenpolitik.

Balance of Power – charakterisiert die Strategie der „Gegenmachtsbildung“ und hat die Akzeptanz von Entscheidungen anderer Mitglieder der internationalen Gemeinschaft zum Ziel.

¹²⁴ In: Menzel: *Zwischen Idealismus und Realismus*, S. 121.

¹²⁵ In: Jäger: *Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlagen außenpolitischer Strategien*, S. 24.

Allegiance – außenpolitische Strategie wird hier bestimmt durch Loyalität gegenüber der dominierenden Macht.

Collective Security – das Konzept der kollektiven Sicherheit steht bei dieser strategischen Ausrichtung im Vordergrund und beruht auf gemeinsamen Vereinbarungen im Rahmen internationaler Organisationen, die die gemeinsame Sicherheit zum Ziel haben¹²⁶.

Die Matrix-Übersicht fasst diese fünf Möglichkeiten zusammen und zeigt die Konfliktwahrscheinlichkeit bei einem Aufeinandertreffen der jeweiligen Konzepte außenpolitischer Strategie auf. In der folgenden Analyse wird jeweils die Ausrichtung des Kommunikators untersucht, da diese ausschlaggebend ist für die Gestaltung des Konfliktmanagements. Auf die strategische Orientierung des jeweiligen Gegenübers wird nur ansatzweise eingegangen, da diese nicht von essentieller Bedeutung für die Art und Weise der Kommunikation ist.

Abbildung 9: Strategie – Konflikt – Modell nach Thomas Jäger

	<i>Primacy</i>	<i>Restraint</i>	<i>Balance of Power</i>	<i>Allegiance</i>	<i>Collective Security</i>
<i>Primacy</i>	+++	+	+++	○	+++
<i>Restraint</i>	+	++	+		+
<i>Balance of Power</i>	+++	+	++	○	+++
<i>Allegiance</i>	○	+	○	○	+
<i>Collective Security</i>	+++	+	+++	+	++

Konfliktwahrscheinlichkeit unwahrscheinlich ○ mittel ++
niedrig + hoch +++

Darstellung nach Jäger¹²⁷.

Die höchste Konfliktwahrscheinlichkeit ist somit gegeben, wenn die Konzepte Balance of Power, Primacy und Collective Security aufeinander treffen. Ein Konflikt ist dagegen unwahrscheinlich, wenn beide Staaten ihre Außenpolitik strategisch auf Loyalität und / oder Balance of Power ausrichten.

¹²⁶ In: Jäger: *Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlagen außenpolitischer Strategien*, S. 23.

¹²⁷ Vgl.: ebd., S. 24.

Neben den in diesem Modell dargestellten außenpolitischen Strategien führt Jäger noch weitere, tendenziell eher reaktive und in den internationalen Beziehungen neue Konzepte an: Insbesondere im Umfeld des Kampfes gegen den Terrorismus spielen Prävention, „Not Pre-emption“ und der Begriff der „Failed States“ eine wichtige Rolle. In der Auseinandersetzung mit Nordkorea und weiteren Atom-Mächten wie dem Iran wird zudem immer wieder von Nuklearer Abschreckung gesprochen¹²⁸. Da diese Begrifflichkeiten und Konzepte jedoch nur in einzelnen Fällen zum Tragen kommen, werden sie im Rahmen der Fallstudien näher erläutert.

Um nun die Einzelteile der Entscheidungsfindung, des persönlichen Politikstils und weiteren kontextualen Elementen zu verbinden, wird im Folgenden das Modell zur Politikfeldanalyse nach Fagagnini erläutert. Wie bereits eingangs erwähnt, entfernt er sich dabei von den Zyklus-Modellen zur Erklärung von Policy und fasst in seinem Ansatz Konvertierungsprozesse zusammen, die, in Anlehnung an die strategische Unternehmensplanung, aus „einem gegebenen Kontext am Ende eine sinnvolle Problemlösung“¹²⁹ entstehen lassen. Dieses Modell schließt neben allgemeinen Trends auch den persönlichen Politikstil sowie den Kontext und die eigentlichen Entscheidungsprozesse mit ein. Zudem ist es durch eine Duo-Polarität und ständige Interaktionen zwischen den bestimmenden Akteuren eines Politikfeldes gekennzeichnet. Diese Merkmale fassen wichtige Elemente der Analyse außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Krisen und Konflikten zusammen. Insbesondere die Definition der Politikstile innerhalb dieses Modells soll hier vertiefend dargestellt werden, da Politikstile die Basis für Kommunikationsstile bilden. Faganini beschreibt vier ideale Politikstile, die sich auf Richard Münchs Modelle zur politischen Steuerung im Bereich der Risikopolitik beziehen. Da diese nicht auf spezielle Ausprägungen westlicher politischer Systeme beschränkt sind, eignen sie sich für das weitere Vorgehen in dieser Arbeit. Neben dem Konflikt-Stil finden sich der Wettbewerbs-Stil, der Kompromiss- und schließlich der Synthese-Stil. Der *Konflikt-Stil* bezeichnet die Form der Auseinandersetzung, in welcher eine Partei ihre Ziele und Interessen durchsetzt, ohne dabei auf die anderen einzugehen. Er stellt die Situation eines „Duells“ dar. Hingegen können im *Wettbewerbs-Stil* mehrere Parteien ihre Interessen durchsetzen, da sie keinen hierarchischen Anordnungen unterliegen. Der *Kompromiss-Stil* ist geprägt durch ein Konsensbestreben der Beteiligten, was eine schrittweise und meist

¹²⁸ In: Jäger: *Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlagen außenpolitischer Strategien*, S. 24.

¹²⁹ In: Fagagnini: *Politik als Konvertierungsprozess - ein Grundmuster für die Politikfeldanalyse*, 21.11.2006.

langsame Annäherung der Parteien bedeutet. Den optimalen Fall stellt der *Synthese-Stil* dar. Dabei steht überparteilich ein gemeinsames Ziel im Vordergrund, welches in gemeinschaftlicher Anstrengung erreicht werden soll¹³⁰. Das gesamte Modell von Fagagnini ist jedoch für diese Arbeit zu ausführlich. Daher beschränkt sich die folgende Analyse auf seine Definition der Politikstile.

2.3 Kommunikationsstil der Akteure

„Kommunikative Tätigkeiten sind die Persönlichkeitsstrukturen, nach denen die Reproduktion von unmittelbarer Kooperation koordiniert wird.“¹³¹

„Kommunikationsprozesse realisieren sich stets im Rahmen bereits bestehender Interaktionsstrukturen, zu denen der Kommunikator in face-to-face-Kommunikationen Bezug nehmen muss.“¹³²

Diese Zitate verdeutlichen, warum im vorliegenden Modell der Kommunikationsstil sowie der damit einhergehende persönliche Politikstil erst nach der Darstellung des Verhältnisses zwischen Chef der Exekutive und dem Außenminister untersucht werden. Die Beschränkung dieser Definition auf den Kommunikator wiederum ist ein Beleg für die akteursbezogene Analyse außenpolitischer Kommunikation in der vorliegenden Arbeit.

In einem ersten Schritt hin zu einer Charakterisierung des Kommunikationsstils in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern ist es wichtig zu untersuchen, welchen Einfluss die Öffentliche Meinung und die politische Kultur auf außenpolitische Entscheidungen – und somit die Kommunikation derer – haben können. Die u.s.-amerikanische Literatur unterscheidet zwischen folgenden vier außenpolitischen Stilen in Bezug auf die Wahrnehmung der Öffentlichkeit. Eine Anwendung des Modells für alle drei zu untersuchenden Staaten (Deutschland, USA und Russland) ist jedoch möglich, da unterschiedliche systemische Faktoren keine ausschlaggebende Rolle spielen, sondern individuell, persönliche Komponenten das Modell bestimmen. Die Beachtung der Öffentlichen Meinung für außenpolitische Entscheidungsprozesse

¹³⁰ Vgl.: Fagagnini: *Politik als Konvertierungsprozess - ein Grundmuster für die Politikfeldanalyse*, 21.11.2006.

¹³¹ In: Hans-Peter Krüger: *Kommunikatives Handeln oder gesamtgesellschaftliche Kommunikationsweise*, in: Honneth, Axel / Jaas, Hans (Hg.): *Kommunikatives Handeln oder gesamtgesellschaftliche Kommunikationsweise*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2002, S. 345.

¹³² In: Wate: *Kommunikation und Kommunikatives Handeln*, S. 227.

und die Berücksichtigung der Zustimmung der Bevölkerung in außenpolitischen Belangen nehmen in dieser Dimension einen wichtigen Stellenwert ein. Die folgende Darstellung soll die Einstellungsmuster der außenpolitischen Elite zur Beteiligung der Öffentlichen Meinung im außenpolitischen Entscheidungsprozess verdeutlichen:

Abbildung 10: Rolle der Öffentliche Meinung für den außenpolitischen Entscheidungsprozess

Öffentliche Zustimmung notwendig für Außenpolitik?

	tendenziell liberal	tendenziell realistisch
	ja	nein
ja	Delegates	Executors
nein	Pragmatists	Guardians

Input der öffentlichen Meinung im außenpolitischen Entscheidungsprozess wünschenswert?

Eigene Darstellung nach Douglas Foyle¹³⁴

Delegates: Vertreter dieses Außenpolitikstils halten Einflüsse durch die Öffentliche Meinung im außenpolitischen Entscheidungsprozess ebenso für erstrebenswert wie die breite Zustimmung zu ihrer Politik. Sie sehen sich als Vertreter der Bevölkerung und versuchen auch nach einer getroffenen Entscheidung, diese ihrer Wählerschaft zu vermitteln¹³⁵.

Executors: Politiker dieser Strömung wissen zwar, dass der Einfluss der Öffentlichen Meinung im außenpolitischen Entscheidungsprozess wünschenswert ist, sehen aber eine breite Zustimmung zu ihrer Politik nicht als notwendig an. Liegt ihnen keine aktuelle Umfrage zu einem bestimmten Thema vor, so entscheiden sie nach ihrer Überzeugung. Richtungsweisende Vorgaben werden der Bevölkerung nur zum Zwecke der Instrumentalisierung zu eigenen Vorteilen erteilt.

¹³³ In: Douglas Foyle: *Counting the Public: Presidents, Public Opinion and Foreign Policy*, Columbia: Columbia University Press, 1999, S. 10.

¹³⁴ In: ebd., S. 10.

¹³⁵ Vgl.: ebd., S. 11.

Pragmatists: Vertreter eines pragmatischen Außenpolitikstils halten den Einfluss der Öffentlichen Meinung auf außenpolitische Belange nicht für erstrebenswert. Dennoch sehen sie die Notwendigkeit der Zustimmung aus der Bevölkerung zu den von ihnen getroffenen Entscheidungen. Den Akteuren ist klar, dass politische Schritte weit weg von den nationalen Interessen jedes Einzelnen genau diesen Personen näher gebracht werden müssen, um sich den Rückhalt der Öffentlichen Meinung zu bewahren. Diese Sichtweise lässt sich auf Hans Morgenthau zurückführen, der die Aufgabe demokratischer Politiker darin sah, außenpolitische Entscheidungen in einem ausgleichenden Maß zwischen nationalem Interesse und den Interessen der Bevölkerung zu treffen.

Guardians: Guardians sehen sich, wenn sie einmal in ihr Amt gewählt wurden, als die einzig legitimierte Entscheidungsträger in ihrem Ressort. Sie verzichten sowohl auf Umfragen vor einer Entscheidung als auch auf die breite Zustimmung nach einer getroffenen Entscheidung im Bereich der Außenpolitik. Sie sehen sich durch ihre demokratische Wahl und die Möglichkeit der Nicht-Wiederwahl legitimiert, Entscheidungen unabhängig von der Öffentlichen Meinung zu treffen. Eine weiterreichende Beteiligung der Allgemeinheit ist dabei irrelevant. Eine „Erziehung“ der Öffentlichkeit erfolgt nur in dem Sinne, dass die Bevölkerung vom Tun der Regierung überzeugt werden soll. Eine objektive Information zu den Sachverhalten erfolgt von Seiten der Regierung dabei nicht¹³⁶.

Bevor sprachliche Mittel und unterschiedliche Methoden kommunikativen Handelns näher erläutert werden, sollen vorab nochmals kurz Charakter, Definition und Ziele der Kommunikation dargestellt werden. So ist Kommunikation ein „offener, dynamischer Prozess“, welcher kontextbezogen ist und Verständigung und Bedeutungsvermittlung zum Ziel hat. Diese Definition nach Lothar Wate vereint Ansätze der Theorie des ökonomischen Handelns, der Sprechakttheorie und der Rollenkonzeption. Auf Grund dieser sehr umfassenden Behandlung des Kommunikationsbegriffs, wurde diese Definition für die vorliegende Arbeit verwendet¹³⁷.

Der Kommunikationsstil wird jedoch in seiner originären Form in erster Linie durch Sprache bestimmt. Bereits Jürgen Habermas hat Sprache als „überindividuelles Bindemittel“¹³⁸ bezeichnet. Hier unterscheidet Josef Klein in seinem Artikel „Poli-

¹³⁶ Vgl.: ebd., S. 14.

¹³⁷ Vgl.: Wate: *Kommunikation und kommunikatives Handeln*, S. 227ff.

¹³⁸ In: Knoblauch: *Kommunikationskultur*, S. 32.

tische Kommunikation als Sprachstrategie“ drei bestimmende Kategorien der Sprachstrategie:¹³⁹

- Basisstrategie

Die Basisstrategie beschreibt die einfachste Form der sprachlichen Kommunikation. Hier bestimmen vorrangig die Interessen des Adressaten der Kommunikation die Strategie. Mittel der Durchsetzung eigener Ziele sind die Besetzung eigener Positionen mit positiven Argumenten oder im Gegenzug dazu eine Abwertung der gegnerischen Haltung. Dies geschieht jedoch in beiden Fällen sprachlich und argumentativ. Mittel hierfür sind zum Beispiel im Wahlkampf die gezielte Positionierung von Slogans oder Botschaften in Werbespots¹⁴⁰. Im Bereich der Außenpolitik findet sich die Basisstrategie in der Image-Politik und der auswärtigen Kulturpolitik. Langfristige Handels- und Kooperationsstrategien sind davon ebenso bestimmt wie traditionelle offizielle Staatsbesuche ohne spezifische Inhalte.

- Kaschierstrategie

Diese Strategie soll negativ besetzte Aktionen oder Sachverhalte verbergen. Sie verstößt jedoch meist gegen allgemeingültige ethische und gesellschaftliche Normen und Werte wie das Postulat der Wahrheit, Klarheit oder Relevanz von Sachverhalten. Auch hier wird mit sprachlichen Mitteln argumentativ gearbeitet um Informationsdefizite, lückenhafte Präzision und mangelhafte Eindeutigkeit in politischen Gegebenheiten oder Wahrheitsdefizite auszugleichen. Hinsichtlich der Anwendung in der Außenpolitik findet sich diese Form der Kommunikationsstrategie in Krisensituationen, Dilemmata oder im Verhältnis von feindlich gesinnten Staaten.

- Konkurrenzstrategie

Die Konkurrenzstrategie hat die Stärkung der eigenen und gleichzeitig die absolute Schwächung der gegnerischen Position zum Ziel. Hier wird mit der gezielten positiven Besetzung von Begrifflichkeiten der eigenen oder negativen Besetzung von gegnerischen Haltungen gearbeitet. Des Weiteren bietet sich die Möglichkeit der kompletten Demontage von verwendeten Ausdrücken der Kontrahenten. In der Außenpolitik kommt diese Form zwischen feindlich gesinnten Staaten und somit Akteuren sowie im Rahmen negativer Propaganda zur Anwendung.

¹³⁹ Vgl.: Klein, Josef: Politische Kommunikation als Sprachstrategie, in: Sarcinelli, Ulrich / Jörißen, Britta (Hg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, Opladen: Leske+Budrich, [352-381], S. 376.

¹⁴⁰ Vgl. hierzu die Image-Kampagne „Invest in Germany“ (Sommer 2006) mit Plakaten im europäischen Ausland. Ziel der Kampagne war die Steigerung von ausländischen Investitionen in Deutschland. Kampagnen dieser Art werden hauptsächlich im Bereich der Außenhandelspolitik oder auswärtigen Kulturpolitik auftreten.

Insbesondere die hier angesprochenen sprachlichen Mittel der Besetzung von Begriffen, Demontage von Bildern oder der Informationsvorenthaltung sind im wissenschaftlichen Diskurs ausgiebig an unterschiedlichen Beispielen auch im Bereich der Außenpolitik untersucht worden. Der Unterschied zur vorliegenden Betrachtung liegt aber in der Einbeziehung weiterer Faktoren und Variablen, die in ihrer Gesamtheit den Idealtypus außenpolitischer Kommunikation ausmachen. An dieser Stelle soll beispielhaft die Analyse von Jonathan Charteris-Black erwähnt werden, der die sprachlichen Besonderheiten in Reden von englischen und u.s.- amerikanischen Staats- und Regierungschefs als Untersuchungsgegenstand gewählt hat¹⁴¹. Die in seiner Studie grundlegend getroffene Unterscheidung zwischen Form und Stil der Kommunikation soll auch in der vorliegenden Arbeit berücksichtigt werden. Die Form bezeichnet somit die bereits erwähnten sprachlichen Mittel, während der Stil auch persönliche Charakteristika der Akteure mit einschließt. In diesen Bereich fallen auch eigene Gedanken und Überzeugungen, die eine authentische Rhetorik ausmachen. An dieser Stelle zeigt sich der eingangs erwähnte enge Zusammenhang zwischen außenpolitischer Kommunikation, nationaler Identität und persönlichen Wert- und Normvorstellungen erneut deutlich.

Die Art der Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern wird auf folgende Ausprägungen reduziert: Direkte vs indirekte sowie verbale vs nonverbale Kommunikation¹⁴².

„Activity or inactivity, words or silence, all have message value: they influence others and these others, in turn, cannot respond to these communications and are thus themselves communicating.“¹⁴³

Dieser Aspekt wurde zwar bereits in der Definition außenpolitischer Kommunikation in der Literatur kurz angesprochen. Für die Untersuchung außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Konflikten ist es jedoch besonders wichtig, genau zwischen direkter und indirekter Kommunikation zu differenzieren. Indirekt bedeutet hier nicht medial vermittelte Kommunikation sondern den Austausch von Informationen, gerichtet an einen bestimmten Adressaten, außerhalb des persönlichen Gesprächs. Dies kann zum Beispiel ein Appell an ein Regierungssystem im Rahmen

¹⁴¹ Vgl.: Charteris-Black: *Politicians and Rhetoric*, S. 7.

¹⁴² In Anwendung auf alle Politikfelder von Außenpolitik wären weitere Unterscheidungen möglich. Dies ist im Bereich der Sicherheitspolitik nicht notwendig.

¹⁴³ In: Jönssen: *Communication in international Bargaining*, S. 10.

einer wichtigen politischen Rede sein. Unter direkter außenpolitischer Kommunikation wird der bilaterale sprachliche Austausch zwischen den Akteuren auf Leadership-Ebene verstanden. Dies erfordert immer auch verbale Kommunikation, die durch nonverbale Elemente (Gesten, Mimik) lediglich ergänzt werden kann. Symbolische Kommunikationshandlungen wiederum können im direkten oder indirekten Austausch vorkommen. Sie bilden einen Teil nonverbaler Kommunikation. Darüber hinaus kann nonverbale Kommunikation auch den schriftlichen Austausch von Informationen beinhalten. Wichtig ist jedoch für alle Formen der außenpolitischen Kommunikation in der vorliegenden Arbeit, dass sowohl Absender als auch Adressat immer der Leadership-Ebene angehören. Für die vorangehende Entscheidungsfindung und die abschließende Wirkung der Kommunikation kann die Einbeziehung der Öffentlichkeit als Adressat in Einzelfällen nötig sein.

In der sicherheitspolitischen Kommunikation westlicher Demokratien muss auch der Aspekt der interkulturellen Kommunikation berücksichtigt werden, da die Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern in vielen Fällen gegenüber anderen Kulturen erfolgt. Interkulturelle Kommunikation im wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs wurde maßgeblich von Geert Hofstede untersucht. Er hat nach langjährigen Studien die so genannten Kulturdimensionen entwickelt. Diese können zum Teil auch für die politik- und kommunikationswissenschaftliche Debatte verwendet werden. Maßgeblich beeinflusst hat die Forschung zu internationalem Konfliktmanagement und „Negotiating and Bargaining“ William Gudykunst.

In der Auseinandersetzung mit interkultureller Kommunikation in den internationalen Beziehungen vermischen sich kommunikations- und sozialwissenschaftliche Theorien und Erkenntnisse. Neben den Untersuchungen zum Konflikt-Management sind insbesondere die Überlegungen im Bereich von „Negotiating and Bargaining“¹⁴⁴ zu berücksichtigen. Übergreifend dazu müssen für die Untersuchung außenpolitischer Kommunikation Theorien der Cross-Culture-Communication berücksichtigt werden.

Das „international behavior“ von Akteuren spielt in der sozial-psychologischen Analyse von Kommunikation eine wichtige Rolle. Darunter fallen auch die „perspectives“ der Akteure außenpolitischer Kommunikation. Sie fasst Harold D. Lasswell als

¹⁴⁴ Vgl. unter anderem: Jörissen: *Communication in international Bargaining*; William B. Gudykunst: *Theorizing about intercultural communication*, Thousand Oaks: Sage Publication Inc., 2005; Lord: *The modern Prince – What Leader Need to Know*.

*„symbols of identification employed in characterizing the self and other; general and specific value demands, expectations about past, present, and future occurrences“*¹⁴⁵

zusammen. Ausgehend von einem persönlichen Verhaltensstil der Akteure außenpolitischer Kommunikation im internationalen Umfeld – was unter anderem bereits mit der Positionierung in ebendiesem und dem persönlichen Machtstreben einhergeht – muss also auch die jeweilige Verhandlungstechnik untersucht werden. Dazu gehören eine Sensibilität im Umgang mit anderen Kulturen und Sprachen ebenso wie gute strategische Planung und ein breites Wissen zum jeweiligen Sachverhalt. So fassen Jack Sawyer und Harold Guetzkow Verhandeln folgendermaßen zusammen:

*„Negotiating is a process through which two or more parties [...] interact in developing potential agreements to provide guidance and regulation of their future behavior“*¹⁴⁶

Verhandlungen auf dem internationalen Parkett sind sowohl in bilateralen als auch multilateralen Beziehungen sehr häufig auf der politischen Agenda. Somit stellt Verhandlungsgeschick eine wichtige Voraussetzung für Interessensvertretung und die Durchsetzung eigener nationaler Ziele dar. Verhandlungsgeschick erfordert aber auch eine entsprechend optimale Kommunikation, die zwar hartnäckig Ziele verfolgt, dabei aber keine der anderen Parteien bloß stellt oder unterdrückt. Verhandlungsgeschick kann somit als Kombination aus Kommunikation und Leadership - Kompetenzen sowie Machtverhalten gesehen werden. Inwieweit Kommunikation Element des Konfliktmanagements oder aber nur der Information bereits getroffener Entscheidungen im Rahmen dessen darstellt, wird sich in der abschließenden Bewertung zeigen.

Im theoretischen Feld der so genannten Cross-Culture Communication oder auch interkulturellen Kommunikation finden sich zahlreiche Untersuchungsmodelle. Diese sind jedoch meist dem ökonomischen Bereich zugeordnet. Bislang finden sich nur wenige Modelle, die sich mit der interkulturellen Kommunikation in den internationalen politischen Beziehungen beschäftigen. In der vorliegenden Arbeit werden daher interkulturelle Aspekte zur Untersuchung außenpolitischer Kommunikation in westlichen Demokratien als Einzelfaktoren gesehen, die Modellen zur Analyse der

¹⁴⁵ In: Harold D. Lasswell: *The Climate of International Action*, in: Kelman, Herbert C. (Hg.): *International Behavior*, New York: Holt, Rinehard & Winston, 1965, [328-341], S. 339.

¹⁴⁶ In: Sawyer: *Bargaining and Negotiation in International Relations*, S. 466.

ökonomischen interkulturellen Kommunikation entnommen wurden. Daher sollen im Folgenden kurz die wichtigsten Theorien zur interkulturellen Kommunikation umrissen werden und ihr jeweiliger Zusammenhang mit dem vorliegenden Modell zur Analyse außenpolitischer Kommunikation aufgezeigt werden.

Das wohl bekannteste Modell stammt von Geert Hofstede, der in den 70er Jahren Mitarbeiter des Weltkonzerns IBM befragte und aus diesen Ergebnissen die Ausprägungen seiner Kulturdimensionen ableitete. Die ursprünglichen vier Kulturdimensionen wurden später durch eine fünfte ergänzt. Unterschiede zwischen Kulturen werden somit anhand abweichender Auffassungen von den folgenden Parametern nachgewiesen¹⁴⁷:

- Machtdistanz – hier werden Unterschiede im Machtverhältnis eines Unternehmens oder einer Arbeitseinheit aufgezeigt. Beispiele sind hierarchische Gliederungen oder aber dezentral organisierte Einheiten. In der Übertragung auf außenpolitische Kommunikation findet sich dieses Element in der ersten Dimension des Untersuchungsmodells in mehrfacher Hinsicht: Dem persönlichen Machtstreben, dem Verhältnis der Akteure und der Führungskompetenz des kommunizierenden Akteurs.
- Individualismus vs Kollektivismus – Diese Dimension beschreibt die traditionelle Ausrichtung der eigenen Position innerhalb einer Gesellschaft. Individualistisch orientierte Gesellschaften stehen hier kollektivistisch geprägten gegenüber. Eine hohe Kollektivismus-Orientierung bringt immer auch
- Maskulinität und Feminität – Die Rollenverteilung und die unterschiedliche Beurteilung von Werten von Männern und Frauen spielen in dieser Dimension eine Rolle. In den folgenden Fallstudien wird diese Dimension kaum zum Tragen kommen, da im untersuchten Zeitrahmen nur wenige Frauen in der Leadership-Ebene der jeweiligen Staaten waren.
- Der Umgang mit Unsicherheit – Hofstede unterscheidet hier zwei Kulturen: Erstere versucht Situationen mit Unsicherheit zu vermeiden und legt großen Wert auf gewohnte Regelungen, Rahmenbedingungen und Strukturiertheit. Der Gegensatz dazu ist eine Gesellschaft, die aufgeschlossen neuen Entwicklungen, die immer auch mit Unsicherheit verbunden sind, gegenübersteht. Reglementierungen werden auf einem möglichst niedrigen Level gehalten und

¹⁴⁷

Vgl.: Geert Hofstede: http://www.geert-hofstede.com/geert_hofstede_resources.shtml,
Abrufdatum: 27.11.2006.

sie sind offen und toleranter gegenüber anderen Meinungen. Während der erste Typ sehr emotionsgeladen agieren kann, vermeidet Zweiterer jegliche Emotionen in der Öffentlichkeit. In der Auseinandersetzung mit außenpolitischer Kommunikation spielt dieser Faktor eher eine untergeordnete Rolle und wird im Rahmen der Analyse des Politik- und Kommunikationsstils berücksichtigt.

- Langzeitorientierung – geht einher mit den Tugenden Durchhaltevermögen und Fleiß, wohingegen eine kurzzeitige Orientierung die Wertschätzung von Tradition und sozialer Pflichterfüllung beinhaltet. Diese an Konfuzius angelehnte Dimension wird in der Auseinandersetzung außenpolitischer Kommunikation insofern eine Rolle spielen, da wie bereits des Öfteren erwähnt, Traditionen, Normen und Werte der jeweiligen Kultur ausschlaggebend für die Persönlichkeitsstruktur der kommunizierenden Akteure sind.

Die Kulturdimensionen Hofstede´s basieren auf ersten, nicht spezifisch an der Praxis ausgerichteten Überlegungen von Edward T. Hall. Er führt Missverständnisse zwischen Kulturen auf zwei Parameter zurück:

Neben der Kontext-Orientierung spielt die Strukturierung von Zeit eine bestimmende Rolle.

Die Kontext-Orientierung ist insbesondere für die Untersuchung außenpolitischer Kommunikation wichtig, da nach Hall jegliche Übermittlung von Information als „high-, low - or middle – context“ charakterisiert werden kann:

*"High context transactions feature pre-programmed information that is in the receiver and in the setting, with only minimal information in the transmitted message. Low context transactions are the reverse. Most of the information must be in the transmitted message in order to make up for what is missing in the context."*¹⁴⁸

Die Kontext-Orientierung bezieht sich somit auch auf den Inhalt der Kommunikation, welcher ganz entscheidend für den Kommunikationsstil sein kann. Dies wird auch in den Fallstudien eine wichtige Rolle spielen¹⁴⁹. Zudem ist der Kontextbezug eng verbunden mit den Erwartungen oder Vorstellungen des Kommunikators, was sich mit

¹⁴⁸ In: Stephen Dahl: *Intercultural Research: The Current State of Knowledge*, <http://ssrn.com/abstract=658202>, Abrufdatum: 27.11.2006, S. 12.

¹⁴⁹ Vgl. dazu auch: Interview mit Juliann Smith, Director, Center for Strategic Studies, Washington D.C., 28.11.2006: „The style of communication depends on where you are, f.e. the Ranch of George W. Bush or in a very official meeting in the United Nations Building in New York.“

dem Koorientierungsmodell nach McLeod und Chaffee, welches in der Darstellung der kommunikationswissenschaftlichen Grundlagen dieser Arbeit erläutert wurde, deckt.

In Bezug auf die Strukturierung von Zeit stellt Hall „Monochronic and Polychronic Cultures“¹⁵⁰ gegenüber. Gesellschaften mit monochromem Zeitverständnis sind in ihrer Zeiteinteilung unflexibel und erledigen Dinge nacheinander. Interpersonale Beziehungen werden dem eigenen Zeitablauf untergeordnet und es wird streng nach Arbeits- und Freizeit getrennt. Im Gegensatz dazu werden in Kulturen mit polychromem Zeitverständnis mehrere Dinge gleichzeitig erledigt. Wichtig ist auch die Rückkopplung an weitere Akteure. Dies setzt auch eine flexible Zeiteinteilung voraus.

In der Untersuchung außenpolitischer Kommunikation findet sich dieser Parameter in der Analyse des Kommunikationsstils und im Umgang zwischen den Akteuren.

Somit wird deutlich, dass die Faktoren der interkulturellen Kommunikation und des internationalen Verhandels im Modell außenpolitischer Kommunikation an unterschiedlichen Stellen eingearbeitet werden. Nachhaltig bestimmen sie jedoch den Kommunikationsstil und wurden deshalb der dritten Dimension des Untersuchungsmodells zugeordnet.

Sie wurden zudem so ausführlich dargestellt um die Zusammenhänge zwischen den Dimensionen des Modells nochmals zum Ausdruck zu bringen.

Ein weiterer Faktor interkultureller Kommunikation oder auch eines interkulturellen Verständnisses ist die Auseinandersetzung mit Selbst- und Fremdwahrnehmung. Dieser Aspekt findet sich auch im bereits dargestellten Koorientierungsmodell, welches in der Analyse von Kommunikation die Erwartungshaltung gegenüber dem Rezipienten der Kommunikation ebenso wie die eigene Intention des Kommunikators mit einbezieht. Zudem greifen die Überlegungen zu Fremd- und Selbstwahrnehmung in die Konzepte der kollektiven Identität und somit politischen Kultur eines Staates ineinander. Aus diesem Grund wird in der dritten Dimension des Untersuchungsmodells analysiert, wie groß oder gering die Übereinstimmung von Selbst- und Fremdwahrnehmung in einer spezifischen Situation ist und welche Erwartungshaltungen mit der Kommunikation einer bestimmten Botschaft verbunden sind.

¹⁵⁰ In: Dahl: *Intercultural Research: The Current State of Knowledge*, S. 11.

3. Das Untersuchungsmodell außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern westlicher Demokratien

Alle angeführten Faktoren und dazugehörigen Modelle zur Analyse außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern werden im folgenden Modell drei bestimmenden Dimensionen zugeordnet und in einer Übersicht zusammengefasst. Anhand des so entstehenden Rasters können die sich anschließenden Fallstudien der empirischen Überprüfung einheitlich untersucht und abschließend verglichen und bewertet. Jede der drei Dimensionen wird aus politik-, kommunikationswissenschaftlicher und soziologischer Perspektive analysiert. Dies trägt dem interdisziplinären und übergreifenden Ansatz der vorliegenden Arbeit Rechnung.

Die Dimensionen des Untersuchungsmodells außenpolitischer Kommunikation können in der optimalen Ausprägung der Faktoren wie folgt charakterisiert werden:

- **Machtverhältnisse und Führungsstil:**

Die Akteure der außenpolitischen Kommunikation sind in der internationalen Gemeinschaft als Repräsentanten ihres Staates gut positioniert und die Beziehungen zu anderen Staaten werden aktiv gestaltet. Ihre Meinung wird respektiert und geschätzt, sie werden zu Entscheidungen und Verhandlungen über ihre eigenen Interessen hinaus zu Rate gezogen und nehmen ihre Rolle auch der Realität entsprechend wahr. Die Akteure verfügen über Erfahrung in der internationalen Politik und sind bestrebt gute Beziehungen aus- und aufzubauen. Dabei verfügen sie über das Geschick, nationale Interessen offen aber nicht offensiv zu vertreten. Ihr Wille, Außenpolitik aktiv zu gestalten, spiegelt sich zudem auch im gleichberechtigten Verhältnis der Akteure innerhalb einer Regierung - zumeist Staats- und Regierungschef und der zuständige Minister - wieder. Kooperatives und konsensorientiertes Verhalten wird kommuniziert und mit Hilfe von Netzwerken rege ausgeübt.

- **Strategie der Sicherheitspolitik und Politikstil:**

Die außenpolitische Linie des jeweiligen Staates wird durch die Akteure außenpolitischer Kommunikation aktiv vertreten und nimmt auf die strategische Ausrichtung außenpolitischer Entscheidungen Einfluss. Eine hohe Akzeptanz gegenüber anderen Staaten und Loyalität gegenüber Partnern zeichnen die stets der Situation angemessene Entscheidungskompetenz der handelnden Personen aus. Dabei reagieren sie stets flexibel und adäquat auf Einflüsse und Veränderungen in der Umwelt – sowohl

der nationalen als auch der internationalen. Insbesondere in Krisensituationen tätigen sie keine Kurzschlusshandlungen, sondern setzen auf Diplomatie und Mittel der Soft-power.

- **Persönlicher Kommunikationsstil der Akteure:**

Dem persönlichen Kommunikationsstil der Akteure außenpolitischer Kommunikation liegt die Beachtung der öffentlichen Meinung zu Grunde. Diese ist dabei aber nicht alleinig bestimmend für Entscheidungen in der Außenpolitik. Als Sprachstrategie dient die einfache Basisstrategie in Kombination mit den diplomatischen rhetorischen Mitteln, sowie strategischem Dialog und positiver Propaganda. Die Kommunikation erfolgt direkt und ist dem Gegenüber angepasst. Dies beinhaltet auch eine interkulturelle Sensibilität, die auf persönliche Eigenheiten des Adressaten der außenpolitischen Kommunikation ebenso Rücksicht nimmt wie auf historische und kulturelle Unterschiede. Der so geartete Kommunikationsstil ist Zeichen eines positiven „international behavior“ und insbesondere für Situationen des Konfliktmanagements und den Verhandlungen mit herausfordernden Akteuren von essentieller Bedeutung. Zudem ist sich der Kommunikator über die Abweichungen in der Selbst- und Fremdwahrnehmung bewusst und passt seine Erwartungshaltung dementsprechend an.

Die hier angeführten Bezeichnungen der drei Dimensionen entsprechen im Folgenden jeweils dem politikwissenschaftlichen Ansatz:

- 1. *Dimension:* Machtverhältnisse und Führungsstil
- 2. *Dimension:* Strategie der Sicherheitspolitik und Politikstil
- 3. *Dimension:* Kommunikationsstil

Abbildung 11: Übersicht über die Dimensionen des Analyserasters sicherheitspolitischer Kommunikation westlicher Demokratien

1. Dimension

<p>politikwissenschaftlich: kommunikationswissenschaftlich: soziologisch, Konfliktmanagement:¹⁵¹</p>	<p>Machtverhältnisse und Führungsstil Kontext der Kommunikation Zielorientierung</p>
<p>Modell</p> <p>Power-Relationships Dimensionen von Macht</p> <p>Verhältnis der Akteure (Hill)</p> <p>Leadership – Rollen (Barber)</p>	<p>Ausprägung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anwendung von Gewalt • Mitteleinsatz • Positionierung im internationalen System • Beziehung zu Partnern / Gegnern • Überzeugungsmacht und Grad des Einflusses • Charisma und Reputation • Gestaltungswille <ul style="list-style-type: none"> • gleichberechtigte Akteure • untergeordnete Ressortminister (Akteure) • etablierte Ressortminister (Akteure) <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsstil: aktiv / passiv • Einstellung gegenüber dem Amt: positiv / negativ

¹⁵¹ Vgl.: Canary/Lahey: *Managing conflict in a competent way*, S. 185-211.

2. Dimension

<p>politikwissenschaftlich: kommunikationswissenschaftlich: soziologisch, Konfliktmanagement:</p> <p>Modell</p>	<p>Strategie der Sicherheitspolitik & Politikstil</p> <p>Inhalt der Kommunikation Situative Interpretation des Konfliktes</p> <p>Ausprägung</p>
<p>außenpolitische Orientierung / Rolle</p> <p>Bevorzugte Mittel der Konfliktlösung (Konfliktbarometer)</p> <p>Art der Strategie</p> <p>Spieltheorie im Rahmen internationaler Kooperation</p> <p>Strategie - Konflikt-Modell (Jäger)</p> <p>Politischer Stil (Fagagnini)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ideologische Ausrichtung (Realpolitik, Idealpolitik, Internationalismus, Isolationismus) • Rollenverständnis • Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofes • militärische Intervention¹⁵² • Krieg • Diplomatie / Verhandlungen¹⁵³ • Abkommen / Verträge • Internationale Organisationen • offensiv (Implementierung politischer Inhalte, große Zielgruppe) • defensiv (legitime Verteidigung von Zielen) • Koordinationsspiel mit Verteilungskonflikt • Koordinationsspiel ohne Verteilungskonflikt • Dilemmaspiel • Überzeugungs- Rambospiel • Primacy • Restraint • Balance of Power • Allegiance • Collective Security • Konflikt-Stil • Kompromiss-Stil • Wettbewerbs-Stil • Synthese-Stil

¹⁵² Definition Intervention: „In den internationalen Beziehungen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates durch einen anderen Staat oder eine internationalen Organisation. Die Intervention kann in der Androhung oder Anwendung von militärischer Gewalt, politischer oder wirtschaftlichem Druck (z.B. Sanktion) bestehen.“, in: Carsten Lenz / Nicole Ruchlak: *Kleines Politik-Lexikon*, S. 116. Vgl. auch: Klein, Martina/Schubert, Klaus: *Das Politiklexikon*, S. 149.

¹⁵³ z.B.: Konferenz, Einbeziehung Dritter, Geheimdiplomatie, Strategischer Dialog.

3. Dimension

<p>politikwissenschaftlich: kommunikationswissenschaftlich: soziologisch, Konfliktmanagement:</p>	<p>Kommunikationsstil Kommunikationsprozess auf Akteursebene individuelle, persönliche Unterschiede</p>
<p>Modell</p> <p>Beachtung der Öffentlichen Meinung</p> <p>Sprachstrategie und rhetorische Mittel</p> <p>Art der Kommunikation</p> <p>Interkulturelle Kommunikation (Gudykunst / Hofstede und Burgoon / Hubbard)</p>	<p>Ausprägung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Delegates • Pragmatists • Executors • Guardians • Basisstrategie • Kaschierstrategie • Konkurrenzstrategie • Direkt • Indirekt • Verbal • Nonverbal • Umgang mit Unsicherheit • High-Kontext vs Low-Kontext • Zeitverständnis • Individualismus vs Kollektivismus • Kommunikationserwartung • Wissenstransfer innerhalb der Leadership-Ebene

Eigene Darstellung

IV. Empirie: Anwendung des Untersuchungsmodells auf ausgewählte sicherheitspolitische Konfliktsituationen in westlichen Demokratien

In der empirischen Anwendung wird das generierte Modell zur Untersuchung außenpolitischer Kommunikation auf sicherheitspolitische Spannungsfelder fokussiert. Die Fokussierung auf sicherheitspolitische Situationen erklärt sich aus der sowohl wissenschaftlichen als auch empirischen Abgrenzbarkeit, da hier eine wissenschaftlich¹⁵⁴ und empirisch überzeugende Definition zwischen eskalierten und friedlich verlaufenden Spannungsfeldern vorgenommen werden kann.

Grundlage ist das „Konfliktbarometer“ des „Heidelberg Institute for International Conflict Research“, welches seit 1992 jährlich alle Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit aufführt, analysiert und kategorisiert.

Anhand der diesen Studien zugrunde liegenden Definitionen wird als Basis der vorliegenden Arbeit ein Überblick über die aktuelle Situation weltweiter Konflikte gegeben um dann im Anschluss ausgewählte sicherheitspolitische Spannungsfelder in Fallstudien zu untersuchen. Eine Anlehnung an das Heidelberger „Konfliktbarometer“ empfiehlt sich hier in mehrfacher Hinsicht: Zum einen erfolgt vorab eine genaue Definition des Krisen-Begriffes nach allgemeinen wissenschaftlichen und praktischen Erfahrungswerten. Dieser differenziert zudem zwischen Formen der Krise mit und ohne Einsatz von Gewalt. Des Weiteren wird in der ausführlichen Darstellung nach dem Inhalt des Konflikts und insbesondere der Intensität unterschieden. Dies schafft in Kombination mit weiteren, dem Untersuchungsmodell spezifisch zugeordneten Faktoren, eine einheitliche Ausgangsbasis für die Auswahl der Situationen, welche den Fallstudien zu Grunde liegen.

Eine Meta-Analyse des Konfliktbarometers soll deutlich machen, wie sich die Situation weltweiter Krisen seit 1992 entwickelt hat und welche Instrumente vorrangig zur Konfliktlösung eingesetzt wurden. Die Mittel der Konfliktlösung wurden bereits in der Darstellung der Methodik angesprochen und sind Bestandteil des Untersuchungsmodells.

1. Aufbau der empirischen Untersuchung

Der empirische Teil dieser Arbeit baut auf einem politikwissenschaftlichen Systemvergleich auf und gliedert sich dabei in folgende Abschnitte: Ein Vergleich außenpoli-

¹⁵⁴ Definition Konflikt in der Literatur: „Gegensatz zwischen Interessen und der daraus resultierende Streit zwischen Individuen, Gruppen, Institutionen oder Staaten“ in: Lenz / Ruchlat: *Kleines Politik-Lexikon*, S. 116.

tischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern westlicher Demokratien erfolgt unter Einbeziehung von Fallstudien. Diese werden anhand des bereits dargestellten Rasters analysiert. Um valide Ergebnisse zu erhalten müssen die untersuchten Fälle einheitliche Ausgangsbedingungen aufweisen. Gewährleistet werden kann dies mit Hilfe einer Metastudie über alle bisher vorliegenden Daten des Konfliktbarometers des Heidelberger Instituts für Konfliktforschung. Wie sich diese Studie und das Barometer an sich zusammensetzen, wird im Folgenden genau erläutert.

1.1 Fallstudien in der politikwissenschaftlichen Analyse

*„Das Vorgehen der Theoriegewinnung ist in der quantitativen Position deduktiv, in dem qualitativen Paradigma induktiv. Basis für die Theorieentwicklung ist in der qualitativen Sozialforschung immer die soziale Realität des zu untersuchenden Feldes, weshalb die so produzierten Theorien „realistischer“ sind“*¹⁵⁵

Die Fallstudienanalyse ist eine Möglichkeit der qualitativen Sozialforschung, die unter anderem folgende Merkmale trägt: Sie zeichnet sich zum einen durch die Vielzahl unterschiedlicher theoretischer Grundlagen aus. Daneben muss berücksichtigt werden, dass durchaus verschiedene Perspektiven der Forschung in dieser Form möglich sind. In der Untersuchung außenpolitischer Kommunikation westlicher Demokratien wird eine qualitative Methode der quantitativen vorgezogen, da eine Fallstudienanalyse eine große Kontextabhängigkeit mit sich bringt. Genau diese wird für eine umfassende Darstellung des vielschichtigen Untersuchungsgegenstandes benötigt¹⁵⁶.

Wie bereits in der Definition nach Max Weber dargestellt, fließen in diese Art der Untersuchung zudem alle Relationen der Merkmale untereinander sowie der Zusammenhang der abhängigen Variablen zum Gesamtkontext mit ein. Einzelfallstudien als können als Grundlage für die Typenbildung eine logische Voraussetzung schaffen. In Bezug auf die Rolle der internationalen Organisationen und regionalen Bündnisse wird dieser Schritt in der abschließenden Bewertung vollzogen. Dies zeigt

¹⁵⁵ In: Siegfried Lamnek: *Qualitative Sozialforschung*, München: Psychologie Verlags Union, 1989, S. 129.

¹⁵⁶ Vgl.: Thomas Wrona: *Die Fallstudienanalyse als wissenschaftliche Forschungsmethode*, Berlin: Europäische Wirtschaftshochschule Berlin, 2005, S. 4.

sich in den Merkmalen, die der qualitativen Forschung zugeschrieben werden. Dazu gehören:

- Bezug zum Einzelfall
- Offenheit
- Methodenkontrolle
- Vorverständnis
- Gesamtheit des Untersuchungsgegenstandes
- Argumentativ geführte Generalisierung
- Induktion und
- ein möglicher Einsatz quantitativer Maßnahmen an geeigneter Stelle in der qualitativen Untersuchung¹⁵⁷.

Die angeführten Kriterien können auf die Methodik der Analyse der Gestaltung und Verwendung außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern wie folgt übertragen werden: Erst eine ausführliche Analyse des Einzelfalls ermöglicht den logischen Schritt zur Darstellung abweichender Ausprägungen innerhalb der die Kommunikation beeinflussenden Faktoren und einer vergleichenden Bewertung der einzelnen Ergebnisse. Die Offenheit erlaubt geringfügige Modifikationen im Untersuchungsmodell, sofern die ex ante getroffenen Definitionen nicht alle für den Fall relevanten Aspekte berücksichtigen. Deutlich wird dies in der jeweiligen Bewertung der Dimension aus politikwissenschaftlicher, kommunikationswissenschaftlicher und sozialpsychologischer Perspektive.

Die Methodenkontrolle erlaubt eine abschließende Betrachtung aller Fälle, die eine Bewertung des Einflussgrades der Faktoren beinhaltet. Dies geschieht sowohl länderübergreifend als auch innerhalb des untersuchten Staates.

Mit am Wichtigsten ist das Merkmal der Gesamtheit. Wie bereits eingangs des Öfteren erwähnt, ist außenpolitische Kommunikation an sich bereits ein vielschichtiges Objekt, das durch seine große Kontextbezogenheit ein höchst komplexes Gebilde darstellt. Das Modell zur Untersuchung und Vergleichbarkeit außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Konfliktsituationen spiegelt dies wieder. Die Induktion stellt sich in der Fortführung der Fallstudien zu einer Bildung von möglichen Typen außenpolitischer Kommunikation dar. Ergänzt wird die Fallstudienanalyse zu-

¹⁵⁷ Vgl.: Philipp Mayring: *Einführung in die qualitative Sozialforschung – Eine Kritik*, Bern: Weinheim, 2002, S. 24ff.

dem durch eine vorab erfolgende quantitative Analyse – der Auswertung des Konfliktbarometers als Grundlage der Fallauswahl.

Bei der Auswahl der Fälle wird darauf geachtet, dass ein möglichst umfassender Überblick über die außenpolitische Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern des gesamten Untersuchungszeitraums gegeben wird. Daher sind die Fälle fast immer unterschiedlichen Legislatur-Perioden der jeweiligen Staats- und Regierungschefs entnommen.

1.2 Auswahl des Datenmaterials

Außenpolitische Kommunikation in Zeiten der Mediatisierung und Globalisierung spielt sich zu einem bestimmenden Großteil im öffentlichen Leben ab. Selbst geheime Treffen, Telefonate oder Briefe dringen – bewusst oder ungewollt – meist an die Öffentlichkeit oder werden in einer anschließenden Pressekonferenz bekannt gegeben. Medien spielen zwar in der Rezeption außenpolitischer Kommunikation eine bedeutende Rolle. Sie werden aber im vorliegenden Fall nicht berücksichtigt, da die Leadership-Ebene als Akteursebene definiert wurde und somit die persönliche Kommunikation und die beeinflussenden Faktoren im Vordergrund stehen. In Einzelfällen kann eine mediale Verarbeitung eine Rückkoppelung auf die persönliche Kommunikation haben. Dies wird an den jeweiligen Stellen berücksichtigt.

Entsprechend des akteursbezogenen Modells zur außenpolitischen Kommunikation westlicher Demokratien werden Reden, Interviews, Tagebücher und Autobiographien in die Analyse mit einbezogen. Insbesondere Tagebücher und Autobiographien gestatten oftmals einen Einblick in die persönliche Darstellung einer Situation und erlauben damit eine Betrachtung aus einem anderen Blickwinkel. Da dies jedoch die einzigen Dokumente sind, die eine Analyse der Kommunikation in der Außenpolitik erlauben, wurde die Definition außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern als Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit auf die drei Dimensionen des Analyse-Modells erweitert, um mit umfassendem Kontextbezug valide Aussagen zu tätigen.

Personale Kommunikation wird in der einschlägigen Fachliteratur immer wieder als die höchste Form kommunikativen Handelns charakterisiert, was die Beschränkung des zu untersuchenden Datenmaterials auf Reden und Interviews der Akteure und die Fokussierung des Untersuchungsgegenstandes erklärt¹⁵⁸.

¹⁵⁸ Vgl.: Wate: *Kommunikation und Kommunikationskultur*, S. 290.

Neben der einschlägigen Fachliteratur werden somit lediglich Berichte zuständiger Ministerien zum besseren Verständnis der Situationen und des strategischen Vorgehens mit berücksichtigt.

1.2.1 Datenmaterial des Konfliktbarometers des Heidelberger Instituts für Konfliktforschung

Das „Heidelberger Institute for International Conflict Research“ am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg veröffentlicht seit 1992 jährlich das „Konfliktbarometer“, welches weltweit alle Krisen aufführt, analysiert und charakterisiert. Ausgehend von der folgenden Definition des Konfliktes werden die Intensität, der Konfliktgegenstand und die Art des Konfliktes (inter- oder intrastaatlich) angeführt:

„Konflikte sind Interessengegensätze (Positionsdifferenzen) um nationale Werte (Territorium, Sezession, Dekolonisation, Autonomie, System / Ideologie, Nationale Macht, Regionale Vorherrschaft, Internationale Macht Ressourcen, Sonstige) von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (organisierte Gruppen, Staaten, Staatengruppen, Staatenorganisationen), die entschlossen sind, sie zu ihren Gunsten zu entscheiden.“¹⁵⁹

Diese Definition bietet eine einheitliche Grundlage für die Auswahl der Fälle. Alle hier untersuchten Fälle werden im Konfliktbarometer aufgeführt und entsprechend klassifiziert. Es handelt sich dabei um eine qualitative Definition des Konfliktbegriffes, da nicht die Zahl der Opfer militärischer Auseinandersetzungen sondern der Mitteleinsatz zur Konfliktbewältigung als Kriterien für die Klassifizierung von Konflikten dient¹⁶⁰. Dies deckt sich mit der vorliegenden Analyse insofern, als dass hier Kommunikation als ein mögliches Mittel der Konfliktlösung betrachtet wird und in seiner Gesamtheit umfassend dargestellt wird.

Zusätzlich untersucht das Barometer, aus welchem Grund der Konflikt entstanden ist, ob es sich um einen latenten Konflikt handelt und wie dieser – sofern erfolgt – gelöst wurde. Die Konfliktlösungsmechanismen spielen für die vorliegende

¹⁵⁹ In: Heidelberger Institut für Konfliktforschung: *Konfliktbarometer 2006*. 2006, HIIK, in: http://www.hiik.de/methodik/methodik_ab_2003.html.de, Abrufdatum: 12.02.2007.

¹⁶⁰ In: ebd., <http://www.hiik.de/methodik/index.html.de>, Abrufdatum: 11.02.2007.

Arbeit die zweite bestimmende Rolle. Alle im Konfliktbarometer genannten Mittel werden im Untersuchungsmodell angeführt und ermöglichen somit einen genauen Vergleich in der abschließenden Bewertung, die unter anderem Aufschluss über die Effizienz der Mittel geben soll. Damit wird die Output-Seite der Analyse berücksichtigt und in die Gesamtbetrachtung miteinbezogen.

Ein kurzer Blick muss an dieser Stelle auch auf die dem Konfliktbarometer zu Grunde liegende Methodik geworfen werden: Mit Hilfe der Datenbank KOSIMO (Konflikt-Simulations-Modell) werden seit 2003 alle Daten zu Konflikten seit 1945 erfasst. Basis für die computergestützte Erfassung der Daten ist die Einteilung der Konflikte in fünf Intensitätsstufen, die von gewaltlosen bis hin zu gewaltsamen Konflikten reichen. Zudem werden in der Aufstellung seit 1991 „politische Konflikte auch dann [berücksichtigt], wenn die Staatsmacht nicht als Konfliktpartei beteiligt ist. Entscheidend bleibt der nationale Wert der Konfliktgegenstände.“¹⁶¹ Dieser erweiterte Konfliktbegriff wurde auf Grund der Zunahme intrastaatlicher Konflikte und bürgerkriegsähnlicher, ethnischer Auseinandersetzungen notwendig. Wie sich hier die Zahlen seit 1991 verändert haben, wird in der Metastudie des Konfliktbarometers im Folgenden verdeutlicht.

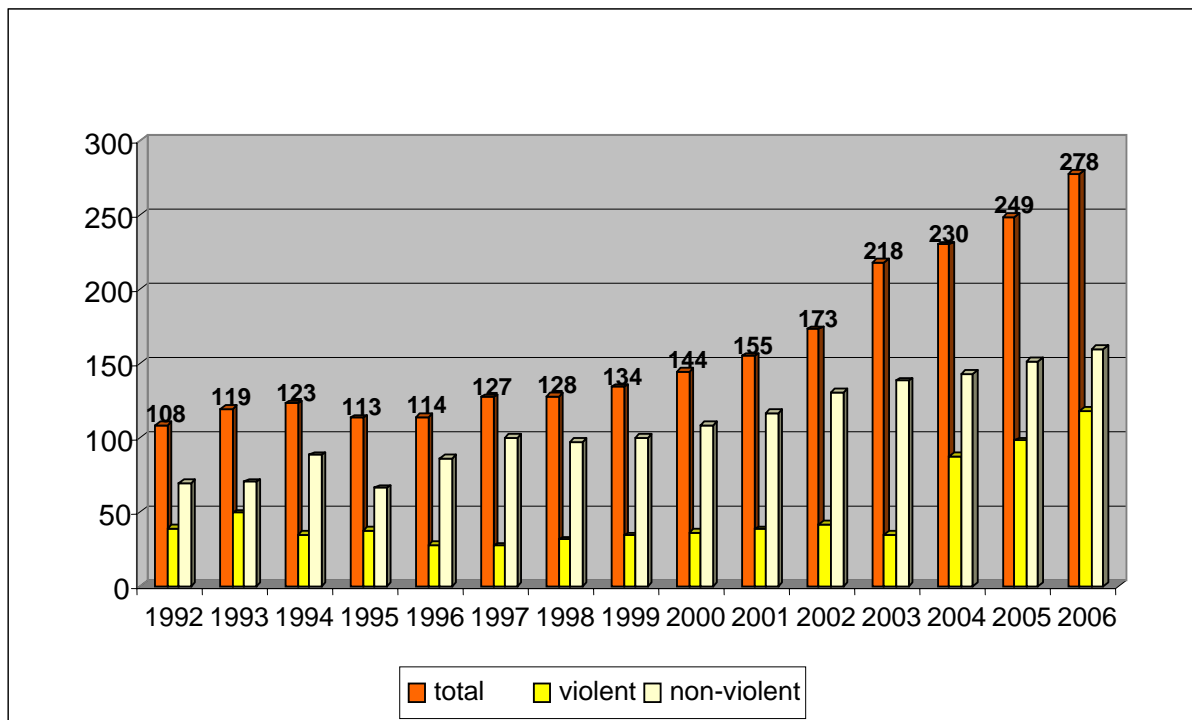
1.2.2 Metastudie des Konfliktbarometers als Basis der Fallstudien

Das Konfliktbarometer wird, wie bereits erwähnt, seit 1992 jährlich veröffentlicht. In jeder Ausgabe wird kurz auch ein Trend über die Entwicklung von Konflikten gegeben. Eine hier vorgenommene zusammenfassende Übersicht – Metastudie – belegt jedoch die Vermutung, dass internationale Konflikte immer weiter zunehmen, diese eine andere Qualität angenommen haben und sich dadurch die Konfliktlösungsmechanismen verschoben haben, beziehungsweise sich anderweitig gestalten. Dies hat zur Folge, dass insbesondere die Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern eine immer bedeutendere Rolle einnimmt und analog den neuen Herausforderungen modifiziert werden muss.

Folgende Auswertungen dienen der weiteren Argumentation und als Basis der Untersuchung außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern:

¹⁶¹ In: ebd., <http://www.hiik.de/methodik/index.html.de>, Abrufdatum: 11.02.2007.

Abbildung 12: Entwicklung der Anzahl von Krisen weltweit seit 1992

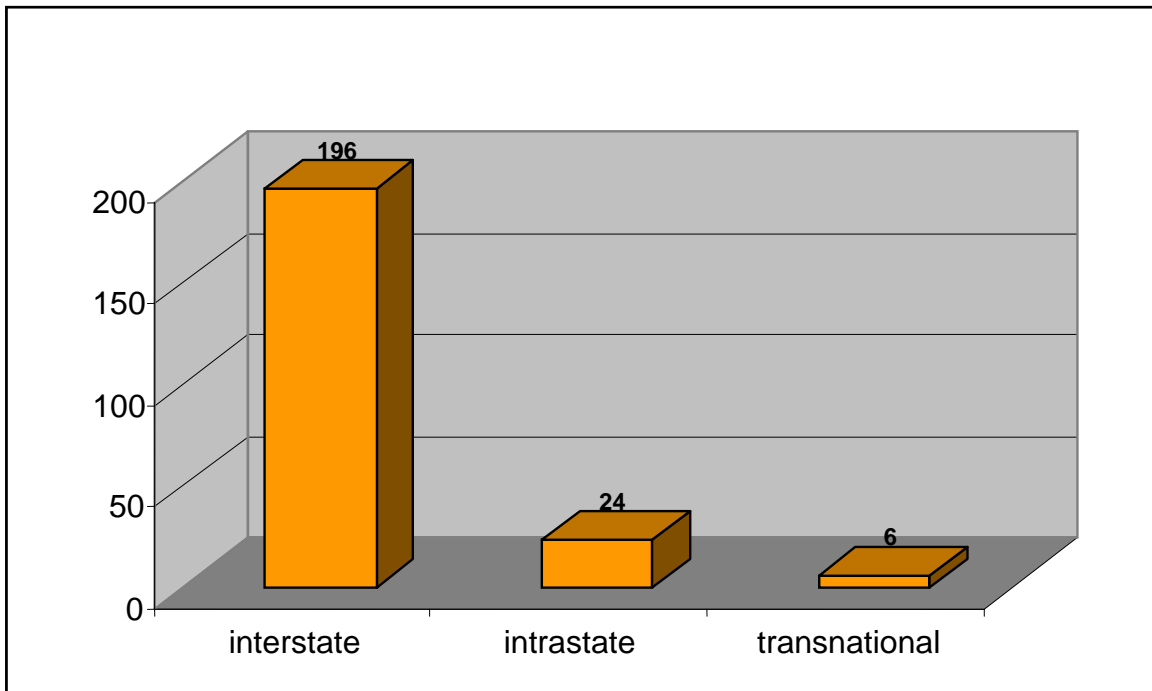


Eigene Darstellung auf Basis der Datenerhebung des Konfliktbarometers von 1992 – 2006¹⁶²

Wie die Graphik deutlich macht, ist insbesondere seit dem Jahr 2002 ein drastischer Anstieg von Konflikten zu verzeichnen. Im Zeitraum der Beobachtung von 1992 bis 2006 hat sich die Gesamtzahl der Krisen weltweit mehr als verdoppelt. Ebenso beunruhigend ist der Anstieg der Zahl der Krisen mit Gewalteininsatz. Dieser hat sich von einem Wert von 39 im Jahr 1992 bis 2006 fast verdreifacht. 2006 waren rund 118 aller 278 Krisen gewaltsam. Diese Zahlen machen deutlich, dass die internationale Gemeinschaft immer mehr im Rahmen von Konfliktlösungs-Einsätzen gefragt ist. Dies zeigt sich auch darin, dass die „klassischen“ Auseinandersetzungen zwischen Staaten immer weniger werden und intrastaatliche Konflikte, welche durch (gewollte oder nicht gewollte) Hinzuziehung Dritter und / oder internationaler Organisationen das Weltgeschehen dominieren.

¹⁶² Vgl.: Eigene Auswertung der Daten des Konfliktbarometers abrufbar unter <http://www.hiik.de>, Abrufdatum: 19.03.2007. Die Datenreihen der jeweiligen Diagramme finden sich im Anhang dieser Arbeit.

Abbildung 13: Gegenüberstellung inter-, intrastaatlicher und transnationaler Krisen 2006

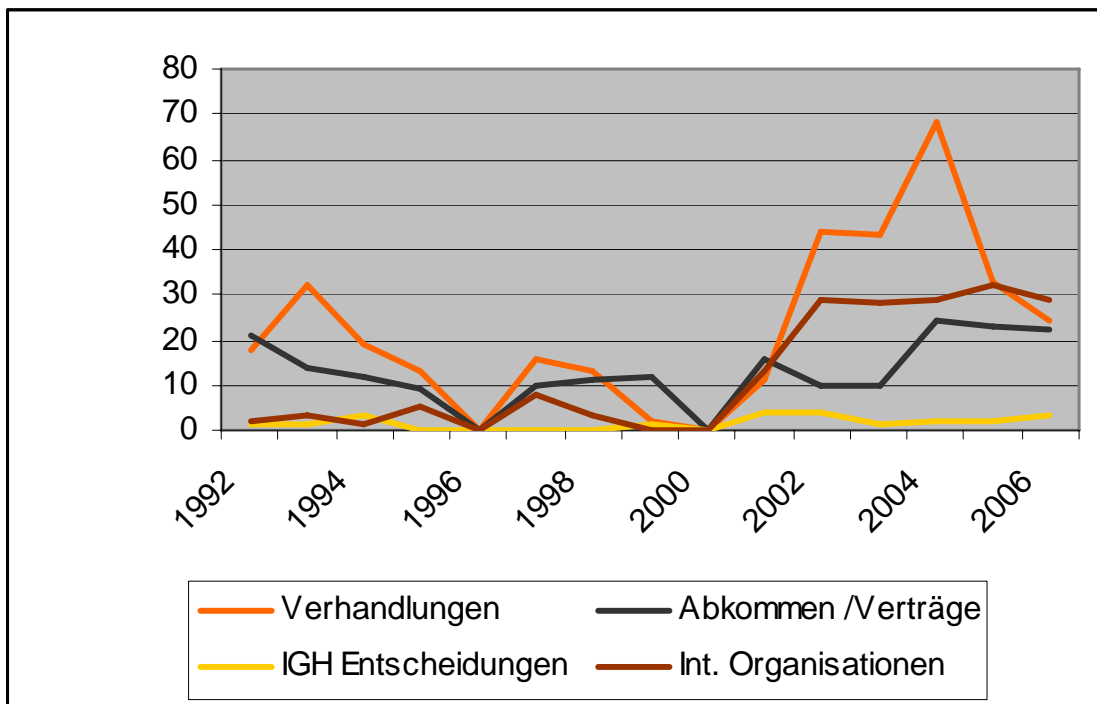


Eigene Darstellung auf Basis der Datenerhebung des Konfliktbarometers von 1992 – 2006

Von rund 218 Krisen weltweit fanden somit 196 Auseinandersetzungen innerhalb von Staaten statt. Diese Veränderung beeinflusst auch die Möglichkeiten sowie die Art und Weise der Kommunikation westlicher Demokratien, die meist nicht selbst von den Konflikten betroffen sind, aber im Rahmen internationaler Bemühungen als Konfliktmanager hinzugezogen werden. Wie sich dies auswirkt, werden die Fallstudien im Folgenden verdeutlichen.

Analog dazu haben sich auch die Mittel der Konfliktlösung oder des Konfliktmanagements verändert, wie folgende Graphik darstellt:

Abbildung 14: Mittel der Konfliktlösung seit 1992



Eigene Darstellung auf Datenbasis des Konfliktbarometers von 1992 – 1996¹⁶³

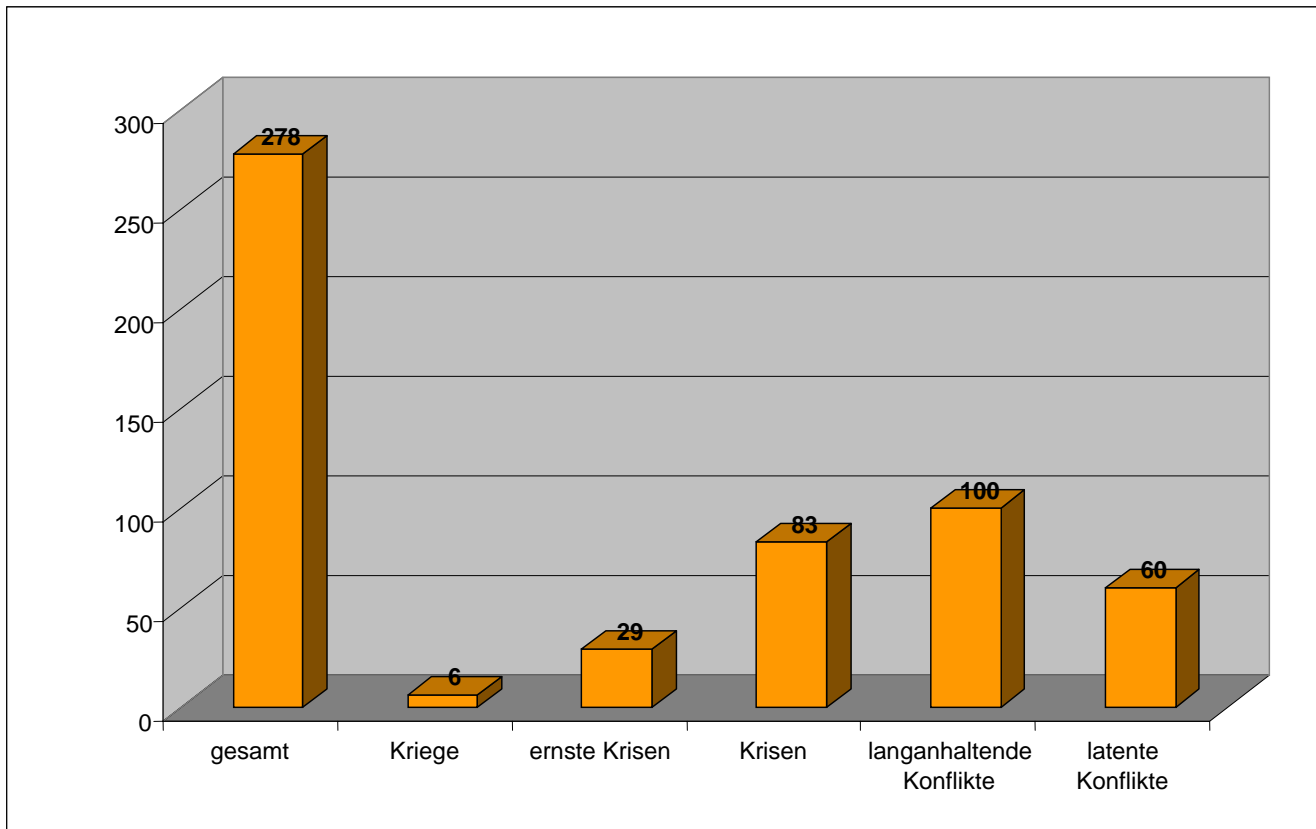
Diese Übersicht zeigt die Entwicklung der vier Gruppen von Konfliktlösungsmechanismen über einen Zeitraum von 1992 bis 2006. Dabei wird deutlich, dass auf Grund der gestiegenen Zahl von Konflikten auch die Anzahl der Mittel der Konfliktlösung insgesamt seit 2001 drastisch zugenommen hat. Führend sind dabei Verhandlungen ebenso wie die Einsätze internationaler oder auch regionaler Organisationen, wie die Vereinten Nationen, die NATO, OSZE oder auch die EU. Aus diesem Grund wurden im Folgenden Fallstudien gewählt, welche die Rolle internationaler Organisationen berücksichtigen. Die Zunahme der Verhandlungen zeigt die Bedeutung der außenpolitischen Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern erneut auf.

Als letzter Teil der Argumentation für eine erhöhte Konzentration auf Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern soll die Darstellung der Konflikte nach ihrer Beschaffenheit dienen:

¹⁶³

Da sich wie bereits erwähnt seit 1992 die Erhebungs- und Auswertungsmethodik laufend geändert hat, wurde für die Darstellung in dieser Arbeit eine Kumulation der wichtigsten Konfliktlösungsmittel vorgenommen, um eine Übersicht über den Gesamtzeitraum erstellen zu können. Für die Jahre 1996 und 2000 konnten keine genauen Daten erhoben werden. Aus diesem Grund finden sich hier die Werte 0.

Abbildung 15: Charakterisierung der Konflikte im Jahr 2006



Eigene Darstellung auf Grund von Datenmaterial des Konfliktbarometers 2006.

Die hohe Zahl von lang anhaltenden Konflikten und Krisen, sowie die der latenten Krisen spricht für die Notwendigkeit einer langfristigen strategischen Ausrichtung der Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern. Dies setzt zudem eine intensive Beschäftigung mit Kommunikation als Konfliktlösungsmechanismus innerhalb der nationalen Führungsgremien voraus. Hier muss eine genaue Abstimmung zwischen den für Außen- und Sicherheitspolitik zuständigen Ministerien, der Armeeführung sowie den Staats- und Regierungschefs erfolgen, um langfristig und nachhaltig internationales Krisenmanagement betreiben zu können. Die Frage nach der Verpflichtung, sich als westliche Demokratie international zu engagieren, bleibt in dieser Arbeit unberücksichtigt. Es wird davon ausgegangen, dass die zu untersuchenden Staaten im Rahmen ihres Engagements im internationalen Konfliktmanagement entweder aus eigenem Interessenskalkül oder aber aus Bündnisverspflichtungen heraus handeln. Ethisch-moralische sowie anderweitige Gründe müssten gesondert betrachtet werden und spielen hier nur dann eine Rolle, wenn sie sich aus

der sicherheitspolitischen Tradition oder der persönlichen Einstellung einer Führungsperson heraus begründen.

Eine Rückbesinnung auf den Einsatz von Gesprächen und Diplomatie spiegelt sich in der jüngsten Initiative der u.s.-amerikanischen Regierung wieder, sich in der Frage des Konfliktmanagements im Irak mit den potentiellen „Feinden“ Syrien und Iran an den Verhandlungstisch zu setzen:

*„Mit dem Bösen sprechen – wie soll das gehen? Das Böse muss doch bekämpft werden, notfalls mit militärischer Gewalt. [...] Nun aber lässt George W. Bush nicht die Waffen, sondern seine Diplomaten sprechen [...]“*¹⁶⁴

Abschließend kann somit festgehalten werden, dass es sich bei den zu untersuchenden Fällen der 90er Jahre tendenziell um Bürgerkriege handelt, welche auf eine internationale Ebene gehoben wurden und unter Einbeziehung Dritter gelöst werden sollten (Kosovo, Haiti, Tschetschenien). Die jeweils zweiten Fälle der Analyse sind im weitesten Sinne dem Phänomen des Krieges oder Kampfes gegen den internationalen Terrorismus zuzuordnen. Dies entspricht einer allgemein nachweisbaren Entwicklung der Konflikte seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Aufbrechen der Ost-West-Konfrontation.¹⁶⁵

Von entscheidendem Interesse wird in der abschließenden Bewertung sein, inwieweit Kommunikation effektives Mittel der Konfliktlösung oder reines Informationsmittel im gesamten Konfliktmanagement darstellt und somit den jeweiligen Output charakterisiert.

¹⁶⁴ In: Nass, Matthias: Wortwechsel, in: *Die Zeit – Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur*, 8. März 2007, Nummer 11, S. 2.

¹⁶⁵ Vgl.: Hans Christoph Buch: *Die neue Weltordnung - Bosnien, Burundi, Haiti, Kuba, Liberia, Ruanda, Tschetschenien*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1996, S. 154.

2. Institutionelle Voraussetzungen innerhalb der zu vergleichenden Staaten

Vorab werden die zu vergleichenden Staaten, das heißt die ausgewählten westlichen Demokratien sowie den Sonderfall der defekten Demokratie, kurz in Hinblick auf ihre staatliche Struktur, der beteiligten außen- und sicherheitspolitischen Akteure und ihrer politischen Traditionen vorgestellt. Grundlegende systemische Voraussetzungen werden nur tangiert, sofern sie für die weitere Untersuchung von Relevanz sind.

Welchen Einfluss systemische Strukturen und / oder historische Einstellungen auf den außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungs- und Kommunikationsprozess haben können, wurde bereits mehrfach erwähnt und soll mit folgendem Zitat nochmals verdeutlicht werden:

„Foreign Policy can never be abstracted from the domestic context out of which it springs“¹⁶⁶

Zu Beginn erfolgt die definitorische Abgrenzung zwischen politischem und Regierungssystem, um im Anschluss daran die jeweiligen Spezifika erläutern zu können: Das Regierungssystem fasst alle Institutionen und Vorgänge bezüglich der Willensbildung eines Staates zusammen. Da diese Mechanismen und Institutionen gerade für die strategische Ausrichtung der Außenpolitik sowie sicherheitspolitischer Aktivitäten bedeutsam sind, werden sie in der folgenden Analyse fokussiert. Eine Charakterisierung des Regierungssystems lässt sich nach Hartmann anhand folgender Kriterien vornehmen:

Neben der Aufteilung der Staatsmacht in unterschiedliche Gewalten spielt die Struktur der einzelnen Gewalten, insbesondere die der Exekutive, eine wichtige Rolle für die Zuordnung eines Regierungssystems. So findet sich in präsidentiellen Regierungssystemen oftmals die Einheit von Regierungschef und Staatsoberhaupt. In parlamentarischen Systemen ist im Gegensatz dazu davon auszugehen, dass es sich um zwei unterschiedliche Ämter handelt. Im parlamentarischen Bereich sind die Vereinbarkeit von Amt und Mandat sowie die Möglichkeit der Auflösung des Parlaments durch den Regierungs- oder Staatschef als Differenzierungskriterien zu nennen. Im Zusammenspiel zwischen Parlament, Regierung und - in föderalistischen Systemen – Ländern liegen zwei weitere Unterscheidungsmerkmale für die Einordnung demokratischer Regierungssysteme¹⁶⁷. Wichtig ist somit in der Auseinandersetzung mit Regierungssystemen, welche Interdependenzen zwischen den Institutionen herrschen und wie diese den außenpolitischen Entscheidungsprozess beeinflussen kön-

¹⁶⁶ In: Hill: *The Changing Politics of Foreign Policy*, S. 37.

¹⁶⁷ Vgl.: Hartmann, *Westliche Regierungssysteme*, VS, 2005, S. 17.

nen. Diese Argumentation deckt sich zudem mit der Fokussierung auf die Führungsebene als zu untersuchende Akteure. In diesem Zusammenhang wird auch auf die jeweiligen Vetospieler im Bereich der Außenpolitik kurz eingegangen. Vetospieler sind nach George Tsebelis „individual or collective actors whose agreement is necessary for a change of status quo.“¹⁶⁸. Neben der Unterscheidung von individuellen (z.B. Präsident) und kollektiven (z.B. Parlament) Vetospielern kann auch zwischen institutionellen und parteipolitischen Vetospielern differenziert werden, je nach Verankerung derselbigen. Abhängig von der Anzahl der Vetospieler sind zum einen die politische Steuerungsfähigkeit als auch die Konsensfähigkeit. Wie unterschiedlich diese ausgeprägt sind, zeigt sich in der nachstehenden Darstellung der Staaten.

Das politische System hingegen schließt zusätzlich zum Regierungssystem auch gesellschaftliche Kräfte mit ein. Diese haben im vorliegenden Untersuchungsmodell jedoch nur marginalen Einfluss und werden daher in der Darstellung der Staaten nur bei bedeutendem Einfluss auf den Entscheidungsfindungsprozess erwähnt.

Öffentliche Meinung, politische Kultur und die jeweils spezifische Kommunikationskultur der Staaten stellen hingegen die Basis der Analyse dar und werden im Anschluss an das Regierungssystem erläutert. Darauf aufbauend wird ihr Einfluss auf den außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsfindungsprozess und die Akteure aufgezeigt.

Als grundlegendes Merkmal westlicher Demokratien wird in der Forschung immer wieder die Vermeidung von Machtkonzentration durch Gewaltenteilung genannt¹⁶⁹. Inwieweit dies auch für den Bereich der Außenpolitik zutrifft und wie sehr dieses Charakteristikum in den einzelnen westlichen Demokratien der vorliegenden Untersuchung ausgeprägt ist - hier ist insbesondere die defekte Demokratie Russlands von Interesse - soll durch die Einbeziehung der genannten Subsysteme eines Staates analysiert werden. Interessant wird die Frage der Machtverteilung in Bezug auf die an der Außenpolitik beteiligten Akteure. Handelt es sich um ein Primat der Außenpolitik, welches sich in einer Person – meist der des Staats- oder Regierungschefs – konzentriert oder handeln zuständiger Minister und Staat- oder Regierungschef gleichwertig?

In der Darstellung des bundesdeutschen Systems muss zudem die enge Einbindung in die Europäische Union berücksichtigt werden¹⁷⁰.

¹⁶⁸ In: George Tsebelis: *Veto Players*. How political Institutions work. Princeton, 2002, S. 19.

¹⁶⁹ Vgl.: Hartmann/Voelzkow: *Zwischen Wettbewerbs- und Verhandlungsdemokratie*, S. 220.

¹⁷⁰ Vgl.: Wilfried von Bredow / Thomas Jäger: *Neue deutsche Außenpolitik*, Opladen:

Auf Grund unterschiedlicher systemischer Eigenheiten und Spezifika der politischen Kultur, kommt es in der Darstellung der Staaten zu einer differenzierenden Schwerpunktsetzung, um die Voraussetzungen für die Untersuchung außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern ausreichend und optimal erläutern zu können.

2.1 Die Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland zählt nach dem Ende des Kalten Krieges zu einem sehr bedeutenden Akteur im internationalen Umfeld. Insbesondere in der Reihe der europäischen Staaten spielt Deutschland eine nicht zu vernachlässigende Rolle.

Um die Position Deutschlands genauer einordnen und anschließend die außenpolitische Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern eingehend untersuchen zu können, werden vorab grundlegende Aspekte des Regierungssystems kurz erläutert, die für die weitere Untersuchung der außenpolitischen Kommunikation wichtig sind.

2.1.1 Das Regierungssystem im nationalen Umfeld

Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland ist ebenso wie das anderer europäischer Staaten immer in Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu betrachten. Roland Sturm und Heinrich Pehle vertreten in ihrer Betrachtung über „Das neue deutsche Regierungssystem“ die Meinung, dass alle Dimensionen des Politischen von „Europäisierungstendenzen betroffen sind, wenn auch in unterschiedlichem Maße.“¹⁷¹ Neben den verfassungsrechtlichen Grundlagen und den formalen Bestimmungen zum politischen Entscheidungsprozess in Deutschland müssen also auch Rahmenbedingungen der Europäischen Union beachtet werden. Diese treten im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik jedoch in einem sehr kleinen Umfang auf, da die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union derzeit noch nicht als Bestandteil nationaler sicherheitspolitischer Strategien von Bedeutung ist. Wichtiger ist hier die ideelle Orientierung an gemeinschaftlichen Leitlinien, Traditionen und Werten. Inwieweit die deutsche Politik von der europäischen abhängig ist, wird sich in den Fallstudien zeigen.

¹⁷¹ Leske+Budrich, 1993, S. 217.
In: Roland Sturm/ Heinrich Pehle: *Das neue deutsche Regierungssystem*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S. 249.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland schreibt der politischen Struktur eine freiheitlich demokratische Grundordnung zu. Das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit prägen den politisch-gesellschaftlichen Alltag in Deutschland und sind auch für den außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsfindungsprozess von Bedeutung. Die Gewaltenteilung, welche bereits als wichtiges Kriterium für das Vorliegen einer westlichen Demokratie angeführt wurde, stellt sich in der Bundesrepublik Deutschland als eine sehr effektive Form der Vermeidung von Machtkonzentration heraus. Die zahlreichen Vetospieler im Regierungssystem, aber auch im gesamten Staatsgefüge, erschweren eine Verdichtung von Kompetenzen in einer Person oder Personengruppe.

Die Bundesrepublik Deutschland ist wie bereits eingangs gezeigt, eine Konsensdemokratie auf föderaler Basis. Charakteristisch dafür sind das Vielparteiensystem, die Verhältniswahl, eine Verfassungsgerichtsbarkeit sowie koordiniert korporatistische vertretene Interessengruppen. Das Zweikammersystem aus Bundestag und Bundesrat ist ausgewogen gewichtet, jedoch unterschiedlich zusammengesetzt. Dadurch soll die Integration heterogener Interessen in die Regierungsarbeit gewährleistet werden¹⁷². Im abschließenden Vergleich wird somit auch der Aspekt der demokratiethoretischen Einordnung und der daraus resultierenden außen- und sicherheitspolitischen Kommunikation im internationalen Konfliktmanagement eine Rolle spielen.

Die genannten Merkmale sind auch im Bereich der Außenpolitik von Bedeutung: Innerhalb der Koalition muss so zum Beispiel – zumindest nach außen hin - Einigkeit über die Ausrichtung der Außenpolitik herrschen, um effektiv nationale Interessen gegenüber einem oder mehreren Staaten vertreten zu können. Insbesondere Entscheidungen mit weit reichenden Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger, wie der Einsatz der Deutschen Bundeswehr bei internationalen militärischen Aktionen, sorgen immer wieder für Diskussionen zwischen den großen Akteursgruppierungen Regierung, Bundestag, Bundesrat und Bundesverfassungsgericht.

Für die Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik sind laut Verfassung der Bundeskanzler sowie die entsprechenden Ressortminister des Äußeren und der Verteidigung zuständig. Die Bundeswehr spielt insbesondere in der Sicherheitspolitik eine wichtige Rolle.

¹⁷² Vgl.: Winand Gellner / Armin Glatzmeier: Macht und Gegenmacht, S. 379.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass innerhalb des Regierungssystems der Bundesrepublik Deutschland sehr klare Strukturen hinsichtlich der Aufgabenverteilung gegeben sind. Als wichtigste Faktoren in der Auseinandersetzung mit deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, und in ihrer Folge auch der entsprechenden Kommunikation, stehen somit die Akteure sowie ideelle Rahmenbedingungen im Vordergrund.

2.1.2 Die Akteure der Außenpolitik

Rein formal ist neben dem Bundeskanzler der Außenminister und in Einzelfällen der Verteidigungsminister mit der Gestaltung der Außenpolitik beauftragt. Die Aufgabenverteilung ist immer auch vom persönlichen Verhältnis der Akteure und ihrer jeweiligen Interessenlage bestimmt. Generell werden jedoch Routinearbeiten vom zuständigen Minister erledigt. Dies beinhaltet auch die Vertretung der Bundesrepublik bei internationalen Organisationen oder innerhalb der Europäischen Union. Staatsbesuch und Verhandlungen von großer Wichtigkeit werden meist vom Bundeskanzler zum Teil auch in Begleitung des Außenministers wahrgenommen.

Die Bedeutung des Verteidigungsministeriums und der Bundeswehr sind in den vergangenen Jahren in der Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik zwar gestiegen. Dennoch spielt der Verteidigungsminister zumindest in der Außendarstellung und somit als Akteur des kommunikativen Prozesses keine wirkliche Rolle. Aus diesem Grund stehen derzeit noch Bundeskanzler und Außenminister im Fokus der Untersuchung außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern der Bundesrepublik Deutschland.

Umfasst die außenpolitische Entscheidungsfindung weit reichende Beschlüsse im militärischen Bereich, so muss der Bundestag in den Prozess miteinbezogen werden. Ihm obliegt die Abstimmung über die Entsendung von Truppen in Krisengebiete oder deren Einsatz in internationalen Missionen. Somit kann der Bundestag zwar im Entscheidungsprozess Einfluss nehmen, die Kommunikation wird von ihm jedoch, wenn überhaupt, nur indirekt durch innenpolitischen Druck beeinflusst.

Das Bundesverfassungsgericht kann als oberstes Gericht Deutschlands in rechtlich umstrittenen Entscheidungen als Akteur im außenpolitischen Entscheidungsprozess auftreten. Allerdings ist auch hier kein Einfluss auf die Kommunikation sichtbar.

Abschließend kann somit festgehalten werden, dass der Bundeskanzler und sein Außenminister als Akteure der außenpolitischen Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern der Bundesrepublik Deutschland in der Analyse berücksichtigt werden. Der Inhalt der Botschaft kann jedoch unter Umständen von den genannten weiteren Institutionen beeinflusst werden. Die Zahl der Vetospieler umfasst in Deutschland die Koalitionspartner, den Bundesrat sowie das Bundesverfassungsgericht und den Bundespräsidenten. Auf Grund der hohen Anzahl der Vetospieler ist einerseits ein großes Maß an Konsensfähigkeit gegeben; es schwächt jedoch auf der anderen Seite die Steuerungsfähigkeit der Regierung. Dies zeigt sich insbesondere in außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen der Bundesrepublik und nimmt entsprechend Einfluss auf die Reaktionsschnelligkeit des Staates in Krisensituationen.

2.1.3 Sicherheitspolitische Traditionen, Werte und Normen – Stellung im internationalen System

Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland charakterisiert sich für Wolfgang Rudzio vordergründig durch zwei Merkmale eines zentralen Begriffes: Integrierter Handelsstaat¹⁷³. Diese Begrifflichkeit verweist einerseits auf die große wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands und zeigt andererseits die gute Einbindung der Bundesrepublik in politische und militärische Bündnisse wie die NATO oder die Europäische Union. Wie es zu dieser Positionierung kam, soll der folgende Überblick über die außenpolitischen Entwicklungen seit dem Ende des Kalten Krieges geben.

Rückblicke und Verweise auf traditionell gewachsene Gegebenheiten in den auswärtigen Beziehungen vor der hier betrachteten Zeitspanne sind aus Gründen der Verständlichkeit von Entscheidungen unvermeidbar.

Ein einheitlicher Grundtenor, der sich durch die letzten 15 Jahre der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zieht, ist nur begrenzt auszumachen. Ein sich stark veränderndes internationales Umfeld macht eine „rationale Politikplanung“¹⁷⁴, wie manche Autoren sie seit langem fordern, nicht unbedingt einfacher. Zudem wird auch hier immer wieder auf die Abhängigkeit einer nationalen Außenpolitik von einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik verwiesen¹⁷⁵.

¹⁷³ Vgl.: Wolfgang Rudzio: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen: Leske+Budrich, 2000, S. 22.

¹⁷⁴ In: von Bredow / Jäger: *Neue deutsche Außenpolitik*, S. 216.

¹⁷⁵ Vgl.: Werner Link: Grundlinien der außenpolitischen Orientierung Deutschlands, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/2004.

Auch in der Frage, ob Deutschland seit dem Ende des Kalten Krieges noch als Zivilmacht wahrgenommen werden kann, ist in der einschlägigen Literatur umstritten. Unter Berücksichtigung kleinerer Einschränkungen, kann dieses Prinzip jedoch zumindest während der 90er Jahre als das bestimmende Paradigma der deutschen Außenpolitik gesehen werden. Welche Entwicklungen zu einer neuen Definition der Rolle deutscher Außenpolitik beigetragen haben, wird sich im Folgenden zeigen. Dass nicht immer nur ein Konzept die außenpolitische Rolle bestimmt, wird auch in folgendem Zitat von Hanns W. Maull deutlich:

*„Foreign Policy roles and identity may include several, diverging as well as converging, models of action.“*¹⁷⁶

Grundsätzlich gibt es jedoch zentrale Interessen und Ziele der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, die als Basis einer umfassenden außenpolitischen Orientierung gesehen werden können¹⁷⁷:

- Die Einbindung in multilaterale Bündnisse, internationale und regionale Organisationen sowie die Verwirklichung deutscher Interessen innerhalb dieser Bündnisse
- Das Engagement für die Europäische Union und deren Erweiterung.
- Die Durchsetzung einer gesamteuropäischen Ordnung und
- die Pflege der transatlantischen Beziehungen sowie
- ein internationales Agieren unter dem Zivilmächtskonzept.

Als vorrangige Interessen der deutschen Außenpolitik beschreibt das Auswärtige Amt die Wahrung von Frieden und Sicherheit, sowie die Gewährleistung humanitärer Hilfe, die Wahrung der Völker- und der Menschenrechte, eine engagierte Außenwirtschaftspolitik und die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik.¹⁷⁸

Langfristige Konstanten in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sind somit drei Aspekte: Die Wahrung von Wohlstand, Sicherheit und die Fortführung der deutschen Einheit¹⁷⁹. Diese sollen mit Hilfe multilateralen Agierens und der Abwendung von Macht- und Hegemonialpolitik verwirklicht werden¹⁸⁰. Unilaterales

¹⁷⁶ In: Hanns Werner Maull / Sebastian Harnisch: *Germany as a civilian power? The foreign policy of the Berlin Republic*, Manchester & New York: Manchester University Press, Palgrave, 2001, S. 152.

¹⁷⁷ Vgl.: Joerißen/Stahl: *Europäische Außenpolitik und nationale Identität*, S. 139.

¹⁷⁸ Vgl.: Das Auswärtige Amt: *Außenpolitik ist Friedenspolitik*, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Uebersicht.html>, Abrufdatum: 30.11.2006.

¹⁷⁹ Vgl.: Joerißen/Stahl: *Europäische Außenpolitik und nationale Identität*, S.122.

¹⁸⁰ Vgl.: Puglierin, Jana: *Zwischen realistischen Interessen und moralischem Anspruch*, Hamburg:

Vorgehen wird vermieden, um sich einer Isolation im internationalen Umfeld zu entziehen¹⁸¹.

Neue Herausforderungen, wie die Bedrohung durch den viel beschriebenen internationalen Terrorismus, haben in den vergangenen Jahren auch das militärische Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland verändert¹⁸². Dies hat nicht zuletzt zu einer sukzessiven Übernahme neuer Aufgaben und der Entwicklung eines neuen Rollenverständnisses geführt¹⁸³. Das eingangs beschriebene Rollenverständnis als Zivilmacht muss vor dem Hintergrund zahlreicher Einsätze der Bundeswehr überdacht werden. Die steigende Anzahl der Einsätze der Bundeswehr im Ausland zur Friedenssicherung oder Stabilisierung politischer Verhältnisse kann dabei als ein sehr pragmatisches Element in der Gestaltung der deutschen Außenpolitik gesehen werden¹⁸⁴.

Dennoch hat Deutschland im diplomatischen Bereich als Vermittler in Krisen immer wieder Erfolge erzielen können. So ist die Vermittler-Rolle in unterschiedlichen regionalen Gebieten sehr gefragt: Im Israel-Konflikt, zwischen den USA und Russland, innerhalb der EU und insbesondere gegenüber den neuen Nachbarstaaten in Osteuropa. Dies ist nicht zuletzt auch der geographischen Lage Deutschlands zu verdanken, welche nach dem Ende des Kalten Krieges einen neuen Stellenwert erlangt hat.

Hanns W. Maull spricht den diplomatischen Gepflogenheiten der Bundesrepublik Deutschland, den Fähigkeiten des Auswärtigen Dienstes und den Befähigungen der militärischen Einheiten eine überdurchschnittliche Qualität zu, welche schon manch eine außenpolitische Krise gerettet haben¹⁸⁵.

Trotz zahlreicher militärischer Einsätze seit Mitte der 90er Jahre bevorzugt die Bundesrepublik Deutschland nichtmilitärische Instrumente zur Wahrung und Durchsetzung ihrer Interessen im internationalen Umfeld. In der Vergangenheit hat dies im Verhältnis zu anderen Bündnispartnern, wie den Mitgliedern der NATO oder inner-

Studien zur Internationalen Politik, Institut für Internationale Politik der Helmut Schmidt Universität Hamburg, 2004, S. 35.

¹⁸¹ Vgl.: Joerißen/Stahl: *Europäische Außenpolitik und nationale Identität*, S. 139.

¹⁸² Vgl.: Christian Hacke / Bernhard von Plate: Außen- und Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen, in: Bundeszentrale für politische Bildung, *Informationen zur politischen Bildung*, Heft 280, in: http://www.bpb.de/popup_druckversion.html?guid=CFXDPX&page=0, Abrufdatum: 19.03.2007.

¹⁸³ Vgl.: Puglierin: *Zwischen realistischen Interessen und moralischem Anspruch*, S. 64ff.

¹⁸⁴ Vgl.: Bredow/Jäger: *Neue deutsche Außenpolitik*, S. 219.

¹⁸⁵ Vgl.: Hanns Maull / Sebastian Harnisch / Constantin Grund (Hg.): *Deutschland im Abseits – Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2003, S. 7.

halb der EU, zu Verstimmungen geführt und Deutschland auch den Ruf der „Scheckbuchdiplomatie“ und des Freikaufens aus gefährlichen Situationen eingebracht.

Die veränderte Rolle der Bundesrepublik sowie die Übernahme zahlreicher militärischer Einsätze in den vergangenen Jahren haben aber auch die Diskussion um einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gefördert. Dies führt zu einem weiteren wichtigen Punkt in der Auseinandersetzung mit außenpolitischer Kommunikation: Die Stellung des eigenen Landes im internationalen System.

Nach der Wiedervereinigung dominierten zwei Haltungen die Diskussionen über den künftigen außenpolitischen Kurs und die Positionierung des wiedervereinigten Deutschlands im internationalen System. Von einer grundlegenden Umgestaltung der Außenpolitik Deutschlands gingen traditionsgemäß die Neorealisten aus. Sie begründeten eine wachsende unilaterale Neigung mit dem enormen Machtzuwachs und der zurück gewonnenen Souveränität in einem völlig veränderten internationalen Umfeld. John Mearsheimer prognostizierte sogar ein Bestreben Deutschlands nach Atomwaffen: „Germany will feel insecure without nuclear weapons; and Germany’s great conventional strength gives it significant capacity to disturb Europe if it feels insecure.”¹⁸⁶

Eine weiterhin feste Einbindung Deutschlands in internationale Organisationen und das Bestreben, Kooperationen dauerhaft fortzuführen, sahen die Anhänger der Institutionalistischen Schule als die einzig logische Fortführung deutscher Außenpolitik nach 1989¹⁸⁷, welche sich dann auch als richtige Einschätzung erwies.

Wie sehr jedoch die Unsicherheit gegenüber einem „neuen“ Deutschland auf dem internationalen Parkett war, zeigt sich auch darin, dass Bundeskanzler Schröder im Rahmen zahlreicher Erklärungen die unveränderte Position Deutschlands deutlich zu machen versuchte:

„Ich betone deshalb auch vor Ihnen gern und in aller Deutlichkeit: Deutschland bleibt ein verlässlicher Partner in Europa und in der atlantischen Allianz. Ein Partner, der sich seiner nationalen und globalen Verantwor-

¹⁸⁶ In: John J. Mearsheimer: Back to the Future: Instability in Europe After the Cold War, in: *International Security*, Vol. 15, No. 1, [5-56], S. 38.

¹⁸⁷ Vgl.: Puglierin: *Zwischen realistischen Interessen und moralischem Anspruch*, S. 13ff.

*tung in der Friedens- und Sicherheitspolitik voll bewusst ist.*¹⁸⁸

Darin enthalten ist bereits die erwähnte traditionell enge Einbindung in die Europäische Union. Im europäischen Verbund ist besonders die enge Freundschaft zur französischen Republik hervorzuheben. Sie nimmt in den auswärtigen Beziehungen einen stabilen und über Jahre gewachsenen Stellenwert ein.

Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten gestaltet sich hingegen unstetig. Auf die enge Zusammenarbeit und fundierte Freundschaft unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung Deutschlands folgte nach der Kriegserklärung der USA gegenüber dem Irak eine drastische Abkühlung in den bilateralen Beziehungen. Die eindeutige und klare Formulierung der Ablehnung einer Unterstützung im Krieg gegen den Irak durch Bundeskanzler Schröder ließ die vormals gute Freundschaft binnen weniger Tage fast abreißen. Nur langsam und schrittweise konnte auf unterschiedlichen Wegen ein halbwegs normalisiertes Verhältnis unter der Regierung Schröder zu den Vertretern der USA wiederhergestellt werden. Bundeskanzlerin Merkel gelang es bereits kurz nach ihrem Amtsantritt das bilaterale Verhältnis wieder auszugleichen.

Die Interessenlage Deutschlands im internationalen System beschreiben Jürgen von Bredow und Thomas Jäger in ihrem Beitrag zur „neuen deutschen Außenpolitik“ folgendermaßen: Deutschland verfolgt Interessen an

- Kriegsverhütung,
- einer offenen Welthandelsordnung,
- einer Fortführung des europäischen Integrationsprozesses,
- der Handlungsfähigkeit nationaler und internationaler gesellschaftlicher Akteure,
- der Durchsetzung parlamentarischer Strukturen weltweit,
- einer fortschreitenden internationalen Demokratisierung und Sicherung der wirtschaftlichen Prosperität,
- der Verbesserung des deutschen Images sowie
- einer Verschiebung der außenpolitischen Koordinaten im Zuge des veränderten internationalen Umfeldes¹⁸⁹.

¹⁸⁸ In: Bundesregierung online: Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der „Münchener Tagung für Sicherheitspolitik“ zum Thema „Deutsche Sicherheitspolitik an der Schwelle des 21. Jahrhunderts“, 6.2.1999, <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/94/11694/multi.htm>, Abrufdatum: 6.2.2007.

Die hier genannten Faktoren tragen dazu bei, eine stabile politische, wirtschaftliche aber auch soziale Ordnung im internationalen System aufzubauen. Nur durch eine wachsende Anzahl parlamentarisch strukturierter Staaten mit einem nationalen ökonomischen Gleichgewicht kann langfristig Krisen und Auseinandersetzungen vorgebeugt werden. Diese Interessen fördern eine Vermeidung des weiteren Auseinanderdriftens von armen und reichen Nationen. Da dies aber die Aufgabe der internationalen Gemeinschaft und nicht alleine der deutschen Außenpolitik ist, soll an dieser Stelle nicht weiter auf diese supranationalen Ziele eingegangen werden.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist es aufgrund ihrer begrenzten Ressourcen notwendig, Prioritäten in der Außen- und insbesondere der Sicherheitspolitik zu setzen. Die meisten der genannten Ziele und Interessen können zudem nur im Verbund mit anderen europäischen Staaten oder den USA erreicht werden.

Somit kann die Stellung der Bundesrepublik Deutschland im internationalen System als eine initiatorische und aktiv gestaltende bezeichnet werden. Bilaterale und multilaterale Beziehungen werden zu zahlreichen Staaten intensiv gepflegt.

2.2 Die Vereinigten Staaten von Amerika

Immer wieder bestimmen die Vereinigten Staaten von Amerika seit dem Ende des Kalten Krieges als die letzte verbleibende Supermacht das Geschehen im internationalen Konfliktmanagement. Zu untersuchen ist deshalb, inwieweit die Führungsrolle die außen- und sicherheitspolitische Kommunikation von der Gestaltung der Kommunikation der beiden anderen Staaten unterscheidet und auch die Einbindung internationaler Organisationen beeinflusst. Geprägt werden die außen- und sicherheitspolitischen Leitlinien in den USA auch durch die lange demokratische Tradition des Landes unter starkem Mehrheitsbezug.

2.2.1 Das Regierungssystem der Vereinigten Staaten

„Die Geschichte des menschlichen Verhaltens bietet keine Gewähr für eine so hohe Meinung von der menschlichen Tugend, als dass es sich für eine Nation empfehlen würde, so heikle und entscheidende Interessen, wie den Umgang mit dem Rest der Welt, der alleinigen Entscheidungsbefugnis eines Leiters der Exekutive anzuvertrauen, die so geartet und beschaffen ist wie das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten.“ (Alexander Hamilton) ¹⁹⁰

Das Regierungssystem der USA ist gekennzeichnet durch das Prinzip der „checks-and-balances“. Die Abhängigkeit der Institutionen wurde von den Gründervätern festgelegt, um eine Machtkonzentration zu vermeiden. So ist das Amt des Präsidenten in vielen Entscheidungen abhängig von der Zustimmung des Kongresses. Dieser wiederum setzt sich aus zwei Kammern zusammen: Dem Repräsentantenhaus und dem Senat. Die im Kongress vertretenen Parteien spielen im politischen Alltag eine weniger entscheidende Rolle wie zum Beispiel im System der Bundesrepublik Deutschland. Wichtig sind jedoch die Mehrheitsverhältnisse zwischen den Parteien im Kongress. Hat die Partei des Präsidenten die Mehrheit, erleichtert das sein Regieren. Obliegt jedoch der gegnerischen Partei die Mehrheit, wird in den USA von einem

¹⁹⁰ In: Wilzewski, Jürgen: *Demokratie und Außenpolitik: Die USA nach dem Ende des Ost-West Konflikt*, in: Gräser, Marcus: *Staat, Nation, Demokratie – Festschrift für Hans-Jürgen Puhle*, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 2001, S. 260.

„divided government“ gesprochen. Auch hier spiegelt sich der Gedanke der Vermeidung von Machtkonzentration wieder¹⁹¹.

Die bedeutendste Position hinsichtlich der Politikformulierung und der Entscheidungsfindung nimmt der Präsident in seiner Doppelfunktion als Staats- und Regierungschef ein. Neben diesem Doppeltamt ist er der Oberbefehlshaber über die Streitkräfte, oberster Diplomat und Vorsitzender seiner Partei. In seiner Arbeit wird er von seinem Kabinett und weiteren – insbesondere im außenpolitischen Entscheidungsprozess wichtigen – Institutionen wie dem Geheimdienst (CIA), der Bundespolizei (FBI) und dem National Security Council unterstützt. Nicht zu vernachlässigen ist im Regierungssystem der USA die Rolle der zahlreichen politischen Institutionen, den so genannten Think Tanks, und der Beraterstäbe des Präsidenten¹⁹². Die pluralistisch organisierten Interessengruppen sind charakteristisch für die politische Kultur der USA und können außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen nachhaltig beeinflussen.

Die USA stellen in demokratiethoretischer Perspektive den Idealtypus der Mehrheits- oder auch Konkurrenzdemokratie dar: Das stringente Zweiparteiensystem sowie das Mehrheitswahlrecht sollen dabei eine stabile Regierung mit möglichst großem Gestaltungsfreiraum gewährleisten.¹⁹³ Gleichzeitig muss diese Konzentration auf die Mehrheit und Stärkung derselben auch negativ bewertet werden, da in dringenden Entscheidungssituationen insbesondere in Krisensituationen der Außen- und Sicherheitspolitik große Autonomie im Amt des Präsidenten vorherrscht. Jedoch darf die hohe Effizienz stabiler Regierungen in einem Zweiparteiensystem nicht vernachlässigt werden.

Die funktionierenden Subsysteme lassen eine Spezifikation der USA als liberale Demokratie zu, das heißt, es handelt sich um „ein demokratisches System, das in allen drei Demokratiedimensionen die institutionellen Bedingungen zur Verwirklichung der [...] Prinzipien liberaldemokratischer Herrschaft aufweist.“¹⁹⁴ Volkssouveränität, ein offener Zugang zur Herrschaft und rechtsstaatliche Grundlagen werden nicht verletzt. Die daraus resultierende Gestaltung der außen- und sicherheitspoliti-

¹⁹¹ Vgl.: Stephan Bierling: *Geschichte der amerikanischen Außenpolitik - von 1917 bis zur Gegenwart*, München: Verlag C. H. Beck, 2003:

¹⁹² Vgl.: Emil Hübner: *Das politische System der USA*, Becksche Reihe 395, München: Verlag C.H. Beck, 2001.

¹⁹³ Vgl.: Winand Gellner / Armin Glatzmeier: *Macht und Gegenmacht*, S. 375.

¹⁹⁴ In: Aurel Croissant: *Von der Transition zur defekten Demokratie*, S. 33.

schen Kommunikation dürfte somit als idealtypisch für die einer Mehrheitsdemokratie gesehen werden.

2.2.2 Die Akteure der Außenpolitik

*„In sum the American presidency public and international misperceptions to the contrary, is in many ways a limited office with limited powers.“*¹⁹⁵

Am außenpolitischen Entscheidungsfindungsprozess der Vereinigten Staaten sind verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten beteiligt. Die Verfassung sieht dabei eine enge Verschränkung der Kompetenzen vor. Im Folgenden sollen die wichtigsten Beteiligten, der Präsident der USA und der Kongress, kurz dargestellt und ihre Kompetenzen innerhalb der Außenpolitik erläutert werden.

- *Präsident und Minister*

*„Even if presidents did not want to manipulate events for popularity’s sake, they would still be strongly encouraged to do so by the media. By holding out, they risk individious comparisons with their predecessors and analyses in editorials and weekly magazines of what they are doing wrong. These analyses then convince other commentators and the public that the president is not doing a good job – and the polls fall further.“*¹⁹⁶

Dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ist gemäß der Verfassung eine privilegierte Position zugeteilt. In seinem Amt vereint er die Position des Chef-Diplomaten und des Oberbefehlshabers. Er allein ist für die Gestaltung der Außenpolitik zuständig und bildet somit den „institutionellen Hüter“¹⁹⁷ der Außenpolitik. Zugleich aber muss er sich innenpolitische Legitimität für sein außen- und insbesondere sicherheitspolitisches Handeln verschaffen. Diese doppelte Aufgabe beinhaltet bereits die zentralen Punkte der Machtbeschränkung des Präsidenten: Die meisten

¹⁹⁵ In: Clemens Clay: „Going Public“: Personalisierungstendenzen in de Bundesrepublik Deutschland und den USA; in: Korte, Karl-Rudof / Hirscher, Gerhard: *Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien*, München: Hanns-Seidel Stiftung, S. 174.

¹⁹⁶ In: Paul Brace / Barbara Hinckley: *Follow the leader: opinion polls and the modern presidents* New York: Harper Collins Publ., 1992, S. 3.

¹⁹⁷ Vgl.: Peter Rudolf: Weltmacht ohne Gegenwehr, in: Medick-Krakau, Monika (Hg.): *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1999, [72-91], S. 87.

seiner außenpolitischen Vorhaben müssen vom Kongress genehmigt werden und innerhalb der Bevölkerung Popularität erlangen, so dass das Staatsoberhaupt sich der Unterstützung seiner Wähler sicher sein kann. Die Zustimmung der Gesellschaft ist insbesondere in Krisensituationen und eventuellen Kriegseinsätzen der amerikanischen Armee unerlässlich. Im eben dargestellten Mechanismus kommt das Prinzip der „checks and balances“, welches dem politischen System Amerika zu Grunde liegt, zum Vorschein. Es stellt eine Verbindung von gewaltenteilenden und gewaltenvermischenden Elementen innerhalb der Führungselite der Vereinigten Staaten dar.

Generell gibt es jedoch in der u.s.- amerikanischen Verfassung keinerlei Richtlinien zur Handhabung der Außenpolitik. Zwei mögliche Szenarien in der Gestaltung der internationalen Beziehungen haben sich in der Vergangenheit herauskristallisiert: Eine *aktive* Mitwirkung des Präsidenten an der Außenpolitik. Das heißt, der Präsident selbst bestimmt die wichtigsten Schwerpunkte, formuliert Richtlinien und betreut zudem relevante Vorhaben. Dem gegenüber steht eine eher *passive* Haltung des Präsidenten zur Außenpolitik. Er gestaltet zwar außenpolitische Grundsätze mit, überlässt die Details jedoch seinen Ministern und seinem Beraterstab¹⁹⁸.

Bestimmend für die außen- und sicherheitspolitischen Belange ist auch die so genannte „präsidentielle Entscheidungstheorie“ sowie die damit verbundenen Außenpolitikstile¹⁹⁹. Drei Politikstile werden im System der USA unterschieden:

- a) der formalistische Politikstil zeichnet sich durch hierarchische Strukturen mit exakt festgelegten Aufgabengebieten bei allen Mitgliedern der Regierung sowie ggf. Beratern aus. Auftretende Auseinandersetzungen werden in diesem Führungsstil nicht offen ausgetragen.
- b) Die Diskussion konträrer Meinungen von Beratern und Mitgliedern der Regierung wird im kompetitiven Politikstil gepflegt. Dennoch sind die finalen Entscheidungen dem Präsidenten vorbehalten.
- c) Eine Einbindung des Präsidenten in den Entscheidungsprozess sowie jegliche Diskussionen zwischen Mitgliedern der Regierung und Beratern mit komplementären und überlappenden Kompetenzen erfolgt im kollegialen Politikstil u.s.-amerikanischer Präsidenten²⁰⁰.

¹⁹⁸ Vgl.: Bierling: *Geschichte der amerikanischen Außenpolitik - von 1917 bis zur Gegenwart*, S. 33.

¹⁹⁹ In: Gellner / Kleiber: *Das Regierungssystem der USA*, S. 81.

²⁰⁰ Vgl.: Gellner / Kleiber: *Das Regierungssystem der USA*, S: 86-87.

Als - je nach gepflegtem Politikstil des Präsidenten - wichtigstes Beratungsgremium in außen- und sicherheitspolitischen Belangen gilt der „National Security Council“. Diesem gehören folgende Personen an: Der Präsident und sein Vizepräsident, Außen- sowie Verteidigungsminister, der Direktor der CIA und der Vorsitzende des „Joint Chiefs of Staff“ (das bedeutendste Beratungsorgan des Pentagon). Sie sind für den Präsidenten die wichtigsten Ansprechpartner im Bereich der Außenpolitik. Interessant am Posten des Vorsitzenden des NSC ist die Tatsache, dass er ohne Zustimmung des Senats vom Präsidenten ernannt werden kann²⁰¹.

Die im NSC vereinten Minister sind zudem auch die für die Gestaltung der Außenpolitik wichtigen Akteure: Das Amt des Außenministers, des Verteidigungsministers und des Vizepräsidenten werden in der Untersuchung der Fallstudien immer wieder eine Rolle spielen. Die Kommunikation der Außenpolitik wird jedoch meist nur Präsident und Außenminister – in Ausnahmefällen noch der Vizepräsident – aktiv gestalten.

Trotz der oftmals unterschiedlichen Positionen seiner Berater und Regierungsmitglieder und der unterschiedlichen Außenpolitikstile lässt sich übergreifend im außenpolitischen Entscheidungssystem der USA das Phänomen des „Group Think“ ausmachen: Das enorme Abhängigkeitsverhältnis zwischen dem Präsidenten und seinen Beratern in beiden Richtungen bedingt so genannte „irrationale gruppendynamische Prozesse“²⁰², die objektiv fehlerhaften Entscheidungen durch die Zustimmung aller beratenden Personen zur Realisierung verhelfen können. Die trotzdem starke Autonomie der letzten Entscheidungskompetenz des Präsidenten wird sich nicht nur im Alleingang der USA vor dem UN Sicherheitsrat in Bezug auf den Einmarsch im Irak zeigen.

Das Verhältnis zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der Öffentlichkeit ist abhängig vom jeweiligen Beliebtheitsgrad des Präsidenten und der Situation, in welcher das Verhältnis untersucht wird. Michael J. Towle unterscheidet in seinem Buch „Out of Touch“ drei Phasen: Neben den „Popular Times“, in denen der Großteil der Bevölkerung mit der Politik ihres Staatsoberhauptes zufrieden ist und sich die Nation für gewöhnlich nicht in Krisensituationen befindet, finden sich „Times of Declining Approval“ und „Unpopular Times“²⁰³. Zeiten, in denen die Zu-

²⁰¹ Vgl.: Hübner: *Das politische System der USA*, S. 133.

²⁰² In: Gellner / Kleiber: *Das Regierungssystem der USA*, S. 87.

²⁰³ In: Michael J. Towle: *Out of Touch: The presidency and public opinion*, Texas: University Press, 2004, S. 6.

stimmung aus der Bevölkerung eher abnimmt, verlangen gerade in außenpolitischen Belangen ein größeres Engagement des obersten Diplomaten. Das größte Untersuchungspotential bieten aber auch hier wiederum Krisensituationen, in denen Handlungen des Präsidenten durchaus als unpopulär gelten. Dennoch muss festgehalten werden, dass eine negative Bewertung des Präsidenten in Krisensituationen mit geringer Zustimmung aus der Bevölkerung meist nicht von langer Dauer sind²⁰⁴.

- *Der Kongress*

*„More than any other people, American citizens demand that their country's foreign policy rest on moral foundations. [...] But the underlying sentiment of Americans for „moral policies“ remains, and is frequently given voice by the Congress.“*²⁰⁵

Als „typisch amerikanisches Phänomen“²⁰⁶ bezeichnet Stephan Bierling den Kampf zwischen Präsidenten und Kongress um die Richtlinien innerhalb der Außenpolitik. Der u.s.-amerikanische Kongress stellt auch heute noch den Prototypen eines Arbeitsparlaments dar.

Um Effektivität auch in Spezialgebieten gewährleisten zu können, gliedert sich der Kongress in zahlreiche Ausschüsse und Unterausschüsse. Diese Subsysteme wiederum begrenzen die Macht der einzelnen Abgeordneten. Bei Abstimmungen im Kongress muss ein Konsens zwischen den Ausschüssen gefunden werden, da die Fraktionsdisziplin, wie sie zum Beispiel aus dem bundesdeutschen Regierungssystem bekannt ist, fehlt.

Der Kongress der Vereinigten Staaten hat im Bereich der Außenpolitik zentrale Mitbestimmungskompetenzen: Ihm obliegen die Ratifizierung internationaler Verträge und Abkommen ebenso wie die Genehmigung von Auslandshilfen. Verfassungsrechtlich ausgeweitet wird dieser Einfluss durch die Erteilung von Kriegsvollmachten, die der Präsident spätestens 60 Tage nach Beginn einer kriegerischen Handlung einholen muss.

Mit der Genehmigung des Verteidigungshaushaltes und der Mitbestimmung in der Außenhandelspolitik durch den Kongress sind weitere Mittel der Kontrolle der

²⁰⁴ Vgl.: Brace / Hinckley: *Follow the leader: Opinion polls and the modern presidents*, S. 114.

²⁰⁵ In: Robert Scalapino: *Asia and the United States: The Challenges Ahead*, in: *Foreign Affairs*, Volume 69, No. 1, New York, 1990, S. 93.

²⁰⁶ In: Bierling: *Geschichte der amerikanischen Außenpolitik - von 1917 bis zur Gegenwart*, S. 45.

außen- und sicherheitspolitischen Aktivitäten des Präsidenten gegeben. In der Vergangenheit hat sich genau dieser Konflikt immer wieder in außenpolitischen Krisensituationen gezeigt.

Dabei können zwei Dimensionen der Mitbestimmung unterschieden werden: Der Kongress hat sich als vom Volk legitimiertes Organ der Repräsentation des Willens der Bevölkerung verschrieben. Im Bereich dieser *kulturellen* Dimension der Einflussnahme will der Kongress möglichst große Teile der Öffentlichkeit zufrieden stellen und im Sinne seiner Wähler handeln. Wie sehr sich der Kongress als Hüter der politischen Kultur und der ihr zugrunde liegenden Werte und Normen sieht, verdeutlicht das eingangs angeführte Zitat. *Prozedural* kann der Kongress wie bereits gezeigt wurde, durch seine Ablehnung bestimmter Gesetzesvorlagen oder die Beschränkung finanzieller Mittel, den Präsidenten in seiner außen- und sicherheitspolitischen Strategie behindern²⁰⁷.

Systemisch bleibt festzuhalten, dass bereits seit den Ereignissen des Vietnam-Krieges nicht nur der Kongress wieder stärker von seinem Recht Gebrauch macht, sich in außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen einzumischen. Auch der Grad des Interesses der Medien und der Gesellschaft ist seither deutlich gewachsen. Von Geheimdiplomatie, die Außenpolitik in einem kleinen Rahmen ausgewählter Personen betreibt, kann nur noch in Einzelfällen die Rede sein.

Die wachsende Bedeutung der öffentlichen Meinung und der politischen Kultur in Bezug auf außenpolitische Entscheidungen wird sich im Folgenden deutlich zeigen. Die empirische Untersuchung verdeutlicht zudem die unterschiedliche Ausprägung der einzelnen Einflüsse.

Das System der USA weist somit in erster Linie den Kongress als Vetospieler auf. Da jedoch die Anzahl der Vetospieler tendenziell gering ist, kann von einem hohen Maß an politischer Steuerungsfähigkeit gesprochen werden, das insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik und deren Kommunikation schnelles Agieren zulässt.

2.2.3 Außenpolitische Traditionen, Werte und Normen und die Stellung im internationalen System

²⁰⁷ Vgl.: Wilzewski, Jürgen : Von der „imperialen“ zur „medialen“ Präsidentschaft, in: Medick-Krakau, Monika (Hg.): *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 199, [125-149], S. 127.

Die Außenpolitik der USA ist, wie bereits eingangs erwähnt, stark geprägt von Normen, Werten und Traditionen. Darin enthalten sind Demokratie, Menschenrechte und Freiheit. Diese finden sich auch in der Zielsetzung der us-amerikanischen Außenpolitik wieder:

*“The U.S. national security strategy is based on a distinctly American internationalism that reflects the union of our values and our national interests. The aim of this strategy is to help make the world not just safer but better.”*²⁰⁸

“Our Nation's cause has always been larger than our Nation's defense. We fight, as we always fight, for a just peace - a peace that favors liberty. We will defend the peace against the threats from terrorists and tyrants. We will preserve the peace by building good relations among the great powers. And we will extend the peace by encouraging free and open societies on every continent.” (George W. Bush, West Point, New York, 1. Juni 2002)²⁰⁹

In den hier angeführten Zitaten wird auch das prägende Leitmotiv us-amerikanischer Außenpolitik deutlich: Die „Gewissheit moralischer Überlegenheit“ in Zusammenhang mit einer „unerschütterlichen Überzeugung von der eigenen Superiorität“²¹⁰.

Welche theoretischen Traditionen sich in der außenpolitischen Konzeption der USA seit dem Ende des Kalten Krieges finden, zeigt der folgende kurze Überblick²¹¹:

- „America First“: Diese Richtung der Gestaltung der Außenpolitik der USA wird oftmals auch als „Buchanonism“, nach dem 15. Präsidenten der USA, James Buchanan, bezeichnet. Charakteristisch für die Denkrichtung ist die unilateralistische Ausrichtung, die auch die Kündigung aller bestehender internationaler Verträge und Abkommen beinhaltet. Diese isolationistische Haltung bringt die

²⁰⁸ In: The White House: *National Security Strategy*, in: <http://www.state.gov/r/pa/ei/wh/c7889.htm>, Abrufdatum: 7.12.2006.

²⁰⁹ In: The Department of State: *Statement on President George W. Bush*, West Point, New York, 1. Juni 2002, in: <http://www.state.gov/r/pa/ei/wh/15421.htm>, Abrufdatum: 7.12.2006.

²¹⁰ In: Bauermeister, Ronald: *Pax Americana versus "Krieg der Kulturen"*, Berlin: , 2004, S. 202.

²¹¹ Vgl.: Cecil V. Crabb / Leila Sarriddine / Glenn Antizzo: *Charting a New Diplomacy Course – Alternative Approaches to America's Post-Cold War Foreign Policy*, Burton Rouge: Louisiana State University, 2001, S. 25 ff.

Ablehnung gegenüber internationalen Friedenseinsätzen und der Verbreitung von Demokratie mit sich. Zudem sprechen sich Vertreter dieser Denkrichtung für die Erhebung hoher Zölle auf Importwaren zum Schutz der USA aus.

Die Neoisolationistische Denkschule gliedert sich in den USA traditionell in einen konservativen und einen liberalen Bereich, welche ähnliche Ziele, wie den des America First – Gedanken, verfechten:

- Konservative Neoisolationisten vertreten die Ansicht, die USA sollten „act decisively to protect its (US) security and diplomatic interests“.²¹² Neben der Ablehnung neuer internationaler Verträge vertreten konservative Anhänger des Neoisolationismus die Meinung, dass die USA zwar eine Supermacht darstellen, sich aber nicht um jedes Problem der internationalen Beziehungen kümmern können. Stattdessen erfolgt eine Konzentration auf innenpolitische Themen und die konsequente Vertretung eigener Interessen.
- Liberale Isolationisten stellen insbesondere die begrenzten Möglichkeiten der USA, langfristige Missionen in den Übersee-Gebieten durchzuführen in den Vordergrund. Derartige Einsätze sind immer mit hohen Kosten (materiell, finanziell und nicht zuletzt menschlich) verbunden. Somit liegt der Fokus hier ebenfalls auf der Lösung innenpolitischer Probleme.
- Im Gegensatz dazu fordern die Vertreter der konservativ interventionalistischen Schule den Anforderungen an die USA als letzte verbleibende Supermacht auch gerecht zu werden. Wer außer den USA könnte für Stabilität und Sicherheit weltweit sorgen und Chaos und Unsicherheit vermeiden? Dennoch liegt auch hier die Rückkopplung auf die Innenpolitik sehr nahe: Argumentiert wird, dass internationale Instabilität auch massive Auswirkungen auf die us-amerikanische Gesellschaft hätte. Somit müssen durch „preventive diplomacy“ nationale Interessen klarer definiert und nachhaltig unter Berücksichtigung der eingeschränkten Ressourcen vertreten werden.
- Der liberale Interventionalismus setzt sich ebenfalls für die Nutzung der amerikanischen Macht ein, um Demokratie zu verbreiten, Menschenrechte zu schützen und humanitäre Ziele (Bekämpfung der Armut, Eindämmung von Krankheiten) zu erreichen. Die USA stellen in dieser Sichtweise die Führungsmacht dar, welcher es obliegt, diese Ziele durch internationale Peace-Keeping Missionen, der Wiederbelebung der Vereinten Nationen, der Stär-

²¹²

In: ebd., S. 26.

kung und Ausweitung regionaler Bündnisse und der Schaffung neuer Kooperationen auch im wirtschaftlichen Bereich zu verwirklichen.

- Der Stil des pragmatischen Interventionalismus schließlich wurde während der Amtszeit Bill Clintons bekannt. Seine Entscheidungen waren nicht von einer großen, umfassenden Strategie bestimmt. Sie erfolgten ad hoc und situativ. Dies wird oftmals kritisch beurteilt und als mangelnde internationale Erfahrung oder diplomatische Fähigkeit angesehen. Dennoch steht dieses Denken in der Tradition der amerikanischen Sozialpsychologie (vergleiche die us-amerikanischen Philosophen William James und John Dewey): Ein Problem kann erst dann nachhaltig gelöst werden, wenn die Fakten vorliegen und sich in der Auseinandersetzung mit diesen eine Entscheidung ergibt, welche nicht ideologisch vorbestimmt ist.

Innerhalb dieser theoretischen Leitlinien us-amerikanischer Außenpolitik gibt es immer wieder Mischformen oder Neuerungen, welche auch mit der Persönlichkeit der Akteure zusammenhängen. Diese wird jedoch an entsprechender Stelle in den Fallstudien erläutert. Wie sehr theoretische Ideale und praktische Politik auseinanderdriften können macht folgende Aussage der Außenministerin Condoleezza Rice deutlich:

„In fact, there are those who would draw a sharp line between power politics and principled foreign policy based on values. This polarized view – you are either a realist or devoted to norms and values – may be just fine in academic debate, but it is a disaster for American Foreign Policy. American values are universal [...] the triumph of these values is most assuredly easier when the international balance of power favors those who believe in them.”²¹³

Auch wechseln sich in der Vergangenheit der außenpolitischen Entwicklung der USA Real- und Idealpolitik personenabhängig ab. Ebenso können Ereignisse der internationalen Umwelt einen Wechsel in der ideologischen Ausrichtung der außenpolitischen Strategie bewirken. Hier muss beispielhaft erneut der Terroranschlag vom 11. September angeführt werden.

In Verbindung mit der ideologischen Tradition, welcher sich ein Akteur verbunden sieht, steht die strategische Ausrichtung. Hier finden sich in den USA Kon-

²¹³ In: Mel Gurtov: *Superpower on Crusade: The Bush Doctrine in US Foreign Policy*, London: Lynne Rienner Publ., 2006, S. 18.

zepte wie das der „Grand Strategy“, der Bekämpfung von „Roughe States“, multilaterales Agieren und unilaterales Entscheiden²¹⁴. Was sich hinter diesen Konzepten verbirgt und wie sie zu Anwendung gelangen, wird in den Fallstudien dargestellt.

Generell kann festgehalten werden, dass die USA die bedeutendste Stellung im internationalen System einnehmen. Ihr Alleinstellungsmerkmal ist die Stärke im ökonomischen, militärischen und strategischen Bereich, die gepaart ist mit der Mitgliedschaft in allen wichtigen internationalen aber auch regionalen Bündnissen. Aufstrebende und oftmals als Konkurrenten bezeichnete Länder wie China, Russland oder Indien weisen vereinzelt ähnlich große Kapazitäten auf. Ihnen fehlen jedoch der Respekt und der Einfluss, welcher nach wie vor den USA zugetragen wird.

²¹⁴ Vgl.: Henriksen, Thomas H.: *Foreign Policy for America in the Twenty-first Century*, Stanford: Hoover Institution Press, 2001, S. 4ff.

2.3 Russland – defekte Demokratie als Sonderfall einer westlichen Demokratie

Russland stellt in der Reihe der hier angeführten westlichen Demokratien wie bereits eingangs erwähnt den Sonderfall einer defekten Demokratie dar. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989/90 und mit der Gründung der Russischen Föderation sowie der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)²¹⁵ erfolgte nicht nur die geographische Trennung eines großen Reiches, der wohl bedeutsamere Umbruch ereignete sich in der politischen Regierungsform und einem Paradigmenwechsel der Ideologie. Das einst kommunistische Land sah sich mit Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft konfrontiert. Der Umbau des Systems dauerte nur wenige Monate und ließ der Bevölkerung nur wenig Zeit, sich an grundlegend neue Verhältnisse zu gewöhnen. Dieser ideelle Bruch wird hier deswegen mit aufgenommen, da er zur Erklärung manch außenpolitischer Haltung in den folgenden Fallstudien dient.

Perestroika und Glasnost – Dies waren die Schlagworte, die das Ende der Sowjetunion Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre einläuteten. Am 31. Dezember 1991 konstituierte sich in Russland eine bislang unbekannte Form des Regierungssystems: Die Demokratie. Dieser Prozess war für Russland, und hier insbesondere für die einfache Bevölkerung, kein unproblematischer und nur schwer nachvollziehbarer Schritt. Die Reformer des alten Systems um Boris Jelzin führten mit dem Zusammenbruch der alten Union marktwirtschaftliche Ordnung und, nach langen Diskussionen, eine neue Verfassung ein. Die neue Verfassung legt einen „demokratischen, föderalen Rechtsstaat mit republikanischer Regierungsform“²¹⁶ nieder.

Demokratiethoretisch ist das russische System als defekte Demokratie im Sinne einer illiberalen oder auch delegativen Demokratie verortet. Beiden Typen ist die Verletzung des liberalen Rechts- und Verfassungsstaates in unterschiedlicher Ausprägung zu eigen. Grundlage für diese Klassifizierung sind Bürgerrechtsverletzung durch gewählte Repräsentanten oder auch die gezielte Zerstörung des Rechtsstaates²¹⁷. Delegative Züge weist das russische System dahingehend auf, als dass eine Verschiebung der Kompetenzen sowie der Kontrolle auf horizontaler Ebene stattfindet: Der Präsident wirkt unter Umgehung des Parlaments auf die Judikative

²¹⁵ Mitglieder der GUS sind: Georgien, Usbekistan, Ukraine, Aserbaidschan, Moldawien (diese Staaten sind zusätzlich in der GUUAM organisiert, nach den Anfangsbuchstaben der Gründungsmitglieder benannt), Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Tadschikistan, Turkmenistan. GUUAM sind diejenigen Staaten, in denen es nicht zuletzt durch die farbigen Revolutionen, demokratische Ansprüche an das System gibt.

²¹⁶ In: Hans-Henning Schröder: Politisches System und politischer Prozess, in: *Informationen zur politischen Bildung*, Russland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2003, [16-23], S. 17.

²¹⁷ Vgl.: Aurel Croissant: *Von der Transition zur defekten Demokratie*, S. 34-35.

ein und erreicht somit ein Ungleichgewicht zu seinem Vorteil. Illiberale Charakteristika in Russland spiegeln sich in der Verletzung grundlegender Menschen- und Freiheitsrechte wieder.

Die folgende Darstellung des zu untersuchenden Staates wurde im Gegensatz zu denen der institutionellen Voraussetzungen der Bundesrepublik und den USA leicht modifiziert, da im russischen System Faktoren wie politischer Kultur, Selbst- und Fremdwahrnehmung mehr Einfluss zugesprochen werden sollte. Des Weiteren wurden das jeweilige Regierungssystem, die Konstellation der Akteure und somit der Außen- und Sicherheitspolitikstil in der noch jungen Demokratie nachhaltig von dem jeweils regierenden Präsidenten beeinflusst. Aus diesen Gründen werden die einzelnen Regierungsperioden hinsichtlich ihrer Charakteristika und ihrer Bedeutung für die Kommunikation in der Außen- und Sicherheitspolitik dargestellt.

2.3.1 Das Regierungssystem der Russischen Föderation

Die neue Verfassung von 1993 erlebte in ihrer Ausgestaltung je nach Präsident und führenden Kräften im System unterschiedliche Ausprägungen. Bis zum Inkrafttreten ebendieser Verfassung war das russische System geprägt von Machtkämpfen und Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der Wirtschaft, dem Präsidenten und dem Parlament. Die in der Verfassung festgelegte Machtkonzentration beim Präsidenten, befähigt ihn, die Leitlinien der Innen- und Außenpolitik vorzugeben, Russland nach innen und außen zu vertreten und bemächtigt ihn zum Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte. Durch die direkte Wahl für vier Jahre erhält der russische Präsident seine Legitimation direkt vom Volk. Inwieweit illiberale oder delegative Züge in den Systemen der beiden Präsidenten Jelzin und Putin überwiegen soll nachstehend ebenfalls berücksichtigt werden.

- *Das System Jelzin*

“Boris Yeltsin [...] had a strong executive presidency embedded in the political system.”²¹⁸

Boris Jelzin galt in der ersten Phase seiner Legislaturperiode als starker Reformier. Neben der wirtschaftlichen Liberalisierung trieb er die Öffnung des politischen Systems voran und versuchte das russische Rechtssystem an demokratische Verhält-

²¹⁸ In: Archie Brown: Leaders Compared: Mikhail Gorbachev and Boris Yeltsin, in: Brown, Archie/Shevtsova, Lilia (Hg.): *Gorbatschev, Yeltsin, Putin*, Washington D.C.: The Brookings Institution Press, 2001, [29-37], S. 35.

nisse anzupassen. Jedoch verschaffte er sich mit Einführung des präsidentialistischen Regierungssystems eine unumstritten herausgehobene Stellung, die eine Zuordnung der russischen Demokratie als delegative Demokratie unterstützt. Während der ersten Parlamentswahlen kurz nach der Ratifizierung der neuen Verfassung musste Jelzin schwere Rückschläge hinnehmen. Seine Stellung als Präsident war zwar nicht direkt betroffen, dennoch galt es, den Kurs zu korrigieren. So vollzog sich Mitte der 90er Jahre in der russischen Politik unter Jelzin ein harter Bruch: Reformbemühungen wurden gestoppt und Anhänger der Reformbewegung aus ihren Ämtern entlassen. Die Wiederwahl sicherte Jelzin einflussreiche Finanzgruppen, die einen in Russland bislang unbekanntem Wahlkampf für Jelzin inszenierten. An dieser Strategie zeigt sich bereits, dass die öffentliche Meinung zwar für Umfrageergebnisse berücksichtigt wurde, aber der Wille der breiten Bevölkerung nicht wirklich Einfluss auf die Gestaltung der Politik hatte²¹⁹. Bereits unter Jelzin kann die Verschiebung hin zu einer gesellschaftlichen Oberschicht beobachtet werden. Das Oligarchentum erlebte eine Renaissance in Russland, während die einfache Bevölkerung immer weiter in das soziale Abseits rutschte. Dementsprechend gewannen die ökonomisch erfolgreichen Persönlichkeiten Moskaus immer mehr an politischem Einfluss. Das bald als „System Jelzin“ benannte System zeichnete sich durch drei Faktoren aus:

- a) Nach einer kurzen Zeit der Nebenregierung durch eine starke Präsidialverwaltung, ergriff die Familie Jelzins die Initiative und wurde zur bestimmenden Größe in der Regierung.
- b) Führungspersonen im Regierungszentrum, von den Medien als Oligarchen bezeichnete Unternehmer und regionale elitäre Machthaber, gingen eine sich über alle weiteren Kräfte hinwegsetzende Verbindung ein und bestimmten so die politische Richtung maßgeblich und nachhaltig.
- c) Den Abgeordneten und Parteianhängern gelang es nicht, die Stärken des Parlaments gegen das System Jelzin anzuwenden. Die dadurch verursachte Schwächung ist jedoch auch auf das Fehlen von organisierten Interessen und den Ausschluss der breiten Bevölkerung durch die Regierung zurückzuführen.

Die Folgen dieser Strukturen hatte die russische Bevölkerung zu tragen: Wirtschaftskrise und politische Instabilität wirkten sich direkt auf die unteren Schichten der Bürger aus.

²¹⁹ Vgl.: Schröder: *Politisches System und politischer Prozess*, S. 18.

Zusammenfassend kann Jelzins Regierungsstil als präsidial bezeichnet werden. Dies gilt allerdings nur für die Anfangszeit, in welcher er physisch noch fähig war, sein politisches Amt auszufüllen. Die Dominanz der Familie und der Oligarchen ist ein weiteres Merkmal und schloss sich unmittelbar an die starke Führung des Präsidenten an. Ein Einfluss der öffentlichen Meinung ist kaum feststellbar und eine klare politische Linie nicht rekonstruierbar. Während der Regierungszeit von Boris Jelzin ist somit ein Ungleichgewicht zwischen dem Präsidenten und dem Parlament zu Gunsten Jelzins feststellbar, welches die Klassifizierung Russlands als tendenziell eher delegative Demokratie in dieser Regierungsperiode unterstützt.

- *Die Regierung unter Putin*

„Doch seitdem Vladimir Putin im Kreml herrscht, weht aus Moskau ein scharfer Wind [...]“²²⁰

Präsident Putin sah sich bereits zu Beginn seiner Präsidentschaft mit einem schwierigen Balanceakt konfrontiert: Die „Familie“ Jelzins, die Oligarchen und einflussreichen regionalen Eliten hatten Putin zwar zur Macht verholfen. Um aber seinem volksnahen, starken und unabhängigen Bild – mit welchem er die Wahlen siegreich für sich verbuchen konnte – nachzukommen, musste er sich allmählich von ebendiesen Kräften lösen. In einzelnen Schritten stärkte er nach und nach seine eigene präsidiale Position und löste langsam aber nachdrücklich die alten Strukturen auf. Die Föderalreform organisierte die Machtverteilung im föderalistischen System neu, stärkte die Position des Präsidenten gegenüber regionalen Kräften und stimmte die Gesetzgebung aufeinander ab, was zur Verstärkung der delegativen Elemente des russischen demokratischen Systems führt. Im Vorgehen gegen den immensen Einfluss der Oligarchen verfolgte Putin eine Doppelstrategie: Während er politische Unternehmer und einflussreiche Medienmogule verfolgen ließ, bezog er andere Wirtschaftsbesitzer in seine politischen Gespräche mit ein. Durch diese Maßnahmen gelang es Putin seine Macht in nur zwei Jahren zu festigen und seinen persönlichen Einfluss nachhaltig zu stärken. Seine verfassungsgemäß außerordentliche Stellung sicherte er durch geschickte Personalpolitik ab und konsolidierte diese, indem er enge Beziehungen zu einem Großteil der Unternehmen pflegte.

Insgesamt lassen sich vier Faktoren für die enorme Machtposition Putins feststellen:

²²⁰

In: Markus Wehner: Ein geschmeidiger Präsident im rauen Wind aus Moskau, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Frankfurt am Main, 7. August 2003.

- a) Verfassungsgemäße Machtfülle
- b) Personelle Unterstützung und Vertrauensverhältnisse in den Sicherheitsapparaten
- c) Enge Verbindungen zu Unternehmern und
- d) Breite Zustimmung aus der Bevölkerung durch geschickte Imagepolitik²²¹.

Zugute kommen Putin in der Gestaltung und Konsolidierung seiner Macht sein sehr volksnahes Auftreten, gepaart mit Intelligenz und ausgeprägter Erfahrung im russischen Militär. Ergänzt werden diese Eigenschaften einerseits durch ein traditionelles Verständnis der russischen Mentalität und die Befürwortung wirtschaftlicher Öffnung andererseits.

Putin verkörperte so im Laufe seiner ersten Amtszeit eine starke Führungspersönlichkeit, die sich dem Volk gegenüber charismatisch und verständnisvoll zeigte. Sein Führungs- und Politikstil sind geprägt von Autoritarismus, der nur in der Außendarstellung der formalen Demokratie entspricht. Aus diesem Grund wird Russland in der vorliegenden Untersuchung, wie bereits eingangs erwähnte, als Sonderfall einer westlichen Demokratie behandelt. Ein offener Diskurs zu politischen, gesellschaftlichen oder ökonomischen Themen wird untergraben und verdrängt. Ebenso existiert im System Putin ausschließlich rein formal das Prinzip der Gewaltenteilung, das im realen politischen Alltag jedoch von einer Machtverschiebung zugunsten des Präsidenten außer Kraft gesetzt wird.²²²

Die Regierungszeit unter Vladimir Putin vereint somit delegative und illiberale Kennzeichen: Die Machtkonzentration in der Person des Präsidenten begleitet von der gezielten Unterdrückung von Meinungs- und Pressefreiheit, sowie auch die Verletzung der Menschenrechte.

2.3.2 Die Akteure der Außenpolitik

“As head of state, Supreme Commander and Head of the Security Council, the President has the right to preside at Government meetings, give instructions to the Government and federal bodies of executive power that are in charge of issues of defense, security, internal

²²¹ Vgl.: Schröder: *Politisches System und politischer Prozess*, S. 23.

²²² Vgl.: Fedor Selov-Kovedjaev: *Strategie und Taktik der Außenpolitik Russlands im neuen Ausland*, Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1993, S. 10.

*and foreign affairs, justice, avoiding emergencies and liquidating the consequences of natural disasters.*²²³

Russland stellt ähnlich den USA ein Land mit hoher Machtkonzentration in einem Amt dar: Der Präsident ist, wie eingehendes Zitat belegt, oberster Befehlshaber über die Streitkräfte, er vereint die Richtlinienkompetenz in allen Belangen des Inneren und Auswärtigen ebenso in seiner Person wie die Repräsentation des Staates. Er sitzt dem Sicherheitsrat ebenso vor wie dem Föderationsrat. Somit spiegeln sich Ideen, Werte und Charakter des Amtsinhabers im politischen Führungsstil und in der außen- und sicherheitspolitischen Richtung wieder²²⁴.

Der Einflussgrad der zuständigen Ressortminister für Auswärtiges und Verteidigung ist von der jeweiligen Person und deren Verhältnis zum Präsidenten abhängig. Sie spielen, wie sich in den Fallstudien zeigen wird, auf Grund der tendenziell charismatischen und mächtigen Präsidenten eine untergeordnete Rolle. Beide Minister sind zwar im Sicherheitsrat vertreten, haben jedoch auch hier nur geringe Einflussmöglichkeiten.

Zu Differenzen innerhalb der außen- und sicherheitspolitischen Elite kommt es nur dann, wenn die Führungsmacht des Präsidenten schwach ist und sich widersprüchliche Meinungen in den einzelnen Ämtern positionieren können. Die Uniformität der Politikgestaltung in Person des Präsidenten wurde jedoch seit dem Ende des Kalten Krieges nur selten durchbrochen. Denkbare Gegengewicht zur Machtposition des Präsidenten sind lediglich der Ministerpräsident oder eine starke Opposition in der Staatsduma.

Hinsichtlich der Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber dem Nahen Ausland und den kaukasischen Republiken stellt der Föderationsrat der Russischen Föderation ein weiteres Element im Kreis der Akteure dar. Jedoch findet auch hier, ähnlich wie innerhalb der Regierung selbst, eine Machtkonzentration in Person des Präsidenten statt. Der Sicherheitsrat bildet das oberste Gremium in der Außen- und Sicherheitspolitik und wurde 1992 von Boris Jelzin eingerichtet. Mitglieder sind seit 1994 der Regierungschef, der Präsident sowie beide Vertreter der Kammern des Parlaments und vom Präsidenten ausgewählte Mitglieder. Zusätzlich unterstellte Jelzin zu Beginn des Jahres 1994 neben dem Innenministerium auch die

²²³ In: Kreml: *Informationen zum politischen System Russlands*, in: <http://www.kremlin.ru/eng/articles/institut02.shtml>, Moskau, Abrufdatum: 8.12.2006

²²⁴ Vgl.: Brown / Shevtsova: *Gorbatschev, Yeltsin, Putin*, S. 1.

sicherheitspolitischen Ressorts und das Außenministerium dem Präsidentenamts²²⁵. Neben den bereits erwähnten Ressortministern bilden Sonderbeauftragte oder weitere Minister, wie der für Tschetschenien beauftragte Minister für Nationalitäten oder Sonderbeauftragte für die Gestaltung der Tschetschenienpolitik, einen Bestandteil des Sicherheitsrates. Sie sind je nach Organisationsstruktur des Präsidenten Mitglied des Rates.

Medien und öffentliche Meinung spielen, anders als in der Bundesrepublik oder den USA, eine zunehmend geringer werdende Rolle im politischen Prozess. Kritische Stimmen werden allzu oft unter Druck gesetzt, was in der Vergangenheit auch in außenpolitischen Belangen in Kooperation mit westlichen Demokratien immer wieder für Verstimmung gesorgt hatte²²⁶.

Geprägt wird die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands somit von einigen wenigen Akteuren, abhängig von der Persönlichkeit des Präsidenten.

2.3.3 Außenpolitische Traditionen, Werte und Normen und die Stellung im internationalen System

Russland stellt in seiner außenpolitischen Haltung oftmals ein Paradoxon dar. Der offiziellen Verpflichtung auf demokratische, westliche Werte wie die Achtung der Menschenrechte, Presse- und Meinungsfreiheit oder Rechtsstaatlichkeit, wird im realen täglichen Leben nur unzureichend nachgekommen. In seiner Außendarstellung jedoch ist Russland - respektive die Präsidenten Russlands - stets darauf bedacht, mit Hilfe von „Fassaden-Figuren“²²⁷ und Machtdarstellung innenpolitische Schwierigkeiten zu vertuschen.

Herausforderungen wurden aber nicht nur innenpolitisch an das System gestellt. Die außenpolitischen Traditionen und Denkmuster mussten überarbeitet und den neuen Gegebenheiten sowohl nach innen als auch nach außen angepasst werden. Der neue Kurs der Außenpolitik sollte der Bevölkerung ebenso glaubwürdig vermittelt werden wie den internationalen Akteuren und den Nachbarstaaten.

²²⁵ Vgl.: Laninger, Tanja: *Der Tschetschenien-Krieg im Spannungsfeld russischer und tschetschenischer Interessen*, Berlin: Institut für Internationale Politik und Regionalstudien der FU Berlin, 1998, S. 27.

²²⁶ Vgl.: Brown, Archie / Shevtsova, Lilia (Hg.): *Gorbatschev, Jeltsin, Putin*, S. 4.

²²⁷ In: Marko Kurt: *Russland vor und nach der „Wende“*, in: Vyslonzil, Elisabeth / Lang, Peter (Hg.): *Russland- Sowjetunion- Russland*, Frankfurt am Main: Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaft, S. 185.

Einzig Erfahrungen aus dem alten System konnten in die Gestaltung der neuen Außenpolitik mitgenommen werden²²⁸. Die Prognosen über die Zukunft der politischen Richtung Russlands gingen gerade in den Anfangsjahren des demokratischen Umbruchs in die unterschiedlichsten Richtungen. Die schlimmste Befürchtung, die von Seiten erfahrener Politiker und Wissenschaftler geäußert wurde, zeichnete einen Rückschritt zur Außenpolitik unter kommunistischer Führung. Die als „selbstprovoziertes Zurückfallen in alte Verhaltensmuster“²²⁹ bezeichnete politische Richtung gründete auf der berechtigten Annahme, dass zwar ein Teil der politischen Elite den Wechsel vom kommunistischen Regime zur freiheitlich und liberal orientierten Demokratie vollzogen hatte, dieser Umbruch sich jedoch nicht zur Gänze im politischen, militärischen und administrativen Apparat durchgesetzt habe. Inwieweit die Rückbesinnung auf alte Traditionen und Werte in der Gestaltung der Außenbeziehungen Russlands eine Rolle spielt, wird sich im Folgenden noch detaillierter zeigen.

Ein kurzer Überblick über die drei russischen Präsidenten seit dem Umbruch 1989/90 soll aufzeigen, wie unterschiedlich und / oder ähnlich sich die Machthaber in ihrem Politikstil, ihren Zielen und Vorstellungen in Bezug auf die Außenpolitik sind.

Nach wie vor gilt Gorbatschow als Reformpolitiker und Wegbereiter des Umbruchs. Die durch die speziellen Verhältnisse des Zusammenbruchs der Sowjetunion gekennzeichnete Außenpolitik unter Gorbatschew findet in der folgenden Untersuchung keine differenzierte Betrachtung im Rahmen einer Fallstudie. Da zu dieser Zeit jedoch prägende Veränderungen (Reformen im Inneren und in der Gestaltung der Außenpolitik) stattfanden, soll ein kleiner Rückblick als Grundlage für das Verständnis der weiteren außenpolitischen Linie Russlands dienen.

Die Außenpolitik der Russischen Föderation seit dem Ende des Kalten Krieges gliedert Christian Meier in seinem Artikel „Russland und die Welt“ in vier bestimmende Phasen:

1. Westorientierung
2. Verschiebung des außenpolitischen Akzents ins „Nahe Ausland“
3. Ablösung der Bilateralität durch Multipolarismus und „kompensatorische Realpolitik“
4. Neuorientierung auf einen „kalkulierten Euroatlantismus“²³⁰

²²⁸ Vgl.: Selov-Kovedjaev: *Strategie und Taktik der Außenpolitik Russlands im neuen Ausland*, S. 2.

²²⁹ In: ebd., S. 3.

²³⁰ In: Christian Meier: *Russland und die Welt*, in: *Informationen zur politischen Bildung – Russland*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Nr. 281, 2003, [54-61], S. 54.

Diesen vier Perioden lassen sich die Amtszeiten der jeweiligen Präsidenten Jelzin und Putin zuordnen. Der Vollständigkeit halber und aus Verständnisgründen erfolgt vorab ein Rückblick auf die Entwicklungen während des Umbruchs unter Gorbatschow.

In der Zeit des politischen Umbruchs unter Präsident Gorbatschow versuchte dieser, durch gezielte außenpolitische Handlungen die Umbrüche im inneren zu stabilisieren. Dazu zählten unter anderem die Platzierung Schewardnadses im Amt des Außenministers, institutionelle Veränderungen im Verwaltungsapparat und eine neue Sichtweise der internationalen Umwelt als interdependente Staatenwelt²³¹. Gorbatschow gelang es, die grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Reformen auch gesellschaftlich abzufedern. Hier kamen ihm sein charismatisches Auftreten und seine Funktion als Verfechter eines neuen Russlands zu Gute²³². Gorbatschow war grundlegend interessiert an Ideen und Idealvorstellungen zur politischen Modernisierung des Landes, ebenso wie in Bezug auf das internationale System. Ihm wird ein unstillbarer Wissensdurst nachgesagt, der ihn zu einer intellektuellen und idealistischen Form der Außenpolitik befähigte. Auf Rat von Experten legte er ebenso großen Wert wie auf Gespräche mit Intellektuellen und internationalen politischen Kollegen²³³. Dieses Konzept des „Neuen Politischen Denkens“ griff bis weit in die Außenpolitik seines Nachfolgers als bestimmendes Paradigma ein²³⁴.

„Yeltsin´s main political strength is his unfailing instinct for power. In 1988-91 his road to power went through populist politics. He had a gut feeling for what the people wanted, and the people supported Gorbachev´s foreign policy. There was therefore little that Yeltsin could do or say on foreign policy issues with a clear political benefit for himself.“²³⁵

Abgelöst wurde dieser Staatsmann des Umbruchs von einem mehr populistischeren Präsidenten. Boris Jelzin war der erste demokratisch gewählte Präsident Russlands. Seine Außenpolitik war gekennzeichnet durch die auffällige Darstellung Russlands als Weltmacht, die aktiven Beitrag zu Stabilisierung und Stützung des

²³¹ Vgl.: Fred Oldenburg: Glnost, Perestroika und neues Denken, in: Vyslonzil, Elisabeth/Leiser, Paul (Hg.): *Russland – Sowjetunion – Russland*, Frankfurt am Main: Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaft, [119-127], S. 124.

²³² Vgl.: Brown / Shevtsova: *Gorbatschew, Yeltsin, Putin*, S. 4.

²³³ Vgl.: Brown: *Leaders Compared: Mikhail Gorbachev and Boris Yeltsin*, S. 28.

²³⁴ Vgl.: Meier: *Russland und die Welt*, S. 54.

²³⁵ In: Brown: *Leaders Compared: Mikhail Gorbachev and Boris Yeltsin*, S. 18.

internationalen Systems leisten könne. Diese sehr multipolare Orientierung vernachlässigte jedoch allzu oft die zahlreichen kleinen Brennpunkte in unmittelbarer Nähe zu Russland. Diese Haltung wurde Jelzin oftmals als imperialistischer Anspruch ausgelegt²³⁶:

„Wir müssen arbeiten, aktiv in alle Richtungen agieren. Wir sind eine Großmacht und unsere Politik muß unserem Status entsprechen.“²³⁷

Jelzin hatte sich in Jahren des Umbruchs als antikommunistischer Held der Opposition etabliert, unterstützt durch seine charismatische Führungspersönlichkeit²³⁸.

Die ausgeprägte europäisch orientierte Haltung wurde nachhaltig mitbestimmt von seinem Außenminister Andrej Kosyrew, der eine intensive Einbindung Russlands in westliche Organisationen suchte. In seine Amtszeit fallen die Integration Russlands in den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, sowie die Angliederung Russlands an die G-7 Gipfel. Mit den USA und Europa wurden so vertiefte Zusammenarbeit und Kooperation erlangt.

Auf wachsenden innenpolitischen Druck hin mussten Jelzin und Putin ab 1992 eine Korrektur ihrer außenpolitischen Prioritäten vornehmen, welcher zu dem bereits erwähnten Großmachtsdenken Jelzins führte. Unterstützung fand Jelzin in den kommunistisch geprägten Kräften, die eine Werbung um die Gunst des Westens dem Anspruch Russlands als einer führenden Weltmacht nicht Rechnung trugen. Die Strategie sollte fortan dem „Geist des alten russischen Wappens folgen, auf dem ein zweiköpfiger Adler sowohl in Richtung Westen als auch in Richtung Osten blickt.“²³⁹

Zugleich erfolgte eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem „Nahen Ausland“, was einer sehr neoimperialen und geopolitisch orientierten außenpolitischen Richtung entspricht. Ergänzt wurde diese Ausrichtung der Außenpolitik durch umfassende diplomatische Reisen des Präsidenten und seines Außenministers sowohl in westliche Länder als auch nach Japan.

Dieser tief greifende Richtungswechsel in den Auswärtigen Beziehungen Russlands Mitte der neunziger Jahre vollzog sich analog zu einer politisch-

²³⁶ Vgl.: Christian Wipperfürth: *Putins Russland*, Stuttgart: ibidem-Verlag, 2004, S. 72.

²³⁷ In: Margareta Mommsen: *Wer Herrscht in Russland?*, München: Verlag C.H. Beck, 2003, S. 166.

²³⁸ Vgl.: George W. Breslauer,: Evaluating Gorbachev and Yeltsin as Leaders, in: Brown, Archie/Shevtsova, Lilia (Hg.): *Gorbatschev Yeltsin, Putin*, Washington D.C.: The Brookings Institution Press, 2001, [45-66], S. 59.

²³⁹ In: Mommsen: *Wer herrscht in Russland?*, S. 148.

gesellschaftlich und kulturell gestalteten Diskussion um die nationale Identität. Inwieweit diese Veränderungen in die Außenpolitik Einfluss nehmen, soll nachfolgend in der Auseinandersetzung mit nationaler Kultur und Identität in Russland geklärt werden²⁴⁰.

Gemeinsam mit seinem Außenminister Primakow, der entgegen seinem Vorgänger als Zentrist, Realist und Geopolitiker beschrieben wird, führte Jelzin die neue außenpolitische Richtung ab 1995 durch. Die inoffiziell als „Primakow-Doktrin“ bezeichnete Strategie beinhaltete Allianzen mit fast allen ehemaligen Mitgliedern der UdSSR, eine Union mit Weißrussland und den Anspruch, nationale russische Interessen im Ausland effektiver zu vertreten²⁴¹. Überschattet wurde diese neue Strategie durch innenpolitische Probleme und Krisen, wie die Finanz- und Wirtschaftskrise 1998. Folge der innenpolitischen Unruhen war die Beförderung Primakows zum Regierungschef und der Einsetzung Iwanows als neuen Außenminister. Primakow war dennoch weiterhin außenpolitisch engagiert und propagierte forthin den von ihm eingeschlagenen Kurs der multipolaren Ausrichtung. Primakow setzte in der Umsetzung seiner Ziele stets auf diplomatische Mittel und persönliche Gespräche im Rahmen von formellen aber auch informellen Arbeitstreffen²⁴².

Der dem imperialen Anspruch Russlands so verhaftete Präsident Jelzin erfuhr in der folgenden Zeit herbe Niederlagen: Neben dem innenpolitischen Machtverlust und zahlreichen Auseinandersetzungen schadeten ihm seine immer unerfreulicheren Auftritte auf dem internationalen Parkett.

Dennoch werden ihm und seinem Vorgänger die Verdienste des Umbruchs gutgeschrieben: Die „Transformational role of Mikhail Gorbachev and Boris Yeltsin“ war Grundlage für das Entstehen der Russischen Föderation und treibende Kraft in der Umbruchsphase²⁴³.

„Die Außenpolitik Präsident Putins ist mehr und mehr von einer drohenden Haltung gegenüber Russlands Nachbarn und gegenüber der Energiesicherheit Europas gekennzeichnet, von einer Rückkehr zu einer militaristischen und imperialen Rhetorik.“

²⁴⁰ Vgl.: Meier: *Russland und die Welt*, S. 55.

²⁴¹ Vgl.: Mommsen: *Wer herrscht in Russland?*, S. 167ff.

²⁴² Vgl.: Selov-Kovedjaev: *Strategie und Taktik der Außenpolitik Russlands im neuen Ausland*, S. 6.

²⁴³ In: Jessica Mathews: Foreword, in: in., Archie/Shevtsova, Lilia (Hg.): *Gorbatschew, Yeltsin, Putin*, Washington D.C.: The Brookings Institution Press, 2001, S. vii.

*rik und von der Weigerung, die internationalen vertraglichen Verpflichtungen Russlands einzuhalten.*²⁴⁴

Jelzins Nachfolger Vladimir Putin erlangte erste außenpolitische Bedeutung bereits in seiner Zeit als Ministerpräsident mit dem harten Vorgehen gegen Tschetschenien. Da dies eines der Beispiele innerhalb der Fallstudien darstellt, erfolgt hier keine weitere Darstellung der Situation.

Putins Außenpolitik wird übergreifend mit dem Schlagwort des „Kalkulierten Euroatlantismus“²⁴⁵ bezeichnet. Er beherrscht die Balance zwischen einem ausgewogenen Verhältnis mit den europäischen Staaten und einer guten Beziehung zu den USA, auch in schwierigen Situationen wie dem Irak-Krieg oder im Atomstreit mit dem Iran. Zudem ist er stets bestrebt, das von Jelzin propagierte Bild Russlands als einer Supermacht abzustreifen und zwar die Stärke und Bedeutung der Nation im internationalen Umfeld zu betonen, aber dennoch keine Vormachtstellung zu beanspruchen.

Der Gleichberechtigung einen Schritt näher kam Russland bereits durch gemeinsame Einsätze mit den NATO-Mitgliedstaaten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, unterschiedlichen peace-keeping Missionen und der allgemeinen Rüstungskontrolle. Dadurch gelang es Putin, innerhalb sehr kurzer Zeit, das Russlandbild des Westens vertrauensvoll zu stärken und in eine kooperative Partnerschaft zu wandeln. Unterstützt wird dieser außenpolitische, strategisch neu orientierte, Kurs der russischen Regierung unter Vladimir Putin durch zahlreiche Reformen im Inneren, die der angestrebten Modernisierung Rechnung tragen sollen. Als Ziele können hier die Platzierung Russlands im internationalen Finanzsystem, die Verdichtung von ökonomischer Zusammenarbeit mit bedeutenden Partnern und eine strategische Ausrichtung der Außenpolitik auf die Einbindung in internationale Organisationen und Institutionen vor dem Hintergrund der stärkeren Vertretung russischer Interessen in der internationalen Staatengemeinschaft.

Allgemein beherrschende Ziele der russischen Außenpolitik unter Putin sind die Sicherung und der weitere Ausbau von Stabilität und Kontinuität ebenso wie die Erneuerung des Wirtschaftssystems. In diesem Punkt spielen jedoch meist auch per-

²⁴⁴ 2004 in einem Brief namhafter Politiker und Wissenschaftler zu russischer Außenpolitik: an EU und NATO, in: Wipperfürth: *Putins Russland*, S. 14-15.

²⁴⁵ In: Meier: *Russland und die Welt*, S. 56.

sönliche Motive eine Rolle.²⁴⁶ Vordergründig sieht Putin in der Modernisierung des Systems die Möglichkeit, international an Einfluss zu gewinnen. Allerdings darf hier die Macht der Oligarchen nicht unterschätzt werden, die es verstehen, diesen Fortschritt geschickt für ihre Zwecke zu missbrauchen. Der außenpolitische Kurs lässt sich als sehr pragmatisch, vorhersehbar und stringent an nationalen Zielen orientiert beschreiben. Zwar besteht ein nach außen offensiv vertretener Koalitionswille, jedoch erfolgte bislang kein nachvollziehbares Bestreben der russischen Führung, diesem auch gerecht zu werden.²⁴⁷ Aktuelle Entwicklungen, insbesondere nach Putins Auftritt auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2006, zeigen jedoch einen deutlich härteren und tendenziell imperialistischeren Kurs in der Gestaltung der Beziehungen zu den westlichen Staaten. Speziell das Verhältnis zu den USA zeigt seit der Ankündigung George W. Bushs Raketenschilder in Osteuropa aufzubauen, eine verschärfte Rhetorik.

In die Analyse der institutionellen Voraussetzungen der zu untersuchenden Staaten muss im Falle des russischen Systems ein Punkt besonders erwähnt werden, der für die Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik von besonderer Bedeutung ist und hinsichtlich der Untersuchung der Kommunikation in diesem Bereich nicht vernachlässigt werden kann: Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie die gesellschaftliche Perzeption der politischen Entwicklungen prägen die politische Kultur Russlands nachhaltig und nehmen somit auf die Kommunikation der Außenpolitik in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern erheblichen Einfluss.

Die russische Gesellschaft ist tief geprägt von einer tendenziell zurückhaltenden Betrachtung der Außenpolitik²⁴⁸. Der plötzliche Umbruch 1989/90 führte zu einem Festhalten an alten Werten und Traditionen, die Sicherheit und gewohntes Umfeld garantierten. Diese Suche nach Bekanntem und einem Haltepunkt spiegelt sich auch in der tiefen Verbindung von Religion und politischer Elite wieder²⁴⁹.

Die Einstellung der Bevölkerung, die neu gestaltete Außenpolitik nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gefährde das eigene Land, da die Bedrohung durch die westlichen Staaten unterschätzt werde und allzu voreilig partnerschaftliche Beziehungen angestrebt wurden, beeinflusste immer wieder wichtige Entscheidun-

²⁴⁶ Vgl.: Selov-Kovedjaev: *Strategie und Taktik der Außenpolitik Russlands im neuen Ausland*, S. 9ff.

²⁴⁷ Vgl.: ebd., S. 11.

²⁴⁸ Vgl.: ebd., S. 4.

²⁴⁹ Vgl.: Wipperfürth: *Putins Russland*, S. 21.

gen in internationalen Verhandlungen. Auf bilateraler Ebene sind daher Entscheidungen oftmals reibungsloser zu treffen.

Traditionell verankert ist des Weiteren der Glaube an die militärische Macht als stärkstes und stabilstes Mittel der Außenpolitik²⁵⁰. Da sich die einstige militärische Macht Russlands seit dem Ende des Kalten Krieges jedoch unter anderem auf Grund der veralteten technischen Ressourcen tendenziell abschwächt, bricht auch dieser Halt zusehend weg. Ein Beispiel dafür ist unter anderem der Untergang der Kursk²⁵¹.

Bedrohlich wirkt sich auch auf die Gestaltung der Außenpolitik der immer noch vorherrschende Separatismus und Nationalismus gerade der Grenzregionen aus. Das russische Volk gilt als ein sehr stolzes und traditionsbewusstes. Jedoch musste es sich in der Vergangenheit immer wieder sich selbst und der internationalen Umwelt beweisen und die eigenen Fähigkeiten unter Beweis stellen. Die Nation stellt somit immer wieder einen „emotionalen Anker“ der Bevölkerung dar²⁵².

Das daraus resultierende Nationalbewusstsein driftet in vielen Regionen in separatistische und fundamentalistische Bewegungen ab. Diese Gefahr darf sowohl von Seiten der russischen Führung als auch von Seiten der internationalen Gemeinschaft nicht vernachlässigt werden²⁵³. Die negativen Tendenzen begründen sich auch in einer großen Angst vor einzelnen Aspekten: Die Einheit Russlands ist bedroht durch den Zerfall nach dem Ende des Kalten Krieges, zudem durch ein erstarrendes China, welches direkte Grenzen zum russischen Reich hat. Dieses prägende Selbst- und Geschichtsbild bestimmt auch heute noch den Kurs der russischen Außenpolitik und wird sich in der Untersuchung der Fälle im Folgenden immer wieder aufzeigen lassen.

Die Schwierigkeiten für führende Politiker in Russland, gerade in Bezug auf die Außenpolitik, liegen in der Abschätzung zweier nicht zu vernachlässigender Richtungspunkte: Gelingt der Versuch Stabilität zu sichern, kann das Risiko bestehen, die Gesellschaft stagnieren zu lassen. Erfolgt aber der Bruch mit der Vergangenheit, wächst die Unsicherheit, wie sich die Bevölkerung in diesem Falle verhalten würde.²⁵⁴

²⁵⁰ Vgl.: Selov-Kovedjaev: *Strategie und Taktik der Außenpolitik Russlands im neuen Ausland*, S. 6.

²⁵¹ Vgl.: ebd., S. 59.

²⁵² Vgl.: ebd., S. 56.

²⁵³ Vgl.: Selov-Kovedjaev: *Strategie und Taktik der Außenpolitik Russlands im neuen Ausland*, S. 11.

²⁵⁴ Vgl: Shevtsova, Lilia: From Yeltsin to Putin: Evolution of Power, in: Brown, Archie / Shevtsova, Lilia (Hg.): *Gorbatschev, Yeltsin, Putin*, Washington D.C.: The Brookings

Prägend für die nationale Identität waren die Diskussionen Anfang der neunziger Jahre, welche sich weit über die Intellektuellenkreise hinweg durch die Eliten Russlands zogen. Es entwickelten sich drei Leitideen, die die neue nationale Kultur und Identität bestimmen sollten: Die „Westler“ (Sapadniki) standen den „Eurasiern“ und den Vertretern der „Russischen Idee“ gegenüber. Erstere wollten zurück zur westlichen Zivilisation, die beiden anderen zurück zu traditionellen russischen Nationalideen. Die „Russische Idee“ sollte einen russischen Sonderweg etablieren, welcher sich in den kulturellen und christlich-orthodoxen Traditionen begründet sah. Die Westler setzten sich für die Durchsetzung von Marktwirtschaft und Demokratie ein und vertraten damit die oppositionelle Meinung zu den Neoslawisten.²⁵⁵

Einhergehend mit dieser Debatte wandelten sich traditionelle Liberale zu Pragmatisten und Pragmatiker zu Nationalisten. Dieser Wandel zog sich, wie bereits erwähnt, durch alle elitären Schichten der russischen Nation und betraf somit auch die engsten Vertrauten und Berater der Präsidenten sowie ihre Außenminister.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die in der Bevölkerung ablehnende Haltung gegenüber Außenpolitik den Spielraum für die Akteure der auswärtigen Beziehungen zunehmend einschränkt. Zudem nehmen die Auseinandersetzungen über die nationale Identität und nationale Kultur einen bedeutenden Stellenwert in der Gestaltung außenpolitischer Strategie in Russland ein.

²⁵⁵ Institution Press, 2001, [67-111], S. 68.
Vgl.: Meier: *Russland und die Welt*, S. 55.

3. Fallstudienanalyse

Die nachfolgende Fallstudienanalyse berücksichtigt insgesamt sechs unterschiedliche Fälle. Jedem Staat sind dabei zwei Fallstudien zugeordnet. Dabei handelt es sich um so genannte „crucial cases“, also Fälle, welche in der Gesamtbetrachtung eines Staates eine wichtige und für das Selbstverständnis oftmals prägende Rolle spielen. Dies begründet sich in jedem hier vorliegenden Fall unterschiedlich und wird im Folgenden für jeden „case“ ausführlich dargestellt. Des Weiteren empfiehlt die einschlägige Fachliteratur die Verwendung von crucial cases bei einer kleinen Fallzahl. Sie dienen in der vorliegenden Analyse der beispielhaften Darstellung der generierten These, dass effizientes Konfliktmanagement auf eine gezielte sicherheitspolitische Kommunikation angewiesen ist und auch dem Nachweis der beeinflussenden Faktoren des Modells in der Realität²⁵⁶.

3.1 Begründete Auswahl und Charakterisierung der Fälle

Warum nun genau die folgenden sechs Fälle in die Analyse einbezogen werden, soll an dieser Stelle kurz begründet werden. Alle vorliegenden Krisensituationen sind Bestandteil des Konfliktbarometers. Das heißt, sie verfügen alle über die Klassifizierung als Krise und werden in dieser Charakterisierung in der weltweiten Statistik geführt. Zudem sind durch die Anführung im Konfliktbarometer einheitlich definitorische Voraussetzungen gegeben.

Der im theoretischen Teil dieser Arbeit angesprochenen Definition von kontextuellen Elementen der aktuellen Außenpolitik westlicher Demokratien nach Christopher Hill (das Ende des Kalten Krieges, der fortschreitende Globalisierungsprozess und das Gesetz der humanitären Interventionen)²⁵⁷ kommen die hier zu untersuchenden Fälle wie folgt nach: Insbesondere die deutschen Einsätze und die Intervention der USA auf Haiti erfolgten unter dem Primat der humanitären Intervention. Nach dem Ende des Kalten Krieges sah sich vor allem Russland mit Herausforderungen im so genannten Nahen Ausland konfrontiert. Beispielhaft dafür werden der Tschechienkonflikt und die angespannte Lage zu Georgien untersucht. Der fortschreitende Globalisierungsprozess ist ein übergreifendes Merkmal für alle der hier dargestellten Situationen: Die Internationalisierung von oftmals regionalen Konflikten wurde in der Zusammenfassung des Konfliktbarometers bereits erwähnt und kann an

²⁵⁶ Vgl.: John Gerring: *Social science methodology: a critical framework*, Cambridge: Press Syndicate of the University of Cambridge, 2001, S. 219-220.

²⁵⁷ Vgl. dazu den Abschnitt Methodik in dieser Arbeit.

dieser Stelle abermals als Merkmal für die zu untersuchenden Fälle angeführt werden.

Des Weiteren handelt es sich um Situationen, die zwar sicherheitspolitisch brisant sind, jedoch nicht auf Grund eines Verteidigungsfalles im eigenen Land notwendig wurden. Inwieweit die Begründungen der Führungspersonen dies anderweitig kommuniziert haben, wird sich in der Analyse zeigen.

In den USA und Russland wurden je ein Konflikt mit militärischem Einsatz und einer ohne Beteiligung militärischer Mittel gewählt. Hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland gestaltete sich die Fallauswahl schwieriger. Daher werden zwei Situationen untersucht, die den Einsatz militärischer Maßnahmen bedingen. Dies ist jedoch insofern beabsichtigt, als dass Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nie direkt in kriegerische Auseinandersetzungen involviert war und daher die neuen Schritte in Richtung militärische Intervention und dem Einsatz der Bundeswehr außerhalb Deutschlands für die Werte, Traditionen und das Rollenverständnis der BRD von äußerst großer Bedeutung sind. Dies hat zudem entscheidenden Einfluss auf die sicherheitspolitische Kommunikation der Führungspersonen.

Zudem sind die Fälle unterschiedlichen Legislatur-Perioden entnommen. Das heißt, es werden innerhalb der Staaten unterschiedliche Konstellationen innerhalb der Führungselite eines Staates untersucht. Dies gewährleistet die Möglichkeit eines „Binnenvergleichs“ innerhalb der zu analysierenden Staaten. Insgesamt wurde jedoch der zeitliche Rahmen auf Situationen nach dem Ende des Kalten Krieges bis dato beschränkt. Folgendes Zitat fasst einige der bereits im theoretischen Teil genannten Gründe dafür zusammen:

„Mit dem Ende des Kalten Krieges erwiesen sich die klassischen Ansätze von Sicherheit als unzureichend, um die neue, überaus komplexe und interdependente Sicherheitsordnung interpretieren zu können.“²⁵⁸

Das neue Paradigma in der Sicherheitspolitik umfasst dabei die Anpassung der Konfliktlösungsmechanismen im Rahmen von Prävention, Abschreckung und Verteidigung. Diese Bestandteile werden auch in den Fallstudien genauer analysiert.

Zumindest bei der der Kommunikation zu Grunde liegenden Entscheidung handelt es sich in allen Fällen um abgeschlossene Prozesse. Auch wenn die Konflikte noch andauern, so ist dies auf Seiten des Outputs von Relevanz, aber nicht aus-

²⁵⁸ In: Wilhelm: *Außenpolitik*, S. 313.

schlaggebend für die Kommunikation der damals getroffenen sicherheitspolitischen Entscheidung.

Tendenziell lassen sich seit dem Ende des Kalten Krieges zwei Entwicklungen hinsichtlich internationaler Krisen und Konflikte ausmachen: In den 90er Jahren dominierten Auseinandersetzungen, welche als Bürgerkrieg oder Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen begannen und sich auf Grund der Einmischung Dritter, meist westlicher Mächte, zu internationalen Konflikten ausweiteten. Dies spiegelt sich in den Fallbeispielen Kosovo, Haiti und Tschetschenien wieder.²⁵⁹ Die zweite Entwicklung begann insbesondere nach den Terroranschlägen des 11. September 2001: Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, welcher eine asymmetrische Kriegsführung und ein Konfliktmanagement über die eigenen mittelbaren Grenzen und Interessen hinweg zu legitimieren versucht.²⁶⁰ Hierfür stehen die Analysen des Einsatzes der deutschen Bundeswehr in Afghanistan, die Entscheidung der Regierung George W. Bushs zum Einmarsch in den Irak und die langwierigen und nachhaltigen Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Tbilisi (Georgien).

Ein letztes abschließendes Kriterium ist die Unterschiedlichkeit des Mitteleinsatzes zur Konfliktlösung oder des Konfliktmanagements: In der vorliegenden Untersuchung wird fast das gesamte Spektrum der Möglichkeiten der Konfliktbehebung analysiert:

²⁵⁹ Vgl.: Bernhard von Plate: Außen- und Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen, in: *Informationen zur politischen Bildung*, Heft 280, Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/publikationen/CFDPX.html>, Abrufdatum: 19.03.2007.

²⁶⁰ Vgl.: Lothar Rühl: Interventions- und Eskalationsproblematik bei der militärischen Konfliktbewältigung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B24/2002, <http://www.bpb.de/publikationen/9Q4C7G.html>, Abrufdatum: 19.03.2007.

Abbildung 16: Übersicht der Begründung für die Auswahl der Fälle

Kriterium	violent / non-violent (Tendenz)	Inhalt der Kommunikation	Akteure	Eingesetzte Mittel	Klassifikation der Krise	Output
Deutschland Kosovo	non-violent	Beteiligung der Bundeswehr am NATO-Einsatz	Bundeskanzler Außenminister Verteidigungsminister	Militärische Intervention, humanitäre Hilfe	Bürgerkrieg > internationalen Konflikt	Konflikt und Mission dauern an
Afghanistan	violent	Bündnispflicht, Beteiligung der Bundeswehr an internationalem Einsatz	Bundeskanzler Außenminister Verteidigungsminister	Militärische Intervention	Kampf gegen den Terrorismus	Konflikt und Mission dauern an
USA Haiti	non-violent	Vermittlungsversuche der USA, anschließende Intervention	Präsident Beraterstab	Diplomatie mit Abkommen, Intervention	Bürgerkrieg > internationalen Konflikt	Konflikt gemildert, latent vorhanden
Irak	Violent	Entscheidung zum Einmarsch in den Irak vor dem UN-Sicherheitsrat	Präsident Außenminister Verteidigungsminister	Krieg	Kampf gegen den Terrorismus	andauernder Krieg
Russland Tschetschenien	violent	Einmarsch in Grosny	Präsident	Militärische Intervention, Kampf gegen Terroristen	Bürgerkrieg > internationalen Konflikt	Konflikt schwelt
Georgien	non-violent	Bindung der ehemaligen sowjetischen Republik an Russland	Präsident	Sanktionen, Verhandlungen, Propaganda	Kampf gegen den Terrorismus	angespanntes Verhältnis

Eigene Darstellung

3.2 Crucial Cases – Deutschland

Die empirische Überprüfung des Modells zur Untersuchung außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern erfolgt in Hinblick auf die Bundesrepublik Deutschland in der Analyse der Entscheidung der Unterstützung des NATO-Einsatzes im Kosovo-Konflikt und der Beteiligung am Einmarsch internationaler Truppen in Afghanistan.

Diese Fälle wurden gewählt, weil hier ein verändertes Selbstverständnis der Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung hinsichtlich sicherheitspolitischer Interventionen und Maßnahmen zu beobachten ist, welche in logischer Konsequenz auch das kommunikative Verhalten bzw. die Argumentation gewandelt haben.

3.2.1 Die Beteiligung der deutschen Bundeswehr im Rahmen des NATO-Einsatzes im Kosovo

Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien weist in der Zeit von 1989/90 bis 1995 unterschiedliche Brennpunkte auf. Der bis heute ungelöste Konflikt über den Status des Kosovo ist aber auf Grund des Einsatzes der NATO im Rahmen eines internationalen Konfliktmanagements von besonderer Bedeutung. Neben der Tatsache, dass hier sowohl die Europäische Union und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als auch die NATO und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beteiligt waren, ist in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland der Beginn eines veränderten nationalen Selbstverständnisses in der internationalen Politik mit diesem Fall verbunden.

Im Vorfeld der Analyse anhand des Rasters zur Untersuchung außenpolitischer Kommunikation werden kurz der situative Kontext wiedergegeben, die wichtigsten Prozesse erläutert und ein chronologischer Abriss über den Konflikt gegeben. Grundlage für die zu untersuchende Kommunikation sind die Entscheidung der Bundesregierung die NATO-Bombardements mit zu tragen, und die anschließenden Vermittlungsversuche des Führungsduos Schröder / Fischer.

Bemerkenswert an diesem Konflikt ist, dass sich hier eine vormals innerstaatliche Krise zu einem internationalen Krieg gewandelt hat, der zahlreiche Akteure sowohl staatlicher, ethnischer und internationaler Natur beschäftigt. Im Rahmen des Auflösungsprozesses des ehemaligen Jugoslawiens haben auch Minderheiten wie die der Kosovo-Albaner versucht, eigenständig zu werden. Dieser Prozess begann entscheidend mit den 1992 im Untergrund stattgefunden Wahlen der Kosovaren. Ib-

rahim Rugova wurde inoffiziell zum neuen Präsidenten nachdem Serbien dem Kosovo im Vorfeld jegliche Autonomie abgesprochen hatte. Im Nachgang zu den Wahlen fand ein paralleler Staatsaufbau zu dem der serbischen Regierung statt. Mit der offiziellen Beendigung des Jugoslawien-Krieges im Rahmen der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Dayton blieb das Kosovo jedoch unbeachtet und sein Status unerwähnt. Die friedliche Bewegung Rugovas wurde international zwar gesehen, jedoch nicht wirklich beachtet. Serbiens Präsident Slobodan Milosevic konnte somit ungehindert weiterhin die Autonomiebestrebungen des Kosovo unterdrücken. Als dies jedoch vermehrt auch mit Gewalt verbunden war und international keinerlei Unterstützung der Kosovaren erfolgte, erfuhren militante Mitglieder der friedlichen Bewegung Rugovas immer größeren Zuspruch. Dies kulminierte in der Gründung der kosovarischen Befreiungsarmee UCK. Das Nicht-Einschreiten der europäischen Gemeinschaft ist auch darin begründet, dass sich hier international unterschiedliche Parteien in der Frage um die Zukunft Jugoslawiens gegenüberstanden: Die Russische Föderation stand traditionell auf Seiten Serbiens und kam Aufforderungen zur Vermittlung durch die Europäische Union lange Zeit nicht nach. Dem gegenüber standen die Europäische Union sowie die USA, welche erst nach zunehmenden Spannungen 1997 mit der Gründung der Balkan-Kontaktgruppe die Initiative zum Konfliktmanagement ergriffen²⁶¹. Da sich aber auch auf europäischer Ebene keine Einigung über eine gemeinsame Stellungnahme erreichen ließ, versuchten die Außenminister Frankreichs und Deutschlands (Klaus Kinkel) am 19.11.1997 mit einem Brief an Milosevic, diesen zu einer friedlichen Einigung aufzurufen. Im Gegenzug zu Verhandlungen mit den Kosovaren sollten Serbien Handelspräferenzen wieder gewährt werden²⁶². Unbeachtet dieser Forderung eskalierte die Gewalt in der Region im Februar 1998. Auf die bürgerkriegsähnliche Situation versuchte erneut die Balkan-Kontaktgruppe, bestehend aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und den USA sowie Russland, zu reagieren. Zu diesem Zeitpunkt konnte auch die gemeinsame europäische Zustimmung zu einer Resolution erreicht werden, die weder die völlige Unabhängigkeit des Kosovos noch die bislang erfolgte gewaltsame Vorgehensweise Serbiens unterstützte und die Entsendung eines gemeinsamen Vermittlers beinhaltete. Milosevic lehnte jedoch jeglichen Vermittlungsversuch mit der Be-

²⁶¹ Vgl.: Michael Raith: *Der rot-grüne Beitrag zur Konfliktregelung in Südosteuropa - Eine Rollen- und Zivilmachttheoretische Untersuchung der deutschen Kosovo- und Mazedonienpolitik*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2006, S. 142.

²⁶² Vgl.: Cemal Karakas: *Die Balkankrise als Gegenstand der GASP*, Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag, 2004, S. 111.

gründung der Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten ab. Dieser Argumentation folgte auch die russische Regierung lange Zeit. Ein erneuter Versuch der Konfliktlösung wurde von der EU am 19. März 1998 mit der Veröffentlichung eines gemeinsamen Standpunktes unternommen: Die Konfliktparteien wurden dazu aufgerufen, im gemeinsamen Dialog eine politische Lösung zu erarbeiten. Zudem wurde das Waffenembargo der EU gegenüber Rest-Jugoslawien bestätigt sowie handelspolitische Sanktionen und ein Visa-Verbot für serbische Amtsträger verhängt²⁶³. Ungeachtet dieser zahlreichen Warnungen und Aufrufe der internationalen Gemeinschaft erfolgte im Juli 1998 eine serbische Großoffensive gegen das Kosovo, welche am 17. August von einem weiteren Vermittlungsversuch der Vereinten Nationen beantwortet wurde. Bis in den Herbst 1998 verhallten erneute Aufforderungen zum Waffenstillstand und der friedlichen Beilegung des Konfliktes ungehört, was schließlich die Androhung der NATO mit Bombardements auf serbische Militärstützpunkte zur Folge hatte. Zwar konnte bis dahin auf Grund des Vetos der Russischen Föderation im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen keine Resolution erreicht werden. Dennoch erfolgt diese Drohung von Seiten der NATO mit Unterstützung der USA und weiten Teilen Europas. Nach dem Fund erster Massengräber in Folge möglicher Massaker durch die Serben am 15. Januar 1999 durch Mitarbeiter der OSZE setzte ein abruptes Umdenken in den westlichen Regierungen ein: Die bisherige Verhandlungsdiplomatie wurde mit Hilfe der NATO in verschärfte Drohungen und erhöhten Druck umgewandelt. Alle weiteren Vermittlungs- und Verhandlungsbemühungen scheiterten nicht nur wegen der Weigerung Serbiens, sondern auch wegen der Gespaltenheit der westlich-russischen Kooperation²⁶⁴. Bis zuletzt konnte keine einheitliche Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen auf Grund des Vetos Russlands erreicht werden. Schließlich wurde Russland über wirtschaftspolitische Verhandlungen im Rahmen der G-8 Konferenzen für eine gemeinsame Haltung gegen Milosevic eingebunden. Das Scheitern jeglicher diplomatischer Versuche zur Konfliktlösung wurde am 24. März 1999 mit dem Einsatzbefehl durch NATO-Generalsekretär Javier Solana besiegelt. Jugoslawische Stellungen wurden ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates bombardiert, bis am 6. Juni die serbische Führung unter Slobodan Milosevic dem sofortigen Truppenabzug und weiteren Verhandlungen zustimmte. Bis

²⁶³ Vgl.: Karakas: *Die Balkankrise als Gegenstand der GASP*, S. 111.

²⁶⁴ Vgl.: Raith: *Der rot-grüne Beitrag zur Konfliktregelung in Südosteuropa - Eine Rollen- und Zivilmachttheoretische Untersuchung der deutschen Kosovo- und Mazedonienpolitik*, S. 148.

zu diesem Zeitpunkt war die deutsche Regierung meist nur im Rahmen europäischer Initiativen in das Konfliktmanagement eingebunden. Grund dafür waren der Regierungswechsel 1998 von Bundeskanzler Helmut Kohl zu Gerhard Schröder und die damit verbundene Kabinetts-Neubildung. Außerdem musste für eine Unterstützung und Beteiligung deutscher Truppen im Rahmen der NATO-Mission erst die Zustimmung des Bundestages sowie des Bundesverfassungsgerichtes eingeholt werden. Ein weiterer Grund für die bis dahin sehr zurückhaltende Position Deutschlands war auch die Verunsicherung aus der letzten außenpolitischen Initiative auf dem Balkan 1991. Die Anerkennung der Republiken Slowenien und Kroatien führte damals zu Auseinandersetzungen innerhalb der Europäischen Union²⁶⁵. Während der Kampfeinsätze durch die NATO jedoch kam Deutschland auf Grund einer aktiv gestalteten Sicherheitspolitik eine ausschlaggebende Rolle im internationalen Konfliktmanagement zu²⁶⁶. Im Rahmen der angepassten Strategie wurde der so genannte Fischer-Plan eingebracht. Außenminister Joschka Fischer präsentierte bereits am 14. April 1999 auf dem EU Gipfel eine Initiative der Bundesregierung für eine mögliche Konfliktlösung im Kosovo. Dieser Plan beinhaltete neuerliche diplomatische Bemühungen der westlichen Staaten zur friedlichen Beilegung des Konfliktes. Diese Road Map des Auswärtigen Amtes definierte die Interventionsziele neu und schlug einen Stabilisierungspakt zur Sicherung des Friedens auf dem Balkan vor. Der 12 Punkte umfassende Plan traf innerhalb der G8 ebenfalls auf Zustimmung und sollte neben dem Rückzug der serbischen Truppen auch die Rückkehr der vertriebenen Kosovo-Albaner unter UN-Aufsicht und einer wirksamen zivilen und militärischen Präsenz der westlichen Mächte und Russlands sichern. Unter einem NATO- Mandat sollte die Aufteilung des Kosovo in 5 Zonen erfolgen, welche durch Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und die USA überwacht werden sollten. Dadurch würde nicht zuletzt die Einrichtung einer Übergangsverwaltung unterstützt²⁶⁷. Der Fischer-Plan wurde zwar wie bereits erwähnt von den westlichen Regierenden angenommen, doch die Zustimmung Russlands konnte erst nach zahlreichen Vermittlungsinitiativen von Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer im Rahmen bilateraler Verhandlungen auf unterschiedlichsten Ebenen erreicht wer-

²⁶⁵ Vgl.: Karakas: *Die Balkankrise als Gegenstand der GASP*, S. 115.

²⁶⁶ Vgl.: Raith: *Der rot-grüne Beitrag zur Konfliktregelung in Südosteuropa - Eine Rollen- und Zivilmachttheoretische Untersuchung der deutschen Kosovo- und Mazedonienpolitik*, S. 150.

²⁶⁷ Vgl.: Karakas: *Die Balkankrise als Gegenstand der GASP*, S. 116.

den²⁶⁸. Unter anderem spielte hier der russische Vermittler und Sonderbeauftragte für den Kosovo-Konflikt, Victor Tschernomyrdin, eine entscheidende Rolle. Als weiterer diplomatischer Erfolg Deutschlands in dieser Situation kann die Ernennung des finnischen Präsidenten Ahtisaaris als Verhandlungsführer der EU gesehen werden. Nach langen Verhandlungen mit Russland, stimmte auch Jelzin der Road Map am 6. Mai 1999 schließlich zu. Das soeben hart errungene Bündnis aus Europäern, den USA und Russland wurde jedoch bereits zwei Tage später schwer erschüttert. Die USA bombardierten im Rahmen der NATO-Einsätze die chinesische Botschaft in Jugoslawien, was zu schwerwiegenden Verstimmungen zwischen den USA und China führte. China spielte jedoch auf Grund seiner Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat eine entscheidende Rolle für das weitere völkerrechtlich legitimierte Vorgehen im Kosovo. Gelöst werden konnte auch diese sicherheitspolitische Spannungslage durch Vermittlung der bundesdeutschen Regierung. Bei seinem Besuch in Peking konnte Bundeskanzler Gerhard Schröder ein Einlenken der chinesischen Führung dahingehend erreichen, das weitere Vorgehen im ehemaligen Jugoslawien nicht durch ein Veto im Sicherheitsrat zu blockieren²⁶⁹.

Mit dem Einlenken Milosević's am 9. Juni 1999 wurden die NATO-Einsätze beendet und es folgte der im Fischer-Plan vorgesehene Einsatz einer internationalen Friedensstruppe mit einem Mandat des UN-Sicherheitsrates. Der so genannte KFOR Einsatz dauert bis heute an und wurde nachhaltig von der deutschen Führung mitgestaltet. Somit hat Deutschland den kompletten Zyklus des Konfliktmanagements absolviert: Von diplomatischen Verhandlungen, über militärische Intervention, bis hin zur Konfliktnachsorge²⁷⁰.

Im Folgenden werden nun die dargestellten Sachverhalte auf das Raster zur Untersuchung außenpolitischer Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern bezogen.

Machtverhältnisse und Führungsstil

Hinsichtlich der Positionierung im internationalen System und dem eigenen Machtverständnis der Bundesrepublik Deutschland ist dieser Fall besonders interessant:

²⁶⁸ Vgl.: Raith: *Der rot-grüne Beitrag zur Konfliktregelung in Südosteuropa*, S.152.

²⁶⁹ Vgl.: ebd., S. 154.

²⁷⁰ Vgl.: Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Regierung Schröder / Fischer: Zwischenbilanz und Perspektiven, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B48/2002, http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=LMMEH5&page=6, Abrufdatum: 19.03.2007.

Nach anfänglicher Zurückhaltung und lediglich unterstützender Funktion innerhalb der europäischen und nordatlantischen Allianz hat die Bundesregierung ihr Selbstbewusstsein bis hin zur Übernahme einer Führungsrolle in der Konfliktnachbereitung gesteigert. Die zurückhaltende Positionierung wird in der engen Einbindung in die internationalen Bündnisse sowie der großen Solidarität und Loyalität gegenüber den Partnern deutlich²⁷¹. Zur Stärkung dieser Positionierung wurden neben einer konsequent verfolgten bilateralen Verhandlungsdiplomatie erstmals in der deutschen Geschichte seit 1945 auch militärische Mittel zur Konfliktlösung eingesetzt:

„1999 beteiligte sich die Bundeswehr erstmals an einem Krieg.“²⁷²

Diese Entwicklung in der Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung Schröder / Fischer bezeichnet Christian Hacke auch als Kombination aus „modifizierter Kontinuität und selektivem Wandel“²⁷³. Auch wenn hier lediglich eine Unterstützung einer internationalen Intervention ohne direkte Kampfbeteiligung deutscher Soldaten festzuhalten ist, so stellt das Engagement der deutschen Regierung in diesem Fall eine Kombination aus Diplomatie (bilateral und Konferenzdiplomatie) und dem Einsatz militärischer Gewalt dar. Wichtig ist an dieser Stelle festzuhalten, dass die Tendenz, einer Unterstützung der NATO nicht ablehnend gegenüber zu stehen, bereits unter der Vorgänger-Regierung Helmut Kohls und seinem Außenminister Klaus Kinkel zu beobachten war. Damit kann ein parteiunabhängiger Wille zur Übernahme einer führenden Rolle beobachtet werden²⁷⁴. Erfolgreich war dies auch unter anderem dadurch, dass sowohl Schröder als auch Fischer sich um eine nachhaltige und kontinuierliche Kommunikation und Vernetzung mit den Partnern, aber auch dem anfangs weniger freundschaftlich gestimmten Russland bemühten. Mit der veränderten, selbstbewussteren Rolle wuchs automatisch auch die Reputation der bundesdeutschen Akteure im Konfliktlösungs-Prozess²⁷⁵. Diplomatische Erfolge, wie die Er-

²⁷¹ Vgl.: Raith: *Der rot-grüne Beitrag zur Konfliktregelung in Südosteuropa*, S. 104

²⁷² In: Rolf Clement: Die neue deutsche Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bundeszentrale für politische Bildung, B11/2004, <http://www.bpb.de/publikationen/RO0AJ3.html>, Abrufdatum: 19.03.2007.

²⁷³ In: Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Regierung Schröder / Fischer: Zwischenbilanz und Perspektiven, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B48/2002, http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=LMMEH5&page=6, Abrufdatum: 19.03.2007.

²⁷⁴ Vgl.: Raith: *Der rot-grüne Beitrag zur Konfliktregelung in Südosteuropa*, S. 93.

²⁷⁵ Vgl.: Bundesregierung online: *Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu den Ergebnissen des Europäischen Rates am 3./4. Juni 1999 in Köln*, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/regierungserklaerung/10/11710/multi.htm>, Abrufdatum: 19.03.2007.

nennung des finnischen Präsidenten zum EU-Verhandlungsführer, zeigen ebenso wie die Durchsetzung eines Großteils des Fischer-Plans die gewachsene Beachtung deutscher Initiativen im internationalen Mächtekonkordanz. Dies lag nicht zuletzt auch an dem ausgeprägten Gestaltungswillen der Bundesregierung²⁷⁶.

„Die deutsche Präsidentschaft hat diese Einheit auch in der Europäischen Union maßgeblich gestaltet und erhalten. Über die G8 und die Beauftragung von Präsident Ahtisaari hat sie erreicht, daß sich dann auch Rußland dem internationalen Konsens angeschlossen hat. Europa hat unter deutscher Präsidentschaft in der Kosovo-Krise Führungskraft bewiesen.“²⁷⁷

Grundlage für diesen erfolgreichen *Aktionismus aus politikwissenschaftlicher Perspektive* war auch das sehr ausgewogene Verhältnis zwischen Bundeskanzler Schröder und seinem Außenminister Fischer. In enger Abstimmung erfolgte eine sachdienliche Aufgabenteilung, die der Stabilisierung der deutschen Rolle äußerst zuträglich war. Gepaart mit einem aktiven Außenpolitikstil und einer positiven und engagierten Einstellung gegenüber seinem Amt, konnte Bundeskanzler Schröder die Herausforderungen des Konfliktmanagements auf dem Balkan überzeugend mit der deutschen Ratspräsidentschaft der EU verknüpfen. Aus *kommunikationswissenschaftlicher Perspektive* kann im vorliegenden Fall von einem sehr komplexen Kontext der Kommunikation gesprochen werden, da Deutschland sich mit einem veränderten internationalen Umfeld ebenso wie mit einer Neudefinition der eigenen Rolle auseinandersetzen musste. Hinsichtlich der *Zielbewertung und Zielorientierung im Prozess des Konfliktmanagements* war für die Bundesregierung charakteristisch, dass das Ziel der tendenziell friedlichen Lösung des Konflikts zwar nur auf Umwegen, jedoch auf Grund der Willensstärke und dem Festhalten an diesem Ziel durch die Bundesregierung erreicht werden konnte.

Strategie der Sicherheitspolitik und Politikstil

Insgesamt kann von einer idealpolitisch orientierten Einstellung der Bundesregierung in Bezug auf den Kosovo-Konflikt gesprochen werden, da unterschiedliche Partner

²⁷⁶ Vgl.: Raith: *Der rot-grüne Beitrag zur Konfliktregelung in Südosteuropa*, S. 156.

²⁷⁷ In: Bundesregierung online: *Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder zu den Ergebnissen des Europäischen Rates* am 3./4. Juni 1999 in Köln, 8.6.1999, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/regierungserklaerung/10/11710/multi.htm>, Abrufdatum: 28.1.2006.

und Organisationen einbezogen wurden. Wie Michael Raith in seiner Analyse zum Rollenkonzept der Bundesrepublik Deutschland in den Einsätzen auf dem Balkan eindeutig nachweist, liegt im Fall des Konfliktmanagements im Kosovo ein Zivilmacht-konzept der Bundesregierung vor. Die Betonung kollektiver Normen und Werte sowie eine aktive Gestaltung des Konfliktmanagements im Rahmen einer kooperativen und partnerschaftlichen Mission konnten der Bundesregierung ebenso nachgewiesen werden wie der Einsatz für Verhandlungen und der Versuch der Mediation zwischen verhärteten Fronten²⁷⁸. Deutlich wird die Betonung gemeinsamer Werte in einer Rede des Bundeskanzlers Gerhard Schröder vor dem Europäischen Parlament:

„Die europäische Wertegemeinschaft würde zum hohen Wort, wenn wir Europäer zuließen, daß nur eine Flugstunde von hier entfernt, mitten auf unserem Kontinent, die Grundsätze mit Füßen getreten werden, auf denen die Europäische Union errichtet ist: Demokratie, Recht und Gesetz, Freiheit und Solidarität mit den Schwächeren.“²⁷⁹

Das nachhaltige Engagement Deutschlands für eine diplomatische Lösung im Kosovo zeigt sich nicht zuletzt in der Ausarbeitung des Fischer-Plans, welcher von Bundeskanzler Schröder wie folgt als mögliche Konfliktlösung vorgeschlagen wurde:

„[...] übergreifenden Regionalstrategie, eine Art Stabilitätspakt für die Balkanregion. Eine solche Strategie soll den Weg der Anbindung an die Europäische Union, an den Binnenmarkt wie an die europäische Wertegemeinschaft eröffnen. Die deutsche Präsidentschaft hat hierzu ein Konzept unterbreitet.“²⁸⁰

Die Wahl der Mittel war der Bundesregierung in diesem Fall nicht immer selbst überlassen. Die vorrangige Konzentration auf Verhandlung, Mediation und Diplomatie im weitesten Sinne konnte auf Grund des internationalen Drucks nicht ohne die Beteiligung an einer militärischen Intervention durchgehalten werden. Im Rahmen

²⁷⁸ Vgl.: Raith: *Der rot-grüne Beitrag zur Konfliktregelung in Südosteuropa*, S. 321.

²⁷⁹ Vgl.: Bundesregierung online: Bilanz-Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Sonder-ER Berlin im Europäischen Parlament am 14. April 1999 in Straßburg, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/97/11697/multi.htm>, Abrufdatum: 06.02.2006.

²⁸⁰ Vgl.: ebd.

der diplomatischen Bemühungen haben die Akteure der Bundesrepublik jedoch zahlreiche Versuche zur politischen Beilegung des Konflikts unternommen. Diese reichten von bilateralen Gesprächen mit allen Beteiligten (Konfliktparteien, Vertreter internationalen Organisationen, indirekt Beteiligten wie der Volksrepublik China) über ausgiebige Verhandlungen mit den Bündnispartnern und einem anfänglich wenig kooperativen Russland bis hin zum Engagement in Sondergremien wie der Quint²⁸¹. Diesem Gremium gehörten die fünf westlichen Mitglieder der Balkan-Kontaktgruppe an. Außenminister Fischer nutzte dieses Forum regelmäßig für ausführliche Telefonkonferenzen mit seinen Partnern um eine einheitliche Position zu erreichen. Ergänzt wurden diese Gespräche durch Staatsbesuche und das Stattfinden von Konferenzen in Deutschland als relativ neutralem und dennoch aktiv gestaltendem Land²⁸². Ausschlaggebend war insbesondere in der Anfangszeit des Konfliktes die enge Einbindung der Bundesrepublik in die internationalen und regionalen Bündnisse. Bündnistreue und Loyalität gegenüber NATO, den Vereinten Nationen und der OSZE sowie der EU bestimmten anfänglich die strategische Ausrichtung des deutschen Engagements:

„Ich versichere Ihnen: Deutschland kann und will keinen Sonderweg gehen. Wir sind im Bündnis mit unseren europäischen und amerikanischen Freunden Schritt für Schritt erwachsen geworden.“²⁸³

„Maßvolles Auftreten, Berechenbarkeit, Dialogfähigkeit und Kompromissbereitschaft, aber auch die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, werden Markenzeichen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik bleiben.“²⁸⁴

Aus dieser zurückhaltenden Strategie wurde nach und nach eine offensiv verfolgte Initiative, die vom Gestaltungswillen des Duos Schröder / Fischer geprägt war, und

²⁸¹ Vgl.: Raith: *Der rot-grüne Beitrag zur Konfliktregelung in Südosteuropa*, S. 148.

²⁸² Im Anhang dieser Arbeit findet sich eine Übersicht aller diplomatischen Bemühungen der Bundesregierung im Jahre 1999.

²⁸³ In: Bundesregierung online, *Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der „Münchener Tagung für Sicherheitspolitik“ zum Thema „Deutsche Sicherheitspolitik an der Schwelle des 21. Jahrhunderts“*, 6.2.1999, in: <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/94/11694/multi.htm>, Abrufdatum: 06.02.2007.

²⁸⁴ In: Bundesregierung online: *Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der 37. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Hamburg (CCH)*, 29.11.1999, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/44/11744/multi.htm>, Abrufdatum: 6.2.2007.

die die Implementierung einer friedlichen Lösung innerhalb der internationalen Gemeinschaft zum Ziel hatte.

Aus spieltheoretischer Sicht lag somit ein Koordinationsspiel ohne Verteilungskonflikt für Deutschland vor, da die Strategie zwar von deutschen Interessen beeinflusst war, vorrangig jedoch eine gesamteuropäische Lösung unter Einbindung Russlands und der USA angestrebt wurde. Bestimmend waren dabei der Versuch der „Balance of Power“ und die Durchsetzung eines kollektiven Sicherheits- und Stabilitätsbündnisses. Die ausgleichende Rolle, die Deutschland zwischen den oftmals verhärteten Fronten zwischen den USA, der EU und Russland zukam, war kennzeichnend für den Konflikt.

Der politische Stil des Führungsduos Schröder / Fischer kann im Konvertierungsmodell nach Fagagnini dem Kompromiss- sowie dem Synthese-Stil zugeordnet werden. Die eigenen Interessen wurden zwar berücksichtigt, in den offiziellen Verhandlungen meist hinten angestellt, um in einem übergreifenden Kompromiss zwischen allen Beteiligten eine friedliche Lösung auf dem Balkan zu erreichen:

„Denn um einen Konsens herzustellen, brauchen wir – [...] – die internationalern und die regionalen Partner. [...] Es wird aber auch darum gehen, einen Konsens im Sicherheitsrat zu erreichen. [...] Wir müssen und werden auf verschiedenen Ebenen politisch agieren. Die Bundesregierung hat im Rahmen der Kontaktgruppe, der Europäischen Union, der NATO und des Sicherheitsrates alles getan und wird weiterhin alles tun, um diese Perspektive voranzubringen.“²⁸⁵

Abschließend kann somit aus *politikwissenschaftlicher Sicht* von einem Strategie-Wechsel (von anfangs eher zurückhaltender Bündnistreue hin zu einem aktiven Engagement) mit dem gleich bleibenden Ziel einer friedlichen Lösung gesprochen werden, welches es durch einen aktiven und kompromiss-orientierten Politikstil anzustreben galt. *Kommunikationswissenschaftlich* hat sich der Inhalt der zu vermittelnden Botschaft trotz Änderung der verfolgten Strategie nicht verändert. Im Rahmen des *Konfliktmanagements* kann von einer einheitlichen Beurteilung der Situation

²⁸⁵ In: Bundesregierung online: *Bulletin der Bundesregierung*, Nr. 52-2, 27.05.2004, Rede des Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer, zur Kosovo-Politik vor dem Deutschen Bundestag, <http://www.archiv.bundesregierung.de>, Abrufdatum: 6.2.2007.

innerhalb der Führungsebene in Deutschland gesprochen werden, was der Stärkung der eigenen Position im internationalen Umfeld zuträglich war.

Kommunikationsstil

Der Kommunikationsstil der Bundesregierung während des Kosovo-Konfliktes ist gekennzeichnet von der Beachtung der öffentlichen Meinung für den außenpolitischen Entscheidungsprozess. Dies muss jedoch im Fall des Kosovo-Einsatzes auch vor dem Hintergrund der systemischen Bedingung gesehen werden: Vor einer Beteiligung deutscher Soldaten im Rahmen der NATO-Mission mussten erst das Bundesverfassungsgericht und der Bundestag in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden. Hierfür war die Zustimmung aus der Bevölkerung unabdingbar:

„An dem Einsatz der NATO sind auch Soldaten der Bundeswehr beteiligt. So haben es Bundesregierung und der Deutsche Bundestag beschlossen – in Übereinstimmung mit dem Willen der großen Mehrheit des Deutschen Volkes.“²⁸⁶

„[...] möchte ich Ihnen, den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Dank sagen, daß Sie die Kosovo-Politik der Bundesregierung in Ihrer überwältigenden Mehrheit mitgetragen haben. Ich glaube, daß uns in den vergangenen Wochen bei allen, auch kontroversen und oft emotional geführten Diskussionen im Bundestag wie in der Bevölkerung ein Grundkonsens verbunden hat. Europa ist unteilbar. Seine Werte und seine demokratischen Errungenschaften dürfen an den Grenzen der Europäischen Union nicht halt machen.“²⁸⁷

Das letztere der beiden Zitate kann zugleich als Beleg für die verfolgte sprachliche Strategie der Bundesregierung im Kosovo-Konflikt gesehen werden: Die Verknüpfung von der Verteidigung gemeinschaftlicher Werte, Traditionen und Normen spielte

²⁸⁶ In: Bundesregierung online: *Erklärung des Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Lage im Kosovo*, 24.3.1999, <http://www.archiv.bundesregierung.bpaexport/rede/96/11696/multi.htm>, Abrufdatum: 28.1.2007.

²⁸⁷ In: Bundesregierung online: *Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder zu den Ergebnissen des Europäischen Rates* am 3./4. Juni 1999 in Köln, 8.6.1999, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/regierungserklaerung/10/11710/multi.htm>, Abrufdatum: 28.1.2007.

hinsichtlich der Erlangung eines Bundestagsmandates für die Unterstützung der NATO-Mission sowie der anschließenden KFOR- Einsatztruppe durch die Bundeswehr einen ausschlaggebende Rolle:

„Zum ersten Mal kämpften im Frühjahr 1999 deutsche Soldaten für wahrhaft europäische Werte – [...]: für die Verteidigung der Menschenrechte, für die Beendigung von Mord und Vertreibung. [...] Treibendes Motiv für unser multilaterales Engagement ist die Verpflichtung auf das Prinzip des friedlichen Interessenausgleichs. [...] Der Einsatz militärischer Mittel, so wie im Kosovo erfolgt, ist für uns immer nur ultima ratio.“²⁸⁸

„Mit der gemeinsam von allen Bündnispartner getragenen Aktion verteidigen wir auch unsere gemeinsamen grundlegenden Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Werte, nur eine Flugstunde von uns entfernt, mit Füßen getreten werden.“²⁸⁹

Ergänzt wurde die Betonung von Werten durch den Tatbestand der Notwendigkeit humanitärer Hilfe und der Beendigung der Gräueltaten Slobodan Milosevics. Diese Verknüpfung unterschiedlicher Maßnahmen und der Forderung nach humanitärer Hilfe für die Bewohner des Kosovo wurden offen und direkt vertreten. In der Beurteilung der Außenpolitik unter dem Duo Schröder / Fischer wird oft auch von einer Kombination aus

„rhetorische[r] Kontinuität und praktische[m] Wandel“²⁹⁰

gesprochen. Dies zeigt sich insbesondere im vorliegenden Fall: Eine Anpassung der Mittel und Beibehaltung der traditionellen Werte und Leitlinien in der Außen- und Sicherheitspolitik.

²⁸⁸ In: Bundesregierung online: *Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der 37. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Hamburg (CCH)*, 29.11.1999, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/44/11744/multi.htm>, Abrufdatum: 6.2.2007.

²⁸⁹ In: Bundesregierung online: *Erklärung des Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Lage im Kosovo*, 24.3.1999, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/96/11696/multi.htm>, Abrufdatum: 28.1.2007.

²⁹⁰ In: Christian Hacke: *Die Außenpolitik der Regierung Schröder / Fischer: Zwischenbilanz und Perspektiven*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B48/2002, http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=LMMEH5&page=6, Abrufdatum: 19.03.2007.

Die Bundesregierung argumentierte in bilateralen Verhandlungen ebenso wie innerhalb der internationalen Gemeinschaft meist offen und direkt im Rahmen einer Basisstrategie. Lediglich die Verhandlungen mit Russland verliefen teilweise auf geheimdiplomatischer Ebene. Als Kaschierstrategie kann die Einbindung Russlands über die Verhandlungen der G8 gesehen werden. Hier wurden unterschiedliche thematische Schwerpunkte verknüpft um das Ziel eines gemeinschaftlichen Beschlusses zur friedlichen Lösung zu erreichen.

Eines der wenigen indirekten Kommunikationsmittel war der von Deutschland und Frankreich gemeinsam verfasste Brief an die jugoslawische Regierung zu Beginn des Konfliktes mit dem Aufruf, sich den Friedensbemühungen der internationalen Gemeinschaft anzuschließen²⁹¹. Ebenso zählen hierzu die gemeinsamen Stellungnahmen der Europäischen Union und des UN-Sicherheitsrates. Gleichzeitig stellen diese kommunikativen Vorgänge die einzig nonverbalen Äußerungen der Bundesregierung dar. In eine weiter gefasste Definition von nonverbaler Kommunikation kann auch das ausgeprägte Engagement der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Organisation der zahlreichen Konferenzen und Treffen einbezogen werden:

*„Die Entwicklung im Kosovo stellt uns auch heute vor schwerwiegende Entscheidungen. Wir begrüßen es, daß die Konfliktparteien die von der Kontaktgruppe geforderten Friedensverhandlungen jetzt offenbar aufnehmen wollen. Ich kann die Parteien von hier aus nur noch einmal dringend aufrufen, die Chance zum Frieden zu nutzen. Der Staatengemeinschaft ist es bitter ernst, die weitere Verletzung der Menschenrechte und weiteren Morden im Kosovo zu unterbinden. Wie wissen auch, daß es dazu einer militärischen Absicherung bedürfen wird. Deutschland wird dabei seinen Beitrag leisten.“*²⁹²

²⁹¹ Vgl.: Karakas: *Die Balkankrise als Gegenstand der GASP*, S. 111.

²⁹² In: Bundesregierung online: *Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der „Münchener Tagung für Sicherheitspolitik“ zum Thema „Deutsche Sicherheitspolitik an der Schwelle des 21. Jahrhunderts“*, 6.2.1999, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/94/11694/multi.htm>, Abrufdatum: 6.2.2007.

Interkulturell kommunikativ gesehen, ist dieser Fall ebenso wie die zu Grunde liegenden Konfliktstrukturen sehr komplex²⁹³, da es sich um Beteiligte aus verschiedenen Kulturkreisen handelt. Ausgehend von der Kommunikation der Bundesrepublik kann in Bezug auf den Umgang mit Unsicherheit festgehalten werden, dass sich dieser im Verlauf des Konflikts zu einer Stärkung des Selbstbewusstseins verändert hat. Das lineare Zeitverständnis und die kollektivistische Orientierung der Bundesregierung haben ein strukturiertes und engagiertes Handeln ermöglicht. Problembehaftet war dies lediglich in der Kommunikation mit Vertretern aus tendenziell eher individualistisch orientierten Gesellschaften wie den USA oder auch Russland.

Die Erwartung an die Kommunikation der Bundesregierung war von Beginn an sehr hoch. Sowohl aus dem eigenen Land als im Laufe des Konflikts verstärkt auch aus der internationalen Umwelt musste sich das Führungsduo Schröder / Fischer an ihren ambitionierten Vorstellungen hinsichtlich einer kollektiv getragenen friedlichen Lösung messen lassen. Der innenpolitische Druck erhöhte sich zudem durch den erstmaligen Einsatz der Bundeswehr und den dafür notwendigen Zustimmungen von Seiten des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundestages. Dem konnten die bestimmenden Akteure in Deutschland aus mehreren Gründen standhalten: Konsequente Abstimmung und guter Wissenstransfer zwischen den Ministern und dem Bundeskanzler sind an dieser Stelle ebenso wie die Einbeziehung des Gesamtkontextes und somit eines umfassenden Problembewusstseins zu nennen.

Zusammenfassend kann für die dritte Dimension aus *politikwissenschaftlicher Perspektive* festgestellt werden, dass die Akteure unter Berücksichtigung der öffentlichen Meinung eine zumeist offene, verbale und direkte Kommunikation verfolgt haben und nur in Einzelfällen auf interkulturelle Differenzen gestoßen sind. Eine klare und prägnante Übermittlung der Botschaft zur Erreichung kooperativer Ziele im Rahmen einer friedlichen Lösung war somit bestimmend für den Kommunikationsstil von Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem Außenminister Joschka Fischer. Aus *kommunikationswissenschaftlicher Perspektive* haben lediglich im Verhältnis zu Russland individuelle Differenzen einen sonst sehr reibungslosen Kommunikationsprozess behindert. Durch die Vielzahl von Treffen und Konferenzen, welche fast immer mit deutscher Beteiligung oder auf deutschem Territorium verliefen, konnte ein guter Informationsfluss zu Gunsten der Bundesrepublik gewährleistet werden. Zu-

²⁹³ Vgl.: Imbusch, Peter: Der Staatszerfall Jugoslawiens, in: Imbusch, Peter / Zoll, Rolf (Hg.): *Friedens- und Konfliktforschung – Eine Einführung*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, [223-250], S. 223.

dem wurden alle geläufigen Möglichkeiten der Kommunikation zur *Konfliktlösung* eingesetzt:

- Konferenzdiplomatie
- bilaterales Gespräch
- Telefonat
- Staatsbesuch
- Einsatz Dritter in Verhandlungen / Mediation
- Nutzung des Forums internationaler Organisationen
- Stellungnahmen und Positionen

Ebenso wie für den Politikstil kann in Bezug auf den Kommunikationsstil des Duos Schröder / Fischer von einem großen Engagement und ausgeprägtem Gestaltungswillen gesprochen werden.

3.2.2 Der Einsatz der deutschen Bundeswehr im Kampf gegen den internationalen Terrorismus in Afghanistan

Der zweite zu untersuchende Fall sicherheitspolitischer Kommunikation in Deutschland seit dem Ende des Kalten Krieges ist der Einsatz deutscher Bundeswehrsoldaten im Rahmen des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus in Afghanistan. Die Entscheidung der Entsendung deutscher Soldaten in diesen Einsatz ist auch deshalb für die Analyse außenpolitischer Kommunikation und ihrer beeinflussender Faktoren von Bedeutung, da hier eine Entscheidung hinsichtlich eines sicherheitspolitisch aktuellen und brisanten Themas von Bundeskanzler Gerhard Schröder nur mit innenpolitischem Druck durchgesetzt werden konnte: Er verknüpfte die Entscheidung über die Entsendung der Bundeswehr-Einheiten mit der Vertrauensfrage um sich einer Zustimmung versichern zu können. Zudem wurde nach der langwierigen und schwierigen Entscheidungsfindung hinsichtlich dieses Einsatzes die Diskussion bezüglich einer Vereinfachung der Entscheidungsstrukturen im Bereich der Sicherheitspolitik in Deutschland eröffnet.²⁹⁴

Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 formierte sich eine starke Koalition mit den USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Auf Grund der Vermutung, der Terrorchef Osama bin Laden habe in Afghanistan unter dem Taliban-Regime Zuflucht gefunden, erwirkten die USA unter Präsident George

²⁹⁴ Vgl.: Cord Meier-Klodt: *Einsatzbereit in der Krise? Entscheidungsstrukturen der deutschen Sicherheitspolitik auf dem Prüfstand*, SWP-Studie, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, Oktober 2002, S. 34.

W. Bush einen raschen Einsatz gegen das Land unter dem Deckmantel der Bekämpfung weiterer potentieller Attentäter und der völkerrechtlichen Grundlage des Rechtes auf Selbstverteidigung.²⁹⁵ Neben den USA war Großbritannien an der Militäroffensive im Winter 2001 beteiligt. Die Offensive „Enduring Freedom“ zur Ablösung des Taliban-Regimes begann am 7. Oktober 2001 und dauerte bis zur Unterzeichnung des Petersburger-Abkommens und der im Anschluss daran verabschiedeten UN-Resolution. Während der Militäroffensive, an welcher die Bundesrepublik nicht beteiligt war, wurden von Seiten der Bundesregierung mehrfach auf politisch-diplomatischer Ebene mit Partnern in der Region und in Europa Versuche unternommen, über die Zukunft Afghanistans und der weiteren Entwicklung im Kampf gegen den Terrorismus zu beraten.²⁹⁶ So besuchte Außenminister Joschka Fischer Pakistan und weitere Nachbarländer der Region um ein internationales Vorgehen abzustimmen.²⁹⁷

Die Bundesrepublik Deutschland hatte den USA bereits unmittelbar nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon die volle Unterstützung bei der Ergreifung der Verantwortlichen um Osama bin Laden und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zugesagt.²⁹⁸ Von Relevanz in der vorliegenden Analyse ist die Zeitspanne zwischen der Zusage der Unterstützung bis zur endgültigen Beschlussfassung der Entsendung deutscher Verbände in die Region. Diese Zusage der Unterstützung wurde auf dem deutsch-französischen Gipfel am 24. Oktober sowohl von Bundeskanzler Schröder als auch vom französischen Präsidenten Chirac bekräftigt. Beide stimmten darin überein, sich innerhalb der Europäischen Union für eine Beteiligung am Wiederaufbau politischer Strukturen und an finanziellen Hilfeleistungen auszusprechen, sofern die Mission einem robusten UN-Mandat unterliege.²⁹⁹

Aktiv und direkt beteiligt war die deutsche Bundesregierung insbesondere ab dem Beginn der Petersberger Konferenz³⁰⁰, „UN Talks on Afghanistan“, von 27. No-

²⁹⁵ Vgl.: Ernst-Otto Czempel: Die Außenpolitik der Regierung George W. Bush, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 45/2004, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: <http://www.bpb.de/publikationen/47T7KE.html>, Abrufdatum: 19.03.2007.

²⁹⁶ Vgl.: Hacke: *Die Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer: Zwischenbilanz und Perspektiven*, <http://www.bpb.de/publikationen/LMMEH5.html>, Abrufdatum: 19.03.2007.

²⁹⁷ Vgl.: Krech, Hans: *Der Afghanistan-Konflikt 2001 – Ein Handbuch*, Berlin: Verlag Dr. Köster, 2002, S. 52ff.

²⁹⁸ Vgl.: Peter Strutynski: Friedenspolitik im Schatten des Terrorismus, in: Luedtke, Ralph-M.; Strutynski, Peter: *Frieden im Schatten von Terror und Krieg*, Stuttgart: Jenior Verlag, 2002, [7-18], S. 15.

²⁹⁹ Vgl.: Krech: *Der Afghanistan-Konflikt 2001*, S. 58.

³⁰⁰ Vgl.: Rauch: *Auslandseinsätze der Bundeswehr*, S. 230.

vember bis 5 Dezember 2001.³⁰¹ Hier konnte unter Einbeziehung aller beteiligten Gruppierungen Afghanistans ein Beschluss zur Einrichtung einer Übergangsverwaltung unter internationaler Aufsicht der Vereinten Nationen erreicht werden. Auf Grund des hier vereinbarten Vorgehens bezüglich der Zukunft Afghanistans wurde am 6.12.2001 im UN-Sicherheitsrat die Resolution 1386 verabschiedet, welche die provisorische Übergangsverwaltung unter Aufsicht einer internationalen Einheit von Streitkräften beinhaltete, welche als „Sicherheitsbeistandstruppe“ bezeichnet wurde.³⁰² Bei den Vereinbarungen der Petersberger Konferenz und der daraus resultierenden Resolution 1386 handelt es sich um eine Road Map für die weitere Entwicklung der politischen Strukturen in Afghanistan und die Stabilisierung der Situation. Die Bundesrepublik Deutschland stand nach Verabschiedung der Resolution erstmals vor der Entscheidung, deutsche Soldaten in einen Kampfeinsatz zu entsenden. Die Regierung Schröder sah sich dabei im Zwiespalt zwischen der bereits getätigten Zusage der Unterstützung der USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und der schwerwiegenden und schwierigen Entscheidungsfindung im eigenen Land bezüglich der Entsendung deutscher Soldaten. Zum entscheidenden Bundestagsbeschluss über den „Einsatz bewaffneter deutscher Kräfte“³⁰³ kam es am 16. November 2001. Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder begründete ihren Antrag auf diesen Beschluss durch den Verweis auf die Resolution des Sicherheitsrates, den Bündnisfall laut Artikel 5 innerhalb der NATO und dem Selbstverteidigungsrecht, welches nach Artikel 51 der UN-Charta allen Mitgliedern zugesprochen wird. Der Bündnisfall der NATO fand hier erstmalig in der Geschichte der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation Anwendung.³⁰⁴

Die Größe der Truppenstärke und Zusammensetzung der Einsatzkräfte beruhte auf einer angeblichen Anfrage von Seiten der USA an die Bundesrepublik Deutschland. Wie jedoch nach einer Stellungnahme des u.s.-amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld bekannt wurde, hatten die USA lediglich um Unterstützung gebeten, dabei jedoch keine genauen Angaben bezüglich des Kontingents geäußert. Diese Diskrepanz der Äußerungen führte zu einer Verschärfung der ablehnenden Haltung in Reihen der Regierungskoalition und insbesondere der Op-

³⁰¹ Vgl.: Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland: *Afghanistan, Beziehungen zwischen Afghanistan und Deutschland*, in: http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Afghanistan/Bilaterale_Beziehungen.html, Abrufdatum: 13.3.2007.

³⁰² In: Rauch: *Auslandseinsätze der Bundeswehr*, S. 230.

³⁰³ In: Strutynski: *Friedenspolitik im Schatten des Terrorismus*, S. 16.

³⁰⁴ Vgl.: Krech: *Der Afghanistan-Konflikt 2001*, S. 23.

position. Der Beschluss, rund 3.900 Mann der deutschen Bundeswehr für ein Jahr zur Verfügung zu stellen, konnte erst nach langwierigen Diskussionen innerhalb der Parteien und auch parteiübergreifend im Bundestag gefasst werden. Eine Mehrheit für den Vorschlag der Regierung Gerhard Schröders war nur deshalb zu gewinnen, da der Bundeskanzler die Abstimmung unmittelbar mit der Vertrauensfrage verknüpfte.³⁰⁵ Zudem drohte der Kanzler mit der Auflösung der Koalition zwischen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen, sollte die Abstimmung nicht mit einer Befürwortung seiner Anfrage enden.³⁰⁶

Bei der Entsendung der Bundeswehreinheiten nach Afghanistan handelte es sich um den ersten Kampfauftrag deutscher Streitkräfte außerhalb der Bundesrepublik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Der Beschluss dazu wurde am 16. November 2001 vom Bundestag mit knapper Mehrheit gefasst.³⁰⁷ Jedoch war für die Durchsetzung des Beschlusses ein Mandat des UN-Sicherheitsrates notwendig, welches lediglich einen Tag später verabschiedet wurde. Zeitgleich begannen die Vorbereitungen für die diplomatische Initiative der BRD im Rahmen der bereits erwähnten Petersberger Gespräche, welche mit der Unterzeichnung der so genannten „Bonner Verträge“ endeten³⁰⁸. Am 22. Dezember 2001 schließlich war das deutsche Mandat in Koppelung an die Resolution 1386 des UN-Sicherheitsrates rechtskräftig und Deutschland beteiligte sich offiziell an der Operation „Enduring Freedom“³⁰⁹.

Die Beteiligung Deutschlands gewann in der Folgezeit dahingehend an Bedeutung, dass die deutschen Einheiten am 19. März 2002 die taktische Führung der multilateralen Schutztruppe ISAF (International Security Assistance Force) in Kabul übernahmen. Ergänzt wurde der militärische Einsatz von weit reichenden Hilfen beim Wiederaufbau des Landes³¹⁰.

Im Vorgehen der Bundesrepublik werden die beiden Säulen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik unter der rot-grünen Regierung Kanzler Schröders deutlich: Auf der einen Seite der Versuch, politisch-diplomatische Lösungen herbeizuführen

³⁰⁵ Vgl.: Rauch: *Auslandseinsätze der Bundeswehr*, S. 232.

³⁰⁶ Vgl.: Krech: *Der Afghanistan-Konflikt 2001*, S. 87.

³⁰⁷ Vgl.: Auswärtiges Amt: *Afghanistan – Beziehungen zwischen Afghanistan und Deutschland: „Die Entsendung deutscher Streitkräfte nach Afghanistan“*, http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Afghanistan/Bilaterale_Beziehungen, Abrufdatum: 13.03.2007.

³⁰⁸ Vgl.: Bundeswehr: *Chronologie des Einsatzes in Afghanistan (ISAF)*, <http://www.einsatz.bundeswehr.de/C1256F1D0022A5C2/Print/W2698QP23402INFODE>, Abrufdatum: 13.03.2007.

³⁰⁹ Vgl.: Rauch: *Auslandseinsätze der Bundeswehr*, S. 231.

³¹⁰ Vgl.: Clement: *Die Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik*, <http://www.bpb.de/publikationen/RO0AJ3.html>, Abrufdatum: 19.03.2007.

und den Dialog der Konfliktparteien zu unterstützen. Begleitet wird dies jedoch von der Erfüllung der Verpflichtung im Rahmen der Einbindung Deutschlands in die internationalen Bündnisse und gegenüber dem Partner USA³¹¹.

Machtverhältnisse und Führungsstil

Wie auch im Fall des Kosovo versuchte die Bundesrepublik in der Entscheidung des Einsatzes deutscher Soldaten in einem Kriegsgebiet in erster Linie einen politisch-diplomatischen Weg zur Konfliktlösung zu beschreiten. Dazu unternahm sowohl Außenminister Fischer als auch Bundeskanzler Schröder immer wieder Gesprächsversuche mit unterschiedlichsten Parteien. Im Gegensatz zum Einsatz im Kosovo handelte es sich jedoch im vorliegenden Fall erstmalig um den Bündnisfall der NATO. Durch den Angriff auf die USA vom 11. September und die sofortige Erklärung vorbehaltloser Unterstützung zur Verteidigung gegenüber Terroristen, musste die Regierung Schröder eine Doppelstrategie verfolgen, welche sich auch in der Wahl der Mittel (Konferenzdiplomatie, Verhandlungsdiplomatie und militärischer Einsatz) widerspiegelte. International hatte sich Bundeskanzler Schröder den Handlungsspielraum auf Grund der Zusage der Unterstützung an die USA verengt. Ebenso sah er sich innenpolitisch mit großem Widerstand konfrontiert. Dies beeinträchtigte die Positionierung Deutschlands in der Definition ihrer Unterstützungsleistung, wirkte sich jedoch nicht negativ auf die Wahrnehmung des Engagements und des Gestaltungswillens Deutschlands aus. Nur die große Akzeptanz deutscher Vermittlungsbemühungen auf internationaler Bühne und die guten Beziehungen zu allen Beteiligten ermöglichten Deutschland die Führungsrolle innerhalb der diplomatischen Bemühungen im Rahmen von Verhandlungs- und Konferenzdiplomatie, welche ihren Höhepunkt in der Petersberger-Konferenz fanden. Durch die rasche Zusage der militärischen Unterstützung an die USA konnte diese Position international nur verbessert werden. National begann sich jedoch vehementer Widerstand zu regen, welcher nur durch den Einsatz der Verknüpfung von Politikinhalt (Koppelung der Abstimmung an die Auflösung der Koalition) bekämpft werden konnte:

„In Verbindung damit habe ich eine Abstimmung gemäß Art. 68 des Grundgesetzes beantragt. Ich möchte Ihnen erläutern, was mich bewogen hat, diese Vertrauensfrage zu stellen. Es geht, kurz gesagt, um die Verlässlich-

³¹¹ Vgl.: Hacke: *Die Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer: Zwischenbilanz und Perspektiven*, <http://www.bpb.de/publikationen/LMMEH5.html>, Abrufdatum: 19.03.2007.

*keit unserer Politik, um Verlässlichkeit gegenüber den Bürgern, gegenüber unseren Freunden in Europa und gegenüber unseren internationalen Partnern. [...] Ich habe bewusst die Vertrauensfrage nach Art. 68 des Grundgesetzes und den Antrag über die Bereitstellung deutscher Streitkräfte für den Kampf gegen den Terrorismus miteinander verknüpft. Denn der Bundeskanzler kann seinem Amt und seiner Verantwortung für das Gemeinwohl nur dann entsprechen, wenn seine Person und sein Programm das Vertrauen und die Zustimmung der ihn tragenden Mehrheit des Hohen Hauses finden.*³¹²

Das Vorhaben der militärischen und diplomatischen Unterstützung der USA im Kampf gegen die Taliban konnte durch die enge Abstimmung und das gleichberechtigte Auftreten der beiden deutschen Hauptakteure, Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer, zusätzlich gestärkt werden. Das äquivalente Auftreten, Handeln und Kommunizieren der beiden Akteure spiegelte ihren Gestaltungswillen, den aktiven Arbeitsstil und die positive Einstellung gegenüber ihrem jeweiligen Amt auch in Bezug auf die internationale Verantwortung in Vertretung der Bundesrepublik Deutschland wieder:

„[...]Grundlagen einer kooperativen Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert [...] einer Politik die Zonen der Ordnungslosigkeit nicht mehr zulässt, die auf eine Weltordnung zielt, die allen Völkern eine volle und gerechte Teilhabe ermöglicht. [...]

*Die Zukunft gehört einer Verantwortungspolitik für die Eine Welt, einer Politik, die nicht gründet auf hegemonialen Ansprüchen, sondern auf Kooperation, Solidarität und Multilateralismus.*³¹³

³¹² In: Bundesregierung online: *Rede des Bundeskanzlers vor dem Bundestag anlässlich der Abstimmung über den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Kampf gegen den Terrorismus*, 16.11.2001, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/26/62926/multi.htm>, Abrufdatum: 22.03.2007.

³¹³ In: Bundesregierung online: *Rede von Bundesaußenminister Fischer vor der 56.*

Politikwissenschaftlich gesehen war die Ausgangsposition international sehr gut, innenpolitisch jedoch von einigen Problemen hinsichtlich der Durchsetzbarkeit der Entscheidung begleitet. Ausschlaggebend für die Durchsetzung des Vorhabens war mit Sicherheit auch die Geschlossenheit der Regierung gegenüber den jeweiligen Parteien und Fraktionen sowie das öffentlich einheitliche Auftreten des Duos Schröder / Fischer. Aus *kommunikationswissenschaftlicher* Perspektive wurde der Kontext der zu kommunizierenden Handlung von den Akteuren vollständig wahrgenommen und den Herausforderungen aktiv begegnet. In Bezug auf das *Konfliktmanagement* kann von Beginn an von einer zielstrebigem Verfolgung der eingeschlagenen Richtung zur Lösung des Konfliktes gesprochen werden. Die Dualität hinsichtlich des Mitteleinsatzes (Diplomatie und Streitkräfte auf Grund der internationalen Verantwortung) kam dem sicherlich zu gute.

Strategie der Sicherheitspolitik und Politikstil

Die Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland, sich am Einsatz in Afghanistan auch militärisch zu beteiligen, entspricht dem Zivilmächtskonzept. Zum Schutz eigener Interessen (Vermeidung des Wiederaufbaus des Taliban-Regimes und somit einer potentiellen Bedrohung auch für Deutschland) und vor dem Hintergrund des Bündnisfalles der NATO setzte die Bundesregierung auf die bereits erwähnte Dualität des Mitteleinsatzes:

„Die internationale Friedenstruppe ist also die Konsequenz politisch entschiedenen Handelns. Sie ist die Konsequenz einer Solidarität, die ich – dabei bleibe ich - uneingeschränkt genannt habe, weil sie sich eben auch auf den Gebrauch militärischer Mittel bezog. Sie ist die Konsequenz dessen, was in den letzten Monaten an Möglichkeiten entwickelt und durchgesetzt worden ist. Weil das so ist, ist die Entscheidung, um die ich heute das ganze Haus bitten will, eine, die man in voller Verantwortung treffen kann.“³¹⁴

Generalversammlung der VN in New York, 12.11.2001,
<http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/11/62611/multi.htm>, Abrufdatum:
22.03.2007.

³¹⁴ In: Bundesregierung online: Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz einer Internationalen

Die Bonner-Verträge, welche bereits einen Tag später durch die UN-Resolution auch den legitimen Rahmen für den militärischen Einsatz bewirkten, waren die wohl umfangreichste diplomatische Initiative zu Beginn des Afghanistan-Krieges.

„Die Bundesregierung hat der Bitte der Vereinten Nationen gerne entsprochen, dieses Treffen in Deutschland abzuhalten [Petersberger-Konferenz]. Wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um Ihnen für die kommenden Tage einen positiven Rahmen für Ihre Verhandlungen zur Verfügung zu stellen. [...] Es gibt eine breite internationale Übereinstimmung, dass den Vereinten Nationen als Dach für alle Friedensbemühungen eine entscheidende Rolle zukommt. Die VN sind Rahmen für den politischen Prozess und als Garant innerafghanischer Vereinbarungen unverzichtbar.“³¹⁵

„Wir, die Deutschen, wollen diesen Prozess [Friedens- und Wiederaufbauprozess] gemeinsam mit unseren europäischen Partnern und der internationalen Staatengemeinschaft nach Kräften unterstützen. Dafür spricht allein schon die Rolle, die Deutschland in der „Afghanistan Support Group“ zu spielen hat und gerne spielt. Wir werden einen substantiellen Beitrag leisten, damit alle Frauen und Männer in Afghanistan endlich ein Leben in Freiheit, Würde und mit einer wirtschaftlichen Perspektive führen können.“³¹⁶

Die Entscheidung der Bundesregierung zum Einsatz von Soldaten konnte dadurch auch gegenüber der eigenen Bevölkerung gerechtfertigt werden. Die Zustimmung

Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan, 22.12.2001, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/21/6421/multi.htm>, Abrufdatum: 22.03.2007.

³¹⁵ In: Bundesregierung online: *Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer zur Eröffnung der Afghanistan-Konferenz der Vereinten Nationen auf dem Petersberg bei Bonn*, 27.11.2001, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/29/63629/multi.htm>, Abrufdatum: 22.03.2007.

³¹⁶ In: Bundesregierung online: *Grußwort von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der Abschlussveranstaltung der Petersberger Afghanistankonferenz*, 5.12.2001, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/57/64457/multi.htm>, Abrufdatum: 22.03.2007.

dieser war für eine erfolgreiche Abstimmung im Bundestag notwendig. Die Kommunikation der Entscheidung musste somit vorerst gegenüber dem eigenen Volk erfolgen. Die offensive Strategie der Bundesregierung war auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen, da sich Deutschland in einem Koordinationsspiel mit Verteilungskonflikt gefangen sah: Die international kommunizierte Unterstützung sowie die Beistandspflicht im Rahmen der NATO standen der ablehnenden Haltung der Parteien und großen Teilen der Bevölkerung gegenüber. Zur Rechtfertigung des Einsatzes konnte jedoch auch angeführt werden, dass ein Einsatz in Afghanistan zur Wahrung der kollektiven Sicherheit - durch die Zerschlagung des Taliban-Regimes und dem demokratischen Wiederaufbau des Landes – beitragen werde:

„Afghanistan und seine geschundenen Menschen stehen heute, nach 22 Jahren Krieg und Unterdrückung, an einem wahrhaft historischen Wendepunkt. Mit der Einigung auf dem Petersberg besteht zum ersten Mal seit langer Zeit wieder eine reale Chance für eine Zukunft in Frieden und Stabilität, eine Zukunft, die allen Menschen in Afghanistan, auch und gerade den Frauen, ihre Menschenrechte und ihre Würde garantiert. Eine Zukunft in einem freien, geeinten Land ohne Terrorismus, ohne Krieg und ohne Gewalt.“³¹⁷

Der dabei zu Tage getretene Politikstil des Duos Schröder / Fischer war von Kompromissbereitschaft auf internationaler Ebene und einem Balanceakt auf nationaler Ebene geprägt. Negativ zu bewerten ist die Verknüpfung von unterschiedlichen politischen Inhalten. Diese Taktik zur Durchsetzung des international bereits propagierten Vorgehens, wurde sowohl von Seiten des Kanzlers als auch seines Außenministers eingesetzt. Fischer drohte im Falle einer Ablehnung des Vorschlages mit dem sofortigen Rücktritt von allen Ämtern und Schröder verband die Abstimmung mit der Vertrauensfrage im Bundestag. Erst dadurch konnte im Sinne des Synthese-Stils ein überparteilicher Beschluss zur Entsendung der Soldaten im Rahmen eines von den VN legitimierten Einsatzes gefasst werden.

³¹⁷ In: Bundesregierung online: Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer zur Eröffnung der Sitzung der „Afghanistan Support Group“ in Berlin, 5.12.2001, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/75/64675/multi.htm>, Abrufdatum: 22.03.2007.

Die Bundesregierung hat im vorliegenden Fall konsequent ihre Strategie unter Einsatz der Dualität der Mittel verfolgt. Innenpolitische Konfrontationen und anfänglich scharfe Kritik der Öffentlichkeit konnten die Bundesregierung hier nicht vom Kurs abbringen. Aus *politikwissenschaftlicher* Sicht ist somit eine klare Strategie erkennbar, die zwar auch nationale Interessen, vordergründig jedoch internationale Bündnispflichten beinhaltete. Zur Durchsetzung wurden auch unkonventionelle Methoden herangezogen. Der Konflikt, an welchem Deutschland nicht direkt beteiligt war, wurde von den Akteuren innerhalb des situativen Kontextes der Bedrohung durch den Terrorismus dahingehend interpretiert, dass die Bundesrepublik sich ihrer internationalen Verantwortung nun auch mit militärischer Unterstützung der Verbündeten zu stellen habe. Hinsichtlich des *Konfliktmanagements* trat hier eine gravierende Neuerung in der strategischen Ausrichtung Deutschlands ein: Der Kampfeinsatz der Bundeswehr außerhalb des eigenen Landes in Erfüllung des Bündnisfalles und unter Legitimation einer UN-Resolution. Der *Inhalt der Kommunikation* war dadurch für die Akteure national schwer zu kommunizieren, zumal bereits im Vorfeld der Entscheidung eine internationale Zusage der Unterstützung bewilligt wurde.

Kommunikationsstil

Sowohl Bundeskanzler als auch Außenminister verfolgten in der Wahl der sprachlichen Mittel die Basisstrategie unter Verwendung direkter, verbaler Kommunikation. Bilaterale Gespräche mit den USA, Partnern in Europa und regional betroffenen Staaten fanden in der Kommunikationsstrategie ebenso ihren Platz wie die Konferenzdiplomatie. Lediglich hinsichtlich der Überzeugungsarbeit der eigenen Bevölkerung bediente sich Gerhard Schröder der Kaschierstrategie und bezifferte die Anforderung von militärischer Unterstützung durch die USA mit detaillierten Angaben, obwohl diese zu keinem Zeitpunkt von den Vereinigten Staaten benannt wurden. Die offene Sprachstrategie der Regierung Schröder und die einheitliche, geschlossene Kommunikation der Ziele und der zu treffenden Entscheidung waren insbesondere für die Durchsetzung des Beschlusses innerhalb des eigenen Landes notwendig:

„Im Deutschen Bundestag ist über die Frage, ob es verantwortbar sei, sich an den Kriegshandlungen zu beteiligen – in welcher Form auch immer -, wie nicht anders zu erwarten, sehr heftig gestritten worden. Es sind viele Argumente ausgetauscht worden. [...] das

*Problem, dem wir uns heute stellen müssen ist: Die Abwesenheit von demokratisch legitimierter Gewalt [...] In erster Linie hat es natürlich mit den Entscheidungen, die in den Vereinigten Staaten getroffen worden sind, dann aber auch mit der von uns gewählten Solidarität – nicht nur, aber auch in militärischen Fragen – zu tun. [...] Nur mit militärischer Gewalt konnte verhindert werden, dass auch in Zukunft Unschuldige unendlich leiden müssen.*³¹⁸

Im vorliegenden Fall werden die Dualität der Kommunikation in der Außenpolitik und die enge Verzahnung von Innenpolitik und Außen- und Sicherheitspolitik deutlich. Ebenso zählt hierzu die rhetorische Verbindung von militärischem Einsatz und der Wahrung von Frieden und Sicherheit, wie sie im Fall des Kosovo-Konfliktes bereits zu erkennen war:

*„Wir entscheiden in einer Situation, in der Frieden in Afghanistan näher gerückt ist. Es gehört für viele zu den bitteren Wahrheiten in dieser Zeit, dass Frieden in Afghanistan nur durch Krieg näher gerückt ist.“*³¹⁹

*„Wir – das gilt für uns alle – haben diesen Konflikt nicht gewollt. Er ist uns durch barbarische Attentate in den Vereinigten Staaten aufgezwungen worden.“*³²⁰

Die Kommunikationserwartung war von Beginn an sehr hoch, da eine schwerwiegende Entscheidung der Bevölkerung verständlich gemacht werden musste und international die aktive Gestaltungsrolle unter Berücksichtigung innenpolitischer Herausforderungen kommuniziert werden musste:

³¹⁸ In: Bundesregierung online: *Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan*, 22.12.2001, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/21/6421/multi.htm>, Abrufdatum: 22.03.2007.

³¹⁹ In: Bundesregierung online: *Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan*, 22.12.2001, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/21/6421/multi.htm>, Abrufdatum: 22.03.2007.

³²⁰ In: Bundesregierung online: *Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder zur aktuellen Lage nach Beginn der Operation gegen den internationalen Terrorismus in Afghanistan*, 11.10.2001, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/25/59425/multi/htm>, Abrufdatum: 22.03.2007

„Wir leben in einer Welt – deshalb engagieren wir uns zum Beispiel auf dem Balkan oder in Afghanistan. Wir helfen mit dem Besten, was wir haben: mit unseren Menschen. [...] Wir haben in den vergangenen Jahren lernen müssen, dass die Weltgemeinschaft von Deutschland mehr erwartet als bisher: dass es sein wirtschaftliches und politisches Gewicht einsetzt bei der Lösung von Konflikten jenseits der eigenen Grenzen. Es ist uns nicht mehr gestattet, abseits zu stehen. Auch dann nicht, wenn Diplomatie zur Lösung eines Konfliktes nicht mehr ausreicht und militärische Mittel eingesetzt werden müssen, um Unterdrückung zu beenden und Frieden wieder herzustellen. Wer Solidarität erfahren hat – und das haben wir Deutsche – muss Solidarität zurückgeben, wenn sie eingefordert wird. [...] Wir werden diesen Terrorismus bekämpfen mit aller Kraft und jedem angemessenen Mittel an jedem Ort. Meine Regierung hat umfassend auf die neuen Herausforderungen reagiert: Mit Solidarität nach außen und verstärkter Wachsamkeit im Inneren. [...] Sie können sich darauf verlassen: Ihre Sicherheit, der Schutz vor Terrorismus und Kriminalität, gehört für und zu den vornehmsten Aufgaben des Staates.“³²¹

Insbesondere im Rahmen der Petersberger - Konferenz lastete auf der Bundesregierung unter Gerhard Schröder auch kommunikativ ein sehr großer Druck: Abhängig vom Ergebnis der Konferenz sollte über das weitere Vorgehen und somit auch die Beteiligung der Bundesrepublik im gesamten Konfliktlösungsprozess entschieden werden.

Dies wurde auch dadurch bedingt, dass die Kommunikation auf High context Niveau erfolgte, da alle Beteiligten in den Wissenstransfer miteinbezogen waren. Auch innerhalb der Bundesregierung kann ein intensiv abgestimmter Wissenstransfer sowie ein einheitliches kommunikatives Auftreten festgehalten werden.

³²¹ In: Bundesregierung online: *Neujahrsansprache 2001/2002 von Bundeskanzler Gerhard Schröder*, 31.12.2001, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/61/66061/multi.htm>, Abrufdatum: 22.03.2007.

Politikwissenschaftlich kann der Kommunikationsstil der Regierung Schröder im vorliegenden Fall als direkter und offener Informationsaustausch auf internationaler Ebene gesehen werden. National mussten mit Hilfe von unterschiedlichen Sprachstrategien (Kaschierstrategie, Überredungsstrategie) Herausforderungen des politischen Systems im Rahmen des Entscheidungsfindungsprozesses bewältigt werden. Aufgrund der engen Abstimmung zwischen den Akteuren und der geringen persönlichen Differenzen zwischen Bundeskanzler und Außenminister konnte das *Konfliktmanagement* aktiv gestaltet und nachhaltig kommuniziert werden. Der reibungslose Wissenstransfer sowie die große Zielorientierung erleichterten die *Kommunikation* der Entscheidung und machten einen meist reibungslosen Kommunikationsprozess innerhalb der Akteursebene möglich. Da die Entscheidung hauptsächlich innenpolitisch und innerhalb der internationalen Gemeinschaft kommuniziert werden musste, spielte interkulturelle Kommunikation eine untergeordnete Rolle.

3.3 Crucial Cases – Vereinigte Staaten von Amerika

„Those who don't know history are condemned to repeat it“³²²

Diese in außenpolitischen Kreisen in Washington D.C. sehr beliebte Phrase trifft für beide ausgewählten Fallstudien in Bezug auf die außenpolitische Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern der Vereinigten Staaten von Amerika zu.

Sie sind den Legislaturperioden zweier unterschiedlicher Präsidenten entnommen: Der erste Fall der Intervention in Haiti ereignete sich während der Amtszeit des 42. u.s.-amerikanischen Präsidenten William Jefferson Clinton. Die Entscheidung, 2003 erneut den Irak anzugreifen, wurde unter Führung des 43. Präsidenten George Walker Bush getroffen. Dadurch ist ein Vergleich innerhalb eines Staates zwischen unterschiedlichen Akteuren und ihrem jeweiligen Kommunikationsstil in der Außenpolitik möglich.

Zwar handelt es sich auch bei der Intervention auf Haiti um einen gewaltsamen Konflikt, dem jedoch ein langes diplomatisches Ringen und unterschiedliche Versuche der friedlichen Konfliktlösung vorausgingen. Im Gegensatz dazu stellt der Einmarsch in den Irak unter George W. Bush die äußerste Form der Konfliktlösung dar. Bei beiden Fällen liegt (hinsichtlich des Iraks mittlerweile ebenfalls nachgewiesen) keine direkte Verteidigungssituation für die Vereinigten Staaten von Amerika vor.

Die Intervention auf Haiti ist abgeschlossen, wenngleich der Konflikt immer wieder aufbricht. Bezüglich des Irak-Krieges wird im Folgenden die Kommunikation der Entscheidung zum Angriff auf den Irak untersucht. Der Krieg wurde zwar offiziell für beendet erklärt, auch wenn die gewaltsame Krise bei Weitem nicht beendet ist.

3.3.1 Die Intervention der USA auf Haiti

“If this is a triumph, it is difficult to imagine what a failure would look like.”

(Mark Falcoff, American Institute, Evaluation of Operation Restore Democracy)³²³

Die Intervention der Vereinigten Staaten von Amerika auf der karibischen Insel Haiti ist nur eine Station im historisch gespannten Verhältnis dieser beiden Staaten. Die Geschichte der bilateralen Beziehung ist geprägt durch ein Spannungsfeld, welches

³²² In: Ralph Pezzullo: *Plunging into Haiti – Clinton, Aristide, and the defeat of diplomacy*, New York: University Press of Mississippi, 2006, S. 60.

³²³ In: ebda., S. 271.

alle Aspekte der Außen- und Sicherheitspolitik einschließt: Neben wirtschaftlichen und militärischen Interessen war von Seiten der USA vor allem das Problem der Flüchtlingsströme der haitianischen Bevölkerung ausschlaggebend für ein Eingreifen in einen bis dahin innerstaatlichen Konflikt³²⁴. Dies steht in engem Zusammenhang mit der von Präsident Bill Clinton deklarierten Linie der Außenpolitik: Die Unterstützung fortschreitender Demokratisierungsbemühungen durch die USA sowie die Fokussierung auf Außenhandelspolitik, sprich sicherheitspolitische Absicherung durch wirtschaftliche Einbindung. In seiner Ansprache „State of the Union“ im Januar 1995 betonte der Präsident:

*„Unsere Sicherheit beruht auf einer Fortsetzung unserer Führung in der Welt für Frieden, Freiheit und Demokratie. Wir können nicht zu Hause stark sein, ohne im Ausland stark zu sein.“*³²⁵

Auf Grund der angespannten innenpolitischen Situation – der Verbannung Präsident Aristides ins Exil durch einen Militärputsch 1991 – und der damit einhergehenden Verschlechterung der sozialen Verhältnisse nahmen bereits unter Präsident George Bush die Flüchtlingsströme aus Haiti in Richtung der Küste Floridas dramatisch zu. Eine Aufnahme aller so genannter Boat People wurde von der Regierung Bush jedoch verweigert und ein zu weilen sehr harter Kurs gegenüber den Flüchtlingen eingeschlagen. Diese Politik wurde von Bill Clinton während seines Wahlkampfes noch heftig kritisiert und er versprach, sich im Falle seiner Wahl zum amerikanischen Präsidenten für eine Verbesserung der Situation einzusetzen. Clinton änderte allerdings bereits wenige Monate nach seiner Wahl die Richtung der Politik gegenüber Haiti und sprach sich für eine Unterstützung der Stabilisierung der politischen Verhältnisse auf Haiti aus:

*„Progress toward a political settlement will improve the human rights situation for all Haitians and create a brighter future for your country. That is why, as we work to restore democracy in Haiti, I urge all Haitians not to leave by boat.“*³²⁶

³²⁴ Vgl.: Ralph Pezzullo: *Plunging into Haiti – Clinton, Aristide, and the defeat of diplomacy*, New York: University Press of Mississippi, 2006, S. 60.

³²⁵ In: Georg Schild: *Die bedrohte Supermacht – Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA nach dem Ende des Kalten Krieges*, DGAP, Berlin: Leske+Budrich, Opladen, 2002, S. 29.

³²⁶ In: Pezzullo: *Plunging into Haiti*, S. 11.

Ziel war es, den durch General Raoul Cédras 1991 gestürzten Präsidenten Aristide wieder einzusetzen und ihm seine Rückkehr zu ermöglichen. Cédras wurde bereits 1992 von der CIA als „conscientious military leader who genuinely wished to minimize his role in politics, professionalize the armed services, and develop a separate and competent force“ eingestuft³²⁷.

Eine Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse und die Verbesserung der Lebensumstände der haitianischen Bevölkerung lagen insofern im Interesse der USA als dadurch die Hoffnung bestand, zum einen die Flüchtlingswellen einzudämmen, zum anderen einen wirtschaftlich relevanten Absatzmarkt für u.s.-amerikanische Güter zu schaffen und sich zugleich eine Option auf billige Arbeitskräfte offen zu halten. Zusätzlich war das sicherheitspolitische Interesse der USA an einer Stabilisierung Haitis mit der Absicht verbunden, dadurch ein weiteres mittelamerikanisches Land auf seine Seite zu ziehen und aus dem Einflusskreis Kubas zu verdrängen. Zur Erreichung dieser außen- und sicherheitspolitischen Ziele hinsichtlich Haiti wurde von der Regierung Clinton folgendes Vorgehen eingeschlagen: Der in Washington im Exil lebende Präsident Aristide sollte nach gemeinsamen Verhandlungen mit den militärischen Putschisten wieder nach Haiti zurückkehren und zur Wahrung einer demokratischen Ordnung beitragen.³²⁸ Von Beginn an setzten die USA gezielt und fokussiert auf die Person Aristides und seinen Einfluss auf den Demokratisierungsprozess, was sich im Verlauf der Verhandlungen oftmals als hinderlich erwies. Zudem wurde von den USA anfänglich unterschätzt, wie wenig anerkannt Aristide im eigenen Land war.³²⁹ Die primär optimistische Haltung der USA, den Konflikt auf friedliche Weise mit diplomatischen Mitteln beilegen zu können, wurde durch den Verhandlungserfolg 1993 mit dem Abkommen von „Governor’s Island“ gestärkt. Darin stimmten alle Beteiligten nach langwierigen Verhandlungen überein, dass Präsident Aristide im Oktober 1993 zurückkehren sollte, der Putschist General Raoul Cédras als oberster Befehlshaber des Militärs im Dienst bleiben sollte und unter Aufsicht der Vereinten Nationen Wahlen abgehalten werden sollten. Bedingung dafür war die Absetzung des radikalen Milizen Michel Francois, der bis dato als Chef der Polizei die Ordnungsmacht auf Haiti kontrollierte.³³⁰ Vorab würden so genannte Trainer für Polizei und Militär der Vereinten Nationen und der USA nach Haiti reisen um

³²⁷ Vgl.: David Halberstam: *War in Time of Peace - Bush, Clinton and the Generals*, London: Bloomsbury, Scribner, Simon and Schuster, Inc. , 2001, S. 268.

³²⁸ Vgl.: Halberstam: *War in Time of Peace - Bush, Clinton and the Generals*, S. 270.

³²⁹ Vgl.: Pezzullo: *Plunging into Haiti*, S. 38.

³³⁰ Vgl.: Pezzullo: *Plunging into Haiti*, S. 101.

ein stabiles Umfeld zu garantieren. Bis Ende 1996 sollten dann alle internationalen Einsatzkräfte das Land wieder verlassen haben.³³¹ Zugleich wurde Malval als neuer Premierminister Haitis ernannt. Er sollte bis zur Rückkehr Aristides im Oktober die Amtsgeschäfte als offizieller Vertreter Haitis führen. Federführend beteiligt waren an diesen Verhandlungen der ehemalige argentinische Außenminister Dante Caputo, der als Vermittler der Vereinten Nationen und der OAS (Organization of American States) fungierte, Präsident Aristide, General Raoul Cédras und eine Gruppe u.s.-amerikanischer Vermittler.³³²

Dem Abkommen waren bereits zahlreiche wirtschaftliche Sanktionen von Seiten der USA, der UN (United Nations) und der OAS vorangegangen. Sei 1991 wurden Gelder Haitis in US-Banken eingefroren, Handelsembargos ausgesprochen und eine Isolation der haitianischen Wirtschaft angestrebt. Auswirkung dieser Sanktionen war jedoch lediglich die extreme Verschlechterung der sozialen Umstände der Bevölkerung, welche zu einem Anstieg der Flüchtlinge in Richtung USA führte. Da somit wirtschaftliche Druckmechanismen erfolglos blieben, beziehungsweise einen unerwünschten Effekt erzielten, setzte man verstärkt auf eine Mischung aus Diplomatie unter Einbeziehung aller relevanten Organisationen und militärischem Druck von Seiten der USA. Dieser wurde anfänglich noch von Seiten des UN-Generalsekretärs Boutros-Ghali verurteilt. Die USA wollten seiner Meinung nach eine internationale Truppe der Vereinten Nationen als „trojanisches Pferd“ benutzen, um die eigenen Truppen nach Haiti zu entsenden³³³. Ebenso sprach sich Aristide gegen eine militärische Intervention aus: „It's against my constitution to invite in armed forces from a foreign power.“³³⁴

Dieser Widerstand wurde dann in die bereits erwähnte Entsendung von Trainern für die einheimischen Kräfte im Abkommen von Governor's Island umgewandelt. Da dieses Abkommen der Regierung Clinton jedoch nicht weit genug ging, wurden weitere Sanktionen gegenüber Haiti verhängt und der diplomatische Druck von Seiten der Unterhändler immer wieder erhöht. Formaltechnisch festgehalten wurden diese Sanktionen in der UN-Resolution 841, welche im Sommer 1993 ein globales Ölembargo gegenüber Haiti sowie ein Waffeneinfuhrverbot beinhaltete³³⁵. Dadurch

³³¹ Vgl.: Buch: *Die neue Weltordnung*, S. 47.

³³² Vgl.: Ryan Hendrickson: *The Clinton Wars – The Constitution, Congress, and War Powers*, Nashville: Vanderbilt University Press, 2002, S. 46.

³³³ Vgl.: Pezzullo: *Plunging into Haiti*, S. 63.

³³⁴ In: ebd., S. 64.

³³⁵ Vgl.: Hendrickson: *The Clinton Wars – The Constitution, Congress, and War Powers*, S.,46,

sollten weitere Verhandlungen zwischen Cédras und Aristide unter Vermittlung der USA und der UN erreicht werden. Die Resolution 867 schließlich sicherte die Entsendung der Trainer für Polizei und Militär ab³³⁶.

Eine entscheidende Wendung nahm die Krise mit dem Vorfall vom 12. Oktober 1993. Die USS Harlan County sollte im Hafen von Port-au-Prince anlegen um die durch die UN Resolution legitimierten Trainer und Beobachter abzusetzen. Demonstrationen radikaler Milizen jedoch verhinderten das Einlaufen des Schiffes in den Hafen³³⁷. Die USA warfen daraufhin Premierminister Malval vor, dass von Seiten der Polizei und der Regierung nichts gegen den Aufstand der Milizen unternommen worden sei und es vermehrt zu Abstimmungsschwierigkeiten zwischen Malval und Cédras innerhalb des haitianischen de facto Regimes komme. Dieser Vorfall, der mit dem Abzug der USS Harlan County endete, verschärfte die Krise zusehends.

Zusätzlich wurde Bill Clinton durch eine stetig wachsende Opposition des Kongresses in seiner Entscheidungsfreiheit eingeschränkt. Forderungen nach einem Rückzug der USA aus der krisenhaften Situation in Haiti wurden vor dem Hintergrund des immer unglücklicher verlaufenden Einsatzes der u.s.-amerikanischen Soldaten in Somalia laut. Sowohl die Bevölkerung, wie auch die republikanische Mehrheit im Kongress, sprachen sich für ein zurückhaltendes Engagement ohne militärische Intervention aus. Dies wurde unterstützt durch die immer stärker werdende Unberechenbarkeit Aristides, der allzu oft von vorab zugesagten Vereinbarungen wieder Abstand nahm und als „Maniac“ und „Psychopath“ betitelt wurde³³⁸.

Die Opposition der U.S.-Regierung sowie das Pentagon forderten Clinton zu einem Strategiewechsel auf. Hinzu kamen die Rücktrittsgesuche Malvals, der sich der Gefahr durch die Milizen nicht länger aussetzen wollte, sowie die Verschlechterung der humanitären Situation, deren Ursprung in den verschärften Sanktionen der UN und der USA begründet liegen. Der innenpolitische Druck wurde schließlich auch durch den Aktivisten Randall Robinson für Clinton unhaltbar: Robinson begann einen Hungerstreik, welchen er für die Dauer der humanitären Katastrophe auf Haiti durchzuhalten gedachte. Nach zwei weiteren UN-Sicherheitsrat-Resolutionen, welche durch wirtschaftlichen Druck die Durchsetzung der Vereinbarung von Governor's Island zum Ziel hatten, kam es zur entscheidenden Resolution 940, welche „all neces-

Pezzullo: *Plunging into Haiti*, S. 75.

³³⁶ Vgl.: Pezzullo: *Plunging into Haiti*, S. 181.

³³⁷ Vgl.: Hendrickson: *The Clinton Wars – The Constitution, Congress, and War Powers*, S. 47.

³³⁸ Vgl.: Pezzullo: *Plunging into Haiti*, S. 214.

sary means“ erlaubte, um die Diktatur des Militärs auf Haiti zu beenden. Unter dem Namen „Operation Uphold Democracy“ sollten UN- und u.s.-amerikanische Truppen die Wiederherstellung der Demokratie überwachen. Zuvor jedoch konnte Clinton den öffentlichen Druck leicht mildern, indem er allen Flüchtlingen die Aufnahme in den USA zusagte, was auch die Beendigung des Hungerstreiks von Robinson zur Folge hatte.

Die Beruhigung der Situation währte nicht lange, da sich der Kongress gegen die Resolution 940 stellte und eine Entsendung u.s.-amerikanischer Truppen nach Haiti ablehnte, die humanitäre Situation sich weiter verschlechterte, gleichzeitig die USA nach rund 20.000 Flüchtlingen keine weiteren mehr aufnehmen konnten und die Regierung Clinton bezüglich des weiteren Vorgehens konträre Meinungen vertrat. Ein erneutes Abkommen konnte erst nach der Entsendung einer Verhandlungsgruppe um den ehemaligen Präsidenten Jimmy Carter und Colin Powell erzielt werden. Darin einigten sich die USA, General Phillipe Biamby und Colonel Michel Francois (als Vertreter der haitianischen Milizen) auf die Rückkehr Aristides unter einer noch zu verhandelnden militärischen Präsenz der Amerikaner. Begleitet wurde der Vertragsabschluss von dem nicht öffentlich bekannten Befehl Clintons, weitere Schiffe und Truppen nach Haiti zu entsenden, welche bereits am Morgen nach Unterzeichnung des Abkommens die Insel erreichten. Dem Vorwurf des Vertragsbruches von Seiten der Haitianer zum Trotz führte die Regierung Clinton die „Operation Restore Democracy“ durch. Am 15. Oktober 1994 konnte Präsident Aristide schließlich nach Haiti zurückkehren, welches, von internationalen Truppen unterstützt, den Demokratisierungsprozess weiterzuführen versuchte.

Abschließend betrachtet können folgende Charakteristika dieses Falles festgehalten werden:

a) Die Beteiligung einer Vielzahl an Verhandlungsführern und Unterhändlern (USA, OAS, UN, Haiti, Exil-Haitianer) hat die diplomatischen Bemühungen, auch auf Grund der Rivalitäten auf Seiten der internationalen Gemeinschaft, erschwert.

b) Die Zerstrittenheit der eigenen Regierung und die immer wieder abrupt erfolgenden Richtungswechsel des Präsidenten, ohne direkte Beteiligung seiner Person, haben das Konfliktmanagement behindert.

c) Die Fokussierung der USA auf die schlichte Wiederherstellung der Demokratie durch die Rückkehr Aristides ohne Berücksichtigung der weiteren Probleme Hai-

tis sowie der teilweisen Unberechenbarkeit der Person Aristide führten die Regierung Clinton zu den großen Problemen innerhalb der anfänglich verfolgten Strategie.

Machtverhältnisse und Führungsstil

Die Vereinigten Staaten von Amerika unter der Regierung Bill Clintons verfolgten neben der ordnungspolitischen Vormachtstellung im mittelamerikanischen Raum als Gegenpol zum Einfluss Kubas die Abwendung einer immer weiter steigenden Zahl von haitianischen Flüchtlingen. Eine Demokratisierung des Landes und die Wiedereinsetzung Aristides als Präsident erschienen der Administration Clinton als die geeigneten Wege, sowohl den innenpolitischen Problemen Haitis zu begegnen als auch die eigenen Interessen zu wahren. Mittel zur Erreichung dieser Ziele waren vorrangig diplomatische Bemühungen, welche Clinton jedoch nicht selbst, sondern in Person seiner Beauftragten wahrnahm. Miteinbezogen wurden in die Verhandlungen die relevanten regionalen und internationalen Organisationen wie die OAS und die UN:

„The United States, on its own and with the Organization of American States (“OAS”), immediately imposed sanctions against the illegal regime. [...] Issuance of this Executive order demonstrates continued U.S. leadership of the international community’s use of strong sanctions to reinforce the negotiations process being sponsored by the United Nations and the OAS.”³³⁹

Verhandlungsführend waren jedoch vorrangig die USA, ihr Protegier Aristide und die haitianischen Putschisten Cédras und Francois. Diese Situation wurde auch bedingt durch das eher angespannte Verhältnis der Regierung Clinton zu den Vereinten Nationen, welche sich immer wieder als Mittel zum Zweck missbraucht sahen.

„Haiti offered a counting case for the administration’s ‘assertive multilateralism’³⁴⁰.

Auch die Verhandlungsführer waren von dieser mangelnden Abstimmung betroffen.

So äußerte sich auch der Sondervermittler Dante Caputo kritisch gegenüber Clinton:

„[...] it’s important that we don’t have a double discourse with the Haitians, where the United States is

³³⁹ In: John Woolley / Gerhard Peters: The American Presidency (online): *Letter to Congressional Leaders on Economic Sanctions against Haiti*, 12.7.1993, <http://www.presidency.uscb.edu/ws/?pid=46841>, Abrufdatum: 23.02.2007.

³⁴⁰ In: Alvin Rubinstein / Albina Shayevich / Boris Zlotnikov: *The Clinton Foreign Policy Reader*, New York: Sharpe, 2000, [138-142], S. 141.

*telling them one thing and the international community is saying something else.*³⁴¹

Der Verlust an Reputation und Einfluss in der Krisensituation resultierte aus der so gestalteten Situation. Verstärkt wurde dies zudem durch die Zerstrittenheit der Regierung Clinton: Er selbst bestimmte nur anfänglich die Richtung der Verhandlungen, die dann wiederum von seinen Beauftragten geführt wurden. Im Verlauf der Krise entglitt ihm die Situation durch den wachsenden Druck aus dem Kongress und der Öffentlichkeit immer mehr, so dass der Präsident auf ein reaktives Handeln beschränkt wurde:

*„Energische internationale Führungsleistung geht einher mit dezidiertem Führungsverzicht, verschärfte wirtschaftliche Sanktionen kollidieren mit dem Bemühen um weitere Handlungsliberalisierung, dem Ruf nach größerer internationaler Arbeitsteilung steht die Tendenz zu einem ‚global Unilateralism‘ gegenüber“.*³⁴²

Weder Außenminister noch Verteidigungsminister spielten in diesem Konflikt eine ausschlaggebende Rolle. Einzig die Berater des NSC und des Pentagon sowie Vertraute Clintons konnten Einfluss auf die Strategie nehmen. Hier sind Sandy Berger und Vizepräsident Al Gore vorrangig zu den Unterhändlern zu nennen. Diese Übertragung der Verhandlungen hatte für Clinton den Vorteil, den Misserfolg der gesamten Aktion und sein eigenes Dilemma am Ende auf seinen Beraterstab abzuwälzen:

*„Clinton was furious and blamed his NSC staff for putting him in a lose-lose situation“ [...] „The Haitian fiasco [...] had been a critical lesson for Clinton“.*³⁴³

Geprägt war die Situation auch von einem eher passiven Führungsstil des Präsidenten, der zwar Interesse an einer Lösung der Krise zeigte, aber nicht bereit war, persönliches Engagement zu zeigen. Jedoch kommunizierte er immer wieder sein persönliches Interesse an einer Lösung des Konfliktes, da hier eindeutig der Ausgang der Situation auch mit seiner weiteren politischen Zukunft verknüpft werden sollte:

³⁴¹ In: Pezzullo: *Plunging into Haiti*, S. 41.

³⁴² In: Peter Rudolf / Jürgen Wilzewski: Beharrung und Alleingang: Das außenpolitische Vermächtnis William Jefferson Clintons, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1999, in: <http://www.bpb.de/publikationen/Y8I6Z8.html>, Abrufdatum: 8.12.2006.

³⁴³ In: Halberstam: *War in Time of Peace - Bush, Clinton and the Generals*, S. 278.

„[...] how important it is to me personally [...] to restore democracy in Haiti and to restore President Aristide as the elected leader of that country.“³⁴⁴

Somit kann von einem passiven Führungsstil mit Gestaltungswillen, jedoch ohne ausreichende Erfahrung und Legitimation in dieser Situation gesprochen werden. Bedingt auch durch die stringente Verfolgung eigener Interessen ist aus *politikwissenschaftlicher Sicht* hier eine eher suboptimale Ausgangssituation für das Konfliktmanagement gegeben. Eine „unklare Prioritätensetzung“ und der „unentschlossene Führungsstil“³⁴⁵ Bill Clintons trugen mit zur Eskalation der Krise bei. Der *Kontext der Kommunikation* war geprägt von einer vorbehaltlosen Unterstützung Aristides durch die USA und einer nur halbherzigen Einbindung internationaler Organisationen in die Konfliktlösung. Die *Ziele* waren klar interessenpolitisch begründet und verbanden die Eindämmung des Flüchtlingsstromes mit einer Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse auf Haiti.

Strategie der Sicherheitspolitik und Politikstil

Die realpolitische Vertretung der u.s.-amerikanischen Interessen erfolgte durch verschiedene Mittel der Konfliktlösung: Wirtschaftliche Sanktionen und Embargos endeten ebenso wie ausgedehnte diplomatische Bestrebungen auf Vermittlerebene in zwei militärischen Interventionen von Seiten der USA.

„The presence of the International Civilian Mission has made a concrete contribution to human rights in Haiti. Mr. Caputo’s consultations with all parties indicated that a negotiated solution is possible. [...] And while they seek to shift responsibility, Haiti’s people continue to suffer. [...] time has come to increase the pressure on the Haitian military, the de facto regime in Haiti and their supporters.“³⁴⁶

³⁴⁴ In: John Woolley/ Gerhard Peters: The American Presidency Project (online): *Remarks with President Jean-Bertrand Aristide of Haiti and an Exchange with Reporters*, 16.3.1993, in: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=46342>, Abrufdatum: 23.02.2007.

³⁴⁵ In: Rudolf / Wilzewski: *Beharrung und Alleingang: Das außenpolitische Vermächtnis William Jefferson Clintons*.

³⁴⁶ In: John Woolley / Gerhard Peters: The American Presidency Project (online): *Statement on Sanctions against Haiti*, 4.6.1993, <http://www.presidency.uscb.edu/ws/?pid=46658>, in: Abrufdatum: 23.02.2007.

Legitimiert zwar durch die UN, von Seiten der Öffentlichkeit und des Kongresses jedoch verurteilt. Die offensive Strategie der USA musste immer wieder angepasst werden und auf die veränderten Rahmenbedingungen (öffentlicher Druck, Aufflackern der Gewalt auf Haiti, veränderte Haltung Aristides) reagieren. Dies geschah von Seiten des Präsidenten nur widerwillig und sehr unabgestimmt mit den restlichen Akteuren auf Seiten der USA. Das anfängliche Dilemmaspiel der USA entwickelte sich im Laufe der Krise immer mehr zu einem Überzeugungsspiel: Das Dilemma, zur Durchsetzung eigener Interessen aus den üblichen Vorgehensweisen der Vereinten Nationen auszuscheren, mündete in der unilateralen Handlungsweise am Ende der Krise und dem Einsatz militärischer Mittel ohne vorherige Abstimmung mit dem Kongress oder den Vereinten Nationen³⁴⁷.

Die verfolgte „Primacy“ – Strategie beinhaltete ein großes Konfliktpotential welches sich am Ende in der militärischen „Operation Restore Democracy“ entlud. Ebenso konfrontativ war auch der Politikstil Bill Clintons: Anstatt mit allen an den Verhandlungen beteiligten Personen Informationen auszutauschen und strategische Schritte zu planen, fielen Entscheidungen oftmals nur im bilateralen Gespräch mit den engsten Beratern und wurden ebenso kommuniziert. Grundlage dieser offensiven und konfrontativen Kommunikationshaltung war die von Anfang an verfolgte Strategie, zwei wichtige politische Ziele in einer Mission zu verbinden: Die Wiederherstellung einer demokratischen Ordnung sowie die Lösung des Flüchtlingsproblems.

Aus *politikwissenschaftlicher Sicht* entspricht dieses Vorgehen dem Politikstil Bill Clintons, welcher stets um die Verbindung unterschiedlicher Mittel und Zielsetzungen bemüht war:

*„Sanctions alone do not constitute a solution. The surest path toward the restoration of democracy in Haiti is a negotiated solution that assures the safety of all parties. [...] continuation and intensification of the negotiations effort. [...] we [...] will encourage greater effort and flexibility in the negotiations to restore democracy [...].“*³⁴⁸

³⁴⁷ Vgl.: Hendrickson: *The Clinton Wars – The Constitution, Congress, and War Powers*, S. 65.

³⁴⁸ In: John Woolley / Gerhard Peters: The American Presidency Project (online), *Statement on Sanctions against Haiti*, 4.6.1993, in: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=46658>, Abrufdatum: 23.02.2007.

Ebenso ist sein Verhalten im Umgang mit *Konfliktlösungsmechanismen* charakteristisch für den Beginn seiner Amtszeit, in welcher er mit unterschiedlichen, schwerwiegenden außenpolitischen Krisen konfrontiert wurde. Eine Erfassung des gesamten situativen Kontextes war zwar in Ansätzen gegeben, die Strategie jedoch nicht dementsprechend ausgerichtet, was zu zahlreichen, oftmals raschen Wechseln der Mittel der Konfliktlösung führte. Den *Inhalt der Kommunikation* stellt die Vermittlung zwischen den Konfliktparteien zur Wiedereinsetzung Aristides als Präsident sowie die Verteidigung des Mitteleinsatzes (verschärfte Sanktionen bis hin zur militärischen Lösung) gegenüber der Öffentlichkeit, dem eigenen Kongress und den Vereinten Nationen dar.

Kommunikationsstil

In diesem Fall muss von der Rolle eines Guardians hinsichtlich der Beachtung öffentlicher Meinung im Rahmen des außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesses gesprochen werden. Obwohl Bill Clinton insgesamt während seiner Amtszeit immer Wert auf Umfragen und die Stimmung innerhalb der Öffentlichkeit und insbesondere der Eliten legte, traf er in diesem Fall die meisten Entscheidungen ohne darauf Rücksicht zu nehmen. Dies steht sicherlich auch, wie bereits erwähnt, in Zusammenhang mit seiner anfänglichen Unerfahrenheit und der Kulmination zahlreicher schwieriger sicherheitspolitischer Entscheidungen (Kosovo, Ruanda, Haiti) zu Beginn seiner Amtszeit. Gerechtfertigt wurde die Einmischung von Seiten der USA stets mit der Begründung, dass das haitianische Volk vom grausamen Regime des Militärs befreit werden müsse:

„[...] should enable us to resolve this in a peaceful way.

If the people of Haiti can live in peace and security, subsequent to an agreement, and begin to work for their own prosperity instead of living in ever deepening misery, the I think that we will be on the road to alleviating literally centuries of oppression in that beautiful country that has been so misgoverned for so long.”³⁴⁹

“[...] Haiti’s people continue to suffer.”³⁵⁰

³⁴⁹ In: ebd: *Remarks with President Jean-Bertrand Aristide of Haiti and an Exchange with Reporters*, 16.3.1993, in: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=46342>, Abrufdatum: 23.202.2007.

³⁵⁰ In: ebd..

“Our policy on Haiti is not a policy for Haiti alone. It is a policy in favour of democracy everywhere.”³⁵¹

Er selbst war in den Konfliktlösungsprozess in der Vermittlung zwischen den Parteien nur indirekt durch seine Vertreter involviert. Die jeweiligen Fachexperten waren für die Umsetzung seiner Strategie verantwortlich, was er nach außen auch offen kommunizierte:

„[...] Mr. Caputo´s Mission [...]. The Secretary of State will determine [...]. I have directed the Secretary of Treasury [...]. I have directed Secretary Christopher to consult the OAS [...].“³⁵²

Er selbst kommunizierte gegenüber den eigenen Akteuren (Kongress und Öffentlichkeit) in einer sehr einfachen Art und Weise. Seine Kommunikation war jedoch in diesen Fällen immer auf einer persönlichen Ebene und in verbaler Form. Lediglich formale Stellungnahmen gegenüber dem Kongress verliefen, wie von den Vorschriften gefordert, in schriftlicher Form:

„Close cooperation between the President and the Congress is imperative for effective U.S. foreign policy and especially when the United States commits our Armed Forces abroad. I remain committed to consulting closely with Congress on our foreign policy, and I will continue to keep Congress fully informed about significant deployments of our Nation’s Armed Forces.“³⁵³

“I appreciate the support the Congress has provided for this important U.S. contribution to multilateral efforts to restore democracy to Haiti, and I look forward to continued cooperation with you in these matters”³⁵⁴

Generell kann jedoch von einem offenen, persönlichen und direkten Kommunikationsstil Bill Clintons gesprochen werden. Die von Beginn an hohe Kommunikations-erwartung an die Verhandlungen und das Abkommen von Governor’s Island wurden letztendlich nicht ausreichend erfüllt.

³⁵¹ In: ebd., Statement on Sanctions against Haiti, 4.6.1993, in: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=46658>, Abrufdatum: 23.02.2007.

³⁵² In: ebd.

³⁵³ In: ebd., Letter to Congressional Leaders on Haiti, 20.10.1993, in: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=47237>, Abrufdatum: 23.02.2007.

³⁵⁴ In: ebd., Letter to Congressional Leaders reporting on the Embargo on Haiti, 20.04.1994, in: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=50007>, Abrufdatum: 23.02.2007.

*“I look forward to the success of Mr. Pezzullo.[...].
[...] the impact of this diplomatic initiative, sending Mr.
Pezzullo to Haiti, making the statements we’re making
today, sending the clear and unambiguous signal we’re
sending.”³⁵⁵*

Die interkulturelle Kommunikation jedoch war geprägt von einem fehlenden Verständnis für die haitianische Vergangenheit und den daraus resultierenden Aktionen. Das Volk sah sich lange Zeit immer wieder mit Besatzungen und Belagerungen konfrontiert und reagierte meist ablehnend auf Vermittlungsversuche Dritter. Auch die massive und unbedingte Unterstützung des vertriebenen Präsidenten Aristide durch die u.s.-amerikanische Regierung war nicht förderlich für die Verbesserung der interkulturellen Verständigung. Zudem wurden hier auch Differenzen im Zeitverständnis der beiden Kulturen deutlich. Zwar ist dies in beiden Fällen linear, die Auslegung von zeitlichen Rahmen erfolgte jedoch oftmals unterschiedlich.

Auf Seiten der USA herrschte zu Beginn und auch in der Phase des Widerstandes in den eigenen Reihen immer wieder große Unsicherheit hinsichtlich der Wahl der Mittel der Konfliktlösung. Erschwert wurde dies durch das Aufeinandertreffen einer sehr individualistisch orientierten Kultur mit einer eher kollektivistisch orientierten: Die USA traten von Beginn an für Aristide ein. Trotz der inneren Krise der haitianischen Gesellschaft herrschte in der Einschätzung der USA und deren Bemühungen meist ein tiefer Konsens und Zusammenhalt gegenüber potentiellen Besatzern.

Die Kommunikation der Regierung Bill Clintons wurde durch den fehlenden Informationsfluss zwischen den Akteuren behindert. Mangelnde Abstimmung und die gespaltene Führungselite im außenpolitischen Entscheidungsprozess bedingten eine teils ebenso desorientierte Kommunikation nach außen. Insgesamt erfolgte die Kommunikation auf low-context Ebene, da beiden Seiten nur wenig Information zur Situation zur Verfügung stand, und sich die meisten Ereignisse im Verlauf der Krise überraschend für die Beteiligten einstellten.

³⁵⁵ In: ebd., *Remarks with President Jean-Bertrand Aristide of Haiti and an Exchange with Reporters*, 16.03.1993, in: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=46342>, Abrufdatum: 23.02.2007.

Politikwissenschaftlich beurteilt kann von einem Versuch der Konfliktlösung durch gezielte Kommunikation auf Experten-Ebene ohne direkte Beteiligung des Präsidenten gesprochen werden. Bill Clinton selbst kommunizierte offen und direkt, sofern dies in einer gespaltenen Regierung und gegen den Willen der Öffentlichkeit möglich war. Die großen *individuellen Unterschiede* zwischen den Verhandlungspartnern sowie mangelndes interkulturelles Verständnis erschwerten die Kommunikation hinsichtlich des erfolgreichen *Konfliktmanagements* ebenso wie die Gespaltenheit der eigenen Regierung auf Seiten der USA. Die Akteursebene war somit in jeder nur denkbaren Richtung zerfasert: Die Regierung der USA vs Opposition in Kongress und Öffentlichkeit, die Verhandlungsführer der USA vs die Beauftragten der internationalen Organisationen und den Vertretern Haitis und die haitianischen Verhandlungsführer vs Präsident Aristide und die eigenen Oppositionellen.

3.3.2 Die Entscheidung des Einmarsches in den Irak – Operation Iraqi Freedom

Der Entscheidung des Einmarsches in den Irak gehen weitere Ereignisse in der u.s.-amerikanischen Sicherheitspolitik voraus: Nach den Terroranschlägen vom 11. September und der militärischen Intervention in Afghanistan sollten sämtliche potentielle Terrorzellen im Nahen Osten bekämpft werden. Zudem ist das bilaterale Verhältnis zwischen den USA und dem Irak historisch bedingt von einem Normalzustand weit entfernt. Bereits unter Präsident Bush sen. erfolgte ein militärisches Eingreifen im Irak nach dem Einmarsch des Saddam Regimes in Kuwait. Somit waren die Ausgangsbedingungen, welche zur letztendlichen Entscheidung des Krieges im Irak führten durchwegs negativ. Zudem verletzte das Regime Saddam Husseins immer wieder Abkommen gegenüber der internationalen Gemeinschaft bezüglich seiner Produktion von Waffen und nuklearem Sprengstoff.

Im Februar 2002 bereits wurden von George W. Bush erste Pläne für einen möglichen Einmarsch in den Irak bei seinem Verteidigungsminister Rumsfeld in Auftrag gegeben. Diese Vorbereitungen verliefen im Hintergrund des offiziellen politischen und vor allem kommunikativen Geschehens, was einer PR-Kampagne glich³⁵⁶. Zeitgleich äußerte Präsident Bush gegenüber Senatoren in Washington D.C. in Bezug auf Saddam Hussein: „We are taking him out.“³⁵⁷.

³⁵⁶ Vgl.: Wesley Clark: *Winning Modern Wars*, New York: Publishing Affairs, 2003, S. 142.

³⁵⁷ In: Hiro Dilip: *Operation "Iraqi Freedom" and After*, New York: Nation Books, Avalon Publisher Group Inc., 2003, S. 444.

Die erste öffentliche Stellungnahme³⁵⁸, welche die Angriffspläne der USA beinhaltete, erfolgte im August 2002 durch Vizepräsident Dick Cheney: „War with Iraq is inevitable.“³⁵⁹ Im Anschluss an diese Äußerung begann das Pentagon bereits mit ersten Luftwaffenübungen und der genauen Definition von Zielen, Strategien und Mitteln für einen Einsatz im Irak. Offiziell wurde das Vorgehen unter dem Deckmantel einer Abwehrstrategie gegen internationalen Terrorismus durchgeführt. Bereits im September wurden zudem erste Truppen nach Kuwait verlegt und die Zusicherung der Unterstützung eines möglichen Einsatzes von Seiten des britischen Premierministers Tony Blair eingeholt. Parallel zu den Aktionen und Äußerungen der u.s.-amerikanischen Regierung erfolgten weitere Verhandlungen und Sanktionen von Seiten der Vereinten Nationen. Mitte September sah es kurzzeitig nach einer Entspannung der Situation aus, als Saddam Hussein den Waffenkontrolleuren der UN die uneingeschränkte Rückkehr in sein Land erlaubte.

Die technischen Vorbereitungen für einen Einmarsch im Irak wurden begleitet von ideologischen Strategien: Zum einen wurde am 12. September ein Dossier mit dem Titel „A Decade of Deception and Defiance“³⁶⁰ veröffentlicht, welches sich mit dem Regime Saddams auseinandersetzt. Nur wenige Tage später wurden die Kernpunkte der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der Regierung Bush bekannt: Die USA sehen so genannte pre-emptive strikes als legitimes Mittel zur Verteidigung gegenüber Ländern oder Gruppierungen, welche Massenvernichtungswaffen herstellen.³⁶¹ Diese Art der Selbstverteidigung soll das eigene Land vor möglichen terroristischen Angriffen bewahren. Die als Bush-Doktrin bezeichnete Strategie bestimmte das weitere Vorgehen der Regierung nachhaltig. Die von Bush und seinen Beratern genau geplante Strategie aus Informationen über den Irak und die Veröffentlichung eigener strategischer Papiere, folgte einer Inszenierung aus Aktionen des Irak und den entsprechend notwendig werdenden Reaktionen durch die u.s.-amerikanische Regierung. So wurde im Nachgang an die Bush-Doktrin ein Bericht der Amerikaner und Briten zum irakischen Programm zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen der Öffentlichkeit vorgestellt³⁶². Dieser wurde medien- und öffentlichkeitswirksam im Rahmen der PR-Strategie des Weißen Hauses begleitet von Reden und Stellungs-

³⁵⁸ Vgl.: Clark: *Wining Modern Wars*, S. 142.

³⁵⁹ In: Dilip: *Operation "Iraqi Freedom" and After*, S. 445.

³⁶⁰ In: ebd., S. 445.

³⁶¹ Vgl.: Benjamin Schreer: Who's next? Die USA, Iran und die Präemption, in: *Internationale Politik*, 6/2003, [55-58], S. 55.

³⁶² Vgl.: Clark: *Wining Modern Wars*, S. 144.

nahmen des Präsidenten und seines Stabes. So unter anderem Anfang Oktober, als Präsident Bush in einer Rede die Angst vor möglichen Angriffen auf die USA und ihre Verbündeten weiter zu schüren versuchte³⁶³. Im Anschluss daran erteilte der Kongress dem Präsidenten das Kriegsrecht, welches dieser mit der Aufstockung der Truppen in der Region um den Irak beantwortete.

Die jährliche Ansprache des Präsidenten zu Jahresbeginn am 23. Januar 2003 brachte schließlich die Ermittlungen einer weiteren u.s.- britischen Kommission in die Kampagne mit ein: Angeblich konnte eine Verbindung zwischen Saddam Husseins Bemühungen um nukleare Waffen und zwischen afrikanischen Uranförderungen nachgewiesen werden.³⁶⁴ Höhepunkt der perfekten Inszenierung der u.s.-amerikanischen Regierung war mit Sicherheit der Auftritt des Außenministers Collin Powell vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 5. Februar 2003. Eine genaue Analyse der Rede und der verwendeten Materialien erfolgt in der anschließenden Analyse des Falles anhand des Untersuchungsrasters zur sicherheitspolitischen Kommunikation.

Wichtig ist an dieser Stelle festzuhalten, dass zum jetzigen Zeitpunkt³⁶⁵ bekannt ist, dass so gut wie alle Beweise (in Bezug auf die Herstellung von Massenvernichtungswaffen, nuklearer Sprengstoffe, die Verbindung von Saddam Hussein zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001, etc.) nicht stichhaltig waren und somit von einer Vorspiegelung falscher Tatsachen gesprochen werden kann³⁶⁶. Parallel zu diesen Vorgängen von Seiten der u.s.-amerikanischen Regierung wurde von den Vereinten Nationen mit der Resolution 1441 vom 8. November 2002 versucht, die Situation auf ein völkerrechtlich legitimes Niveau zu transferieren und eine militärische Intervention der USA vorerst abzuwenden. Auch in der Bevölkerung der USA machte sich Widerstand gegen die Pläne der Regierung breit, welcher jedoch lediglich zur Kenntnis genommen wurde und ohne Auswirkungen blieb. International waren die Aktionen der USA geprägt von einer Einteilung der Welt in Freund und Feind: Die Koalition der „Willigen“ stand dem „alten Europa“, welches eine Unterstützung eines Krieges gegen Irak ohne völkerrechtliche Legitimierung durch den Sicherheits-

³⁶³ Vgl.: Gudrun Harrer: *Kriegs-Gründe, Versuch über den Irak-Krieg*, Wien: Mandelbaum Verlag, 2003, S. 12.

³⁶⁴ Vgl.: Fredrick Willem de Klerk: *American Leadership in a Globalised World: 9/11, Iraq and Beyond*, in: Abrams, Irwin / Gungwu, Wang (Hg.): *The Iraq War and its Consequences*, River Edge: World Scientific Publications, 2003, [81-89], S. 83.

³⁶⁵ Unter „jetzigem Zeitpunkt“ wird der Zeitraum der Fertigstellung dieser Arbeit verstanden und bezieht sich somit auf die Zeitspanne von Januar – April 2007.

³⁶⁶ Vgl.: Clark: *Winning Modern Wars*, S. 147.

rat der Vereinten Nationen ablehnte, gegenüber. Im Verhalten der USA herrschte eine Zweigeteiltheit zwischen internationalem Handeln und internem Verhalten zur Vorbereitung des Krieges³⁶⁷.

Ein letzter Versuch, sich mit den Vereinten Nationen auf eine einheitliche Linie zu einigen, erfolgte durch den Vorschlag für eine weitere Resolution von Seiten der USA und Großbritannien, welche militärische Aktionen gegen den Irak legitimieren sollte. Da hier jedoch keine Einigung erzielt werden konnte, folgte schließlich am 17. März ein Ultimatum von Präsident Bush an Saddam Hussein, innerhalb einer Frist von 24 Stunden den Irak zu verlassen und alle militärischen Stellungen zur Niederlegung der Waffen aufzurufen. Das Ultimatum blieb von Saddam Hussein unbeachtet, was am 20. März 2003 zum Angriff der USA auf den Irak führte. Weltweit versuchten unterschiedliche Gruppierungen und Staaten, wie die Arabische Liga und Mitglieder der Europäischen Union, gegen diese Entscheidung einzuwirken. Resultat der Intervention ist ein bis dato andauernder militärischer Konflikt, welcher zwar offiziell von George W. Bush als beendet erklärt wurde, jedoch als Partisanen- und Bürgerkrieg zwischen den einzelnen Völkergruppen des Irak und den ausländischen Militärs weiterschwelt.

Begründung für die militärische Intervention der USA waren der Verdacht der Herstellung von Massenvernichtungswaffen und nuklearen Waffen sowie die Nichtbeachtung der UN-Resolutionen:

*„The diplomacy stuttered, stalled, and ultimately failed“.*³⁶⁸

„Unlike other nations that have voluntarily disarmed and in defiance of Resolution 1441 Iraq is not allowing inspectors „immediate, unimpeded, unrestricted access“ to facilities and people involved in its weapons program. [...] The regime has blocked free and unrestricted use of aerial reconnaissance. [...] It is failing in spectacular fashion. By both, its actions and its inactions, Iraq is proving not that it is a nation bent on disarmament, but that it is a nation with something to hide. Iraq its still

³⁶⁷ Vgl.: Harrer: *Kriegs-Gründe, Ein Versuch über den Irak-Krieg*, S. 76.

³⁶⁸ In: Clark: *Wining Modern Wars: Iraq, Terrorism, and the American Empire*, S. 24.

*treating inspections as a game. It should know, that time is running out.*³⁶⁹

Die Regierung Bush sah sich somit als letztlich verbleibende militärische Supermacht in der Verantwortung, der Gefahr, welche von Saddams Regime auszugehen drohte, entgegen zu stellen:

*„Für das irakische Regime war Diplomatie eine Masche, um Zeit und Vorteil zu gewinnen.“*³⁷⁰

Machtverhältnisse und Führungsstil

Die Regierung der USA unter Führung von Präsident George W. Bush hat im vorliegenden Fall versucht, die Machtposition durch militärische Stärke zu demonstrieren. Initiativen zu einer diplomatischen Lösung, auch unter einem Mandat der Vereinten Nationen, wurden nicht oder nur unzureichend unternommen *„Weil wir es nicht mit friedfertigen Menschen zu tun haben.“*³⁷¹. Begründet liegt dies auch in der lange vorab festgestandenen Entscheidung einer militärischen Intervention im Irak. Zudem verweisen die USA immer wieder auf den nicht erkennbaren Willen Saddam Husseins, den Vereinbarungen und Sanktionen der Vereinten Nationen nachzukommen. Ihre eigene Position im internationalen Machtgefüge rechtfertigten die USA mit ihrer militärischen Vormachtstellung sowie der Verteidigung westlicher Werte: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte im Namen der westlichen Demokratien und der Vereinten Nationen.

Das Verhältnis zwischen Amerika und dem Irak ist hingegen historisch bedingt ein sehr angespanntes und konfliktbeladenes.

Außenpolitische Reputation kann in diesem Fall lediglich dem Stab des Präsidenten nachgesagt werden. Sowohl Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice als auch Verteidigungsminister Rumsfeld und Außenminister Powell verfügen über Erfahrung und fundiertes Wissen im Bereich der Sicherheitspolitik. Klar erkennbar ist auf Seiten des Präsidenten jedoch der Wille zum Eingreifen und zur Machtdemonstration als Ordnungsmacht in der gesamten Region des Nahen Osten. Im Verhältnis der Akteure untereinander muss hinsichtlich der Kommunikation der sicherheitspolitischen Ent-

³⁶⁹ In: Condoleezza Rice, The White House: *Why we know Iraq is lying* – A column by Dr. Condoleezza Rice, 23.1.2003, <http://www.whitehouse.gov/news/2003/01/20030123-2.html>, Abrufdatum: 23.02.2007.

³⁷⁰ In: George W. Bush: Rede des u.s.-amerikanischen Präsidenten George W. Bush zur Nation am 17. März 2003, in: *Internationale Politik*, Dokumente, 5/2003, [82-86], S. 83.

³⁷¹ In: ebd., S. 83.

scheidung festgehalten werden, dass nach außen der Präsident federführend agierte, im Hintergrund wohl eher der engste Beraterstab für die Strategie und die Entscheidungsfindung maßgeblich war. In der Kommunikation waren die Rollen ausgeglichen verteilt: Die Berater unterstützten ihren Präsidenten in allen Stellungnahmen und Reden, so dass zwar eine dominierende Rolle des Präsidenten in der Außenkommunikation vorlag, in politischer Hinsicht eher ein etablierter Beraterstab den Präsidenten führte.

Charakteristisch für den Führungsstil George W. Bushs ist eine positive Einstellung gegenüber seinem Amt unter gleichzeitiger aktiver Inanspruchnahme aller ihm dadurch übertragenen Kompetenzen.

Aus *politikwissenschaftlicher Perspektive* liegt hier eine Betonung der Hegemonialstellung im internationalen System unter Zuhilfenahme der militärischen Stärke der USA vor. Die Vereinten Nationen wurden zwar berücksichtigt, ihrer Bedeutung insbesondere hinsichtlich eines Mandats für die militärische Aktion jedoch nicht Rechnung getragen. Zudem nutzte die Regierung Bush die Situation zu einer willkürlichen Einteilung in gut und böse, respektive Freund und Feind Unterscheidung. Die dadurch entstandenen Differenzen zwischen einem Teil der europäischen Länder und den USA sowie die Spaltung innerhalb der Europäischen Union bedurften einer langen Zeit der Wieder-Annäherung. Die Instrumentalisierung einer potentiellen Gefahr durch den Irak – sowohl hinsichtlich Massenvernichtungswaffen als auch Terrorismus – führte im Endergebnis zu einem Alleingang der USA mit Unterstützung durch Großbritannien und einige „neue“ Verbündete wie Polen oder Pakistan, welcher nicht durch die Vereinten Nationen legitimiert war.

Der *Kontext der Kommunikation* war zu Beginn eingebettet in die internationale Gemeinschaft, welche eine kollektive Konfliktlösung anstrebte. Eine Verschärfung der Umstände ergab sich erst durch die gezielte Propaganda und eine strategische PR-Aktion zur Durchsetzung der u.s.-amerikanischen Interessen.

Eine ausgeprägte Zielorientierung bestimmte somit auch die Wahl der Mittel nachhaltig. Im Bereich des *Konfliktmanagements* ist eine klare Vorstellung der Ziele und der Erreichung selbiger sicherlich wünschenswert. Geht dies jedoch wie im vorliegenden Fall von statten, muss eine mangelnde Abwägung aller möglichen Mittel und Formen der Konfliktlösung festgestellt werden.

Strategie der Sicherheitspolitik und Politikstil

Die realpolitischen und zumeist neokonservativ geprägten Interessen (Verteidigung der nationalen Werte in Verbindung mit Heimatschutz) wurden von Beginn an gezielt kommuniziert und mit der Bereitschaft des Einsatzes jeglicher Mittel vertreten. Sicherheitspolitisch sahen sich die USA hier in der Funktion einer Ordnungsmacht, welche durch die Unterstützung der Demokratisierung des Irak eine stabilisierende Wirkung auf die gesamte Region des Nahen Osten ausüben wollte. Als Mittel der Konfliktlösung und der Umsetzung der eigenen Ziele zum Schutz der eigenen Bevölkerung sowie der westlichen Welt wurden neben militärischen Mitteln wenig andere Mechanismen angestrebt. Die Versuche einer politisch diplomatischen Lösung wurden den UN überlassen und deren Misserfolg als Rechtfertigung für den Einsatz der eigenen militärischen Aktion angeführt. Das Mittel der Androhung kam lediglich kurz vor dem Angriff mit dem Ultimatum an Saddam Hussein zum Tragen. Internationale Organisationen spielten, wie bereits erwähnt, zwar eine Rolle, konnten jedoch ihrer eigentlichen Funktion zur Legitimation und Mandatserteilung für militärische Aktionen ohne Verteidigungsfall nicht nachkommen.

Die offensive Strategie der USA war geprägt von der bereits beschriebenen Dualität: Nach außen bemühte sich die Regierung noch um Kompromisse und die Einbindung von Verbündeten in eine eventuelle militärische Aktion. Intern jedoch wurden bereits alle Vorkehrungen und Maßnahmen ergriffen, die für den Einsatz notwendig waren. Begleitet wurden die politischen Entscheidungen und Bemühungen von einer gut geplanten und abgestimmten PR-Aktion, welche weltweit den bevorstehenden Einsatz rechtfertigen und erklären sollte. Spieltheoretisch analysiert handelt es sich somit um ein Überzeugungsspiel unter Einsatz militärischer Gewalt. Der politische Stil der Regierung Bush war von Beginn an konfrontativ und auf Konflikt angelegt. Eine konsensorientierte Vorgehensweise ist nicht erkennbar. Auch im Umgang mit bis dato Verbündeten und Partnern wurde ab sofort die Sichtweise „*with or against us*“ vertreten.³⁷²

Festgehalten werden muss dabei die Flexibilität der Begründung des Eingreifens: Die Argumente reichten von einer Beteiligung an den Anschlägen des 11. September, über die Kooperation mit Al Quaida bis zur endgültigen Anschuldigung der

³⁷²

In: Robin Lakoff: War Talk; in: Abrams, Irwin / Gungwu, Wang (Hg.): *The Iraq War and its Consequences*, River Edge: World Scientific Publishers, 2003, [375-397], S. 397.

Herstellung von Massenvernichtungswaffen und somit zur außerordentlichen Gefahr für die USA und den Rest der Welt: „ *We can not let our enemies strike first*“.³⁷³

Politikwissenschaftlich interpretiert weist die Situation eine offensiv propagierte Strategie der klaren Zielverfolgung einer militärischen Intervention auf. Zu keinem Zeitpunkt gab es Abweichungen von der verfolgten Strategie, welche alle entscheidenden Akteure auf Seiten der USA mitgetragen haben.

Von besonderer Bedeutung ist der vorliegende Fall hinsichtlich der Gleichzeitigkeit von Aktion und Kommunikation. Eine bestens abgestimmte *Kommunikationsstrategie* hat stets politische Handlungen legitimiert und gegenüber Kritikern verteidigt. Zusätzlich konnte dadurch eine Mehrheit im Kongress gewonnen werden, welche ein militärisches Einschreiten erst möglich machte. Diese konnte zuweilen auch den konfliktträchtigen Politikstil des Präsidenten verdecken.

Die Gesamtkonstellation wurde stets zum eigenen Vorteil interpretiert und hat somit ein diplomatisch politisches *Konfliktmanagement* verhindert:

„*The larger point is, and the fundamental question is: Did Saddam Hussein have a weapons program? And the answer is, absolutely. And we gave him a chance to allow the inspectors in, and he wouldn't let them in. And, therefore, after a reasonable request, we decided to remove him from power, along with other nations, so as to make sure he was not a threat to the United States and our friends and allies in the region.*“³⁷⁴

Kommunikationsstil

Der Kommunikationsstil der Regierung George W. Bushs muss im Rahmen der bereits mehrfach erwähnten Kommunikationsstrategie analysiert werden. Da der Präsident dabei die zentrale Rolle spielte und den weiteren Akteuren (Minister und Berater) nur eine zustimmende und unterstützende Funktion zukam, wird an dieser Stelle der Kommunikationsstil Bushs näher untersucht.

„*Within the United States, the case for war sold nevertheless through a combination of skilled public commu-*

³⁷³ In: Clark: *Wining Modern Wars: Iraq, Terrorism, and the American Empire*,, S. 144.

³⁷⁴ In: Dilip: *Operation "Iraqi Freedom" and After*, S. 2.

*nication, fear, patriotism, and trust in the commander of chief“.*³⁷⁵

Die Rhetorik George W. Bushs ist seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 stark dominiert von folgenden Charakteristika, welche das angeführte Zitat bereits aufzeigt:

Der Einteilung der Welt in „wir“ und „sie“ als Gegenüberstellung des eigenen Landes und der Feinde der USA. Gerne verwendet er dabei auch die bereits angesprochene Einteilung in Freunde und Feinde der Vereinigten Staaten.³⁷⁶ Diese kontrastierende Sprache teilt die Welt in seinen Augen in gut und böse, wobei seine Regierung bestrebt ist, dem Bösen zum Schutz der eigenen Gesellschaft und der restlichen, demokratisch orientierten Welt mit allen Mitteln zu begegnen. Die öffentliche Meinung spielt dahin gehend eine Rolle, als dass sein Team schwankende Stimmungen sofort aufgreift um diese gezielt zu beeinflussen. Ausschlaggebend für die Entscheidungsfindung bezüglich des Einsatzes im Irak war die Meinung der breiten Bevölkerung ebenso wenig wie die vereinzelt kritischen Stimmen der politischen Elite.³⁷⁷ Die direkte Kommunikation George W. Bushs ist geprägt von Metaphern, welche dem bereits angeführten schwarz-weiß Denken Deutlichkeit verleihen sollen. Die Negativdarstellung der Feinde als Parasiten steht einer freiheitlichen, demokratischen und friedlichen Welt der Vereinigten Staaten gegenüber. Auch kann eine immer wiederkehrende Steigerung der Bedeutung dieses Einsatzes festgestellt werden: So wird immer erst das amerikanische Volk, nachfolgend die internationale Gemeinschaft und schließlich die Welt von einem Diktator befreit und vor weiteren vernichtenden Angriffen bewahrt. Bush äußerte sich zu dieser sicherheitspolitischen Entscheidung stets verbal und in Ansprachen, Reden oder Stellungnahmen direkt an sein Volk, beziehungsweise in einzelnen Fällen auch andere Gesellschaften, gerichtet.

Interkulturell sahen sich die USA mit einem heterogenen Land, welches von einem diktatorischen Regime geführt wurde, konfrontiert. Welches Ausmaß dies für den Verlauf des Konflikts bedeutete, wurde erst in den Jahren nach der Entscheidung des Einmarsches in den Irak deutlich. Jedoch ist auch die Anfangssituation von

³⁷⁵ In: Clark: *Wining Modern Wars: Iraq, Terrorism, and the American Empire*, S. 148.

³⁷⁶ Vgl.: Lakoff: *War Talk*, S. 384.

³⁷⁷ Vgl. dazu auch die Feststellung dass die öffentliche Meinung Bush zwar erneut vor die Vereinten Nationen mit der Bitte um eine weitere Resolution getrieben hat. Dennoch war die Rhetorik Bushs laut nachstehenden Verfassern ausschlaggebend für die Unterstützung der Intervention von Seiten der Amerikaner, in: Craig Kennedy / Natalie La Balme: Ein neuer Global Player: Die Macht der Öffentlichen Meinung, in: *Internationale Politik*, 12/2003, [13-20], S. 14.

fehlender interkultureller Kompetenz und einem überheblichen Selbstbild der Regierung Bush gekennzeichnet. Die Kommunikation war geprägt von der Überzeugung, einen schnellen Sieg über Saddam Hussein und sein Regime zu erreichen, sowie anschließend mit relativ geringem Aufwand ein demokratisches System zu stabilisieren:

*„I give this pledge to the citizens of Iraq: We’re coming with a mighty force to end the reign of your oppressors. We are coming to bring you food and medicine and a better life. And we are coming, and we will not stop, we will not relent until your country is free. [...] We will end the Iraqi regime, an ally of terrorist and a producer of weapons of mass destruction.“*³⁷⁸

Daraus wird ersichtlich, dass kulturelle Eigenschaften des Iraks und seiner unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in dieser strategischen Planung nicht berücksichtigt wurden.

Die dennoch klare, einheitliche high-context Kommunikation der Regierung Bush konnte nur durch eine enge Abstimmung innerhalb des engsten Akteurskreises erreicht werden. In diesem Fall muss zudem die religiöse Komponente in der interkulturellen Kommunikation berücksichtigt werden:

*„[Die] Verbindung zur christlich-konservativen Rechten innerhalb der Republikanischen Partei, ist wichtig zum Verständnis der Machtposition der dominanten außenpolitischen Koalition in Washington.“*³⁷⁹

George W. Bush konzentrierte sich nach den Anschlägen des 11. September immer mehr auch auf die Verteidigung der eigenen religiösen Werte:

*„God told me to strike at Al Qaeda and I struck them, and then he instructed me to strike at Saddam, which I did.“*³⁸⁰

Die wichtigsten Bestandteile des Vokabulars George W. Bush’s in diesem Fall waren somit: Patriotismus, Religion, Schutz des eigenen Landes, Angst vor dem terroristischen

³⁷⁸ In: The White House: *President updates America on Operations Liberty Shield and Iraqi Freedom*, Remarks by the President at the Port of Philadelphia, Fact Sheet, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/03/20030331-4.html>, Abrufdatum: 23.02.2007.

³⁷⁹ In: Thomas Risse: Es gibt keine Alternative! USA und EU müssen ihre Beziehungen neu justieren, in: *Internationale Politik*, 6/03, [9-18], S. 12.

³⁸⁰ In: Dilip: *Operation “Iraqi Freedom” and After*, S. 2.

schen Feind und die Verteidigung freiheitlich demokratischer Werte. Diese Aspekte verdeutlichte George W. Bush unter anderem in einer Rede auf Einladung des American Enterprise Institute im Februar 2003, kurz vor dem Angriff auf den Irak:

„The safety of the American people depends on ending this direct and growing threat. [...] Bringing stability and unity to a free Iraq [...]. Destroying chemical and biological weapons. We will provide security against those who try to spread chaos, or settle sorces, or threaten the territorial integrity of Iraq. [...] The world has a clear interest in the spread of democratic values, because stable and free nations do not breed ideologies of murder. They encourage the peaceful pursuit of a better life. [...] In our desire to be safe from brutal and bullying oppression, human beings are the same. In our desire to care for our children and give them a better life, we are the same. For these fundamental reasons, freedom and democracy will always and everywhere have greater appeal than the slogans of hatred and the tactics of terror. [...] the United States is also showing our commitment to effective international institutions. [...] If we have to act, we will act to restrain violent, and defend the cause of peace.“³⁸¹

Politikwissenschaftlich betrachtet handelt es sich um einen Kommunikationsstil, welcher durch die Fokussierung auf einen Akteur, den Präsidenten der Vereinigten Staaten, gekennzeichnet ist. Die Kommunikationsstrategie war mit dem sicherheitspolitischen Vorgehen detailliert abgestimmt und allen Akteuren stets bewusst. Persönliche Differenzen innerhalb der Regierung waren in der Kommunikation nicht auszumachen. Der *Kommunikationsprozess* auf Akteursebene verlief reibungslos und eng abgestimmt. Die Kommunikationserwartung wurde zu Beginn erfüllt, da eine Mehrheit für einen Einsatz im Irak erlangt werden konnte und somit die Propaganda für eine Intervention erfolgreich war. Die Entwicklung der Krise jedoch zeigte dann die

³⁸¹ In: The White House: *President Discusses the Future of Iraq*, Washington Hilton Hotel, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/02/20030226-11.html>, Abrufdatum: 23.02.2007.

Defizite und Verschleierungstaktik der Regierung auf, was zu einem nachhaltigen Vertrauensverlust der USA auf internationaler Ebene und insbesondere im eigenen Land führte. Die individuelle Färbung der Kommunikation des Präsidenten erschwerte insgesamt das *Konfliktmanagement* ebenso wie die fehlende Berücksichtigung interkultureller Unterschiede.

3.4 Crucial Cases – Russland

Hinsichtlich der Russischen Föderation wurden zum einen der erste Krieg in Tschetschenien unter Präsident Boris Jelzin (1994-1996) und zum anderen die krisenhafte Beziehung Russlands zum Nachbarn Georgien während der Amtszeit Vladimir Putins als „crucial cases“ ausgewählt. Der erste Einmarsch russischer Truppen in Tschetschenien war mit einer äußerst undurchsichtigen und konfuse Informations- und Kommunikationsstrategie von Seiten Russlands verbunden. Dies war neben der Tatsache, dass es sich um die erste Krise, den ersten Krieg nach Auflösung der Sowjetunion handelte, in den Russland aktiv involviert war, eines der ausschlaggebenden Argumente für die Auswahl. Zwar wird von russischer Seite die Auffassung vertreten, dass es sich dabei um einen Verteidigungsfall handelte. In der genauen Betrachtung des Falles wird jedoch deutlich, dass eine Einmischung Russlands in einen bürgerkriegsähnlichen Zustand vorlag.

Die krisenhafte Beziehung zu Georgien soll stellvertretend für die so genannten „frozen conflicts“ der Russischen Föderation mit dem nahen Ausland untersucht werden. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Errichtung der Russischen Föderation traten immer mehr Konflikte über den Status einzelner, meist kaukasischer Republiken, zu Tage. Diese zum Teil bis heute ungelösten Konflikte werden unter dem genannten Begriff der „frozen conflicts“ zusammengefasst. Zahlreiche Vermittlungsbemühungen von Seiten der EU, der Vereinten Nationen und von Nachbarländern blieben bislang erfolglos. Nur teilweise konnten erfolgreich demokratische Revolutionen, wie in der Ukraine, durchgeführt werden. Das angespannte Verhältnis zu Georgien soll somit Aufschluss über die Kommunikation der russischen Regierung bezüglich dieser Konflikte geben.

3.4.1 Die Entscheidung der militärischen Intervention in Tschetschenien

„Do you know the land where tears are shed?

Where smoke scatters over the houses?

Where aeroplanes overhead are loaded with bombs?

Where these bombs fall on the people's heads?

This land is called Chechnya.

There the houses lie in ruins,

There war thunders twinkle,

There both day and night are hell,

There it is cold, people are starving.

This land is called Chechnya.

*(Khizar Ahmadov)*³⁸²

In dieser Fallstudie wird sicherheitspolitische Kommunikation während des ersten Krieges gegen die tschetschenischen „Terroristen“³⁸³ untersucht. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass sich die Analyse auf Tagebücher des Präsidenten, Interviews und Analysen des Krieges durch andere Wissenschaftler stützt, da es an Originalquellen (Mitschriften, Reden, etc.) mangelt³⁸⁴.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der Sowjetunion 1989/90 wurde das so genannte Gebiet Tschetscheniens der Russischen Föderation angegliedert. Dieser regionale Teil Russlands ist jedoch in sich bereits ein heterogenes Gebilde, welches über Jahrhunderte hinweg immer wieder zwischen Unabhängigkeit und Zugehörigkeit zum Russischen Reich hin und her gerissen wurde. Diese beiden Voraussetzungen bergen bereits ein hohes Maß an Konfliktpotential.

1991 unternahm die tschetschenische Führung unter Džchar Dudajew erneut einen Versuch, sich von der Russischen Föderation zu trennen und erklärte im November die Unabhängigkeit³⁸⁵. Zu diesem Zeitpunkt herrschte aber in Tschetschenien selbst eine Zerrissenheit zwischen den Anhängern Dudajews und der Opposition. Von russischer Seite wurde die Unabhängigkeitserklärung nicht akzeptiert und der Konflikt weiterhin wenig beachtet. Um jedoch ein Übergreifen dieser rebellischen Bewegung auf andere Regionen des Kaukasus zu vermeiden, wurde die Auseinandersetzung mit diesen Gebieten der Abteilung des Präsidentenapparates für „Nationalitäten- und Regierungspolitik“ zugeordnet. Somit war die Zuständigkeit für das weitere Vorgehen nicht dem Außenministerium, sondern der dem Präsidenten unterstellten Abteilung zugeteilt. Da es sich zu Beginn der Krise um eine innere Angelegenheit der russischen Föderation handelte, war diese Entscheidung eine logische Konsequenz innerhalb der Struktur der Regierung Jelzins. Die folgenden Jahre sind durch eine sich verschärfende Sicherheitslage in Tschetschenien zu charakterisie-

³⁸² In: Moshe Gammer: *The Lone Wolf and the Bear - Three Centuries of Chechen Defiance of Russian Rule*, London: Hurst & Company, 2006, S. 199.

³⁸³ Die Bezeichnung der Tschetschenen als Terroristen taucht in der Kommunikation der Regierung Jelzin immer wieder auf. Unter anderem in: Erklärung Präsident Jelzin an die Bevölkerung am 15. Juni 1995, in: Hans Krech: *Der russische Krieg in Tschetschenien* (1994 – 1996), Berlin: Verlag Dr. Köster, 1997, S. 80.

³⁸⁴ Teilweise existieren diese Dokumente auf den Internetseiten des Kremls und der zuständigen Ministerien nicht mehr. Eine mehrfache schriftliche Anforderung von Informationen blieb von russischer Seite unbeantwortet.

³⁸⁵ Vgl.: Gammer: *The Lone Wolf and the Bear*, S. 204.

ren, in welcher sich Russland auf Seiten der Opposition zu Dudajew stellte und diese vorerst finanziell und im weiteren Verlauf auch militärisch unterstützte. Bereits zu Beginn der Krise, welche als bürgerkriegsähnlicher Zustand begann, verwendete Moskau eine harte Propaganda-Strategie, welche die Vorurteile gegen die Tschetschenen schürte und weiter ausbaute. So wurde von Beginn an von einer „wachsenden Unsicherheit“, vorherrschendem „Banditentum“ und sogar von einem „Genozid“ an in Tschetschenien lebenden Russen gesprochen³⁸⁶. Dieser gezielte Aufbau eines Feindbildes sollte der russischen Regierung zum einen die Unterstützung der Bevölkerung und zum anderen auch eine Legitimation für die Hilfeleistungen an die Opposition in Grosny einbringen. Die so genannten Terroristen unter Führung Dudajews wurden als Mafia bezeichnet, welche Gelder der Föderation für Waffen und weitere terroristische Handlungen veruntreut haben sollte³⁸⁷. Diese zunehmend auch von tschetschenischer Seite verwendete Strategie der Stereotypisierung und Provokation kann auch als Versuch gesehen werden, alte Feindbilder auf Grund unverarbeiteter Streitigkeiten vergangener Zeiten zwischen Russland und Tschetschenien wieder aufleben zu lassen. Jedoch nahm diese Rhetorik bald eine gefährliche Dimension an, welche in dem militärischen Eingreifen Russlands resultierte. Zuvor verhängte Jelzin in Folge der Unabhängigkeitserklärung der Tschetschenen den Ausnahmezustand über die Region, sowie zahlreiche ökonomische und finanzielle Sanktionen.

Begleitet wurde dieser Konflikt von innenpolitischen Maßnahmen des Präsidenten, welche ihm schließlich annähernd eine Alleinstellung in außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen erlaubte: 1992 richtete Boris Jelzin den Nationalen Sicherheitsrat ein. Dieses oberste außen- und sicherheitspolitische Gremium, welches von ihm als „Konsultativ- und Koordinationsorgan“ bezeichnet wurde, wandelte sich jedoch schnell zum ausschlaggebenden Organ im außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess. Der Versuch des damaligen Regierungschefs Tschernomyrdin, dieser Machtkonzentration durch den Einsatz von Experten entgegenzuwirken, blieb erfolglos. Die mächtige Stellung des Präsidenten erlaubte diesem in letzter Konsequenz auch die Entscheidung über den Einmarsch in Tschetschenien

³⁸⁶ Vgl.: Uwe Halbach: *Russlands Auseinandersetzung mit Tschetschenien*, Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1994, S. 6-7 und Hans Krech: *Der russische Krieg in Tschetschenien*, Berlin: Verlag Dr. Kösters, 1997, S. 34.

³⁸⁷ Vgl.: Krech: *Der russische Krieg in Tschetschenien*, S. 35.

im Alleingang zu treffen. Mittels seines Dekrets vom 9. Dezember 1994 wurde das russische Eingreifen im Kaukasus legitimiert³⁸⁸:

„[...] um die Sicherheit des Staates, die Gesetzlichkeit, die Menschenrechte und Freiheiten der Bürger, die öffentliche Ordnung, den Kampf gegen die Kriminalität und die Entwaffnung aller ungesetzlich bewaffneten Formationen zu gewährleisten.“³⁸⁹

Zwar legitimierten das Recht des Präsidenten zum Schutz der Bevölkerung und der Sicherheit des Staates Jelzin zu diesem Eingriff, jedoch setzten genannte Artikel die Anwendung auf Gefährdungen außerhalb der Russischen Föderation voraus, was im vorliegenden Fall nicht gegeben war, da Moskau die Unabhängigkeit Tschetscheniens nie anerkannt hatte.

Offiziell wurde kommuniziert, dass der Sicherheitsrat die Entscheidung nach langwierigen Beratungen getroffen habe. Zudem forderte die russische Regierung die Dudajew-Diktatur im Vorfeld der militärischen Intervention dazu auf, die Macht „an eine Koalitionsregierung unter Beteiligung aller Stammesvertreter und religiösen Autoritäten abzugeben“³⁹⁰. In die Entscheidung, sich militärisch in den Konflikt in Tschetschenien einzumischen, floss von Seiten der russischen Regierung mit Sicherheit auch die Beunruhigung darüber mit ein, dass Dudajew bei Amtsantritt seinen Eid auf den Koran abgelegt hatte und somit eine Stärkung der islamistischen Tendenzen im Kaukasus befürchtet wurde. Als Begründung für die Intervention der Regierung Jelzin können somit ethisch-religiöse Gründe ebenso wie reine Interessenpolitik angeführt werden, welche sich aus der geostrategischen Lage Tschetscheniens ergeben.

Bis zum Zeitpunkt des militärischen Eingreifens Moskaus wurde der Konflikt international als innere Angelegenheit der Russischen Föderation betrachtet. Reaktionen auf die sich verschärfende Rhetorik der russischen Seite blieben ebenso aus wie Vermittlungsangebote internationaler Organisationen.

³⁸⁸ Vgl. hierzu: Die russische Verfassung gesteht dem Präsidenten zu, dass „seine Dekrete und Anordnungen [sind] gemäß Artikel 90,2 auf dem gesamten Territorium der Russischen Föderation verbindlich auszuführen“ sind. In: ebd., S. 25.

³⁸⁹ In: ebd., S. 36.

³⁹⁰ In: Halbach: *Russlands Auseinandersetzung mit Tschetschenien*, S. 14.

Bereits während die russische Regierung die Opposition unterstützte, blieben zahlreiche Gesprächsangebote von Seiten Dudajews in Moskau unerhört. Auf Verhandlungen mit Terroristen lasse man sich in Moskau nicht ein³⁹¹.

Die Entscheidung für eine militärische Intervention spaltete die Elite in Moskau in zwei Lager: Die Anhänger der imperialistischen Politik Jelzins und die Vertreter der demokratischen Reformer. Neben Tschernomyrdin sprach sich noch im Mai 1994 auch der Tschetschenien-Beauftragte Sergej Schachraj öffentlich für eine friedliche Lösung des Konflikts aus. Dies führte zu seiner Entlassung durch Jelzin und der Ernennung Nikolaj Jegorows zu seinem Nachfolger und als Minister für Nationalitäten und Koordinator der Tschetschenien-Politik. Jegorow galt bereits seit längerem als Vertreter einer harten Linie gegenüber Dudajew und ignorierte ebenso wie Jelzin erneute Gesprächsangebote³⁹².

Die Zweispaltung der russischen Elite legt auch die oftmals vertretene Meinung nahe, die Intervention sei von der so genannten „Kriegspartei“ initiiert worden:

*„The ‚Party of War‘ hardened the rationale for the war against Chechnya and isolated the president from those who sought alternative methods for dealing with break-away people. [...] In the fall of 1994, the incentives to intervene increased for those with growing influence over the president, while those against the war were pushed to the margins of the decision-making process.“*³⁹³

Zusätzlich kann der Krieg in Tschetschenien als ein Stellvertreterkrieg der nach Macht strebenden Elite in Moskau gesehen werden³⁹⁴. Ebenso wie die Elite gespalten war, waren auch die Vorschläge zum weiteren Vorgehen konträr:

*„[...] the decision between reaching a compromise with the Dudayev regime and to replace it ultimately resulted in war.“*³⁹⁵

³⁹¹ Vgl.: ebd., S. 7.

³⁹² Vgl.: Krech: *Der russische Krieg in Tschetschenien*, S. 34.

³⁹³ In: Laninger: *Der Tschetschenien-Krieg im Spannungsfeld russischer und tschetschenischer Interessen*, S. 27.

³⁹⁴ Vgl.: Claudia Wagner: Da capo al fine? Moskaus Kaukasuspolitik zwischen Konzeptlosigkeit und Krieg, in: Sapper, Manfred (Hg.): *Russland und der zweite Tschetschenienkrieg*, Mannheim: Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim, 1999, [22-25], S. 24.

³⁹⁵ In: Gammer: *The Lone Wolf and the Bear*, S. 298.

Der Einmarsch in Grosny wurde anfänglich zu einer schmachvollen Niederlage für die Russische Föderation: Auf Grund der zeitlichen Knappheit und der fehlenden Vorbereitung der Militäraktion hatten die russischen Truppen zu Beginn keinerlei Chance gegen die Tschetschenischen Milizen. Zudem hatte die Regierung Jelzin die Stärke und den Grad der Organisiertheit der Truppen Dudajews unterschätzt. Jelzin selbst beschreibt in seinem „Mitternachtstagebuch“ diese Situation als eine „bittere Lehre“³⁹⁶. Eine gewisse militärische Schwäche ist somit der russischen Regierung in der Anfangszeit nicht abzustreiten, wohingegen sich der Zusammenhalt unter den Tschetschenen in Folge des Angriffs und der Einmischung Moskaus zusehends verstärkte. Dies führte in der Folgezeit zu einer Anpassung der strategischen Ausrichtung der Intervention³⁹⁷, auch auf Grund der Veränderung des Krieges hin zu einem Guerilla-Krieg mit zwei brutalen Geiselnahmen von Seiten der Tschetschenen. Insgesamt wurden in der Kriegszeit von Seiten Russlands keinerlei Versuche einer friedlichen Lösung im Sinne von diplomatischen Verhandlungen unternommen. Lediglich die Geiselnahmen erhöhten den Druck auf die Führung in Moskau. Zudem wuchs der Unmut innerhalb der russischen Bevölkerung ebenso, wie der internationale Druck auf Russland im Verlauf der Kampfhandlungen zunahm. Die Regierung Jelzin ließ sich vom Unmut der internationalen Gemeinschaft kaum beeindrucken und drohte sogar mit der Aufkündigung des KSZE-Vertrages. Als Ende 1995 absehbar war, dass von keiner Seite ein militärischer Sieg errungen werden konnte, wurden Friedensverhandlungen eingeleitet. Dies war auch mit den verschärften innenpolitischen Bedingungen in Moskau verbunden: Jelzin überstand zwar zwei Misstrauensanträge und gewann die Wahl 1995, jedoch war seine Politik von einem ständigen Personalwechsel und dem Fehlen einer Strategie zur Lösung des Konflikts gekennzeichnet. Auf Grund der undurchsichtigen Ermordung Dudajews waren in der Schlussphase des Krieges der neue Präsident Maschadow auf Seiten der Tschetschenen und der ebenfalls von Jelzin neu eingesetzte Regierungschef Lebed auf Seiten der Russen federführend in der Aushandlung des Friedensvertrages, der am 21.8.1996 in Chassaw-Jurt unterzeichnet wurde. Nachdem Lebed auch Jelzin von diesem Vertrag überzeugen konnte, trat er nach einigen Diskussionen im Föderationsrat und der Entlassung Lebeds am 12.5.1997 in Kraft.

³⁹⁶ In: Boris Jelzin: *Mitternachtstagebuch – Meine Jahre im Kreml*, Berlin: Econ Ullstein List Verlag GmbH, 2000, S. 152.

³⁹⁷ Vgl.: Olga Oliker: *Russia's Chechnen Wars 1994 – 2000*, Arlington: RAND, 2001.

Insgesamt handelt es sich hier um eine sehr komplexe Situation, da auf beiden Seiten zahlreiche Personalwechsel den Ablauf begleiteten und ein mehrschichtiges Interessengefüge die Ziele der beiden Parteien bestimmte.

Machtverhältnisse und Führungsstil

Die russische Führung im Rahmen des Einmarsches in Tschetschenien stellt eine in sich heterogene Elite dar, welche sich aus einer einzigen dauerhaften Führungsfigur und wechselnden weiteren Akteuren zusammensetzte: Dem Präsidenten, mit wachsendem Machtpotential, und verschiedenen Ministerpräsidenten, Verteidigungs- und Außenministern sowie dem Beauftragten für Nationalitäten und die Tschetschenien-Frage. Maßgeblich beteiligt waren dabei Vertreter einer harten Linie gegenüber den Aufständischen in Grosny und Generäle, welche im Kalten Krieg im Sowjetregime zu dienen hatten. Diese Vorbemerkung ist für die weitere Analyse hinsichtlich der politischen Kultur und der Wahrnehmung der Situation von Bedeutung.

Machtzentrum war zu Beginn der Krise Präsident Boris Jelzin. Im Verlauf des Konfliktes verlor er auch auf Grund seines sich verschlechternden Gesundheitszustandes an Macht. Gestützt war diese auf die weit reichenden Kompetenzen des russischen Präsidenten sowie auf die große Anhängerschaft seiner imperialen Politik. Zusammen mit dem von ihm geschaffenen Organ des Sicherheitsrates wurden alle Entscheidungen bezüglich der Tschetschenienpolitik getroffen, was „unter Geheimhaltung und Ausschluss ziviler Berater“³⁹⁸ von statten ging.

Besonders ausgeprägt war in diesem Fall die Machtdimension der Gewalt. Neben der militärischen Intervention zählt hierzu auch das Versagen der russischen Sondereinheiten im Rahmen der Geiselnahmen von Budjonnowsk und Kisljar durch die tschetschenischen Rebellen. Diplomatische Lösungsversuche und Verhandlungen wurden nur peripher in Erwägung gezogen, konkrete Befreiungsversuche immer mit militärischer Gewalt unternommen. Auch hier wurde propagandistisch das militärische Durchgreifen gerechtfertigt:

„Jetzt ist allen klar geworden, daß die Losung des nationalen Befreiungskampfes nur ein Deckmantel für die Verbrecher war, die nun an Waffen gelangt sind. Als Präsident der Russischen Föderation erkläre ich, daß jetzt alle Kräfte der föderativen Macht darauf abzielen,

³⁹⁸ In: Laninger: *Der Tschetschenienkrieg im Spannungsfeld russischer und tschetschenischer Interessen*, S. 25.

*die Terroristen unschädlich zu machen, die Geiseln so schnell wie möglich zu befreien und solche Aktionen auch in Zukunft zu verhindern.*³⁹⁹

Im weiteren Verlauf dieser Rede verurteilte Jelzin die Tat immer wieder als „barbarisch“ und eine „Tragödie“ für das gesamte russische Volk⁴⁰⁰. Zwar müssen die Geiselnahmen als schwere Menschenrechtsverletzungen durch die Tschetschenen angesehen werden. Jedoch liegt in dieser Untersuchung der Fokus auf der Feststellung, dass zu keiner Zeit von Seiten Moskaus eine diplomatische Lösung in Erwägung oder die internationale Gemeinschaft zu Rate gezogen wurde.

Die vorab eingesetzten Mittel der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen blieben erfolglos. Wohl auch dadurch bedingt, dass sich diese nur gegen einen Teil der Tschetschenen unter Führung Dudajews richtete und die Opposition hingegen parallel dazu von der russischen Führung unterstützt wurde.

Die Positionierung Jelzins veränderte sich wie bereits erwähnt durch verschiedene Faktoren zum Negativen: Die zu Beginn große Stärke, die durch ein erfolgreiches Eindämmen der „Terroristen“ in Tschetschenien, welche die Führungsstärke Jelzin unter Beweis stellen sollte, wurde gestützt durch die von ihm geschaffenen Machtstrukturen bestehend aus Vertretern der Armee und dem FSB (Nachfolgeorganisation des KGB)⁴⁰¹. Zu diesen von ihm geschaffenen Strukturen aus Militär und Politik äußert sich Jelzin in seinem Mitternachtstagebuch wie folgt leicht kritisch:

*„Allzuoft hing in diesem Abschnitt unserer Geschichte [...] das Land von Entscheidungen der Generäle und ihren öffentlichen Auftritten [...] ab. Vielleicht bin ich nicht unschuldig daran.“*⁴⁰²

Seine Leadership-Kompetenz wurde durch seinen physischen Zustand ebenso beeinträchtigt wie durch sinkende Zustimmung der Bevölkerung, die erstarkende Anti-Kriegsbewegung innerhalb der Moskauer Elite und nicht zuletzt durch das Eingreifen der internationalen Gemeinschaft im Rahmen von EU, UN, OSZE und einzelnen Staaten. Dies hatte eine Anpassung der Strategie zur Folge:

„Yeltsin's weakness, vanity and ,ruthless determination to keep power' resulted in erratic changes of policy and

³⁹⁹ In: Krech: *Der russische Krieg in Tschetschenien*, S: 80.

⁴⁰⁰ Vgl.: ebd., S. 81.

⁴⁰¹ Vgl.: ebd., S. 29

⁴⁰² In: Jelzin: *Mitternachtstagebuch*, S. 67.

*refusal to meet Dudayev personally because of his insults.*⁴⁰³

So kann gegen Ende der Krise von einer zunehmenden Isolation der Kriegstreiber, an deren Spitze Boris Jelzin, gesprochen werden, die sich auch darin begründete, dass der Präsident von Anfang an keinerlei Bestreben zeigte, den Konflikt mit Hilfe von Nachbarstaaten oder der internationalen Gemeinschaft zu lösen. Deutlich wird in diesem Konflikt auch die Kluft zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung bezüglich der eigenen Stärke und Macht: Die militärische Niederlage zu Beginn des Krieges gegen eine kleine Region ohne eigenes Militär sowie die Ablehnung der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem Vorgehen stehen im großen Widerspruch zur eigenen Sicht der Lage. Moskau war von seiner Überlegenheit in militärischer Hinsicht ebenso überzeugt wie es den Konflikt bis zum Ende als innere Angelegenheit und einen Beitrag im Kampf gegen den Terrorismus / fanatischen Islamismus verteidigte. Somit war der Wille zur Erreichung einer friedlichen, politisch-diplomatischen Lösung sehr gering, da dem der imperialistische Gedanke des überlegenen Russischen Reiches gegenüber einer abtrünnigen Republik im Wege stand. Letzteres belegt auch die immer wieder erfolgende Ablehnung von Gesprächen mit dem tschetschenischen Präsidenten Dudajew und die Anmerkung, dass ein adäquater Verhandlungspartner nicht auszumachen sei. Der Kriegsausbruch ist auch als eine Eskalation des vorausgegangen „Propagandakrieges“ zu sehen⁴⁰⁴.

Aus *politikwissenschaftlicher Sicht* ergibt sich daraus eine Fokussierung auf militärische Machtrepräsentation und eine insgesamt sehr kritische Positionierung des Machtzentrums im eigenen Land, dem Präsidenten, aber im Verlauf des Konflikts auch in der internationalen Gemeinschaft. Die Auffassung von Stärke und Macht stellt insbesondere in der Unterscheidung von Selbst- und Fremdwahrnehmung in diesem Fall einen kritischen Punkt dar und weist hierbei große Differenzen auf. Der *Kontext der Kommunikation* war wie bereits angesprochen vielschichtig und diffus, da wechselnde Akteure und ein von außen schwer einsehbares Machtzentrum die Kommunikation bestimmten. Hinsichtlich der *Zielorientierung* muss von einer reinen Interessenpolitik der russischen Regierung unter dem Einsatz aller Mittel gesprochen werden. Das Ziel der Ruhigstellung der rebellischen Republik und Eingliederung in

⁴⁰³ In: Gammer: *The lone Wolf and the Bear*, S. 207.

⁴⁰⁴ Vgl.: Halbach: *Russlands Auseinandersetzung mit Tschetschenien*, S. 7

die Russische Föderation konnte jedoch nicht erreicht werden, was zum erneuten Ausbruch der Krise im Jahre 1999 führte.

Strategie der Sicherheitspolitik und Politikstil

Der Unwille zur friedlichen Lösung steht in engem Zusammenhang mit der ideologischen Selbstfindung, mit der sich Russland in dieser Zeit auseinandersetzen musste. Die Bedrohung der eigenen Nation durch die tschetschenischen Rebellen führte auf Seiten der „Hardliner“ zu einer Rückbesinnung auf imperialistische Großmachtgedanken mit der Unterdrückung aller separatistischer Bewegungen. Es wurde wieder auf die „tausendjährige Staatlichkeit“, die „Unversehrbarkeit des Territoriums“ und die „geistige Größe“ Russlands angespielt⁴⁰⁵. Auch wurde immer wieder betont, dass die tschetschenischen Rebellen die Hauptquelle der Bedrohung der nationalen Sicherheitslage darstellen⁴⁰⁶. Damit einhergehend kann eine Zunahme des Einflusses der militärischen Funktionäre auf die politische Führungsebene festgestellt werden⁴⁰⁷. Eine generell strategisch, ideologisch begründete Ausrichtung der Tschechenienpolitik kann nicht nachgewiesen werden. Ebenso wenig verfügte die Russische Föderation über traditionelle außenpolitische Linien, welche in diesem Fall eine Rolle gespielt hätten. Lediglich die Rolle als Ordnungsmacht innerhalb des eigenen Territoriums kann dem Verhalten der russischen Führung in diesem Fall zugeschrieben werden. Sie stellt eine „Mischung aus Regelung und Manipulation, aus Eindämmung und Ausnutzung von Konflikten“⁴⁰⁸ dar.

Als bevorzugte Mittel der Konfliktlösung wurden, wie bereits erwähnt, gewaltsame Methoden eingesetzt. Vorangegangene wirtschaftliche Sanktionen wurden nicht nachhaltig verfolgt und diplomatische Verhandlungen auf oberster Führungsebene abgelehnt. Internationale Bemühungen standen für die Regierung in Moskau nicht zur Diskussion, da es sich um ein inneres Problem der Russischen Föderation handelte. Lediglich in der Schlussphase wurden internationale Organisationen wie die OSZE als Beobachter der Wahlen in Tschetschenien mit einbezogen. Das 1997 in Kraft getretene Friedensabkommen wurde bereits zwei Jahre später wieder gebrochen und war an sich eher ein Waffenstillstandsabkommen, da die Statusfrage nicht

⁴⁰⁵ In: Laninger: *Der Tschetschenienkrieg im Spannungsfeld russischer und tschetschenischer Interessen*, S. 31.

⁴⁰⁶ Vgl.: Krech: *Der russische Krieg in Tschetschenien*, S. 108.

⁴⁰⁷ Vgl.: Laninger: *Der Tschetschenienkrieg im Spannungsfeld russischer und tschetschenischer Interessen*, S. 30.

⁴⁰⁸ In: Halbach: *Russlands Auseinandersetzung mit Tschetschenien*, S. 7

abschließend geklärt oder angesprochen wurde. Die Aktionen und Reaktionen der russischen Führung waren dabei offensiv und auf eine direkte Konfrontation zur Durchsetzung der eigenen Interessen ausgelegt. Das anfängliche Interesse, das Regime Dudajews zu stürzen, wandelte sich im Verlauf des Konflikts hin zu einer Eindämmung der separatistischen Bewegung der Region. Dies belegt, dass es sich im vorliegenden Fall in Bezug auf spieltheoretische Erklärungsversuche um ein Überzeugungs- oder auch Rambospiel handelt. Der Versuch, die Hegemonialstellung und Dominanz zu sichern, spricht für den Versuch, der „Primacy“-Strategie zu folgen, welche an sich bereits ein großes Konfliktpotential beinhaltet und auf Konfrontation ausgelegt ist. Diese mangelnde Bereitschaft für einen Kompromiss auf Ebene des Präsidenten deutet auf einen Konfliktstil als bestimmenden Politikstil hin. In Bezug auf die weiteren Akteure war dieser nicht ganz so stark ausgeprägt, jedoch auf Grund fehlender Einflussmöglichkeiten nicht relevant für die Kommunikation innerhalb der verfolgten Sicherheitspolitik. Zudem musste auf Grund der anfänglichen militärischen Unterlegenheit und der zunehmenden Schwäche von Jelzin – gesundheitlich und politisch – die Strategie immer wieder angepasst werden⁴⁰⁹.

Politikwissenschaftlich beurteilt liegt hier ein imperialistisches Machtstreben einer sehr kleinen Führungselite mit dem Ziel der Wiederherstellung der Ordnung innerhalb der Russischen Föderation vor. Durch einen offensiven Konfliktstil des Präsidenten sollte die Vormachtstellung Moskaus in der gesamten Region betont werden. Der *Konflikt* wurde auch als Mittel der Machtdemonstration und Stärke gegenüber rebellischen Regionen gesehen und die Situation innerhalb der Krisenregion von russischer Seite ebenso wie das Konfliktpotential von internationaler Seite lange unterschätzt. Es handelte sich somit immer um eine sehr gefährliche und angespannte Situation, welche den Inhalt *der zu vermittelnden Botschaft* bestimmte und für einen sehr eigenwilligen und undurchsichtigen Kommunikationsstil sorgte.

Kommunikationsstil

Einzig bestimmender Akteur hinsichtlich der Kommunikation war Präsident Boris Jelzin. Durch zahlreiche öffentlich übertragene Ansprachen war er es, der den Aufbau

⁴⁰⁹ Vgl.: Olga Olikier: *Russia's Chechen Wars 1994-2000*, S. 31.

eines Feindbildes mit Hilfe einer Propaganda- und Kaschierstrategie⁴¹⁰ nachhaltig geprägt hat und dies als Legitimation für die militärische Intervention genutzt hat:

„Auf dem Territorium der tschetschenischen Republik wurde als Ergebnis einer bewaffneten Meuterei ein regelrechtes Diktatorenregime errichtet. Hier wurden faktisch ungesetzliche Streitkräfte aufgestellt, gut ausgebildet, ausgerüstet und organisiert. Das Regime in Tschetschenien machte das kriminelle Business zu seinem wichtigsten Anliegen. Die verbreitete Tätigkeit verwandelte sich in die Hauptquelle der Einnahmen. [...] Das Zusammenwachsen der kriminellen Welt mit der Macht [...] wurde in Tschetschenien zur Realität.“⁴¹¹

Bemerkenswert an diesen Äußerungen Jelzins ist das versteckte Eingeständnis, dass die russische Regierung die Stärke der tschetschenischen Kämpfer unterschätzte. Der immer wieder erfolgte Verweis auf die kriminellen Machenschaften als Finanzierungsquelle für Waffen und Ausrüstung war von Beginn an bestimmender Faktor in der Rhetorik Jelzins.

Der Einfluss der öffentlichen Meinung ist nur in einem Punkt relevant: Jelzin wollte durch einen Sieg und die Demonstration von Stärke seine Wiederwahl sichern. In dieser Situation war er auf die Zustimmung der Bevölkerung angewiesen. Proteste, insbesondere von Menschenrechtsorganisationen und der wachsenden Opposition, blieben im Gegensatz dazu ungehört. Trotz einer Mehrheit von rund 57%, die im Februar 1995 Boris Jelzin die Schuld am Krieg in Tschetschenien gab, schaffte er es, sich zwei Misstrauensanträgen erfolgreich zu stellen und die Wiederwahl zu gewinnen⁴¹². Jelzin kann somit hinsichtlich des Einflusses und der Beachtung der öffentlichen Meinung im außenpolitischen Entscheidungsprozeß in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern als Vertreter der Executors gesehen werden. Wie bereits eingangs erwähnt, war die Sprachstrategie der Regierung Jelzin durch folgende Methoden gekennzeichnet und wies von Beginn an ein sehr hohes Maß an „beängstigendem emotionalen Niveau“⁴¹³ auf:

- Propaganda

⁴¹⁰ Vgl.: Halbach: *Russlands Auseinandersetzung mit Tschetschenien*, S. 9

⁴¹¹ So Boris Jelzin in einer Rede vor dem Föderationsrat rund drei Monate nach dem Einmarsch in Tschetschenien, In: Krech: *Der russische Krieg in Tschetschenien*, S. 65.

⁴¹² Vgl.: Krech: *Der russische Krieg in Tschetschenien*, S. 66.

⁴¹³ In: Halbach: *Russlands Auseinandersetzung mit Tschetschenien*, S. 7.

- Stereotypisierung
- Aufbau eines Feindbildes⁴¹⁴
- Desinformation⁴¹⁵
- Gezielte Vorenthaltung von Informationen
- Verbreitung von Unwahrheiten und Falschmeldungen

Diese sehr provokative Art der Kommunikation⁴¹⁶ erfolgte teilweise als Kaschierstrategie, in anderen Fällen ganz offen als direkte verbale Kommunikation im Rahmen von Stellungnahmen und Interviews. Insgesamt war die Kommunikation eher indirekt und meist geheim. Am häufigsten nutzte Jelzin die Möglichkeit der Information der Bevölkerung durch TV-Ansprachen und ebenso Reden im Hörfunk⁴¹⁷. Gegenüber der Leadership-Ebene der gegnerischen Partei in Tschetschenien kommunizierte Jelzin nur mittels Beauftragter und so genannter Koordinatoren, also Unterhändler. Dies zeigte sich auch in seinem TV-Auftritt im März 1996, als er einen Friedensplan zu Konditionen Russlands verkündete und auf indirekte Verhandlungen mit Dudajew verwies.⁴¹⁸ Er selbst schloss lediglich den Friedensvertrag in einem persönlichen Zusammentreffen mit Maschadow ab. Auch an das tschetschenische Volk wandte Jelzin sich nur im Rahmen von Aufrufen und TV-Ansprachen. Unter anderem versuchte er zu Beginn der Krise die Bevölkerung der kaukasischen Republik noch auf die Seite der russischen Regierung zu ziehen, indem er Dudajew vorwarf, das „tschetschenische Volk für persönliche Machtambitionen als Geiseln“⁴¹⁹ genommen zu haben.

Von interkultureller Sensibilität, Einfühlungsvermögen oder nur dem Willen dazu kann in keiner Situation des Konfliktes gesprochen werden. Im Gegenteil wurden hier bewusst Stereotype verwendet, um dem Eingreifen eine Legitimität zu verschaffen:

„Auf dem Gebiet der Russischen Föderation entstand eine kriminelle Zone, ein ‚schwarzes Loch‘.“⁴²⁰

⁴¹⁴ So wurde hier auch der Versuch unternommen, die islamistische Komponente des Terrorismus im Sinne von religiösem Fanatismus auf den Konflikt zu übertragen und insbesondere gegenüber den internationalen Einwänden ein Motiv entgegenbringen zu können. Vgl.: Halbach: *Russlands Auseinandersetzung mit Tschetschenien*, S. 16. Vgl. hierzu die Aussage Victor Tschernomyrdins während seiner TV-Ansprache am 16.1.1995, dass die Regierung Dudajew sich gegen Verhandlungen durch die Weigerung der Waffenabgabe sperre. Hier wurden die zahlreichen Gesprächsangebote Dudajews ohne jegliche Forderungen vernachlässigt, vgl.: Krech: *Der russische Krieg in Tschetschenien*, S. 56.

⁴¹⁶ Vgl.: Halbach: *Russlands Auseinandersetzung mit Tschetschenien*, S. 6

⁴¹⁷ Vgl. dazu die Übersicht der Ansprachen Jelzin im Anhang dieser Arbeit.

⁴¹⁸ Vgl.: Krech: *Der russische Krieg in Tschetschenien*, S. 111.

⁴¹⁹ In: ebd., S. 21.

⁴²⁰ In: Jelzin: *Mitternachtstagebuch*, S. 20.

Der ständige Wechsel der Akteure und Beteiligten auf russischer Seite führte zudem häufig zu Unstimmigkeiten innerhalb der Regierung, was einer einheitlichen Kommunikation nicht zuträglich war, sondern immer wieder zu Verstimmungen und Missverständnissen, teilweise sogar gegensätzlichen Aussagen in der Öffentlichkeit führte. Für die fehlende Abstimmung innerhalb der Regierung muss hier beispielhaft die Situation im Frühjahr 1996 erwähnt werden: Jelzin besuchte unangekündigt Grosny und erklärte auf dem Flughafen den Sieg Russlands über die Tschetschenen, während zur gleichen Zeit noch Verhandlungen über ein Friedensabkommen im Kreml liefen⁴²¹. Mit dieser Machtdemonstration beleidigte Jelzin die Tschetschenische Führung im Rahmen einer direkten Kommunikationshandlung mit indirekter Symbolik. Dass der Präsident sich zudem selbst in Widersprüchlichkeiten verstrickte und durch symbolische Akte immer wieder ein Friedensabkommen in Gefahr brachte, zeigt sich in seiner Erklärung vom 29. Mai 1996, in welcher er die angekündigten Wahlen für Tschetschenien vorverlegte. Damit widersprach er seiner Zusage, Wahlen erst nach einer Einigung über den künftigen Status Tschetscheniens durchzuführen und verletzte mit seiner Geste die Verhandlungspartner⁴²².

Die Erfüllung der Kommunikationserwartung hinsichtlich der Konfliktlösung kann auf Grund des mangelnden Interesses an diplomatischen Lösungen und der ungelösten Krise nicht festgestellt werden. Jedoch kann als erfüllte Kommunikationserwartung in diesem Fall der anfängliche Erfolg der Propaganda-Strategie und der erfolgreiche Aufbau des Feindbildes gesehen werden.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch der Einfluss der in dieser Zeit in Russland geführten Debatte bezüglich der nationalen ideologischen Selbstfindung. Wie in der Darstellung der politischen Kultur Russlands und der Entwicklung der Außenpolitik seit dem Ende des Kalten Krieges erwähnt wurde, trafen hier die imperialistischen und demokratisch-reformerischen Tendenzen aufeinander⁴²³. Davon wurde unter anderem auch die Kommunikation im vorliegenden Fall bestimmt. Die genannte Zweigeteiltheit der politischen Lager verläuft nicht nur analog zu ihrer jeweiligen Haltung hinsichtlich des Krieges in Tschetschenien sondern auch zu den ideologischen Auseinandersetzungen dieser Zeit.

⁴²¹ Vgl.: ebd., S. 117.

⁴²² Vgl.: ebd., S. 118.

⁴²³ Vgl.: Heinz Timmermann: *Profil und Prioritäten der Außenpolitik Russlands unter Jelzin*, Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1992, S. 18.

Der Kommunikationsstil wurde aus *politikwissenschaftlichem Betrachtungswinkel* nur in einem Punkt von der öffentlichen Meinung beeinflusst. Dies war im Fall der Bemühungen Jelzins um seine Wiederwahl:

„Die Militarisierung des Konfliktes erscheint als ein Mittel, diesen Zweck zu verfolgen, ein Mittel dessen Nutzen darin lag, das Ziel des Wahlsieges zu erreichen.“⁴²⁴

Im weiteren Konflikt blieb die öffentliche Meinung der breiten Bevölkerung ebenso wie die der oppositionellen Eliten in Moskau lange Zeit unbeachtet. Internationale Kritik und Druck wurden ähnlich der internen Forderungen lediglich in der Endphase nach Eskalation des Guerilla-Krieges wahrgenommen. Der *Kommunikationsprozess* war geprägt von einer diffusen Strategie zwischen einigen wenigen Akteuren, die sich auf Desinformation, Kaschierstrategie und Propaganda beschränkten. *Individuelle Einflüsse auf das Konfliktmanagement* sind in geringem Ausmaß zwischen dem Präsidenten und seinen Ministerpräsidenten sowie den Ressortministern erkennbar. Sie wurden jedoch meist durch die Entlassung dieser Personen und die Neuberufung weniger kritischer Akteure gelöst, so dass das Konfliktmanagement vordergründig vom Präsidenten, im Hintergrund jedoch von den auf ihn Einfluss nehmenden „Hardlinern“ im Kreml bestimmt wurde⁴²⁵.

Bemerkenswert ist, dass Jelzin in seiner Autobiographie „Mitternachtstagebuch – Meine Jahre im Kreml“⁴²⁶ dem zweiten Tschetschenien-Krieg unter seinem Nachfolger Vladimir Putin ein ganzes Kapitel widmet, wohingegen er den ersten Krieg unter seiner Führung lediglich im Rahmen seiner Auseinandersetzung mit der Rolle der Generäle innerhalb der Regierung und an chronologisch passenden Stellen erwähnt.

3.4.2 Frozen Conflict: Georgien

„Georgia is the only post-Soviet neighbour – and, in fact, the only country in the world – with which Russia has a protracted and carefully cultivated political conflict

⁴²⁴ In: Laninger: *Der Tschetschenien-Krieg im Spannungsfeld russischer und tschetschenischer Interessen*, S. 30.

⁴²⁵ Vgl. unter anderem die Entlassungen Sacharajs als Beauftragter für Tschetschenien nach seiner Befürwortung einer friedlichen Lösung oder auch die gezielte Neubesetzung der wichtigen Stellen im August 1995 mit Verfechtern einer harten Linie gegenüber Tschetschenien; ebenso die Entlassung des Ministerpräsidenten Lebed nach der Aushandlung des Friedensabkommens: Krech: *Der russische Krieg in Tschetschenien*, S: 34, 88, 134.

⁴²⁶ Vgl.: Jelzin: *Mitternachtstagebuch*.

*that periodically escalates and generates serious military tension.*⁴²⁷

Der zweite Untersuchungsfall hinsichtlich sicherheitspolitischer Kommunikation in Russland stellt das Verhältnis zwischen Russland und Georgien seit 2004 dar. Die so genannten Frozen Conflicts zwischen Russland, respektive der GUS als Nachfolgerin der Sowjetunion, und den kaukasischen Staaten spielen in der Gestaltung der russischen Außen- und Sicherheitspolitik eine wichtige Rolle. Wie bereits am Falle Tschetscheniens dargestellt, kann in der Strategie gegenüber dem Nahen Ausland und den kaukasischen Teilrepubliken noch kein einheitliches Vorgehen von russischer Seite ausgemacht werden. Die Beziehungen zu Georgien stellen in mehrfacher Hinsicht einen interessanten Fall für die Untersuchung der Kommunikation gegenüber dem Nahen Ausland dar: Nach der Rosen-Revolution im November 2003⁴²⁸, die zur Unabhängigkeit Georgiens von Russland und zu einem eigenständigen Mitglied der GUS führte, bestimmten immer wieder Spannungen das Verhältnis zwischen Moskau und Tbilisi. Zwar wurde zu Beginn der friedlich erreichten Unabhängigkeit die Kommunikation zwischen Putin und dem neuen georgischen Präsidenten Saakaschwili als „exzellent“ bezeichnet und auch die Vermittlungsversuche des russischen Außenministers Iwanow in schwelenden Regionalkonflikten von beiden Seiten begrüßt⁴²⁹. Saakaschwili trat mit dem Vorsatz der Demokratisierung des Landes an. In diesem Zuge wollte er die Korruption senken, separatistische Bewegungen der Regionen Südossetien und Abchasien abwenden und das Land deutlich zielgerichteter an die westlichen Demokratien anbinden⁴³⁰. Dennoch wurde diese ruhige und konsensorientierte Phase rasch von den ungelösten Problemen in den bilateralen Beziehungen ebenso wie von der fehlenden Durchsetzung der Ziele Saakaschwilis überschattet⁴³¹. Zur Eskalation der Konflikte in den bilateralen Beziehungen kam es schließlich 2004: Georgien versuchte seine Grenzposten zur Region Südossetien zu

⁴²⁷ In: Pavel Baev: Russia's Virtual War Against Georgia, Risks of an PR Offensive, *PONARS Policy Memo*, No. 251, International Peace Research Institute, October 2002, S. 1.

⁴²⁸ Vgl.: Martina Bielawski / Uwe Halbach: Der georgische Knoten, *SWP-Aktuell* 41, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, September 2004, [1-8], S. 1.

⁴²⁹ Vgl.: ebd., S. 5.

⁴³⁰ Vgl.: Shaun Walker: *Russia Profile – Prospects Not So Rosy: Russian-Georgian Relations Continue To Worsen*, in: International Institute for Strategic Dialogue, *Russia Profile*, London: International Institute for Strategic Studies, November 2005, <http://www.iiss.org/index.asp?pgid=8060&mtype=print>, Abrufdatum: 28.02.2007, S. 1.

⁴³¹ Vgl.: Uwe Halbach: Gewalteskalation im Kaukasus, Verhärtung in Rußland, *SWP-Aktuell* 45, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, September 2004, S. 2.

verlegen und wandte sich mit diesem militärischen Manöver gegen die russischen Peace-Keeping Einheiten. Um die Hintergründe dieses Vorfalles ausreichend darstellen zu können, soll im Folgenden kurz ein historischer Abriss über die Entwicklung dieser geopolitisch so bedeutsamen Region gegeben werden.

Das Territorium des heutigen Georgien beinhaltet die beiden autonomen Regionen Südossetien und Abchasien, welche bis heute nach der Unabhängigkeit von Georgien streben. Diese Bemühungen werden wiederum von der Regierung in Moskau unterstützt, die sich einen Anschluss der Regionen an die GUS und einen erhöhten Einflussgrad auf die Regionen verspricht. Mit so genannten Peace-Keeping – Einsätzen will Moskau seinen Einfluss in der Region halten und ein Gegengewicht zur Führung in Tbilisi aufbauen. Das Interesse der russischen Führung wächst parallel zu den Bemühungen der georgischen Regierung unter Präsident Saakaschwili sich dem Westen und insbesondere westlichen Verteidigungsbündnissen wie der NATO anzuschließen⁴³². Zudem stieg der Verteidigungshaushalt Georgiens in den letzten Jahren ebenso wie die Wirtschaft des kaukasischen Landes. In dieser Region vereinen sich von Seiten Russlands somit unterschiedliche Interessen: Geostategisch bildet Georgien mit Aserbaidshan einen Grenzgürtel zur Türkei und dem Iran. Eine Abwendung dieser ehemaligen Sowjetrepubliken von Moskau bedeutet eine unsichere Grenzlage für Russland. Als Transitland für Energierohstoffe kommt Georgien in den strategischen Überlegungen Russlands eine weitere bedeutsame Funktion zu. Durch die Lage am Schwarzen Meer und die Nähe zum Kaspischen Meer ist diese Brückenfunktion für die russische Regierung von großem Interesse. Neben den militärstrategischen und ökonomischen Aspekten ist auch das Problem der ethnischen Vielfalt dieser Region für Moskau von Bedeutung. Die immer wieder aufschwelenden Konflikte zwischen den unterschiedlichen Volksgruppen sowie die teils strenge Religiosität derselbigen bergen zusammen mit der weit verbreiteten Armut in der Region ein enormes Sicherheitsrisiko. Von einer Anbindung an Moskau versprechen sich Putin und seine Regierung eine Stabilisierung des Kaukasus. Die Spannungen zu Georgien in den letzten Jahren beruhen fast ausschließlich auf der Einmischung Russlands in die Konflikte mit Südossetien und Abchasien. Georgien sieht sich hier in seiner Souveränität im Umgang mit innenpolitischen Problemen bevormundet und drängt auf einen Rückzug der russischen Friedenstruppen in den betref-

⁴³² Vgl.: Uwe Halbach: Säbelrasseln und Friedenspolitik in Europas neuer Nachbarschaft, *SWP-Aktuell* 32, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Juli 2006, S. 2.

fenen Gebieten. In Moskau stößt die bereits erwähnte westliche Orientierung Georgiens auf großes Misstrauen⁴³³. Die beiden umstrittenen Gebiete sind in Bezug auf die Bekämpfung von Drogenhandel und organisierter Kriminalität von Interesse und weniger auf Grund ihrer Größe oder wirtschaftlichen Bedeutung. Sowohl Südossetien als auch Abchasien sind kleinste Gebiete ohne ökonomisches Gewicht und werden seit Jahren im Wechsel von der Regierung in Moskau oder in Tbilisi eingenommen. Streitpunkt sind die Verschiebungen von Grenzposten und somit territoriale Machtspiele. Russland versuchte in der Vergangenheit sowohl durch die Präsenz der Peace-Keeping Einheiten als auch durch wirtschaftliche Sanktionen gegenüber Georgien Druck auf die noch junge Demokratie unter Saakaschwili auszuüben⁴³⁴. Dadurch soll auch die Abspaltung Georgiens von der GUS verhindert werden. Verstärkt werden die Überlegungen Georgiens aus der GUS auszuschneiden durch die von Russland verhängten Importverbote georgischer Waren wie Wein oder Mineralwasser in die Mitgliedländer der GUS. Somit setzt sich der latente Konflikt zwischen Georgien und Russland aus einer Vielzahl von Faktoren zusammen, welche in Summe genommen ein großes Eskalationspotential beinhalten. Interessant dabei ist zu beobachten, dass dieser bislang weitgehend gewaltfreie Konflikt dennoch von beachtlicher Bedeutung für die Stabilität der gesamten Region ist und innerhalb der Gestaltung russischer Außen- und Sicherheitspolitik einen hohen Stellenwert einnimmt. Zusammenfassend spielen folgende Überlegungen in der Interessenspolitik Russlands gegenüber Georgien eine Rolle:

- Fortbestand der Peace-Keeping Missionen zur Sicherung des militärischen Einflusses in der Region
- Vermeidung des Austritts Georgiens aus der GUS
- Unterstützung der Sezession Abchasiens und Südossetiens zur Schwächung Georgiens und Einbindung instabiler Regionen in den eigenen Machtradius
- Anbindung eines unabhängigen Georgiens an Moskau zur Sicherung der eigenen Grenzen und Vermeidung einer zu starken westlichen Orientierung Georgiens⁴³⁵.

Als Mittel der Durchsetzung und Verwirklichung dieser Interessen wurde von Moskau bislang eine Mischung aus militärischer Präsenz, Unterstützung von Gegnern und

⁴³³ Vgl.: Walker: *Russia Profile – Prospects Not So Rosy: Russian-Georgian Relations Continue To Worsen*, S. 1.

⁴³⁴ Vgl.: Halbach: *Säbelrasseln und Friedenspolitik in Europas neuer Nachbarschaft*, S. 5

⁴³⁵ Vgl.: ebd., S. 4.

wirtschaftlicher Sanktionen verwendet. Im Gegensatz dazu stehen fortdauernd hohe Investitionen von russischer Seite in Georgien. Den bislang schwerwiegendsten Tiefpunkt erreichten die bilateralen Beziehungen im Jahr 2006: Das georgische Fernsehen prangerte vier russische Offiziere öffentlich auf Grund der Beschuldigung von Spionage an⁴³⁶. Daraufhin reagierte Russland deutlich verärgert und aggressiv, sowohl mit Sanktionen als auch kommunikativ mit einer Propaganda-Aktion gegen Georgien⁴³⁷. Zusätzlich erließ Präsident Putin ein Dekret, welches die Tötung potentieller georgischer Terroristen durch russische Soldaten erlaubte. Verschärft wurde die Situation durch das radikale Vorgehen gegenüber georgischen Bewohnern russischer Städte, insbesondere in Moskau.

Die folgende Analyse setzt sich mit der eben dargestellten Situation der Eskalation des Streites bezüglich russischer Spione in Georgien auseinander. Ein Rückgriff auf Ereignisse der historischen Beziehungen der beiden Staaten wird unvermeidbar sein, da diese Eskalation lediglich die Spitze einer Reihe von Konfrontationen darstellt.

Machtverhältnisse und Führungsstil

Im Verhältnis gegenüber Georgien spielen im Selbstverständnis Moskaus immer noch nationale Traditionen und Einstellungen eine wichtige Rolle: Als ehemalige Sowjetrepublik stellt sie einen aus russischer Sicht abtrünnigen, ehemaligen Bestandteil des gesamten Landes dar. Die sich daraus ergebende imperialistische Haltung Russlands wird in dem andauernden Konflikt immer wieder deutlich. Russland sieht sich als überlegen und auf Grund der Peace-Keeping Einsätze in den Teilrepubliken als einflussreicher Machtfaktor in der weiteren Entwicklung des Landes. Nach der Demokratisierung des Landes und der Machtübernahme Saakaschwillis waren die bilateralen Beziehungen durchaus entspannt und von gegenseitigem Respekt durchzogen. Die eher indirekte Gewalt drückt sich im Vorgehen gegen die georgischen Bevölkerungsteile in Russland ebenso wie in den harten und übertrieben wirkenden wirtschaftlichen Sanktionen aus. In der Umsetzung seiner Interessen muss

⁴³⁶ Vgl.: Igor Torbakov: Russian-Georgian Row could seriously sour Russia-West Relations, in: *Eurasia Daily Monitor*, Volume 3, Issue 185, October 06, 2006, in : The Jamestown Foundation, http://www.jamestown.org/print_freindly.php?volume_id=414&issue3881&articles, Abrufdatum: 28.02.2007, S. 1.

⁴³⁷ Vgl.: Dimitri Trenin: The Georgian-Russian Crisis: Objectives, Strategies, and Outcomes, in: *Carnegie Endowment for International Peace*, Publications, October 13, 2006, <http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=print&id=18786>, Abrufdatum: 28.02.2007, S.1.

sich Russland jedoch im Rahmen dieses Konfliktes mit Georgien auch mit der NATO, den Teilrepubliken und den weiteren kaukasischen Nachbarn auseinandersetzen. Somit ist auch hier von einem originär bilateralen Konflikt zu sprechen, welcher aber eine gesamte Region ebenso wie die internationale Gemeinschaft, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, einbindet. Von einer Reputation Russlands gegenüber Georgien kann vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung nicht gesprochen werden. Dieser Eindruck wird verschärft durch die Angst vor einem Machtverlust der russischen Regierung in der Region. Die sehr kleine außen- und sicherheitspolitische Elite Moskaus wird gelenkt vom Präsidenten. Zum Teil werden Außen- und Verteidigungsminister miteinbezogen. Der Führungsstil des Präsidenten ist aktiv und charakterisiert durch einen ausgeprägten Gestaltungswillen, der die Abwendung des Machtverlustes in der Region zum Ziel hat.

Aus *politikwissenschaftlicher Perspektive* ergibt sich hier eine Machtzentralisierung im Amt des Präsidenten, insbesondere in der Gestaltung der Beziehungen zu Georgien. Sein Führungsstil ist geprägt durch den aktiven Gestaltungswillen auch gegen interne Kritiker. Der *kommunikative Kontext* ist sehr weit gefasst, da die bereits angesprochenen historischen Differenzen eine wichtige Rolle im Selbstverständnis Russlands spielen. Hinzu kommen die imperialistischen Tendenzen in der Ausgestaltung des bilateralen Verhältnisses. Die tendenziell imperialistische Einstellung gegenüber Georgien erschwert in Krisensituationen das gezielte *Konfliktmanagement*. Zwar werden alle Entscheidungen des taktischen Vorgehens auf das Ziel der Sicherung des Einflusses auf Tbilisi gerichtet. Eine langfristig strategische Ausrichtung ist jedoch nicht erkennbar.

Strategie der Sicherheitspolitik und Politikstil

Im Umgang mit der Republik Georgien ist von Seiten Russlands Anfang 2005 ein Strategiewechsel zu verzeichnen. Der anfänglich als Chance gesehene Umbruch in Georgien wurde zunehmend als Bedrohung für die Stabilität im Kaukasus eingestuft. Hintergrund dieser Wahrnehmung ist das intensiviertere Verhältnis Georgiens zu den USA und seinen Bestrebungen, Mitglied der NATO zu werden. Russland sieht sich nach wie vor als Ordnungsmacht in der kaukasischen Region. Dieser Anspruch begründet sich in sicherheits- aber auch handelspolitischen Interessen Moskaus. Zu militärischen Interventionen kam es im vorliegenden Konflikt bislang lediglich im

Rahmen der Peace-Keeping Einsätze. Ein massives Bedrohungsszenario ist Moskau derzeit auch auf Grund der intensivierten Beziehungen zwischen Georgien und dem Westen nicht möglich. Diplomatische Bemühungen von Seiten Russlands waren nur anfänglich erkennbar. Insbesondere seit der Verschärfung der Krise mit der Verhaftung russischer Offiziere sind keinerlei politisch-diplomatische Initiativen Moskaus unternommen worden. Internationale Organisationen sind derzeit im Rahmen der UNMIG - Mission am Konfliktmanagement beteiligt. Sie haben allerdings auf den originären Konflikt zwischen Russland und Georgien kaum Einfluss. Russland verfolgt derzeit eine sehr offensive Strategie, da es sich auf Grund der Inhaftierung der Soldaten in seiner Souveränität als Ordnungsmacht in der Region verletzt sieht. Zudem brechen durch den Vorfall alte Vorbehalte und nationale Ressentiments gegenüber der Region wieder auf, welche zu einem offensiven Vorgehen beitragen. Die russische Regierung befindet sich in diesem Konflikt in einem Dilemmaspiel, da es zwar gegenüber Georgien seine Interessen konsequent und nachhaltig durchsetzen möchte, jedoch auf Grund der guten Beziehungen Georgiens zur NATO und den USA Gefahr läuft, auch diese Akteure gegen sich aufzubringen. Tendenziell wird die Primacy - Strategie verfolgt, welche eine Betonung der Hegemonialstellung beinhaltet. Zwar kann diese nicht als ausschließliche und langfristig übergreifende Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands gegenüber Georgien gesehen werden, wichtige Elemente dieses Vorgehens sind trotz allem immer wieder Bestandteile in der Gestaltung der Beziehungen von Seiten Russlands. Die Konfliktwahrscheinlichkeit ist somit weiterhin sehr hoch, da auch Tbilisi Teile seiner Souveränität unter keinen Umständen an die russische Föderation abtreten wird.

Der politische Stil Vladimir Putins ist gekennzeichnet von offenen Provokationen, die sich sowohl verbal als auch nonverbal in der Anordnung von verschärften Sanktionen oder Angriffen gegenüber den in Russland lebenden Georgiern bemerkbar machen. Diese konfliktträchtige, provokative Komponente im politischen Stil Putins ist, neben der nach außen hin immer offenen und kompromissbereiten Seite, charakteristisch für den russischen Präsidenten. So stellt er in der Öffentlichkeit immer wieder sein Interesse an einer friedlichen Beilegung des Konflikts und der Entspannung der bilateralen Beziehungen dar:

„We are willing to help Georgia to restore its territorial integrity, [...] We have spoken about this many times with the Georgian leadership and they agree and say

that yes,[...] But the current Georgian leadership for some reason thinks that I relations between Russia and Georgia worsen, this will help them to resolve the problem of restoring their territorial integrity.”⁴³⁸

Politikwissenschaftlich analysiert handelt es sich im vorliegenden Fall um einen gegenseitigen Austausch von Provokationen. Russland hat seine Strategie nach Erkennbarwerden der engeren Beziehungen zwischen Georgien und dem Westen geändert. Es sieht sich nun mit einer Dilemmasituation konfrontiert, in welcher es weder alle Provokationen Georgiens hinnehmen kann, noch ein zu offensives Vorgehen rechtfertigen könnte. Der öffentlich sichtbare Politikstil Vladimir Putins ist geprägt von einem offensiven Vorgehen unter Berücksichtigung der internationalen Rahmenbedingungen. Der Inhalt der *Kommunikation* ist sehr komplex und muss auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der jeweiligen mittelbar oder unmittelbar Beteiligten angepasst werden. Der situative Kontext des Konflikts wurde von russischer Seite aber somit vollständig erfasst. Eine klare Strategie im weiteren *Konfliktmanagement* konnte aber noch nicht konzipiert werden.

Kommunikationsstil

Die öffentliche Meinung spielt im vorliegenden Fall dahingehend eine Rolle, als dass durch sie Propaganda erst zum Tragen kommt. Die politische Rhetorik Vladimir Putins hinsichtlich des Konflikts in Georgien schwankt zwischen Entgegenkommen und provokativer Propaganda. Oftmals greift er in seinen Reden und Stellungnahmen Georgien nicht direkt an, sondern verletzt den Nationalstolz, indem er andere Partner bevorzugt erwähnt: „Regarding wine imports from Moldova [...]“⁴³⁹.

Ebenfalls indirekte Angriffe auf Georgien sind Preiserhöhungen im Energiebereich, welche offiziell vom Unternehmen Gazprom, inoffiziell jedoch vom Kreml ausgehen⁴⁴⁰. Auch ist für den Kommunikationsstil des russischen Präsidenten in Hinblick auf Georgien die Vermischung unterschiedlicher Aspekte in den bilateralen Bezie-

⁴³⁸ In: The President of Russia, Official Web Portal: Vladimir Putin: *Interview with the German Newspaper Sueddeutsche Zeitung*, 10.10.2006, http://www.kremlin.ru/eng/text/speeches/2006/10/10/1519_type82916_112362.shtml, Abrufdatum: 13.03.2007.

⁴³⁹ In: The President of Russia, Official Web Portal, Vladimir Putin: *Meeting with Russian Media following the CIS Summit*, http://www.krimlin.ru/eng/text/speeches/2006/11/28/1240_type82914type89215_114.shtml, Abrufdatum: 13.03.2007.

⁴⁴⁰ Vgl.: Walker: *The Fox Versus the Bear*.

hungen kennzeichnend. So werden die Importverbote für georgischen Wein, die Weiterführung der Peace-Keeping Missionen und die Inhaftierung der russischen Offiziere in die Rhetorik ebenso eingebunden wie die russischen Bemühungen um eine Beilegung des Konfliktes:

„Russia is consistently fulfilling all its commitments under the terms of the agreements between our countries on the withdrawal of Russian military units from Georgian territory, but despite this fact, as we know, our military servicemen in Georgia have been seized and thrown in prison in what looks like a sign of continuation of the policies of Lavrenty Pavlovich Beria, both inside the country and on the international stage. [...] They are clearly trying to pinch Russia where it hurts most, to provoke us.“⁴⁴¹

Sein Verhalten gegenüber der Öffentlichen Meinung kann somit dem eines Pragmatists zugeordnet werden, da Putin immer wieder den Versuch unternimmt, über die Beeinflussung der Bevölkerung die Situation zu bestimmen. Seine Sprachstrategie bedient sich dabei gängiger Mittel, wie Verschleierung von Tatsachen oder Betonung des eigenen positiven Engagements im Gegensatz zu den passiven Bemühungen Georgiens:

„There are very close ties between our peoples, between our industries. Every country has the right to its sovereignty and the right to choose its partners and advisers, but this should not lead a country into taking aggressive action. In this situation, we have no choice but to react. As for the anti-Russian rhetoric, we tolerated it, but when the Georgians began taking provocative action and arrested our officers, we had no choice but to start reacting.“⁴⁴²

Die anfänglich direkte verbale Kommunikation im Rahmen von bilateralen Treffen nahm im Laufe der Krise immer weiter ab. Nach der Inhaftierung der russischen

⁴⁴¹ In: The President of Russia, Official Web Portal, Vladimir Putin: *Beginning of Meeting with the permanent members of the Russian Security Council*, http://www.kremlin.ru/eng/text/speeches/2006/10/01/1059_type82913_111844.shtml, Abrufdatum: 13.03.2007.

⁴⁴² In: Putin: *Interview with the German Newspaper Sueddeutsche Zeitung*.

Soldaten fand der Kommunikationsprozess von Seiten Russlands ausschließlich über Stellungnahmen, Reden und Interviews statt.

Somit erfolgte ein Kommunikationswandel von direkter verbaler zu indirekter, zum Teil auch nonverbaler Kommunikation von Seiten der russischen Regierung. Zwar handelt es sich bei beiden Ländern um denselben Kulturkreis. Dennoch spielen insbesondere in diesem Konflikt historisch-kulturelle Differenzen auch aus der Vergangenheit eine wichtige Rolle, welche der Rhetorik eine emotionale Komponente unter Betonung der nationalen Werte und Traditionen verleiht.

„The Georgians are very proud, freedom-loving people. Like the Russians, they are Orthodox Christians. Even in as sensitive an area as military affairs, our two peoples have written many vivid pages together. [...] Whether our Georgian colleagues like it or not, they are seen in this region as a sort of regional mini-empire.“⁴⁴³

Die Betonung nationaler Werte findet in Russland derzeit zudem großes Gehör. Laut einer Erhebung des All-Russian Center for Public Opinion Studies (VTSIOM) sind rund 61% aller Russen für den Vorrang des Slogans „Russia for the Russians“.⁴⁴⁴ 60% dieser Gruppe möchten einen wachsenden Einfluss kaukasischer Bevölkerungsteile in Russland vermeiden. Die Kommunikationserwartung im Fall der inhaftierten russischen Soldaten war nicht sehr hoch, da bereits im Vorfeld Spannungen und Provokationen von beiden Seiten geschürt wurden. Der Faktor des Wissenstransfers innerhalb der Führungselite ist an dieser Stelle vernachlässigbar, da der einzig bedeutende Kommunikator der Präsident selbst war.

Auf Grund der mangelnden strategischen Ausrichtung der bilateralen Beziehungen und der teils unklaren Ziele Russlands in Georgien, ist dementsprechend keine klare Kommunikationsstrategie erkennbar. Die *politische* Rhetorik Putins ist geprägt von historisch-kulturellen Ressentiments und der Betonung des großen eigenen Gestaltungswillens im Gegensatz zur Zurückhaltung und ständigen Provokation Georgiens. Analog der Machtzentralisierung im Amt des Präsidenten erfolgte auch die Kommunikation einzig durch die Person Putin. Der *Kommunikationsprozess* auf Akteurs-ebene verschlechterte sich von der anfänglich guten, verbalen und direkten Kom-

⁴⁴³ In: ebd.

⁴⁴⁴ In: European Forum, *Russia Update*, 29. November 2006, <http://www.europeanforum.net/country/russia>, Abrufdatum: 13.03.2007.

munikation der beiden Präsidenten zu einem fast vollständigen Abbruch der direkten Kommunikation. Diese wurde von Seiten Putins durch die bereits angesprochene indirekte Kommunikation ersetzt. Aus diesem *Grund spielen im Konfliktmanagement* die persönlichen Vorbehalte Putins gegenüber einer weiteren pro-westlichen Orientierung Georgiens und dem Zurückdrängen des russischen Einflusses eine entscheidende Rolle.

V. Abschließende Bewertung der Fallstudien

Die abschließende Bewertung der Fallstudien sowie die vergleichende Zusammenfassung der Ergebnisse sollen einen Überblick darüber geben, welche Faktoren die außenpolitische Kommunikation in der Sicherheitspolitik westlicher Demokratien in Krisensituationen besonders beeinflussen und welche Auswirkungen auf die Verwendung der Kommunikation im internationalen Konfliktmanagement erkennbar sind. Darüber hinausgehend soll festgehalten werden, inwieweit sich Unterschiede in der demokratiethoretischen Zuordnung der Systeme und der Gestaltung und Verwendung der außen- und sicherheitspolitischen Kommunikation ausmachen lassen.

Zudem soll hinsichtlich der USA und Russland ein intrastaatlicher Vergleich gezogen werden, der zum einen Gemeinsamkeiten, welche sich aus der politischen Kultur, nationalen Identität oder Tradition des Landes ergeben, aber auch Unterschiede auf Grund der individuellen und persönlichen Färbung der Kommunikationsstile, aufzeigt werden.

Wichtig ist in der vergleichenden Darstellung auch die Frage nach dem Output des jeweiligen Kommunikationsstiles sowie der damit implizierten Strategie.

Die Rolle internationaler Organisationen im Konflikt- und Kommunikationsprozess soll anhand unterschiedlicher Perspektiven erläutert werden: Eine Auswertung nach den dargestellten Fallstudien sowie ein interkultureller Vergleich versuchen, in einer idealisierten Rollendefinition ihre abschließende Bewertung zu finden.

Die nachstehende tabellarische Zusammenfassung der Ergebnisse soll einen ersten Überblick über Führungs-, Politik- und Kommunikationsstile in den jeweiligen Fällen geben:

Abbildung 17: Zusammenfassende Übersicht der Ergebnisse

Fall	Machtverhältnisse und Führungsstil	Strategie und Politikstil	Kommunikationsstil
<i>Deutschland - Kosovo</i>	Aktionismus gleichberechtigter Partner; hohe Zielorientierung innerhalb eines komplizierten Umfeldes; aktiver Führungsstil	Strategiewechsel unter Beibehaltung der Ziele; kompromissorientierter Politikstil	Großes Engagement und Gestaltungswille zur Einbindung aller Partner; Einsatz vielfältiger Kommunikationsstrategien; offene, direkte und verbale Kommunikation; große Bedeutung der öffentlichen Meinung
<i>Deutschland - Afghanistan</i>	Geschlossene Regierung mit gleichberechtigten Partnern; hohe Zielorientierung; aktiver Führungsstil	Konsequente Strategieverfolgung; Versuch der Verbindung von nationalen und internationalen Werten und Interessen; traditioneller, kompromissorientierter Politikstil	Fahrige Kommunikationsstrategie; wenig abgestimmt; direkt und offen; innenpolitisch umstritten; international einheitliches und geschlossenes Agieren; aktiv und zielorientiert gegenüber Partnern; große Bedeutung der öffentlichen Meinung
<i>USA – Haiti</i>	unentschlossen, delegierender und passiver Führungsstil des Präsidenten; geringer persönlicher Gestaltungswille; gespaltene Regierung und gespaltene Öffentlichkeit	Strategiewechsel im Einsatz der Mittel unter Beibehaltung der Ziele; sehr persönlicher Politikstil der Verbindung unterschiedlicher Ziele und Mittel	Gezielte Experten-Kommunikation; vorrangig Konferenzdiplomatie und bilaterales Gespräch; offen, direkt und verbal; zurückhaltende Kommunikation des Präsidenten
<i>USA – Irak</i>	Betonung der Hegemonialstellung und militärischen Weltmachtrolle; rücksichtsloser Führungsstil auch gegenüber Verbündeten und Partnern; konsequente Zielorientierung	Offensive Strategie einer kleinen Führungselite; konsequente Durchsetzung und Verfolgung nationaler Interessen; konfliktträchtiger Politikstil	Detailliert abgestimmte Kommunikationsstrategie der gesamten Führungselite; zugeschnitten auf den Präsidenten; Einsatz aller denkbaren Kommunikationsmittel und -strategien; Propaganda der eigenen Strategie; politische PR-

Vergleichende Bewertung

			Aktion; Bedeutung der öffentlichen Meinung und Partner gering geschätzt
Russland – Tschetschenien	Militärische Machtpräsentation; imperialistische Machtzentralisierung im Amt des Präsidenten; aktiver Gestaltungswille zur konsequenten Zielverfolgung; gespaltene Regierung	Strategiewechsel auf Grund fehlender Gesamtstrategie im Umgang mit Georgien; machtzentralisierter Politikstil des Präsidenten	Mischung unterschiedlicher Mittel; präsidentiale Kommunikation nicht immer abgestimmt mit weiterer Führungselite; Bedeutung der öffentlichen Meinung nur teils wahrgenommen; individualistisch und persönlich; direkte verbale Kommunikation
Russland – Georgien	Präsidentialer Führungsstil der Person Putins; gezwungen geschlossene Regierung	Machtspiel mit imperialistischen Tendenzen;	Verbaler Konflikt; große Bedeutung von Reden und Interviews; verbaler Propaganda-Krieg; indirekt und offen

Eigene Darstellung

1. Beeinflussende Faktoren auf die Gestaltung und Verwendung außenpolitischer Kommunikation im internationalen Konfliktmanagement westlicher Demokratien

Der Vergleich außenpolitischer Kommunikation im internationalen Konfliktmanagement westlicher Demokratien strebt das Ziel an, Unterschiede sowohl innerhalb der untersuchten Staaten als auch auf interkultureller Ebene aufzuzeigen und deren Auswirkung auf das Internationale Konfliktmanagement zu verdeutlichen.

Die nachstehende Priorisierung der Faktoren ergibt sich aus der vergleichenden Untersuchung der Fälle.

Auf Ebene der *Machtverhältnisse und des Führungsstils* sind die persönliche Einstellung der Akteure zur Situation und ihrem Amt als Gesamtes ausschlaggebend in der Gestaltung der außenpolitischen Kommunikation. Ebenso spielen die Struktur der Regierung, die interne Abstimmung innerhalb dieser und damit einhergehend das Verhältnis der Akteure untereinander eine bedeutsame Rolle. Von unterschiedlicher Bedeutung innerhalb der untersuchten Staaten ist hingegen der Faktor der Stellung im internationalen System. Hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland kann hier deutlich eine Veränderung der Positionierung im internationalen Umfeld während der Situation nachgewiesen werden. Die Wahrnehmung eben dieser Positionierung in der Auseinandersetzung mit internationalen Konflikten ist auch in den USA sowie Russland bestimmend. In Bezug auf Russland ist bereits an dieser Stelle die Unterscheidung zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung als ausschlaggebender Faktor zu nennen.

Im Bereich der verfolgten *Strategie und des jeweiligen Politikstils* dominieren die Art der Strategie und der damit verbundene Mitteleinsatz zum Konfliktmanagement. Die gewählten Mittel charakterisieren den Politikstil des Akteurs und verweisen zudem auf seine Erfahrungen bezüglich des Konfliktmanagements. Tendenziell kann die Einbindung internationaler Organisationen, unabhängig davon, ob gewollt oder ungewollt, als wichtiger Faktor auf dieser Ebene bewertet werden. Ausschlaggebend für die erfolgreiche Kommunikation der Akteure ist jedoch die Konsequenz, mit der eine gewählte Strategie verfolgt wurde. Lediglich in einem Fall, dem Einmarsch der USA in den Irak, kann von einer exakt abgestimmten Kommunikationsstrategie gesprochen werden.

Der *Kommunikationsstil* selbst ist eindeutig von der Persönlichkeit des Akteurs und seiner interkulturellen Kompetenz abhängig. Diese beiden Faktoren spielen auch

für die Wahl der kommunikativen Mittel eine Rolle. Die Beachtung der öffentlichen Meinung hingegen ist zumeist situativ und ebenfalls von der Persönlichkeit des Akteurs abhängig und kann nicht als generell beeinflussendes Kriterium gesehen werden. Eng gekoppelt ist der Kommunikationsstil somit an die Wahl der Strategie, den Grad der Einigkeit innerhalb der Regierung / der Akteure und an den Charakter des Akteurs.

Tendenziell kann folgenden Faktoren der Ebenen Machtverhältnisse und Führungsstil, sowie Strategie und Politikstil, eine positive Einflussnahme auf den Kommunikationsstil zugeschrieben werden:

- eine geschlossene Regierung mit transparentem Wissens- und Informations-transfer
- eine konsequent verfolgte strategische Ausrichtung in der Entscheidungsfindung und -realisierung
- die Einbeziehung aller beteiligter Partner und potentieller Gegner
- ein aktiver, durch Gestaltungswillen geprägter Politikstil der Akteure
- die angemessene Beachtung der öffentlichen Meinung im Entscheidungsfindungsprozess
- die Berücksichtigung interkultureller Unterschiede und Befindlichkeiten in Bezug auf die Person, gegenüber welcher kommuniziert werden soll.

In wieweit hier nun interkulturelle Unterschiede auszumachen sind, wird sich in der folgenden Gegenüberstellung der untersuchten Länder zeigen.

2. Gegenüberstellung der untersuchten Staaten: Deutschland, USA, Russland

Diese Gegenüberstellung der länderspezifischen Merkmale soll aufzeigen, dass interkulturelle Unterschiede auch hinsichtlich der Gestaltung und Verwendung von Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern von Bedeutung sind. In diese Darstellung fließen auch die Charakteristika und Unterschiede der jeweiligen Präsidenten der USA und Russlands mit ein. Diese intrastaatliche Unterscheidung zeigt auf, dass neben interkulturellen auch intrakulturelle Differenzen den Kommunikationsstil prägen.

2.1 Deutschland: Kommunikation eines neuen sicherheitspolitischen Selbstbewusstseins

Zusammenfassend können für die sicherheitspolitische Kommunikation der *Bundesrepublik Deutschland* seit dem Ende des Kalten Krieges folgende Charakteristika festgehalten werden:

- sicherheitspolitisch anspruchsvolle Herausforderungen wurden stets in den Kontext der so genannten humanitären Intervention gestellt. Damit wurde der Versuch unternommen, erstmalige militärische Beteiligungen deutscher Soldaten an Auslandseinsätzen abzuschwächen und sich so ausreichend Rückhalt im eigenen Land, sowohl innerhalb der politischen Elite, als auch der breiten Bevölkerung, zu sichern. Vetospieler konnten integriert werden und dadurch meist eine große Konsensfähigkeit erzielt werden.
- Gegenüber den Partnern war diese Taktik nicht in vollem Ausmaß von Nöten. Hier stand tendenziell die Definition und Kommunikation einer veränderten deutschen Rolle im internationalen Staatengefüge stärker im Vordergrund. Hierbei galt es, die Neuausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik unter Wahrung der Traditionen und Werte zu vermitteln. Es musste die Balance zwischen Verpflichtungen, welche sich aus Bündnissen und Partnerschaften ergaben, und der Vertretung eigener nationaler Interessen gefunden werden.
- Es wurde stets ein offener, verbaler und direkter Kommunikationsstil gepflegt, welcher durch einen aktiven Gestaltungswillen und eine gut abgestimmten Führungselite bedingt wurde.
- Die Stärken der Bundesrepublik Deutschland waren im Bereich der Konferenz- und Verhandlungsdiplomatie zu erkennen. Die Betonung der Einbindung internationaler und regionale Bündnisse und Organisationen war hier ebenso im Fokus der Kommunikation wie der Versuch möglichst ausgewogener Gesprächsintensitäten mit allen beteiligten Partnern.

Somit kann der Kommunikationsstil der Führungselite der Bundesrepublik Deutschland in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern nach dem Ende des Kalten Krieges als offen und direkt sowie von Diplomatie und Kooperation geprägt, bezeichnet werden. Kommunikation wird somit als Konfliktlösungsmechanismus betrachtet um gemeinsame Ziele zu erreichen und militärische Konfrontationen zu vermeiden.

2.2 USA: Zielorientierte und wertegeleitete Kommunikation

Die Kommunikation in der Sicherheitspolitik *der Vereinigten Staaten von Amerika* bedingt eine weitaus differenziertere Betrachtung: Hier spielen nationale Werte, politische Kultur und die persönlichen Einstellungen und Ziele eine weitaus größere Rolle als in Deutschland. Zudem kann hier auf Grund der unterschiedlichen Legislaturperioden, die in den Fallstudien analysiert wurden, ein intrastaatlicher Vergleich gezogen werden, welcher die Komponente der Persönlichkeit innerhalb sicherheitspolitischer Kommunikation abermals betont.

Auch wird hier deutlich, welchen großen Einfluss der situative Kontext auf die Kommunikation haben kann. So war die Kommunikation der Regierung Bush nach den Terroranschlägen 2001 weitaus stärker emotional gefärbt, als sie womöglich ohne die potentielle Bedrohung der nationalen Sicherheit gewesen wäre.

Bill Clinton beteiligte sich insbesondere zu Beginn seiner Amtszeit weitgehend nicht an langwierigen und komplizierten Verhandlungen. Sein Politikstil war gekennzeichnet durch den Einsatz und die Zuhilfenahme von Experten. Dieses Vorgehen spiegelte sich auch in seinem Kommunikationsstil wieder. Charakteristisch war für ihn die Verbindung unterschiedlicher Ziele innerhalb eines Entscheidungs- und Handlungsprozesses. Wie in der Fallstudie aufgezeigt, führte dies jedoch meist zu Problemen innerhalb der eigenen Elite sowie insbesondere gegenüber den Kommunikationspartnern. Daraus ergibt sich ein eher indirekter, konfliktscheuer und zugleich oftmals ungewollt konfrontativer Kommunikationsstil.

Im Gegensatz dazu war die Kommunikation unter George W. Bush hinsichtlich der Entscheidung des Einmarsches in den Irak von Beginn an zielorientiert, persuasiv und propagandistisch gestaltet. Die ausgefeilte Kommunikationsstrategie war sowohl auf seine Person als auch auf die Gesamtsituation abgestimmt. Dies ermöglichte ihm ein selbstbewusstes Auftreten im Rahmen seiner offenen, direkten und meist konfliktorientierten Kommunikation. Charakteristisch sind insbesondere seit den Anschlägen des 11. September die rhetorischen Eigenheiten, wie Metaphern, Personifikationen und Steigerungen.

Generell nimmt die Kommunikation in der Außen- und Sicherheitspolitik in den USA auf der Führungsebene eher einen untergeordneten Stellenwert ein. Sie dient meist lediglich der Vermittlung von bereits getroffenen, unveränderbaren Entscheidungen, die dem Kommunikationspartner vermittelt werden. Sie ist somit Informationsmittel und weniger Konfliktlösungsmechanismus. Betont werden muss aber, dass

dies immer auch von der Persönlichkeit des Präsidenten sowie seiner engsten Berater abhängig ist. Die geringe Zahl der Vetospieler sowie die öffentliche Meinung haben in akuten Krisensituationen weniger Einflussmöglichkeiten als in längerfristigen Konflikten.

2.3 Russland: Kommunikation zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung

Die Führungselite der *Russischen Föderation* ist ähnlich wie in den Vereinigten Staaten von einer Machtzentralisierung in der Person des Präsidenten geprägt. Daraus ergeben sich charakteristische Merkmale für die Kommunikation in der Außen- und Sicherheitspolitik. Der meist präsidiale Führungsstil schlägt sich auch in der Art der Kommunikation nieder: Neben dem Präsidenten spielen nur einige wenige Personen in der Kommunikation nach außen eine Rolle. In der Regierungszeit Boris Jelzins kommunizierten zwar weitere Akteure im Konfliktlösungsprozess, jedoch lag hier die Problematik in der Abstimmung der Kommunikationsinhalte. Der Präsident hat mehr als einmal eigenständig Sachverhalte kommuniziert, welche vorab nicht mit den engsten Mitarbeitern abgestimmt waren. Somit kann hier tendenziell ein konfuser Kommunikationsstil festgestellt werden, dessen Inhalte zudem des Öfteren im Nachhinein korrigiert werden mussten. Der gezielte Aufbau von Feindbildern und das Schüren von nationalistischen Ressentiments waren anfänglich Teil einer Zermürbungsstrategie des Gegners und der parallel dazu erfolgenden Sicherung des Rückhaltes aus der Bevölkerung. Diese Art der Kommunikation hat ebenso wie der Kommunikationsstil Vladimir Putins eine Verunsicherung auf Seiten des Rezipienten und auch der internationalen Gemeinschaft zur Folge.

Vladimir Putin kommuniziert im Gegensatz zu seinem Vorgänger in enger Abstimmung mit dem kleinen Kreis der Führungselite in Moskau. Die Machtzentralisierung in seinem Amt spiegelt sich auch darin wieder, dass stets er die wichtigen Verhandlungen führt sowie Entscheidungen kommuniziert. Anders als in der Bundesrepublik oder den Vereinigten Staaten spielen Außen- und Verteidigungsminister eine untergeordnete Rolle im Kommunikationsprozess. Sein Kommunikationsstil kann als offensiv und bisweilen provokativ bezeichnet werden. Dies begründet sich jedoch im bereits mehrfach angesprochenen Spannungsverhältnis von Selbst- und Fremdwahrnehmung und der generellen Neuausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands.

Allgemein kann festgehalten werden, dass die Kommunikation in der Außen- und Sicherheitspolitik der Russischen Föderation von einer sehr kleinen Elite bestimmt und gelenkt wird. Sie charakterisiert sich durch die Betonung nationaler Identität und einer erstarkten Positionierung im internationalen System. Kommunikation wird ähnlich wie im System der USA nicht als vorrangiges Konfliktlösungsmittel gesehen. Sie dient tendenziell eher der Rechtfertigung eigener Einschätzungen und Handlungen. Durch die oftmals fehlende Transparenz erschwert dieser Kommunikationsstil ein offenes und von Vertrauen geprägtes Kommunikationsverhältnis im internationalen Staatengefüge. Die Kommunikation ist insbesondere im Umgang mit dem nahen Ausland und den vormaligen Block-Gegnern geprägt von nationalen Vorbehalten und Ressentiments und dem direkten, aber auch subtilen Aufbau von Feindbildern. Die Merkmale dieses Verhaltens decken sich tendenziell mit den Charakteristika der illiberalen und delegativen Demokratie: Kontroverse Meinungen werden systematisch durch Beschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit ausgehebelt und institutionelle Vetomächte durch Dekrete und Erlasse in ihrer Mitbestimmung beschränkt.

2.4 Zusammenfassende Übersicht der Charakterisierung außenpolitischer Kommunikation

Wie die soeben erfolgte Darstellung der außenpolitischen Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern der Bundesrepublik Deutschland, der USA und der Russischen Föderation gezeigt hat, liegt der ausschlaggebende Unterschied in der Art und dem Einsatz der Kommunikation innerhalb des Konfliktmanagements.

Alle Staaten weisen persönlich bedingte Charakteristika in der Kommunikation auf. Diese können nicht nur nach interkulturellen Aspekten unterschieden werden.

Eine klar nationalstaatlich geprägte Unterscheidung ist folglich nur auf Grund der im Folgenden angeführten Kriterien möglich:

Abbildung 18: Zusammenfassende Übersicht der Charakterisierung sicherheitspolitischer Kommunikation

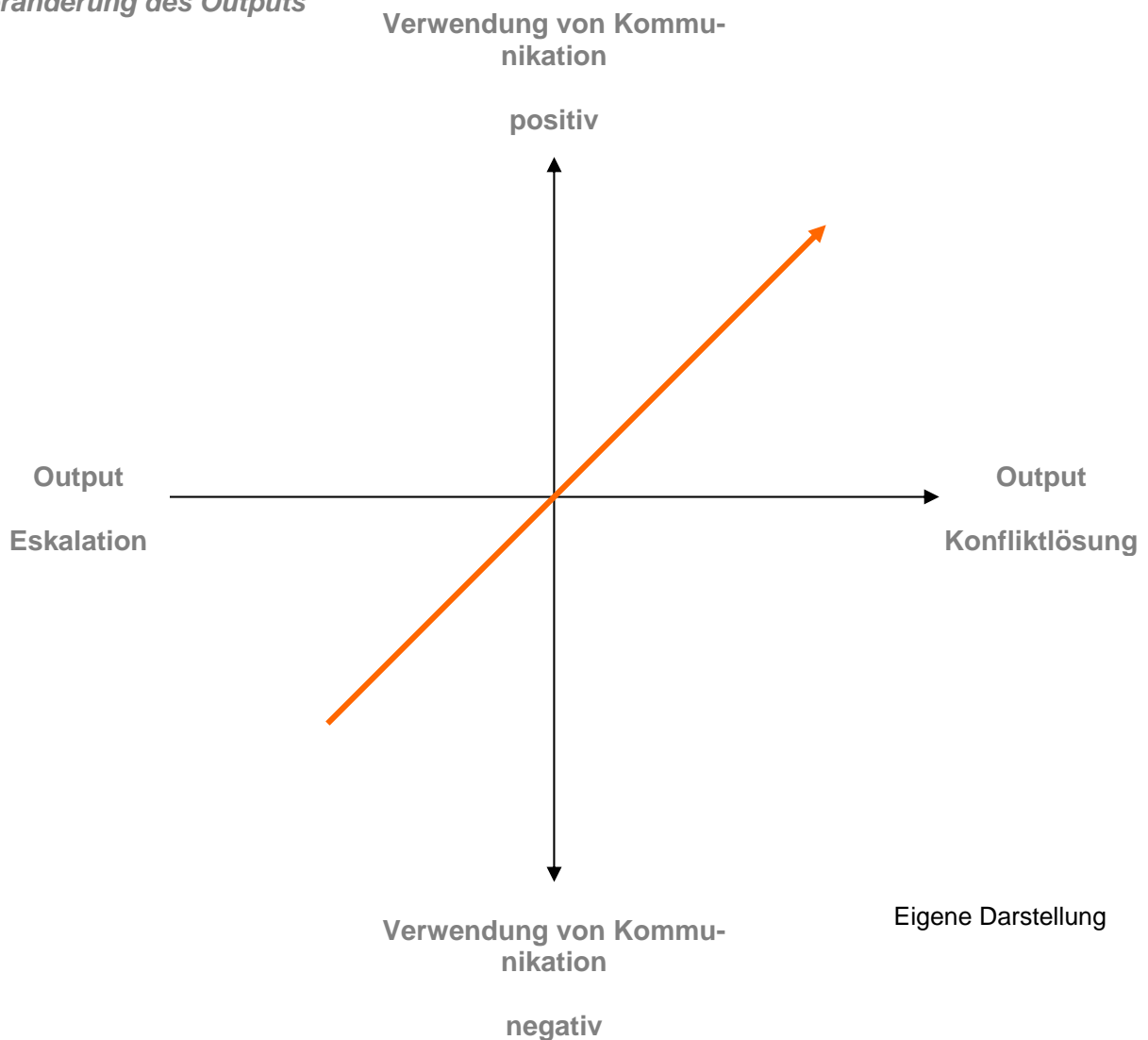
	Einsatz der Kommunikation	Art der Kommunikation	Wirkung
Deutschland	Kommunikation als Mittel zur Erreichung der Ziele, Konfliktlösungsmechanismus	kooperativ und konsensorientiert	Positiv, engagiertes Auftreten
USA	Vermittlung von Entscheidungen, zur Information des internationalen Umfeldes, weniger als Konfliktlösungsmechanismus	offensiv und tendenziell konfrontativ	Verunsicherung des Rezipienten, Vertrauensverlust
Russland	Darstellung eigener Interessen und Sichtweisen, Kommunikation weniger als Konfliktlösungsmechanismus	offensiv und teils verschleiern, gezielter Aufbau von Feindbildern	Unsicherheit auf Seiten des Rezipienten

Eigene Darstellung

Anhand der nun dargestellten Übersicht kann das Verhältnis zwischen der Verwendung von Kommunikation im Konfliktlösungsprozess und der Veränderung des Outputs graphisch dargestellt werden. Dabei bildet die senkrecht verlaufende Achse die unterschiedliche Verwendung von Kommunikation im Konfliktlösungsprozess ab und nimmt dabei Ausprägungen von der Verwendung als Konfliktlösungsmechanismus bis zur Verschleierungstaktik an. Die wagrecht verlaufende Achse projiziert die Ver-

änderung des Outputs von der Eskalation des Konfliktes bis hin zur Lösung desselbigen. Der diagonal verlaufende Pfeil beschreibt somit die Veränderung des Outputs in Relation zum Einsatz der Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern. Die Darstellung zeigt die möglichen Ausprägungen der Verwendung von Kommunikation sowie der Veränderung des Outputs nur in den beiden Extremen. Nachstehend finden sich die weiteren Formen, die idealtypischerweise angenommen werden können.

Abbildung 19: Zusammenhang zwischen Verwendung der Kommunikation und der Veränderung des Outputs



Verwendung von Kommunikation:

Die Verwendung von Kommunikation im Rahmen des internationalen Konfliktmanagements kann somit auch innerhalb westlicher Demokratien unterschiedliche Ausprägungen annehmen. Sie reicht vom positiv besetzten Einsatz als Konfliktlösungs-

mechanismus über Mediation und Verhandlungen bis hin zu tendenziell negativ besetzten Funktionsweisen wie der reinen Information, Propaganda, gezielten Fehlinformation und Verschleierung.

Veränderung des Outputs:

Der Output verändert sich dabei zumeist proportional und erreicht Ausprägungen von der Stufe der Konfliktlösung durch den Einsatz gezielter Kommunikation über die Phase der Entspannung einer Krisensituation sowie der Stagnation des Konflikts und kann in der Eskalation desselbigen enden.

Da die vorstehende Übersicht bereits die Frage nach der Wirkung der Kommunikation anspricht, wird im Folgenden der jeweilige Output der Kommunikation in den analysierten Fällen verglichen.

3. Vergleichende Darstellung des Outputs

In Bezug auf den Output der jeweiligen Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern in Deutschland, den USA und Russland können abschließend folgende Punkte festgehalten werden, die vorerst als übergreifend gültig für westliche Demokratien gesehen werden:

- a) Der Output der Kommunikation in Außen- und Sicherheitspolitik ist abhängig von der jeweiligen Verwendung von Kommunikation. Wird Kommunikation als Konfliktlösungsmechanismus betrachtet und tendenziell kooperativ und konsensorientiert eingesetzt, kann im Idealfall ein positiveres Ergebnis zur Zufriedenheit aller Beteiligten erreicht werden.
- b) Stellt Kommunikation kein potentiell Mittel zur Konfliktlösung sondern lediglich zur Information über die eigene Strategie und dem jeweiligen Mitteleinsatz dar, so ist tendenziell eine Verschlechterung des Outputs festzustellen.
- c) Werden Verschleierungs- und Fehlinformationstaktiken auch in Normalsituationen angewendet, führt dies meist zu einer nachhaltigen Verunsicherung auf Seiten des Rezipienten sowie zu Vertrauensverlusten, auch auf Seiten potentieller Partner.
- d) Am wohl erfolgreichsten ist nach wie vor die direkte, mittelbare und verbale Kommunikation auf bilateraler oder auch internationaler Ebene. Hier können internationale Organisationen als Vermittler auftreten, sofern ihre Funktion von beiden Seiten akzeptiert wird.

Länderspezifisch sind folgende Gemeinsamkeiten aber auch Unterschiede festzuhalten:

- Der Versuch der konsensorientierten Kommunikation unter Einbeziehung aller Beteiligten von Seiten der *Bundesrepublik Deutschland* ist gegenüber den internationalen Partnern meist erfolgreich. Es gelingt nach außen hin auch die schrittweise Vermittlung einer gewandelten Positionierung im internationalen System. Tendenziell eher problematisch gestaltet sich die Kommunikation der Entscheidungen auf innenpolitischer Ebene. Zu einer Entspannung der Situation kam es im Kosovo, auch wenn der Konflikt nicht endgültig gelöst werden konnte. Im Fall des Afghanistan-Einsatzes schwelt der Konflikt nach wie vor. Deutschland kommt jedoch seiner Bündnispflicht und dem Versprechen der Unterstützung an die USA auch gegen innenpolitischen Widerstand nach. Die Kommunikationsstrategie der Bundesregierung, und hier insbesondere des Kanzlers und seines Außenministers, basierend auf Mediation und Kooperation kann als meist erfolgreich bewertet werden.
- Die *Vereinigten Staaten von Amerika* können ein ähnliches Ergebnis mit der Kommunikation ihrer Haiti-Politik aufweisen. Hier wurden internationale Organe miteinbezogen und Partner mit in die Verhandlungen eingebunden. Auch konnte die Situation kurzzeitig entschärft werden. Der Einmarsch in den Irak unter der Regierung Bush spaltet, auch auf Grund seiner Rhetorik, sowohl die eigene Bevölkerung und Elite als auch die internationalen Partner in Anhänger und Gegner des von ihm dargelegten Konfliktmanagements. Zwar werden internationale Organisationen pro forma miteinbezogen, ihnen jedoch in den entscheidenden Situationen keinerlei Respekt entgegengebracht. Der Konflikt konnte nicht gelöst werden. Die Kommunikationsstrategie weist trotz detaillierter Abstimmung und einheitlichem Auftreten der Regierung auf Grund der Vermittlung falscher Beweise große Defizite aus, welche in einen gravierenden Vertrauensverlust mündeten.
- Den angesprochenen Vertrauensverlust auch auf internationaler Ebene muss die *russische* Regierung im Fall des Tschetschenien-Konfliktes hinnehmen. Auf Grund einer mangelnden Strategie in der Sicherheitspolitik und einer nicht abgestimmten, oftmals widersprüchlichen Rhetorik auch auf internationaler

Bühne, kritisierten sowohl internationale Organisationen als auch Partner innerhalb der Russischen Föderation das Vorgehen der Regierung Jelzins. Der Konflikt konnte nur kurzzeitig entschärft werden, das Kernproblem jedoch auf Grund mangelnder Verhandlungsbereitschaft nicht gelöst werden. Die Kommunikation gegenüber Georgien ist geprägt von den bereits angesprochenen nationalen Ressentiments einer ehemaligen Sowjetrepublik. Da keine klare Linie in der Durchsetzung der russischen Interessen erkennbar ist und somit auch keine klare Sprachregelung gegenüber Georgien vorliegt, ist das Kommunikationsverhältnis geprägt von einem Wechsel zwischen Annäherung und Abweisung, bilateralen Gesprächen und Abbruch jeglichen Dialogs. Die Situation ist nach wie vor angespannt und eine diplomatische Lösung derzeit nicht absehbar.

Unterschiede finden sich somit in der Verwendung der außenpolitischen Kommunikation in Bezug auf das internationale Konfliktmanagement ebenso wie in der Nachhaltigkeit einer strategischen Konzeption und Umsetzung derselbigen.

Die Bundesrepublik Deutschland weist als konsensdemokratische Führungsmacht im Kontext des europäischen Staatengefüges einen tendenziell zurückhaltenden Kommunikationsstil in der Außen- und Sicherheitspolitik auf. Strategische Nachhaltigkeit ist auf Grund der Neuausrichtung nur in Ansätzen erkennbar.

Im Fall der USA korrelieren oftmals der eigene Anspruch an die operative Umsetzung einer weltweiten Führungsmacht sowie die Fremdwahrnehmung der Partner und deren Erwartungshaltung an die Weltmacht, ebenso wie die der potentiellen Gegner der USA. In diesem Spannungsfeld kann das meist große Maß an Steuerungsfähigkeit als Vorteil für schnelles Agieren und somit auch Kommunizieren gesehen werden, das sich durch die geringe Anzahl an Vetospielern im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ergibt.

Russland als defekte Demokratie mit delegativen und illiberalen Zügen kann auch durch gezielte Kommunikationsstrategien nicht über diese Defizite hinwegtäuschen. Charakteristisch für den Output der Kommunikation in internationalen Krisensituationen ist der bereits angesprochene Vertrauensverlust, welcher deutlich gegen das Vorliegen einer nachhaltigen Strategie spricht.

4. Beurteilung der Rolle internationaler Organisationen innerhalb sicherheitspolitischer Kommunikation - Forum oder Hemmnis?

In jedem der vorliegenden Fälle waren internationale Organisationen oder regionale Bündnisse in unterschiedlicher Intensität und Form beteiligt. Inwiefern sie in Bezug auf die Kommunikation in der Sicherheitspolitik einzelner Staaten eine Rolle spielen und wie groß ihr Einfluss in den Konfliktsituationen wirklich war, soll im Folgenden kurz dargestellt werden. Daraus resultierend erfolgt der eingangs angestrebte Versuch, Rollenmodelle innerhalb der Beteiligung und Einbeziehung internationaler Organisationen im Konfliktmanagement westlicher Demokratien zu definieren.

Die vergleichende Analyse berücksichtigt dabei die Art der Organisation, deren Rolle im gesamten Konfliktmanagement sowie im Kommunikationsprozess, den Grad des Einflusses und die daraus resultierende Wirkung. Im Bereich der Wirkung der Einbindung internationaler Organisationen und regionaler Bündnisse wird sowohl die Rückkoppelung auf den eigentlich kommunizierenden Staates und dessen Akteure als auch auf die Organisation an sich untersucht.

Nachstehende Übersicht gibt einen ersten Eindruck über die einzelnen Untersuchungsmerkmale, anhand derer die Rollenmodelle entwickelt werden sollen.

Abbildung 20: Rolle internationaler Organisationen/regionaler Bündnisse nach Fällen

Fall	Name	Rolle im Konfliktmanagement	Funktion im Kommunikationsprozess	Grad des Einflusses	Auswirkung
Kosovo	NATO	militärischer Einsatz	Plattform zur Diskussion des weiteren Vorgehens; in entscheidender Situation übergegangen	Gering, da von den USA dominiert	Bedeutungsverlust der europäischen Mitglieder der NATO und der Organisation als Ganzes
	UNO	Friedenstruppe (KFOR)			
Afghanistan	UNO	Friedenstruppe (ISAF)	Plattform für Resolutionen	zur Legitimation und Konfliktnachbereitung	Bedeutungsverlust für beide Organisationen
	NATO	Bündnisfall als Legitimation	Legitimation des Einmarsches		

Vergleichende Bewertung

Haiti	UNO	Resolution und Legitimation von Sanktionen	Legitimation von Einsatz der USA	geringfügig	keine langfristige Auswirkung erkennbar
	OAS	Mediation	Kommunikationsplattform	gering	
Irak	UNO	Resolutionen, in entscheidender Situation vernachlässigt	Kommunikationsplattform zu Beginn	Im Verlauf der Krise immer schwächer werdend	Bedeutungsverlust für beide Organisationen, insbesondere den UNSC
	IAEA	Anfängliche Schlüsselrolle, Ergebnisse teils missbraucht	Erarbeitung der Inhalte der Kommunikation	lediglich während der Anfangsphase von Bedeutung	
Tschechien	OSZE	Beobachterstatus	indirektes Vorgehen (Ermahnungen, Unterstützung Oppositioneller, Verurteilung des Vorgehens)	sehr geringer Einfluss, da offiziell innerstaatlicher Konflikt	tendenziell Bedeutungsverlust
Georgien	UNO	Internationale Friedensstruppe für regionale Konflikte	vermittelnd und mahnend	bedingte Einflussnahme möglich	Bedeutungsverlust in der Region
	NATO	Angebot der Mitgliedschaft an Georgien	zurückhaltende Kommunikation, da Zwischenposition im Verhältnis von Russland und Georgien	indirekter Einfluss durch Angebot der Mitgliedschaft	Verschärfung der Situation

Eigene Darstellung

4.1 Beurteilung der Rolle internationaler Organisationen und regionaler Bündnisse in den einzelnen Fällen

Im Fall des Einsatzes deutscher Soldaten im *Kosovo-Konflikt* waren sowohl die NATO als auch die Vereinten Nationen (UNO) am Konfliktmanagement beteiligt. Die bundesdeutsche Regierung unter Bundeskanzler Schröder bezog sowohl den Sicherheitsrat der UNO als auch die NATO eng in die Vorgehensweise bezüglich der Konfliktlösung mit ein. Die Kommunikation der eigentlich deutschen Entscheidung wurde dadurch nicht beeinflusst. Jedoch ist eindeutig festzuhalten, dass das gesamte Konfliktmanagement der deutschen Regierung auf ein kooperatives Vorgehen innerhalb der internationalen Gemeinschaft und somit unter Einbeziehung der relevanten Organisationen erfolgte. Der NATO kam dabei eine tendenziell technischer orientierte Rolle durch den Befehl zur Bombardierung serbischer Stellungen zu als der Einsatztruppe der UNO. Die Vereinten Nationen dienten als Kommunikationsplattform und Diskussionsforum, während in der NATO konkrete Strategien beschlossen und umgesetzt wurden. Erwähnt werden muss an dieser Stelle auch die enge Abstimmung der Bundesregierung mit den Partnern der EU. Ihr kam jedoch durch die Einbindung ihrer Mitglieder in die UNO als auch in die NATO keine entscheidende Rolle im Konfliktmanagement zu. Die EU wurde ähnlich der UNO tendenziell als Kommunikationsforum genutzt. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die internationalen Organisationen NATO und UNO zwar am Konfliktlösungsprozess beteiligt waren, in den entscheidenden Situationen jedoch in ihrer Legitimationsfunktion übergangen wurden. Im Kommunikationsprozess ist die Rolle der UNO als Diskussionsforum festzuhalten. Die NATO war in die sicherheitspolitische Kommunikation anfänglich durch die Androhung der Luftangriffe eingebunden. Im weiteren Verlauf und der Realisierung der Drohung kam ihr eine tendenziell technischere Funktion zu. Für die internationalen Organisationen kann hier ein geringer Bedeutungsverlust festgehalten werden, da sie im entscheidenden Moment übergangen wurden. Dieser konnte jedoch durch das große Engagement in der Konfliktnachbereitung ausgeglichen werden. Für die Bundesrepublik boten beide Organisationen die Möglichkeit der breiten Kommunikation der eigenen Initiativen und Gewinnung von Partnern in der internationalen Gemeinschaft.

Die Kommunikation der Entsendung deutscher Soldaten nach *Afghanistan* ist im Gegensatz zur vorangegangenen Situation nicht ganz losgelöst von den internationalen Organisationen zu betrachten. Durch die Berufung der u.s.-amerikanischen

Regierung auf den Bündnisfall nach Artikel 5 der NATO war hier der Kommunikationsprozess der deutschen Regierung von Beginn an beeinflusst. Sowohl NATO als auch UNO waren wiederum am gesamten Prozess beteiligt. Ähnlich wie im Fall des Kosovo kam hier der UNO tendenziell die Funktion als Kommunikationsplattform bezüglich des weiteren Vorgehens und der Abstimmung im Konfliktmanagement zu. Ebenso ist die Rolle der NATO eher als technisches Organ zur Umsetzung der Strategie zu sehen. Der UNSC (Sicherheitsrat der Vereinten Nationen) hat hier zwar die Legitimierungsfunktion wahrgenommen. Auf Grund des Vorliegens des Bündnisfalles der NATO war dies jedoch von zweitrangiger Bedeutung. Zudem waren die Vorgehens- und Legitimierungsprozesse im Nachgang umstritten. Dies und die bestimmende Führungsposition der USA im Konfliktmanagement haben zu einem Bedeutungsverlust der UNO im internationalen Umfeld geführt. Ihr kam hier tendenziell die Rolle der Konfliktnachbereitung und Legitimation des u.s.-amerikanisch initiierten und geführten Einsatzes zu. Für Deutschland war die Einberufung des Bündnisfalles der NATO im Kommunikationsprozess der Entscheidung sehr hilfreich. So konnte die Entsendung eigener Soldaten begründet dargestellt und legitimiert werden. Die Initiativen der Bundesregierung waren eng abgestimmt mit den internationalen Organisationen. Somit kann der NATO eine Schlüsselfunktion im Konfliktmanagement und auch im Kommunikationsprozess zugesprochen werden. Tendenziell untergeordnet war hingegen in diesem Fall die Rolle der UNO.

Die militärische Intervention am Ende des Konfliktlösungsprozesses der USA auf *Haiti* wurde vordergründig von einer internationalen Organisation, der UNO, und einem regionalen Bündnis, der OAS, begleitet. Die Funktion der beiden Organisationen im Konfliktmanagement ist durchaus ähnlich: Beide Organisationen entsandten bereits zu Beginn der Verhandlungen zwischen den USA und den haitianischen Vertretern Sonderversmittler, welche den Prozess begleiten sollten. Für die Kommunikation der USA hatte dies eine Vergrößerung der Verhandlungsgruppe zur Folge. Hier musste daraufhin eine engere Abstimmung zwischen den Beteiligten erreicht werden. Der UNO kam vorrangig die Funktion der Legitimation von Sanktionen und Verhängung von Resolutionen zu. Die OAS war tendenziell mehr als Mediator an der Lösung des Konfliktes beteiligt. Die UNO legitimierte zudem die Einsätze und Sanktionen der USA, bis hin zur militärischen Intervention, welche jedoch erst verspätet durch den Sicherheitsrat Zustimmung fand. Von einem Bedeutungsverlust kann hier nicht gesprochen werden, da der gesamte Konfliktlösungsprozess eng abgestimmt

zwischen den Partnern der internationalen Gemeinschaft erfolgte und die Führungsrolle der USA auf Grund der zurückhaltenden Position des Präsidenten nicht offensichtlich war. Das Vorgehen sowie die Kommunikation der USA wurden nicht beeinflusst. Sie nutzten die Rolle der internationalen Organisationen für die Durchsetzung ihrer Ziele, ohne dies öffentlich darzustellen.

Der Fall der militärischen Intervention im *Irak* steht im völligen Gegensatz zu den bereits analysierten Situationen: Die von Anfang an bestens abgestimmte Kommunikations- und Interventionspolitik der USA diktierte den internationalen Organisationen UNO und IAEA die Vorgehensweise im Konfliktmanagement gegenüber dem irakischen Regime. Sanktionen, Untersuchungen und Mahnungen wurden von den beiden Organisationen meist auf Anraten der USA verhängt. Des Weiteren bediente sich die u.s.-amerikanische Regierung der Ergebnisse und des Untersuchungsberichtes für die Legitimierung ihres Zieles: dem Einmarsch in den Irak und den Sturz des Regimes Saddam Husseins. Die IAEA lieferte somit weitere Inhalte für die Kommunikationsstrategie der Amerikaner, während die UNO im Kommunikationsprozess als Plattform für die weit reichenden Forderungen der USA diente. Somit kommt zwar beiden Organisationen eine wichtige Rolle im Konfliktmanagement und Kommunikationsprozess zu. Diese war jedoch nicht selbst bestimmt, sondern meist von den USA oktruiert. Dadurch entstand beiden Organisationen ein erheblicher Bedeutungsverlust, während sie für die Strategie der USA als Mittel der Konfliktlösung dienten. Die UNO wurde nach dem Alleingang der USA zu Beginn des Krieges in die Konfliktnachbereitung miteinbezogen. Zusammenfassend kann die Rolle der UNO als Kommunikationsplattform für die Vermittlung u.s.-amerikanischer Strategien und zur Gewinnung von Partnern in der internationalen Gemeinschaft gesehen werden. Der Legitimierungsfunktion kam die Organisation nur unzureichend nach. Die IAEA spielte insbesondere zu Beginn der Krise eine wichtige Rolle. Ihre Ergebnisse und Untersuchungsberichte wurden von der u.s.-Regierung für die kommunikative Überzeugungsstrategie verwendet. Im Nachgang stellten sich hier eklatante Fehlinterpretationen heraus.

Innerhalb des Konfliktmanagements im Fall des ersten *Tschetschenienkrieges* wird kurz die Rolle der OSZE dargestellt. Da von Seiten der russischen Regierung der Konflikt mit der abtrünnigen Republik Tschetschenien von Beginn an als innerstaatlicher Konflikt klassifiziert wurde, waren internationale Organisationen am Konfliktmanagement nicht direkt beteiligt. Der OSZE kam während der Wahlen in Tsche-

tschenien Beobachterstatus zu. Alle weiteren internationalen Organisationen, insbesondere die UNO, konnten lediglich indirekt Einfluss durch die Kritik am Vorgehen der russischen Regierung oder durch die Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen nehmen. Weder hatten sie Einfluss auf die Gestaltung des Konfliktmanagements der russischen Regierung noch auf deren Kommunikationsprozess. Lediglich gegen Ende des Konfliktes konnten einzelne Mitglieder internationaler Organisationen im Rahmen von bilateralen Gesprächen Einfluss auf die Regierung Jelzin nehmen. Durch die fehlenden Handlungsmöglichkeiten der UNO in einem innerstaatlichen Konflikt kann hier von einem Bedeutungsverlust gesprochen werden, der sich jedoch in institutionellen und völkerrechtlichen Bedingungen begründet. Hinzu kam die geringe Beachtung regionaler Bündnisse durch die Regierung in Moskau. Widerspruch des Föderationsrates der Russischen Föderation wurde nur selten entgegengenommen und beachtet.

Im Konflikt zwischen Russland und Georgien kommt der NATO eine entscheidende Rolle zu. Durch die Verhandlungen bezüglich einer Aufnahme Georgiens in das Verteidigungsbündnis nimmt die NATO eine Zwischenstellung zwischen Russland und Georgien ein. Die Kommunikation Russlands richtet sich somit innerhalb des Konfliktes immer auch gegen die NATO und ihre Unterstützung Georgiens. Somit kann der NATO eine wichtige Rolle im Konfliktmanagement und im Kommunikationsprozess zugesprochen werden. Diese charakterisiert sich jedoch in indirekter Weise und ohne direktes Eingreifen in den Konflikt. Die UNO ist in dieser Auseinandersetzung mit friedenssichernden Truppen involviert. Da diese allerdings in den Teilregionen Georgiens zur Behebung regionaler Konflikte stationiert sind, üben sie keinen direkten Einfluss auf die Krise zwischen Russland und Georgien aus. Das Angebot der NATO an Georgien hat die Situation tendenziell eher verschlechtert als entspannt. Durch die geringen Einflussmöglichkeiten der UNO kann hier in der Region von einem Bedeutungsverlust gesprochen werden. Die UNO wird weder in den Konfliktlösungsprozess noch in den Kommunikationsprozess von Seiten der russischen Regierung einbezogen.

4.2 Interkultureller Vergleich der Rolle internationaler Organisationen

Der interkulturelle Vergleich bezüglich der Rolle internationaler Organisationen in der Kommunikation in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern westlicher Demokratien zeigt folgende Ergebnisse:

Die *Bundesrepublik Deutschland* ist bestrebt, internationale Organisationen und regionale Bündnisse sowohl in das Konfliktmanagement (Diskussionsplattform, Legitimation militärischer Einsätze) als auch in die Kommunikation mit einzubeziehen. Dies begründet sich zum einen in dem Bestreben, multilateral in Kooperation mit internationalen Partnern zu agieren. Des Weiteren ist die enge Einbindung internationaler Organisationen für Deutschland in der kommunikativen Strategie von großer Bedeutung: So können Entscheidungen begründet und sowohl im eigenen Land als auch nach außen argumentativ kommuniziert werden. Die Angst vor Alleingängen eines erstarkten Deutschlands konnte den internationalen Partnern ebenso genommen werden, wie der eigenen Bevölkerung die Unsicherheit bezüglich der illegitimen Entsendung deutscher Soldaten in Auslandseinsätze. Internationale Organisationen und regionale Bündnisse bilden somit einen wichtigen Bestandteil des Konfliktmanagements der Bundesrepublik und sind sowohl in die Konfliktlösungs- als auch Kommunikationsprozesse eng eingebunden. Dies erklärt sich wie bereits angedeutet auch aus dem Selbst- und Rollenverständnis der Bundesrepublik innerhalb der internationalen Gemeinschaft in sicherheitspolitischen Spannungsfeldern.

Dem Gegenüber steht die Art und Weise des Umgangs mit internationalen Organisationen von Seiten der *Vereinigten Staaten von Amerika*. Hier spielen internationale Organisationen zwar eine Rolle, ihr Zweck wird jedoch tendenziell eher in der Funktion als Mittel zur Erreichung und Legitimierung eigener Ziele gesehen. Die USA nutzen insbesondere die UNO als Forum für die Kommunikation eigener Interessen und Vorgehensweisen. Begünstigt wird diese Haltung durch die starke Position der USA innerhalb der internationalen aber auch regionalen Organisationen. Je nach ideologischer Haltung unterscheidet sich auch die Bereitschaft der jeweiligen Regierung, diese in das Konfliktmanagement einzubeziehen. Somit kann das Engagement in den Organisationen und Bündnissen ebenso wie deren Beachtung als stark interessengeleitet charakterisiert werden.

Im Konflikt- und Kommunikationsmanagement *Russlands* ist der Umgang mit internationalen Organisationen ähnlich wie in den USA stark von politischer Kultur und traditionellen Werten geprägt. Da Russland innerhalb vieler Organisationen nicht

direkt oder über spezielle Partnerschaften integriert ist, werden diese im Konfliktmanagement meist wenig beachtet. Insbesondere bei Konflikten mit dem Nahen Ausland verbietet sich Russland die Einmischung durch westliche Bündnisse. Lediglich Beobachterstatus wird innerhalb der intrastaatlichen Konflikte geduldet. In den Kommunikationsprozess werden die Organisationen aus denselben Gründen ebenfalls nicht integriert.

4.3 Rollenmodelle internationaler Organisationen und regionaler Bündnisse

Somit können tendenziell drei Modelle im Umgang mit internationalen Organisationen im Konfliktlösungs- und Kommunikationsprozess westlicher Demokratien charakterisiert werden:

- *Internationale Organisationen und regionale Bündnisse als aktives Element der Konfliktlösung und sicherheitspolitischen Kommunikation*
- *Die passive Rolle internationaler Organisationen und regionaler Bündnisse im Konfliktlösungs- und sicherheitspolitischen Kommunikationsprozess*
- *Die Bedeutungslosigkeit internationaler Organisationen und regionaler Bündnisse innerhalb des Konfliktmanagement und sicherheitspolitischer Kommunikation.*

Die hier dargestellten Rollenmodelle entsprechen einer Idealform des eben erfolgten interkulturellen Vergleichs und geben die Haltung der Bundesrepublik, der Vereinigten Staaten und Russlands abstrahiert und idealisiert wieder.

Sie unterscheiden sich nach Intensität und Art der Einbindung internationaler Organisationen und regionaler Bündnisse in den Konfliktlösungs- und Kommunikationsprozess:

Abbildung 21: Charakteristika der Rollenmodelle internationaler Organisationen und regionaler Bündnisse im Konfliktmanagement- und Kommunikationsprozess

	<i>Intensität</i>	<i>Art</i>
<i>Aktives Element</i>	sehr hoch	<ul style="list-style-type: none"> • Konfliktlösungsmechanismus mit starker Legitimationsfunktion • Kommunikationsplattform
<i>Passives Element</i>	niedrig	<ul style="list-style-type: none"> • Einbeziehung in Konfliktlösungsprozess ohne Legitimationsfunktion • Informationsplattform
<i>Bedeutungslosigkeit</i>	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> • keine Rolle im Konfliktmanagement • geringe Nutzung als Informationsplattform

Eigene Darstellung

5. Ergebnis und Ausblick

Ziel dieser Untersuchung sollte es sein, festzustellen, inwieweit sich westliche Demokratien und insbesondere der Sonderfall der defekten Demokratie in der Gestaltung und Verwendung außen- und sicherheitspolitischer Kommunikation unterscheiden. Darüber hinausgehend wurde eine Identifizierung von Rollenmodellen in der Einbindung internationaler Organisationen in das internationale Konfliktmanagement in Aussicht gestellt.

Die demokratiethoretische Zuordnung der ausgewählten Staaten in Konsensdemokratie (Deutschland), Mehrheitsdemokratie (USA) und defekter Demokratie (Russland) spiegelt sich in der Gestaltung und Verwendung von außen- und sicherheitspolitischer Kommunikation wie folgt wieder:

- a) Deutschland: Das bundesdeutsche System wird bestimmt von einer klaren Machtverteilung innerhalb des politischen Systems unter großem Mitspracherecht aller Beteiligten. Die daraus resultierende Beschränkung der Handlungs- und Steuerungsfähigkeit zeigte sich in der Diskussion über die Entscheidung zum Einsatz militärischer Kräfte zu Beginn der 90er Jahre. Bis dato hat sich hier zwar eine Entspannung im innerdeutschen Entscheidungssystem eingestellt; unabhängig und flexibel kann eine deutsche Regierung jedoch auch heute noch nicht auf internationale Krisensituationen reagieren, da die Zahl der Vetospieler auch in der Außen- und Sicherheitspolitik sehr groß ist und eine einheitliche Linie mit Unterstützung aller Parteien nicht vorliegt. Für die Kommunikation hat dies oftmals ein „Hinhalten“ der Bündnispartner sowie die genannte Taktik der Verbindung humanitärer Interventionen mit militärischem Einsatz zur Rechtfertigung nach innen zur Folge.
- b) USA: Das Mehrheitsdemokratische System der USA zielt auf eine Machtkonzentration in Person des Präsidenten ab und gewährleistet so insbesondere in Krisensituationen eine schnelle Reaktions- und Handlungsfähigkeit des Systems. Dennoch werden die USA zunehmend mit dem Problem der Divergenz zwischen der eigenen Definition und dem Anspruch an die weltweite Führungsrolle sowie dem Anspruch der Partner und auch Gegner konfrontiert. Der hohe Steuerungsspielraum erfordert somit eine diffizile Abstimmung der eigenen Positionen und Möglichkeiten mit der internationalen Umwelt. Erfolgt dies wie im Falle des Einmarsches in den

Irak nicht, resultiert daraus meist ein Vertrauens- und Unterstützungsverlust auf Seiten der internationalen Partner. In Bezug auf die Kommunikation gilt auch hier die Notwendigkeit zum verantwortungsbewussten Umgang mit Informationsvermittlung zur eigenen Strategie.

- c) Russland: Die illiberal und delegativ defekte Demokratie Russlands stellt sich in Form der Entmachtung des Parlaments und der Gerichtsbarkeit zu Gunsten des Präsidenten auch im internationalen Konfliktmanagement dar. Der Präsident handelt und kommuniziert eigenständig. Kontroverse Meinungen aus dem eigenen Land erhalten wenig bis keinerlei Spielraum, was durch die Unterdrückung der Presse- und Meinungsfreiheit erreicht wird. Kontroverse Diskussionen auf dem internationalen Parkett finden nur selten statt, da Russland einen wichtigen Partner im internationalen System darstellt und in den letzten Jahren bedeutende Verbindungen zu den wachsenden Mächten China und Indien aufbauen konnte. Sein somit erzieltes Machtpotential gepaart mit notfalls energiepolitischem Druck ermöglichen Russland oftmals ein forsches Agieren und Kommunizieren.

Abschließend kann also ein Zusammenhang zwischen der Klassifizierung des politischen Systems sowie der Interdependenzen zu den weiteren gesellschaftlichen Systemen innerhalb westlicher Demokratien - und dem Sonderfall der defekten Demokratie - sowie dem jeweiligen Kommunikationsverhalten in Bezug auf außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen festgehalten werden. Die Gestaltung und Verwendung der Kommunikation steht in Abhängigkeit mit den systemischen Voraussetzungen und unterliegt demnach den jeweiligen Ausprägungen.

Je nach Entwicklung der so genannten defekten Demokratien wird sich zeigen, inwieweit sich die außen- und sicherheitspolitische Kommunikation parallel dazu verändert oder neue Wege beschreiten wird. Gleiches gilt für die Einbindung internationaler Organisationen in das Konfliktmanagement.

Die sich in den letzten Jahren andeutende Neustrukturierung internationaler Organisationen wird in Zukunft dringend notwendig werden, um die Organisationen wieder als Konfliktlösungsmechanismen in die internationalen Beziehungen einzubinden. Die veränderten Bedingungen der internationalen Umwelt bedingen dies ebenso wie die hier aufgezeigte steigende Anzahl von Konflikten, die nicht auf bilateraler Ebene gelöst werden.

Die eingangs genannten Komponenten der Globalisierung, eine Zunahme der Migrationen und die fortschreitende Belastung der Umwelt werden in Zukunft vermehrt die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen prägen und fordern von den Akteuren der internationalen Politik ein gezieltes, umfassendes Konfliktmanagement, in welchem Kommunikation nicht nur Mittel zur Information sein darf.

D Literaturverzeichnis

Monographien:

- Almond, Gabriel, A. / Verba, Sydney: *The civic culture*, Princeton, New Jersey: Princeton University Press, 1963.
- Bauermeister, Ronald: *Pax Americana versus "Krieg der Kulturen"*, Berlin: 2004.
- Berridge, Geoff R.: *Diplomacy – Theory and Praxis*, New York: Palgrave, 2002.
- Bierling, Stephan: *Geschichte der amerikanischen Außenpolitik - von 1917 bis zur Gegenwart*, München: Verlag C. H. Beck, 2003.
- Brace, Paul / Hinckley, Barbara: *Follow the leader: Opinion polls and the modern presidents*, New York: Harper Collins Publ., 1992.
- Buch, Hans Christoph: *Die neue Weltordnung - Bosnien, Burundi, Haiti, Kuba, Liberia, Ruanda, Tschetschenien*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1996.
- Cap, Peter: *Analysen und Modelle auswärtiger Politik*, München: tuduv-Studien, 1983.
- Charteris-Black, Jonathan: *Politicians and Rhetoric - The Persuasive Power of Metaphor*, New York: Palgrave Publ. Inc., 2005.
- Cioffi-Revilla, Claudio / Zinnes, Diana A.: *Communication and Interaction in Global Politics*, London: Sage Publications, 1987.
- Clark, Wesley: *Wining Modern Wars*, New York: Publishing Affairs, 2003.
- Crabb, Cecil V. / Sarieddine, Leila / Antizzo, Glenn: *Charting a New Diplomacy Course – Alternative Approaches to America´s Post-Cold War Foreign Policy*, Burton Rouge: Louisiana State University, 2001.
- Croissant, Aurel: *Von der Transition zur defekten Demokratie*, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag, 2002.
- Dilip, Hiro: *Operation "Iraqi Freedom" and After*, New York: Nation Books, Avalon Publisher Group Inc., 2003.

- Elcock, Howard: *Political Leadership*, Northampton: Edward Elgar Publishers, Inc. 2001.
- Foyle, Douglas: *Counting the Public: Presidents, Public Opinion and Foreign Policy*, Columbia: Columbia University Press, 1999.
- Frevert, Ute / Braungart, Wolfgang: *Sprachen des Politischen*, Göttingen: Van den Hoeck & Ruprecht, 2004.
- Gammer, Moshe: *The Lone Wolf and the Bear - Three Centuries of Chechen Defiance of Russian Rule*, London: Hurst & Company, 2006.
- Gellner, Winand / Glatzmeier, Armin: *Macht und Gegenmacht. Einführung in die Regierungslehre*, Studienkurs Politikwissenschaft, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2004.
- Gellner, Winand / Kleiber, Martin: *Das Regierungssystem der USA – Eine Einführung*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2006.
- Gerring, John: *Social science methodology: a critical framework*, Cambridge: Press Syndicate of the University of Cambridge, 2001.
- Gudykunst, William B.: *Theorizing about intercultural communication*, Thousand Oaks: Sage Publication Inc., 2005;
- Gurtov, Mel: *Superpower on Crusade: The Bush Doctrine in US Foreign Policy*, London: Lynne Rienner Publ., 2006.
- Haftendorn, Helga: Dimensionen der Analyse außenpolitischer Entscheidungen, in: Menzel, Ulrich: *Zwischen Idealismus und Realismus*, S. 133.
- Halbach, Uwe: *Russlands Auseinandersetzung mit Tschetschenien*, Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1994.
- Halberstam, David: *War in Time of Peace - Bush, Clinton and the Generals*, London: Bloomsbury, Scribner, Simon and Schuster, Inc. , 2001.
- Harrer, Gudrun: *Kriegs-Gründe, Versuch über den Irak-Krieg*, Wien: Mandelbaum Verlag, 2003.
- Hartmann, Peter: *Westliche Regierungssysteme*, Opladen: Leske+Budrich, 2000.

- Hartmann, Peter: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland im Kontext*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.
- Hendrickson, Ryan: *The Clinton Wars – The Constitution, Congress, and War Powers*, Nashville: Vanderbilt University Press, 2002.
- Henriksen, Thomas H.: *Foreign Policy for America in the Twenty-first Century*, Stanford: Hoover Institution Press, 2001.
- Hill, Christopher: *The Changing Politics of Foreign Policy*, Palgrave Macmillan, 2003.
- Hübner, Emil: *Das politische System der USA*, Becksche Reihe 395, München: Verlag C.H. Beck, 2001.
- Hunt, James G.: *Leadership – a new synthesis*, Newbury Park: Sage Publications Inc., 1991.
- Jelzin, Boris: *Mitternachtstagebuch – Meine Jahre im Kreml*, Berlin: Econ Ullstein List Verlag GmbH, 2000.
- Karakas, Cemal: *Die Balkankrise als Gegenstand der GASP*, Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag, 2004.
- Khoshkish, Adrian: *Power or authority? The entelechy of power*, Lanham: University Press of America, 1991.
- Knoblauch, Hubert: *Kommunikationskultur*, Berlin: Watter de Gruyter, 1995.
- Krech, Hans: *Der russische Krieg in Tschetschenien (1994 – 1996)*, Berlin: Verlag Dr. Köster, 1997.
- Krech, Hans: *Der Afghanistan-Konflikt 2001 – Ein Handbuch*, Berlin: Verlag Dr. Köster, 2002.
- Kriesberg, Louis: *Constructive Conflicts – From Escalation to Resolution*, Lanham: Rowman and Littlefield Publishers, Inc., 2007.
- Lamnek, Siegfried: *Qualitative Sozialforschung*, München: Psychologie Verlags Union, 1989.
- Landman, Todd: *Issues and methods in comparative politics, and introduction*, Routledge, 2003.

- Laninger, Tanja: *Der Tschetschenien-Krieg im Spannungsfeld russischer und tschetschenischer Interessen*, Berlin: Institut für Internationale Politik und Regionalstudien der FU Berlin, 1998.
- Lord, Carnes: *The modern Prince – What Leader Need to Know*. New Heaven: Yale University Press, 2003.
- Maull, Hanns Werner / Harnisch, Sebastian: *Germany as a civilian power? The foreign policy of the Berlin Republic*, Manchester & New York: Manchester University Press, Palgrave, 2001.
- Mayring, Philipp: *Einführung in die qualitative Sozialforschung - Eine Kritik*, Bern, 2005.
- Meier-Klodt, Cord: *Einsatzbereit in der Krise? Entscheidungsstrukturen der deutschen Sicherheitspolitik auf dem Prüfstand*, SWP-Studie, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, Oktober 2002.
- Menzel, Ulrich: *Zwischen Idealismus und Realismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2001.
- Merkel, Wolfgang et al.: *Defekte Demokratie*. Band I: Theorie, Opladen: Leske+Budrich, 2003.
- Mommsen, Margareta: *Wer Herrscht in Russland?*, München: Verlag C.H. Beck, 2003.
- Mumme, Martin: *Strategien auswärtiger Bewusstseinspolitik – Von der Macht der Ideen in der Politik*, Königshausen und Neumann, 2006.
- Naßmacher, Hiltrud: *Vergleichende Politikforschung*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1991.
- Oliker, Olga: *Russia´s Chechen Wars 1994 – 2000*, Arlington: RAND, 2001.
- Pezzullo, Ralph: *Plunging into Haiti – Clinton, Aristide, and the defeat of diplomacy*, New York: University Press of Mississippi, 2006.
- Puglierin, Jana: *Zwischen realistischen Interessen und moralischem Anspruch*, Hamburg: Studien zur Internationalen Politik, Institut für Internationale Politik der Helmut Schmidt Universität Hamburg, 2004.

- Raith, Michael: *Der rot-grüne Beitrag zur Konfliktregelung in Südosteuropa - Eine Rollen- und Zivilmachttheoretische Untersuchung der deutschen Kosovo- und Mazedonienpolitik*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2006.
- Richardson, Jeremy: *Policy Styles in Western Europe: The Concept of Policy Style*, London: George Allen and Unwin, 1982.
- Rubinstein, Alvin / Shayevich, Albina / Zlotnikov, Boris: *The Clinton Foreign Policy Reader*, New York: Sharpe, 2000, S. 138-142.
- Rudzio, Wolfgang: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen: Leske+Budrich, 2000.
- Sarcinelli, Ulrich: *Politische Kommunikation in demokratischen Gesellschaften*, Opladen: Leske+Budrich, 1998.
- Sartori, Giovanni: *Demokratiethorie*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992.
- Scharpf, Fritz: *Planung als politischer Prozess*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1973.
- Schellhorn, Kai: *Die Analyse der außenpolitischen Entscheidung*, München: tuduv-Studien, 1985.
- Schild, Georg: *Die bedrohte Supermacht – Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA nach dem Ende des Kalten Krieges*, DGAP, Berlin: Leske+Budrich, Opladen, 2002.
- Schmidt, Manfred: *Demokratiethorien*, UTB für Wissenschaft, Verlag Leske+Budrich, 2000.
- Schröder, Peter: *Politische Strategien*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2000.
- Selov-Kovedjaev, Fedor: *Strategie und Taktik der Außenpolitik Russlands im neuen Ausland*, Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1993.
- Sturm, Roland / Pehle, Heinrich: *Das neue deutsche Regierungssystem*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.

- Timmermann, Heinz: *Profil und Prioritäten der Außenpolitik Russlands unter Jelzin*, Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1992.
- Towle, Michael J.: *Out of Touch: The presidency and public opinion*, Texas University Press, 2004.
- Tsebelis, George: *Veto Players: How political Institutions work*, Princeton, 2002.
- von Bredow, Wilfried / Jäger, Thomas: *Neue deutsche Außenpolitik*, Opladen: Leske+Budrich, 1993.
- Wate, Lothar: *Kommunikation und Kommunikatives Handeln*, Potsdam: University Press UMC, 2004.
- Wilhelm, Andreas: *Außenpolitik*, München/Wien: Oldenbourg Verlag, 2006.
- Windhoff-Héritier, Adrienne: *Policy-Analysis, Eine Einführung*, Frankfurt am Main, Campus Verlag, 1987.
- Wipperfürth, Christian: *Putins Russland*, Stuttgart: ibidem-Verlag, 2004.
- Wrona, Thomas: *Die Fallstudienanalyse als wissenschaftliche Forschungsmethode*, Berlin: Europäische Wirtschaftshochschule Berlin, 2005.

Sammelbände:

- Almond, Gabriel A. / Powell, Bingham jr.: Vergleichende Politikwissenschaft – Ein Überblick, in: Stammen, Theo (Hg.): *Vergleichende Regierungslehre. Beiträge zur theoretischen Grundlegung und exemplarische Einzelstudien*, Darmstadt: UTB Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1976, S. 132-161.
- Blumler, Herbert: Der methodologische Standort des Symbolischen Interaktionismus, in: Burkardt, Roland / Hörnberg, Walter (Hg.): *Kommunikationstheorien – Ein Textbuch zur Einführung*, Wien: 1992, S. 23-39.
- Breslauer, George W.: Evaluating Gorbachev and Yeltsin as Leaders, in: Brown, Archie / Shevtsova, Lilia (Hg.): *Gorbatschev Yeltsin, Putin*, Washington D.C.: The Brookings Institution Press, 2001, S. 45-66.

- Brown, Archie: Leaders Compared: Mikhail Gorbachev and Boris Yeltsin, in: Brown, Archie / Shevtsova, Lilia (Hg.): *Gorbatschev, Yeltsin, Putin*, Washington D.C.: The Brookings Institution Press, 2001, S. 29-37.
- Canary, Daniel / Lakey, Sandra: Managing Conflict in a competent manner; in: Oetzel, John / Ting-Tomey, Stella (Hg.): *The SAGE Handbook of conflict communication*, Thousand Oaks: Sage Publications Inc., 2006, S. 185-211.
- Clay, Clemens: „Going Public“: Personalisierungstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland und den USA; in: Korte, Karl-Rudolf / Hirscher, Gerhard (Hg.): *Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien*, München: Hanns-Seidel Stiftung, S. 135-149.
- de Klerk, Fredrick Willem: American Leadership in a Globalised World: 9/11, Iraq and Beyond, in: Abrams, Irwin / Gungwu, Wang (Hg.): *The Iraq War and its Consequences*, River Edge: World Scientific Publications, 2003, S. 81-89.
- Dux, Günter: Kommunikative Vernunft und Interesse – Zur Rekonstruktion der normativen Ordnung in egalitär und herrschaftlich organisierten Gesellschaften, in: Honneth, Axel / Jaas, Hans. (Hg.): *Kommunikatives Handeln - Beiträge zu Jürgen Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2002, S. 110-144.
- Imbusch, Peter: Der Staatszerfall Jugoslawiens, in: Imbusch, Peter / Zoll, Rolf (Hg.): *Friedens- und Konfliktforschung – Eine Einführung*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S. 223-250.
- Jäger, Thomas: Außenpolitische Kommunikation, in: Sarcinelli, Ulrich (Hg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, Opladen: Leske+Budrich, 1998, S. 516-518.
- Jäger, Thomas: Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlagen außenpolitischer Strategien, in: Jäger, Thomas / Hösl, Alexander / Oppermann, Kai (Hg.): *Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA - Transatlantische Entwürfe für eine Weltordnungspolitik*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2005, S. 19-26.

- Joerißen, Britta / Stahl, Bernhard: *Europäische Außenpolitik und nationale Identität*, Münster: LIT Verlag, 2003.
- Jönsson, Christer: Communication in international Bargaining, in: Girard, Michael / Eberwein, Wolf-Dieter (Hg.): *Theory and practice in foreign-policy making – National perspectives on academics and professionals in International Relations*, London: Pinter Publishers, 1990, S. 9-15.
- Klein, Josef: Politische Kommunikation als Sprachstrategie, in: Sarcinelli, Ulrich / Jörißen, Britta (Hg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, Opladen: Leske+Budrich, S. 352-381.
- Krüger, Hans-Peter: Kommunikatives Handeln oder gesamtgesellschaftliche Kommunikationsweise, in: Honneth, Axel / Jaas, Hans (Hg.): *Kommunikatives Handeln oder gesamtgesellschaftliche Kommunikationsweise*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2002, S. 216-255.
- Kurt, Marko: Russland vor und nach der „Wende“, in: Vyslonzil, Elisabeth / Lang, Peter (Hg.): *Russland- Sowjetunion- Russland*, Frankfurt am Main: Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaft, S. 185-191.
- Lakoff, Robin: War Talk; in: Abrams, Irwin / Gungwu, Wang (Hg.): *The Iraq War an its Consequences*, River Edge: World Scientific Publishers, 2003, S. 375-397.
- Lasswell, Harold D.: The Climate of International Action, in: Kelman, Herbert C. (Hg.): *International Behavior*, New York: Holt, Rinehard & Winston, 1965, S. 328-341.
- Lenz, Carsten / Ruchlak, Nicole (Hg.): *Kleines Politik-Lexikon*, R. Oldenbourg Verlag: München / Wien, 2001.
- Mathews, Jessica: Foreword, in: Archie / Shevtsova, Lilia (Hg.): *Gorbatschev, Yeltsin, Putin*, Washington D.C.: The Brookings Institution Press, 2001, S. vii.
- Maull, Hanns Werner / Harnisch, Sebastian / Grund, Constantin (Hg.): *Deutschland im Abseits – Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2003.
- McLeod, Jack / Chaffee, Steven: The Construction of Social Reality, in:

- Tedeschi, James (Hg.): *The Social Influence Processes*, Chicago / New York: 1972, S. 50-99.
- Nadoll, Jörg: Forschungsdesign – Nationale Identität und Diskursanalyse, in: Joerißen, Britta / Stahl, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität*, Münster: LIT Verlag, 2003, S. 167-190.
 - Nohlen, Dieter: Die Vergleichende Methode, in: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*, München: Verlag C.H. Beck Reihe, 2002, S. 1020-1030.
 - Oldenburg, Fred: Glnost, Perestroika und neues Denken, in: Vyslonzil, Elisabeth / Leiser, Paul (Hg.): *Russland – Sowjetunion – Russland*, Frankfurt am Main: Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaft, S. 119-127.
 - Pennington, Dorothy: Interpersonal Power and Influence in intercultural Communication, in: Gudykunst, William B. / Asante, Molefi Kete (Hg.): *Handbook of international and intercultural communication*, Newberry Park, Sage Publications, Inc., 1989, S. 261-274.
 - Risse, Thomas: Multilaterales Entscheiden unter den Bedingungen der Globalisierung – Wenn die Staatenwelt auf die Gesellschaftswelt trifft“, in: Dicke, Klaus (Hg.): *Politisches Entscheiden*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 98-121.
 - Rudolf, Peter: Weltmacht ohne Gegenwehr, in: Medick-Krakau, Monika (Hg.): *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1999, S. 72-91.
 - Sarcinelli, Ulrich / e.a. (Hg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
 - Sawyer, Jack / Guetzkow, Harold: Bargaining and Negotiation in international relations, in: Kelman, Herbert C. (Hg.): *International Behavior – A Social-Psychological Analysis*, New York: Holt, Reinhart & Winston, 1965, S. 466-521.
 - Schultze, Rainer-Olaf: Kommunikation, in: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-

- Olaf (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*, München: Verlag C.H. Beck Reihe, S. 418.
- Schulz, Winfried: Politische Kommunikation, in: Bentele, Günter / Brosius, Hans-Bernd / Jarren, Ottfried: *Öffentliche Kommunikation – Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2003, S. 458-480.
 - Seidelmann, Raimund: Außenpolitik, in: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*, München: Verlag C.H. Beck Reihe, 2002, S. 43.
 - Shevtsova, Lilia: From Yeltsin to Putin: Evolution of Power, in: Brown, Archie / Shevtsova, Lilia (Hg.): *Gorbatschev, Yeltsin, Putin*, Washington D.C.: The Brookings Institution Press, 2001, S. 67-111.
 - Strutynski, Peter: Friedenspolitik im Schatten des Terrorismus, in: Luedtke, Ralph-M. / Strutynski, Peter (Hg.): *Frieden im Schatten von Terror und Krieg*, Stuttgart: Jenior Verlag, 2002, S. 7-18.
 - Ting-Tomey, Stella / Takai, Jiro: Explaining intercultural Conflict; in: Oetzel, John / Ting-Tomey, Stella (Hg.): *The SAGE Handbook of conflict communication*, Thousand Oaks: Sage Publications Inc., 2006, S. 691-723.
 - Wagner, Claudia: Da capo al fine? Moskaus Kaukasuspolitik zwischen Konzeptlosigkeit und Krieg, in: Sapper, Manfred (Hg.): *Russland und der zweite Tschetschenienkrieg*, Mannheim: Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim, 1999, S. 22-25.
 - Waschkuhn, Arno: Input-Output-Analyse, in: Nohlen, Dieter / Schultze, Olaf-Rainer (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*, München: Verlag C.H. Beck Reihe, 2002, S. 353.
 - Wilzewski, Jürgen : Von der „imperialen“ zur „medialen“ Präsidentschaft, in: Medick-Krakau, Monika (Hg.): *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1999, S. 125-149.

Zeitschriftenaufsätze:

- Baev, Pavel: Russia's Virtual War Against Georgia, Risks of an PR Offensive, *PONARS Policy Memo*, No. 251, International Peace Research Institute, October 2002.
- Bielawski, Martina / Halbach, Uwe: Der georgische Knoten, *SWP-Aktuell* 41, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, September 2004, S. 1-8.
- Bush, George W.: Rede des u.s.-amerikanischen Präsidenten George W. Bush zur Nation am 17. März 2003, in: *Internationale Politik*, Dokumente, 5/2003, S. 82-86.
- Haftendorn, Helga / Rittberger, Volker: *Theorien der internationalen Beziehungen*, München: PVS Sonderheft 21, Westdeutscher Verlag, 1990.
- Halbach, Uwe: Gewalteskalation im Kaukasus, Verhärtung in Rußland, *SWP-Aktuell* 45, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, September 2004.
- Halbach, Uwe: Säbelrasseln und Friedenspolitik in Europas neuer Nachbarschaft, *SWP - Aktuell* 32, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Juli 2006.
- Kennedy, Craig / La Balme, Natalie: Ein neuer Global Player: Die Macht der Öffentlichen Meinung, in: *Internationale Politik*, 12/2003, S. 13-20.
- Link, Werner: Grundlinien der außenpolitischen Orientierung Deutschlands, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/2004.
- Mearsheimer, John J.: Back to the Future: Instability in Europe After the Cold War, in: *International Security*, Volume 15., No. 1, S. 5-56.
- Meier, Christian: Russland und die Welt, in: *Informationen zur politischen Bildung* – Russland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Nr. 281, 2003, S. 54-61.
- Risse, Thomas: Es gibt keine Alternative! USA und EU müssen ihre Beziehungen neu justieren, in: *Internationale Politik*, 6/03, S. 9-18.

- Rohe, Karl: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit – Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kulturforschung, in: *PVS-Sonderheft* 18, 1987, S. 42-53.
- Scalapino, Robert : Asia and the United States: The Challenges Ahead, in: *Foreign Affairs*, Volume 69, No. 1, New York, 1990, S. 87-94.
- Schreer, Benjamin: Who´s next? Die USA, Iran und die Präemption, in: *Internationale Politik*, 6/2003, S. 55-58.
- Schröder, Hans-Henning: Politisches System und politischer Prozess, in: *Informationen zur politischen Bildung*, Russland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2003, S. 16-23.

Zeitungsartikel:

- Joffe, Josef: Von Merkel umgarnt; in: *Die Zeit, Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Wissen und Kultur*, Nr. 16, 12.4.2007, 62. Jahrgang.
- Kasparow, Garri: Ich habe einen Traum, *Die Zeit – Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur*, Leben: 13.9.2001, S. 68.
- Nass, Matthias: Wortwechsel, in: *Die Zeit – Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur*, 8. März 2007, Nummer 11, S. 2.
- Rudolf, Peter: Wen trifft´s?, in: *Die Zeit, Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur*, Nr. 12, 16.03.2006, S.5.
- Wehner, Markus: Ein geschmeidiger Präsident im rauen Wind aus Moskau, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Frankfurt am Main, 7. August 2003.

Online-Publikationen:

- Clement, Rolf: Die neue deutsche Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik, in: *Außenpolitik und Zeitgeschichte*, Bundeszentrale für politische Bildung, B11/2004, <http://www.bpb.de/publikationen/RO0AJ3.html>, Abrufdatum: 19.03.2007.
- Czempiel, Ernst-Otto: Die Außenpolitik der Regierung George W. Bush, in: *Außenpolitik und Zeitgeschichte*, B 45/2004, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: <http://www.bpb.de/publikationen/47T7KE.html>, Abrufdatum: 19.03.2007.
- Dahl, Stephen: *Intercultural Research: The Current State of Knowledge*, <http://ssrn.com/abstract=658202>, Abrufdatum: 27.11.2006.
- European Forum, *Russia Update*, 29. November 2006, <http://www.europeanforum.net/count>, Abrufdatum: 13.03.2007.
- Fagnini, Hans Peter: Politik als Konvertierungsprozess – ein Grundmuster für die Politikforschung, in: *PIN - Politik im Netz*, in: www.politik-im-netz.com, Ausgabe 11/2006, Abrufdatum; 21.03.2007.
- Hacke, Christian / von Plate, Bernhard: Außen- und Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen, in: Bundeszentrale für politische Bildung, *Informationen zur politischen Bildung*, Heft 280, http://www.bpb.de/popup_druckversion.html?guid=CFXDPX&page=0, Abrufdatum: 19.03.2007.

- Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Regierung Schröder / Fischer: Zwischenbilanz und Perspektiven, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B48/2002, http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=LMMEH5&page=6, Abrufdatum: 19.03.2007.
- Heidelberger Institut für Konfliktforschung: *Konfliktbarometer 1992 – 2006*, HIIK: <http://www.hiik.de> http://www.hiik.de/methodik/methodik_ab_2003.html.de, <http://www.hiik.de/methodik/index.html.de>, <http://www.hiik.de/methodik/index.html.de>, Abrufdatum: 11.02.2007.
- Hofstede, Geert: http://www.geert-hofstede.com/geert_hofstede_resources.shtml, Abrufdatum: 27.11.2006.
- Pfetsch, Barbara: „Amerikanisierung“ der politischen Kommunikation?: http://www.bpb.de/publikationen/PS5WYO,5,0,Amerikanisierung_der_politischen_Kommunikation.html#art5, Abrufdatum: 27.02.2006.
- Rudolf, Peter / Wilzewski, Jürgen: Beharrung und Alleingang: Das außenpolitische Vermächtnis William Jefferson Clintons, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1999: <http://www.bpb.de/publikationen/Y8I6Z8.html>, Abrufdatum: 8.12.2006.
- Rühl, Lothar: Interventions- und Eskalationsproblematik bei der militärischen Konfliktbewältigung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B24/2002, <http://www.bpb.de/publikationen/9Q4C7G.html>, Abrufdatum: 19.03.2007.
- Schubert, Klaus / Klein, Martina: *Das Politiklexikon*, in: *Politiklexikon der Bundeszentrale für politische Bildung*, Bonn: <http://www.bpb.de/wissen>, Abrufdatum: 15.01.2007.
- Torbakov, Igor: Russian-Georgian Row could seriously sour Russia-West Relations, in: *Eurasian Monitor*, Volume 3, Issue 185, October 06, 2006, The Jamestown Foundation, http://www.jamestown.org/print_freindly.php?volume_id=414&issue3881&articles, Abrufdatum: 28.02.2007.
- Trenin, Dimitri: The Georgian-Russian Crisis: Objectives, Strategies, and Outcomes, in: *Carnegie Endowment for International Peace*, Publications, Oktober 13, 2006, <http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=print&id=18786> Abrufdatum: 28.02.2007.
- von Plate, Bernhard: Außen- und Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen, in: *Informationsdienst*

zur politischen Bildung, Heft 280, Bundeszentrale für politische Bildung,
<http://www.bpb.de/publikationen/CFDPX.html>, Abrufdatum: 19.03.2007.

- Walker, Shaun: *Russia Profile – Prospects Not So Rosy: Russian-Georgian Relations Continuing to Worsen*, in: International Institute for Strategic Dialogue, Russia Profile, London: International Institute for Strategic Studies, November 2005, <http://www.iiss.org/index.asp?pgid=8060&mtype=>
Abrufdatum: 28.02.2007.
- Woolley, John / Peters, Gerhard: The American Presidency Project (online): *Remarks with F. Jean-Bertrand Aristide of Haiti and an Exchange with Reporters*, 16.3.1993, in:
<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=46342>, Abrufdatum: 23.02.2007.
- Woolley, John / Peters, Gerhard: The American Presidency Project (online): *Statement on S. against Haiti*, 4.6.1993, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=46658>, in: Abrufdatum: 23.02.2007.
- Woolley, John / Peters, Gerhard: The American Presidency Project (online): *Letter to Congressional Leaders on Economic Sanctions against Haiti*, 12.7.1993, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=46658>, in: Abrufdatum: 23.02.2007.
- Woolley, John / Peters, Gerhard: The American Presidency Project (online): *Letter to Congressional Leaders on Haiti*, 20.10.1993, in: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=47237>, Abrufdatum: 23.02.2007.
- Woolley, John / Peters, Gerhard: The American Presidency Project (online): *Letter to Congressional Leaders reporting on the Embargo on Haiti*, 20.04.1994, in:
<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=50007>, Abrufdatum: 23.02.2007.

Regierungsdokumente:

- Auswärtiges Amt: *Afghanistan – Beziehungen zwischen Afghanistan und Deutschland: „Die Entsendung deutscher Streitkräfte nach Afghanistan“*, http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Afghanistan/Bilaterale_Beziehungen, Abrufdatum: 13.03.2007.
- Auswärtiges Amt: *Afghanistan, Beziehungen zwischen Afghanistan und Deutschland*, in:
<http://www.auswaertiges->

- amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Afghanistan/Bilaterale_Beziehungen.html, Abrufdatum: 13.3.2007.
- Auswärtiges Amt: *Außenpolitik ist Friedenspolitik*,
<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Uebersicht.html>, Abrufdatum: 30.11.2006.
 - Bundesregierung online: *Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der „Münchener Tagung für Sicherheitspolitik“ zum Thema „Deutsche Sicherheitspolitik an der Schwelle des 21. Jahrhunderts“*, 6.2.1999, in:
<http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/94/11694/multi.htm>, Abrufdatum: 06.02.2007.
 - Bundesregierung online: *Erklärung des Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Lage im Kosovo*, 24.3.1999,
<http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/96/11696/multi.htm>, Abrufdatum: 28.1.2007.
 - Bundesregierung online: *Bilanz-Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Sonder-ER Berlin im Europäischen Parlament* am 14. April 1999 in Straßburg,
<http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/97/11697/multi.htm>, Abrufdatum: 06.02.2006.
 - Bundesregierung online: *Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu den Ergebnissen des Europäischen Rates* am 3./4. Juni 1999 in Köln,
<http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/regierungserklaerung/10/11710/multi.htm>, Abrufdatum: 06.02.2006.
 - Bundesregierung online: *Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder zur aktuellen Lage nach Beginn der Operation gegen den internationalen Terrorismus in Afghanistan*, 11.10.2001, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/25/59425/multi/htm>, Abrufdatum: 22.03.2007
 - Bundesregierung online: *Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der 37. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Hamburg (CCH)*, 29.11.1999,
<http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/44/11744/multi.htm>, Abrufdatum: 6.2.2007.

- Bundesregierung online: *Rede von Bundesaußenminister Fischer vor der 56. Generalversammlung der VN in New York*, 12.11.2001, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/11/62611/multi.htm>, Abrufdatum: 22.03.2007.
- Bundesregierung online: *Rede des Bundeskanzlers vor dem Bundestag anlässlich der Abstimmung über den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Kampf gegen den Terrorismus*, 16.11.2001, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/26/62926/multi.htm>, Abrufdatum: 22.03.2007.
- Bundesregierung online: *Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer zur Eröffnung der Afghanistan-Konferenz der Vereinten Nationen auf dem Petersberg bei Bonn*, 27.11.2001, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/29/63629/multi.htm>, Abrufdatum: 22.03.2007.
- Bundesregierung online: *Grußwort von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der Abschlussveranstaltung der Petersberger Afghanistankonferenz*, 5.12.2001, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/57/64457/multi.htm>, Abrufdatum: 22.03.2007.
- Bundesregierung online: *Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer zur Eröffnung der Sitzung der „Afghanistan Support Group“ in Berlin*, 5.12.2001, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/75/64675/multi.htm>, Abrufdatum: 22.03.2007.
- Bundesregierung online: *Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan*, 22.12.2001, <http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/21/6421/multi.htm>, Abrufdatum: 22.03.2007.
- Bundesregierung online: *Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstüt-*

- zungstruppe in Afghanistan, 22.12.2001,
<http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/21/6421/multi.htm>, Abrufdatum:
22.03.2007.
- Bundesregierung online: *Neujahrsansprache 2001/2002 von Bundeskanzler Gerhard Schröder*, 31.12.2001,
<http://www.archiv.bundesregierung.de/bpaexport/61/66061/multi.htm>, Abrufdatum:
22.03.2007.
 - Bundesregierung online: *Bulletin der Bundesregierung*, Nr. 52-2, 27.05.2004, Rede des Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer, zur Kosovo-Politik vor dem Deutschen Bundestag, <http://www.archiv.bundesregierung.de>, Abrufdatum: 6.2.2007.
 - Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland: *Chronologie des Einsatzes in Afghanistan (ISAF)*,
<http://www.einsatz.bundeswehr.de/C1256F1D0022A5C2/Print/W2698QP23402INFODE>,
Abrufdatum: 13.03.2007.
 - Kreml: *Informationen zum politische System Russlands*, in:
<http://www.kremlin.ru/eng/articles/institut01.shtml>, Moskau, Abrufdatum: 8.12.2006.
 - Kreml: *Informationen zum politischen System Russlands*, in:
<http://www.kremlin.ru/eng/articles/institut02.shtml>, Moskau, Abrufdatum: 8.12.2006
 - Rice, Condoleezza / The White House: *Why we know Iraq is lying” – A column by Dr. Condoleezza Rice*, 23.1.2003, <http://www.whitehouse.gov/news/2003/01/20030123-2.html>, Abrufdatum: 23.02.2007.
 - The Department of State: *Statement on President George W. Bush*, West Point, New York, 1. Juni 2002, in: <http://www.state.gov/r/pa/ei/wh/15421.htm>, Abrufdatum: 7.12.2006.
 - The President of Russia, Official Web Portal: *Beginning of Meeting with the permanent members of the Russian Security Council*, The President of Russia, Official Web Portal,
http://www.krmlin.ru/eng/text/speeches/2006/10/01/1059_type82913_111844.shtml,
Abrufdatum: 13.03.2007.
 - The President of Russia, Official Web Portal: *Interview with the German Newspaper Sueddeutsche Zeitung*, 10.10.2006,
http://www.kremlin.ru/eng/text/speeches/2006/10/10/1519_type82916_112362.shtml,
Abrufdatum: 13.03.2007.

- The President of Russia, Official Web Portal: *Meeting with Russian Media following the CIS Summit*,
http://www.kremlin.ru/eng/text/speeches/2006/11/28/1240_type82914type89215_114.shtml, Abrufdatum: 13.03.2007.

- The White House: *National Security Strategy*, in:
<http://www.state.gov/r/pa/ei/wh/c7889.htm>, Abrufdatum: 7.12.2006.

- The White House: *President Discusses the Future of Iraq*, Washington Hilton Hotel,
<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/02/20030226-11.html>, Abrufdatum:
23.02.2007.

- The White House: *President updates America on Operations Liberty Shield and Iraqi Freedom*, Remarks by the President at the Port of Philadelphia, Fact Sheet,
<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/03/20030331-4.html>, Abrufdatum:
23.02.2007.

E Anhang

Auswertung des Konfliktbarometers 1992 – 2006

Krisen und Konflikte weltweit 1992-2006

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
gesamt	108	119	123	113	114	127	128	134	144	155	173	218	230	249	278
violent	39	49	35	37	28	27	31	34	36	38	42	35	87	98	118
non-violent	69	70	88	66	86	100	97	100	108	117	131	138	143	151	160

Klassifikation der Krisen 2006

Interstate	196
Intrastate	24
transnational	6

Mittleinsatz 1992 – 2006

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Verhandlungen	18	32	19	13	0	16	13	2
Abkommen /Verträge	21	14	12	9	0	10	11	12
IGH Entscheidungen	1	1	3	0	0	0	0	1
Int. Organisationen	2	3	1	5	0	8	3	0

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	0	11	44	43	68	33	24
	0	16	10	10	24	23	22
	0	4	4	1	2	2	3
	0	13	29	28	29	32	29

Konflikte weltweit 2006

gesamt	278
Kriege	6
ernste Krisen	29
Krisen	83
langanhaltende Konflikte	100
latente Konflikte	60

Fallstudienübersicht - Deutschland

1. Dimension		Kosovo	Afghanistan
politikwissenschaftlich: kommunikationswissenschaftlich: Konfliktmanagement:	Machtverhältnisse und Führungsstil Kontext der Kommunikation Zielorientierung		
Modell	Ausprägung		
Power-Relationships / Dimensionen von Macht	Anwendung von Gewalt	Kein direkter Kampfeinsatz der Bundeswehr	Unterstützung einer Friedensmission
	Mitteleinsatz	Verhandlungsdiplomatie sowie bilaterale Besuche und Konferenzdiplomatie	Konferenzdiplomatie und Beteiligung an militärischer Operation
	Positionierung im internationalen System	Position innerhalb des internationalen Systems im Laufe des Konfliktes verändert, von relative unscheinbarem europäischen Mitglied hin zu einer Führungsrolle im Konflikt	Eingeschränkter Handlungsspielraum nach vorheriger Zusage der vorbehaltlosen Unterstützung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und auf der anderen Seite durch die innenpolitische Diskussion
	Beziehung zu Partnern / Gegnern	Gute, nachhaltige Kommunikation zu allen Beteiligten und internationalen Organisationen	Gutes Verhältnis zu den Partnern (transatlantisch und EU)
	Überzeugungsmacht und Grad des Einflusses	Einfluss im Laufe des Konfliktes gewachsen	Petersberger-Konferenz weist auf gute Einflussmöglichkeiten hin
	Charisma und Reputation	Reputation durch Ergreifen der Initiative nach Versagen der Balkan-Kontaktgruppe	Vermittlungsversuche und diplomatische Initiativen D werden akzeptiert, jedoch auch militärische Unterstützung verlangt
	Gestaltungswille	Gestaltungswille sehr groß	Gestaltungswille innerhalb der internationalen Institutionen und auf diplomatischen Wege sehr groß, militärisch guter Wille, jedoch nicht ausreichend Ressourcen und Kapazitäten
Verhältnis der Akteure (Hill)	Gleichberechtigte Akteure	gleichberechtigtes Verhältnis von BK Schröder und Au-	Gleichberechtigtes Verhältnis zwischen Kanzler und Amin,

		ßenminister Fischer, gut abgestimmte Zusammenarbeit	beide erfahren in Außenpolitik, für beide neue Sicherheitspolitische Situation > Zusammenhalt
	untergeordnete Ressortminister (Akteure)		
	etablierte Ressortminister (Akteure)		Fischer hatte sich durch Balkan- Engagement international Namen gemacht
Leadership – Rollen (Barber)	Arbeitsstil: aktiv / passiv	Sehr aktiver Arbeitsstil	Aktiver Arbeitsstil und Gestaltungswille auch neue Schritte zu gehen
	Einstellung gegenüber dem Amt: positiv / negativ	Positive und engagierte Einstellung gegenüber dem neu erlangten Amt und der neu entdeckten internationalen Verantwortung	Sehr positive Einstellung gegenüber der Ämter
2. Dimension			
politikwissenschaftlich:	Strategie & Politikstil		
kommunikationswissenschaftlich:	Inhalt der Kommunikation		
Konfliktmanagement:	situative Interpretation des Konfliktes		
Modell	Ausprägung		
außenpolitische Orientierung / Rolle	Ideologische Ausrichtung (Realpolitik, Idealpolitik, Internationalismus, Isolationismus)	Tendenziell realpolitisch, Internationalismus	Idealpolitisch orientiert, tendenzielle eher diplomatische Lösungen etc erwünscht
	Rollenverständnis	Zivilmachtskonzept	Zivilmachtskonzept
Bevorzugte Mittel der Konfliktlösung (Konfliktbarometer)	Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofes		
	militärische Intervention	Beteiligung der NATO Einsätze durch die Bundeswehr	Unterstützung der internationalen Friedenstruppe
	Krieg		Ja, jedoch ohne deutsche Beteiligung
	Diplomatie / Verhandlungen	Ausgiebige und nachhaltige Verhandlungen unter Einbeziehung von Dritten sowie internationaler Organisationen, vorrangig jedoch bilaterale Diplomatie und strategischer Dialog	Verhandlungs- und Konferenzdiplomatie

	Abkommen / Verträge	Fischer-Plan	Petersberger-Abkommen
	Internationale Organisationen	Einbindung der EU, OSZE, NATO und UN (auch Vermittlung gegenüber China im SR)	Einsatz mit UN-Mandat
Art der Strategie	offensiv (Implementierung politischer Inhalte, große Zielgruppe)	Sehr offensive Strategie zur Implementierung einer friedlich politischen Lösung	Offensiv diplomatische Initiativen propagiert
	defensiv (legitime Verteidigung von Zielen)		
Spieltheorie im Rahmen internationaler Kooperation	Koordinationspiel mit Verteilungskonflikt		D zwischen nationalen Interessen und internationaler Verantwortung innerhalb der Weltgemeinschaft / UNO
	Koordinationspiel ohne Verteilungskonflikt	Für D lag kein Verteilungskonflikt vor, da versucht wurde, eine gesamteuropäische Lösung zu finden, die sowohl von Seiten der USA als auch Russlands mitgetragen wurde	
	Dilemmaspiel		
	Überzeugungs- Rambospiel		
Strategie - Konflikt-Modell (Jäger)	Primacy		
	Restraint		
	Balance of Power	Versuch des Ausgleichs zwischen den Großmächten USA und Russland	
	Allegiance		
	Collective Security	Versuch ein Sicherheitsbündnis für das Kosovo einzurichten	Im Rahmen des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus zur Sicherung einer friedlichen Ordnung
Politischer Stil (Fagagnini)	Konflikt-Stil		
	Kompromiss-Stil	Immer wieder mit unterschiedlichen Verhandlungspartnern	auf Kompromiss bedacht, international
	Wettbewerbs-Stil		

	Synthese-Stil	Eigene Interessen meist zurückgestellt vor dem Ziel einer optimalen friedlichen Lösung für das Kosovo	National Balance-akt zur Entsendung deutscher Soldaten in einen Kampfeinsatz
3. Dimension			
politikwissenschaftlich: kommunikationswissenschaftlich: Konfliktmanagement:	Kommunikationsstil Kommunikationsprozess auf Akteursebene individuelle, persönliche Unterschiede		
Modell	Ausprägung		
Beachtung der Öffentlichen Meinung	Delegates	Wichtig war die Zustimmung der Bevölkerung insbesondere in der Entscheidung, die Bundeswehr oder die NATO zu unterstützen	Zustimmung der Bevölkerung notwendig um Einsatz zu legitimieren, sehr entscheidend auch für die Zustimmung der Fraktionen
	Pragmatists		
	Executors		
	Guardians		
Sprachstrategie und rhetorische Mittel	Basisstrategie	Einfache Kommunikationsstrategie der offenen Verhandlungen mit allen Beteiligten	Hauptsächlich
	Kaschierstrategie		In der Diskussion über die Anfragen von Seiten der USA bezüglich der Entsendung von Truppenkontingenten (unklare Aussagen)
	Konkurrenzstrategie	Teilweise in der Einbindung Russlands über die G8 Treffen	
Art der Kommunikation	Direkt	Fast ausschließlich direkte personale Kommunikation	Direkte und offene Kommunikation
	Indirekt	Brief F und D mit der Aufforderung an Milosevic zu einer friedlichen Lösung, sowie die Stellungnahmen der EU und der Vereinten Nationen	
	Verbal	Fast ausschließlich verbal	Verbal (Konferenz- und Verhand-

Anhang

			lungsdiplomatie, mit Partner stets im direkten verbalen Austausch)
	Nonverbal	Stellungnahmen und Brief	
Interkulturelle Kommunikation (Gudykunst / Hofstede und Burgoon / Hubbard)	Umgang mit Unsicherheit	Anfänglich Unsicherheiten der deutschen Regierung auf Grund einer neuen Situation in veränderter internationaler Umwelt, jedoch sehr schnell eigenen Weg gefunden, Überwindung der Unsicherheit	Anfängliche Unsicherheit bezüglich der Entsendung deutscher Soldaten, jedoch von der Sache und Zusage an USA überzeugt
	High-Kontext vs Low-Kontext	High context	High context international, da alle gleiche infos, national eher low, da Klärungsbedarf über Umfang des Einsatzes
	Zeitverständnis	Lineares Zeitverständnis	Lineares Zeitverständnis
	Individualismus vs Kollektivismus	Kollektiv orientiert, jedoch oftmals mit individualistischen Partnern konfrontiert	Kollektivistisch orientiert im internationalen Umfeld
	Kommunikationserwartung	Hohe eigene Erwartung an Vermittlungsversuche, ebenso von Seiten der Bevölkerung, von weiteren internationalen Partnern eher gering, da bislang keine Erfahrungen mit D als bestimmender Faktor im internationalen Konfliktmanagement	Hohe Ansprüche an Vermittlungsversuche, Petersberger-Konferenz, gegenüber eigener Bevölkerung Versuch der Vermittlung des Einsatzes, gegenüber Partnern klare Unterstützungszusage
	Wissenstransfer innerhalb der Leadership-Ebene	Guter Wissenstransfer innerhalb der Bundesregierung, gute Abstimmung zwischen BK und Amin, ab und zu Abstimmungsschwierigkeiten mit den Partnern (EU, USA)	Sehr gut, abgestimmte Kommunikation zwischen Amin und Kanzler

Fallstudienübersicht – USA

1. Dimension		Haiti	Irak
politikwissenschaftlich: kommunikationswissenschaftlich: Konfliktmanagement:	Machtverhältnisse und Führungsstil Kontext der Kommunikation Zielorientierung		
Modell	Ausprägung		
Power-Relationships / Dimensionen von Macht	Anwendung von Gewalt	Intervention	Krieg
	Miteinsatz	Sanktionen, Embargos, Verhandlungen, Abkommen, Militär	Sanktionen, Embargos (UNSC) Militär
	Positionierung im internationalen System	USA als Ordnungsmacht in der Region, Vertretung eigener Interessen	USA als „Hüter des Friedens und der Freiheit“, Vertretung der eigenen Interessen / Werte, keine Legitimation durch den UNSC
	Beziehung zu Partnern / Gegnern	Angespanntes Verhältnis auch zwischen Verhandlungspartnern	Historisch bedingt schlechtes Verhältnis zu S. Hussein
	Überzeugungsmacht und Grad des Einflusses	großer Einfluss auf Grund Überlegenheit	Versuch der Verhandlungen blieb aus, Überzeugung durch militärische Stärke
	Charisma und Reputation	Nicht vorhanden, da Präsident selbst kaum aktiv beteiligt	Nicht vorhanden, außenpolitische Reputation Amin und Berater
	Gestaltungswille	Wille zur Behebung der Probleme, unzureichende Vorbereitung und Unterschätzung des Konfliktpotentials	Unabdingbarer Wille zur Verbreitung von Demokratie und Frieden, regionale Stabilität durch Absetzung des Regimes
Verhältnis der Akteure (Hill)	gleichberechtigte Akteure		
	untergeordnete Ressortminister (Akteure)		Zwar Präsident federführend, jedoch Minister und Berater mehr Erfahrung
	etablierte Ressortminister	Tendenziell, da Prä-	

Anhang

	(Akteure)	sident sehr zurückhalten und unerfahren	
Leadership – Rollen (Barber)	Arbeitsstil: aktiv / passiv	Tendenziell passiv	Sehr aktiv, Inanspruchnahme aller Möglichkeiten des Amtes
	Einstellung gegenüber dem Amt: positiv / negativ	Positive Einstellung, Gestaltungswille	Positive Einstellung unter Maxime der Zielerreichung und des Interessenkalküls

2. Dimension			
politikwissenschaftlich: kommunikationswissenschaftlich: Konfliktmanagement:	Strategie & Politikstil Inhalt der Kommunikation situative Interpretation des Konfliktes		
Modell	Ausprägung		
außenpolitische Orientierung / Rolle	Ideologische Ausrichtung (Realpolitik, Idealpolitik, Internationalismus, Isolationismus)	Realpolitisch, multilateral, meist konsensorientiert	Zum Teil idealpolitisch, isolationistisch, konfrontativ
	Rollenverständnis	Ordnungsmacht	Ordnungsmacht
Bevorzugte Mittel der Konfliktlösung (Konfliktbarometer)	Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofes		
	militärische Intervention	Zwei Operationen	
	Krieg		Krieg
	Diplomatie / Verhandlungen	Langwierige Verhandlungen auch international	Keine direkten Versuche, lediglich über int. Organisationen
	Abkommen / Verträge	Zwei Abkommen	Keine
	Internationale Organisationen	UNO und OAS	UNO und IAEA
Art der Strategie	offensiv (Implementierung politischer Inhalte, große Zielgruppe)	Offensive Interessenpolitik unter Verbindung zweier unterschiedlicher Ziele: Regimewechsel und Flüchtlingsproblem	Offensive Interessenpolitik unter dem Schlagwort Krieg gegen den internationalen Terrorismus und Zerstörung von Massenvernichtungswaffen
	defensiv (legitime Verteidigung von Zielen)		
Spieltheorie im Rahmen internationaler Kooperation	Koordinationsspiel mit Verteilungskonflikt	US sehen Anreiz, sich aus int. Gemeinschaft auszugliedern um vitale	

		Interessen zu vertreten	
	Koordinationspiel ohne Verteilungskonflikt		
	Dilemmaspiel		
	Überzeugungs- Rambospiel	Zu Ende des Konflikts	Sowohl vor den VN als auch gegenüber dem Irak
Strategie - Konflikt-Modell (Jäger)	Primacy	Tendenziell Durchsetzung eigener Interessen der USA	Durchsetzung eigener Interessen der USA, Vormachtstellung in der Region
	Restraint		
	Balance of Power		
	Allegiance		
	Collective Security		
Politischer Stil (Fagagnini)	Konflikt-Stil	Clinton konfrontiert mit unterschiedlichen „Gegnern“	Von Beginn an auf Konflikt angelegt
	Kompromiss-Stil		
	Wettbewerbs-Stil		
	Synthese-Stil	Zu Beginn	
3. Dimension			
politikwissenschaftlich: kommunikationswissenschaftlich: Konfliktmanagement:	Kommunikationsstil Kommunikationsprozess auf Akteursebene individuelle, persönliche Unterschiede		
Modell	Ausprägung		
Beachtung der Öffentlichen Meinung	Delegates		
	Pragmatists		
	Executors		
	Guardians	Obwohl sonst eher Rücksicht auf öffentliche Meinung	Berücksichtigung der öffentlichen Meinung als Grundlage für Überzeugungsretorik
Sprachstrategie und rhetorische Mittel	Basisstrategie	Basisstrategie zur Kommunikation verschiedener Inhalte innerhalb einer Krise	
	Kaschierstrategie		Verschleierung von Erkenntnissen, Fälschung

Anhang

			von Beweismaterialien
	Konkurrenzstrategie		
Art der Kommunikation	direkt		Durch öffentliche Auftritte, fast nie mit Verhandlungsführern des Irak
	indirekt	Clinton nur durch Verhandlungsführer	
	verbal	Stellungnahmen und selten auch Telefonat	Stellungnahmen, Reden, Ansprachen
	nonverbal		
Interkulturelle Kommunikation (Gudykunst / Hofstede und Burgoon / Hubbard)	Umgang mit Unsicherheit	Unsicherheit auf Grund Fehleinschätzung der Situation	Sehr von sich überzeugt
	High-Kontext vs Low-Kontext	Low context, da wenig Vorwissen auf beiden Seiten	High-Kontext, da bereits Erfahrungen mit dem Irak, lange Verhandlungen internationale und genaue Einschätzung der Situation zu Beginn (Ausuferung erst nach weiteren Jahren)
	Zeitverständnis	Linear, jedoch Haitianisches Verständnis anders	Linear
	Individualismus vs Kollektivismus	Individualistisch USA – Kollektivistisch geprägt Haiti	Individualistisch USA – Kollektivistisch geprägt Irak trotz innerer Spaltung
	Kommunikationserwartung	USA hohe Erwartung an Verhandlungen, Vermeidung militärische Intervention	Erwartung an Kommunikation, dass militärische Intervention legitimiert und verstanden
	Wissenstransfer innerhalb der Leadership-Ebene	Schlecht, gesplittete Führung	Sehr gut abgestimmt, alle auf Seiten des Präsidenten

Fallstudienübersicht – Russland

1. Dimension		Tschetschenien	Georgien
politikwissenschaftlich: kommunikationswissenschaftlich: Konfliktmanagement:	Machtverhältnisse und Führungsstil Kontext der Kommunikation Zielorientierung		
Modell	Ausprägung		
Power-Relationships / Dimensionen von Macht	Anwendung von Gewalt	Militärische Intervention	Eher indirekte Gewalt gegenüber der georgischen Bevölkerung in russischen Städten
	Mitteleinsatz	Wirtschaftliche Sanktionen und Militär, wenig Diplomatie	Wirtschaftliche Sanktionen, Propaganda
	Positionierung im internationalen System	Präsident wechselnde Stärke im eigenen System, international immer mehr verurteilt und unter Druck gesetzt	Russland überlegen, kämpft an unterschiedlichen Fronten: gegen Einfluss der NATO / Westen, Georgien selbst, separatistische Bemühungen Abchasien, Südossetien
	Beziehung zu Partnern / Gegnern	Keinerlei positive Verbindungen, weder zu Tschetschenen noch zu unmittelbar beteiligten Nachbarn	Anfänglich gute Beziehung zu Saakaschwili
	Überzeugungsmacht und Grad des Einflusses	Selbstbild: großer Einfluss auf Grund von Stärke und Übermacht, sehr schnell zerstört	Wenig Möglichkeit des Einflusses, da Abspaltung von GUS erwünscht und Georgien bereits souv. Staat
	Charisma und Reputation	Keinerlei Reputation in Bezug auf Konfliktlösung	Gering, da historisch ethische Spannungen das Verhältnis belasten
	Gestaltungswille	Wille zur friedlichen Lösung nicht erkennbar, zur militärischen jedoch schon	Putin will Georgien in GUS behalten, Angst vor Machtverlust
Verhältnis der Akteure (Hill)	gleichberechtigte Akteure	Präsident bestimmend, ständiger Personalwechsel	sofern Außen- und Verteidigungsminister an Entscheidungen beteiligt
	untergeordnete Ressortminister (Akteure)		

Anhang

	etablierte Ressortminister (Akteure)		
Leadership – Rollen (Barber)	Arbeitsstil: aktiv / passiv	Aktiv, aber negative behaftet, passiver Diplomatiestil	Aktiver Arbeitsstil Putins
	Einstellung gegenüber dem Amt: positiv / negativ	Für sich positive Einstellung zum Amt, von außen: Amtsmissbrauch	Wille zur Gestaltung der Beziehungen, enge Anbindung an Moskau
2. Dimension			
politikwissenschaftlich: kommunikationswissenschaftlich: Konfliktmanagement:	Strategie & Politikstil Inhalt der Kommunikation situative Interpretation des Konfliktes		
Modell	Ausprägung		
außenpolitische Orientierung / Rolle	Ideologische Ausrichtung (Realpolitik, Idealpolitik, Internationalismus, Isolatismus)	Keine Richtung erkennbar, wenn sehr imperialistische Tendenzen	Tendenziell idealpolitisch und imperialistisch
	Rollenverständnis	Ordnungsmacht im Kaukasus	Ordnungsmacht im Kaukasus
Bevorzugte Mittel der Konfliktlösung (Konfliktbarometer)	Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofes		
	militärische Intervention	Durch Russland	Im Rahmen der Peace-Keeping Einsätze
	Krieg	Ja	
	Diplomatie / Verhandlungen	wenig, erst nach aussichtsloser militärischer Intervention und Geiselnahmen von Seiten der Tschechenen	Gespräche zwischen Präsidenten, jedoch von vorneherein ohne Aussicht auf Erfolg, dann Abbruch der Gespräche
	Abkommen / Verträge	Ja, aber nicht wirklich als Lösung, da kein Passus zu künftigem Status	Keine
	Internationale Organisationen	erst in der Schlussphase (OSZE – Beobachter, Druck durch EU und UN)	im Rahmen der UNMIG Mission
Art der Strategie	offensiv (Implementierung politischer Inhalte, große Zielgruppe)	sehr offensive Verteidigung eigener Interessen ohne wirkliche strategische Ausrichtung	offensive Propaganda des Ziels der Eingliederung Südossetiens und Abchasiens in GUS
	defensiv (legitime Verteidigung von Zielen)		
Spieltheorie im Rahmen	Koordinationspiel mit Ver-		zwar Unterstützung

Anhang

internationaler Kooperation	teilungskonflikt		der Regionen, jedoch Georgien ein souveräner Staat mit guten Beziehungen zu EU, NATO, OSZE
	Koordinationspiel ohne Verteilungskonflikt		
	Dilemmaspiel		
	Überzeugungs- Rambospiel	Durchsetzung der eigenen Interesse	
Strategie - Konflikt-Modell (Jäger)	Primacy	Kampf um die Vormachtstellung in der Region, Verhinderung der Abspaltung und Unabhängigkeit der Tschetschenischen Republik	Tendenziell, da Lösung des Problems angestrebt ohne internationale Vermittlung und Sicherung der Vormachtstellung im Kaukasus
	Restraint		
	Balance of Power		
	Allegiance		
	Collective Security		
Politischer Stil (Fagagnini)	Konflikt-Stil	Auf Konflikt ausgelegt, keinerlei Verhandlungs- oder Kompromissbereitschaft, erst gegen Ende des Konflikts	Gezielt immer wieder Provokation und aggressive Reaktion auf provozierende Gesten Georgiens
	Kompromiss-Stil		
	Wettbewerbs-Stil		
	Synthese-Stil		
3. Dimension			
politikwissenschaftlich: kommunikationswissenschaftlich: Konfliktmanagement:	Kommunikationsstil Kommunikationsprozess auf Akteursebene individuelle, persönliche Unterschiede		
Modell	Ausprägung		
Beachtung der Öffentlichen Meinung	Delegates	Versuch der Überzeugung der Bevölkerung durch Propaganda	
	Pragmatists	Spielt nicht wirklich eine Rolle, da der Präsident entscheidet und auch Misstrauensanträge überstanden hat	
	Executors		

Anhang

	Guardians		
Sprachstrategie und rhetorische Mittel	Basisstrategie		
	Kaschierstrategie	Propaganda, Desinformation, Stereotypisierung, Aufbau von Feindbildern, Falschmeldungen	Teilweise Vorspiegelung falscher Tatsachen und Übertreibung zum Aufbau eines Feindbildes
	Konkurrenzstrategie		
Art der Kommunikation	direkt	Nur über Reden und Stellungnahmen	Im bilateralen Gespräch
	indirekt	Meist indirekt über Ansprachen und Erklärungen	Über Dekrete, Erlasse
	verbal	Verbal vermittelt, Jellzin nie selbst verhandelt	Meistens
	nonverbal		
Interkulturelle Kommunikation (Gudykunst / Hofstede und Burgoon / Hubbard)	Umgang mit Unsicherheit	Angst vor Eskalation > militärische Intervention, Unsicherheit erst nach anfänglichem militärischen Versagen	
	High-Kontext vs Low-Kontext		
	Zeitverständnis	Linear, aber Zeitdruck	
	Individualismus vs Kollektivismus	Keinerlei kollektivistische Orientierung	
	Kommunikationserwartung	Gering, militärische Stärke vorrangig	
	Wissenstransfer innerhalb der Leadership-Ebene	Wenig, ständig wechselnde Akteure	

Übersicht diplomatischer Bemühungen der BRD im Jahr 1999

Datum	Inhalt
8.3.1999	Außenminister Fischer in Belgrad
17.3.1999	Verteidigungsminister Scharping Treffen mit Außenminister Michalowa (BUL) in Bonn, Teil der Kontaktgruppe
7.4.1999	Treffen der Kontaktgruppe auf Ebene der politischen Direktoren
8.4.1999	Erklärung des EU-Ministerrates
13.4.1999	Außenminister Fischer in Russland und der Ukraine, persönlicher Appell für gemeinsame Strategie
14.4.1999	Informelles Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs, Vorlage des 6 Punkte Plans von Außenminister Fischer, in der Weiterentwicklung der 5 Punkte Plan zur Friedensinitiative
23.4.1999	<i>Beginn der NATO-Bombardements in Jugoslawien</i>
28.4.1999	Verteidigungsminister Scharping in Moskau, Treffen mit dem Verteidigungsminister sowie dem Sonderbeauftragten Tschernomyrdin
29.4.1999	G8 Treffen der politischen Direktoren
	Staatssekretär des Außenministeriums Ischinger in Moskau, gleichzeitig russ. Sonderbeauftragter Tschernomyrdin in Bonn
5.5.1999	Treffen des U.S.-amerikanischen Präsidenten Bill Clintons und Bundeskanzler Schröder in Deutschland
8.5.1999	Treffen zwischen dem russ. Sonderbeauftragten Tschernomyrdin, dem Präsidenten der (inoffiziellen) Republik Kosovo Rugova und Bundeskanzler Schröder in Bonn
9.5.1999	Außenminister Fischer erneut in Bulgarien und Mazedonien, Bitte um Unterstützung der Nachbarländer
10.5.1999	Treffen des WEU-Ministerrat in Bremen auf Ebene der Außenminister
12.5.1999	Innenminister Schily in Mazedonien und Albanien
17.5.1999	Außenministerkonferenz der EU
24.5.1999	Verteidigungsminister Scharping in Skopje und Tirana
31.5.1999	EU-Außenministertreffen
1.- 2.6.1999	Treffen zwischen dem russ. Sonderbeauftragten Tschernomyrdin, dem EU-Sonderversmittler Ahtisaaris und dem U.S.-amerikanischen Vermittler Talbott in Bonn

Anhang

3.6.1999	<i>Jugoslawien akzeptiert en G8-Plan</i>
7.-8-6-1999	Beratung der G8 in Bonn auf Ebene der Außenminister
10.6.1999	Militärisch-technisches Abkommen zwischen der NATO und Jugoslawien tritt in Kraft, NATO-Rat suspendiert die Luftangriffe
11.6.1999	Bundestagsmandat für die deutsche Beteiligung an der KFOR-Mission

Propaganda der russischen Regierung

Kommunikative Handlungen des Präsidenten Boris Jelzin in Zusammenhang mit dem Krieg in Tschetschenien, 1994-1997

Datum	Inhalt
Juli 1994	Verschärfung der russischen Propaganda mit der Behauptung, tschetschenische Rebellen hätten rund 15 Milliarden US\$ für illegale Waffenkäufe und Drogenhandel missbraucht, die von der Russischen Föderation gezahlt worden seien
9.12.1994	Dekret Jelzins zur Rechtfertigung der militärischen Intervention, das die Unterwerfung der Tschetschenen anordnet
18.12.1994	Ablehnung des Verhandlungsangebotes von Seiten Dudajews
21.12.1994	Aufruf Präsident Jelzins an das tschetschenische Volk mit dem deutlichen Verweis auf das Ziel der Wiedereingliederung der Republik in die Russische Föderation unter Wahrung und Wiederherstellung der Menschen- und Bürgerrechte. Zugleich erfolgt der Verurteilung des Vorgehens Dudajews
27.12.1994	Erneute Verteidigung und Rechtfertigung der Invasion, da die Regierung Dudajews illegal sei und die russischen Truppen von Einsätzen gegen die Zivilbevölkerung Abstand nehmen
16.1.1995	TV-Ansprache des Ministerpräsidenten Tschernomyrdins mit der Botschaft, dass sich die Intervention nicht gegen die Zivilbevölkerung richtet, sondern gegen die kriminellen Elemente und die auf Grund der Ablehnung weiterer Verhandlungen durch Dudajew
16.2.1995	Rede Jelzins vor dem Föderationsrat mit der Aussage, dass die Intervention
26.4.1995	Ankündigung Jelzins, den KSZE-Vertrag wenn nötig zu brechen, da die Truppen im Kaukasus lediglich die Reaktion auf die NATO-Osterweiterung darstellten
8.5.1995	Auf Grund der schlechten internationalen Presse und des wachsenden Druckes verhängt Moskau eine Nachrichtensperre gegenüber Journalisten in Bezug auf Tschetschenien
15.6.1995	Erklärung Jelzins an die Bevölkerung in Zusammenhang mit der Geiselnahme in Budjonnowsk
18.6.1995	Jelzin verbreitet im Rahmen des G8-Treffens in Halifax, welches er trotz der Geiselnahme besuchte, die Desinformation, Dudajew habe die Türkei um Asyl gebeten. Sowohl sein eigener Ministerpräsident Tschernomyrdin als auch die Türkei erklärten nach dieser öffentlichen Stellungnahme Jelzins die Aussage für falsch

Anhang

4.7.1995	Dekret Jelzins mit dem Erlass der Stationierung von Truppen in Tschetschenien, was dem KSE-Vertrag widerspricht (Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa) mit der Begründung der Eindämmung der rebellischen Bewegung
21.7.1995	Eine erneute Falschmeldung der russischen Regierung bezüglich einer einheitlichen Stellungnahme der russischen Föderation hinsichtlich des künftigen Status Tschetscheniens soll Einheit nach außen demonstrieren
3.8.1995	TV-Ansprache Jelzins mit der Ablehnung der Verleihung der Souveränität an die tschetschenische Republik und der weiteren Zugehörigkeit zur Russischen Föderation
15.1.1996	Im Rahmen der Geiselnahme von Kisljar verbreitet die russische Regierung unter Berufung auf den Geheimdienst die Falschmeldung der Ermordung aller Geiseln durch tschetschenische Rebellen.
23.1.1996	Jelzin bezeichnet in seiner Rede im Föderationsrat die Widerstandskämpfer als Hauptgefahr für die russische Sicherheit
21.3.1995	TV-Ansprache Jelzins mit der Verkündung eines Friedensplans zu Bedingungen Russlands (indirekte Verhandlungen mit Dudajew, keine Unabhängigkeit, Waffenniederlegung und Kontrolle der Situation durch russische Kommission)
28.5.1996	Jelzin besucht überraschend Grosny und verkündet den Sieg über die tschetschenischen Rebellen, während im Kreml noch die Verhandlungen über ein Abkommen laufen und brüskiert damit die Tschetschenen
29.5.1996	Erneute Provokation durch Jelzin indem er die Parlamentswahlen verlegt und damit früherer, eigener Aussagen widerspricht, dass Wahlen erst eine Einigung über den künftigen Status der Republik vorausgehen soll
10.8.1996	Machtkonzentration durch die demonstrative Auflösung des Tschetschenien-Komitees und der Erweiterung der Kompetenzen seines Vertrauten Lebed
12.5.1996	Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Präsident Jelzin und Präsident Maschadow, der keinen Passus zum künftigen Status der Republik beinhaltet

Übersicht zum Forschungsaufenthalt in Washington D.C.

Um die vorliegende Arbeit auch in der Praxis abzusichern und ein möglichst praxisnahes Modell zu Untersuchung außenpolitischer Kommunikation in westlichen Demokratien generieren zu können, wurden im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes Interviews mit Experten im Bereich Internationale Beziehungen, Außen- und Sicherheitspolitik geführt.

Die nachfolgende Aufstellung zeigt, mit welchen Personen Gespräche geführt wurden. Zudem werden Statements von Referenten angeführt, welche im Rahmen von Veranstaltungen einzelner Think Tanks in Washington D.C. abgegeben wurden.

Interviews

<i>Person</i>	<i>Institution und Funktion</i>	<i>Schwerpunkt</i>	<i>Datum</i>
Prof. Robert J. Lieber	Professor of Government and International Affairs, <i>Georgetown University</i>	Beziehungen zwischen USA und Europa / Middle East	02.11.2006
Prof. Chester A. Crocker	James R. Schlesinger Professor at the School of Foreign Service, <i>Georgetown University</i>	Institute for the Study of Diplomacy Conflict-Management, Mediation, Negotiation	13.11.2006
Prof. Mary Habeck	Associate Professor of Strategic Studies, The Paul H. Nitze School of Advanced International Studies - SAIS - of <i>The Johns Hopkins University</i>	Russland, ehemalige Sowjetunion	13.11.2006
Prof. Thomas Keaney	Executive Director of the Foreign Policy Institute; Executive Director of the Merrill Center for Strategic Studies; Senior Adjunct Professor of Strategic	US-amerikanische Verteidigungspolitik, Strategische Planung, Militärische Macht und	14.11.2006

Anhang

	Studies, The Paul H. Nitze School of Advanced International Studies - SAIS - of <i>The Johns Hopkins University</i>	Strategie, Massenvernichtungswaffen	
Jan Neutze	Assistant Director, Program on Transatlantic Relations, <i>The Atlantic Council of the United States</i>	Transatlantisches Verhältnis Internationale Organisationen (NA-TO)	16.11.2006
Dr. Hans-Dieter Heumann	Politischer Direktor, <i>Deutsche Botschaft in Washington D.C.</i>	Europa Internationale Sicherheitspolitik Internationale Organisationen	21.11.2006
Julianne Smith	Senior Fellow and Deputy Director of the International Security Program, <i>Center for Strategic and International Studies (CSIS)</i>		27.11.2006
Leon Aron	Director of Russian Studies, <i>The American Enterprise Institute</i>	Russische Außenpolitik US-Russische Beziehungen	28.2..2006
Prof. Charles Gati	Senior Adjunct Professor of European Studies; Foreign Policy Institute Fellow , The Paul H. Nitze School of Advanced International Studies - SAIS - of <i>The Johns Hopkins University</i>	Osteuropa, Russland und Länder der ehemaligen Sowjetunion	05.12.2006
Ulf Gartzke	Leiter der Verbindungsstelle Washington der		12.12.2006

Anhang

	<i>Hanns-Seidel-Stiftung</i>		
Prof. Daniel Hamilton	Director of the Center for Transatlantic Relations; Executive Director of the American Consortium on E.U. Studies, The Paul H. Nitze School of Advanced International Studies - SAIS - of <i>The Johns Hopkins University</i>	Europa, Deutschland, Russland, US-Außenpolitik, EU, Transatlantische Beziehungen	13.12.2006

Die Gesprächspartner stammen zum einen aus dem wissenschaftlichen Bereich der Universitäten in Washington D.C., Georgetown und Johns Hopkins. Zum anderen aus den Think Tanks und Stiftungen, die in Washington D.C. ihren Sitz haben und teils großen Einfluss auf das politische Geschehen nehmen können.

Diese Mischung aus Persönlichkeiten des wissenschaftlichen Lebens und Personen mit sehr großem praktischen Bezug ist für das Modell in zweierlei Hinsicht hilfreich:

So wurden die wissenschaftlichen Grundlagen des Modells durch Gespräche mit Professoren unterschiedlicher Fachrichtungen (Politikwissenschaft, historische Wissenschaft, Internationale Beziehungen) untermauert und ergänzt. Die Perspektive der „Professionals“ der einzelnen Think Tanks hat insbesondere die Auswahl der beeinflussenden Faktoren sowie die Überlegungen zu Politik- und Kommunikationsstil nachhaltig beeinflusst.

Die Interview-Partner wurden nach ihren jeweiligen Fachgebieten und regionalen Schwerpunkten ausgewählt. Dabei wurde darauf geachtet, Personen aus einem möglichst breiten Feld (Wissenschaft – Wirtschaft, ideelle Ausrichtung) auszuwählen, sofern diese auch zu einem Gespräch zur Verfügung standen.

Die folgende Übersicht informiert kurz über Veranstaltungen, die für die vorliegende Arbeit relevant waren. Zum Teil konnten hier neue Aspekte aufgegriffen werden, die während der Vorträge oder Diskussionen durch die Referenten erwähnt wurden.

Veranstaltungen

<i>Titel und Veranstalter</i>	<i>Referenten</i>	<i>Datum</i>
<p>Russian Foreign Policy Today: Ideology, Objectives, Tactics -</p> <p><i>The American Enterprise Institute</i></p>	<p>Leon Aron, AEI</p> <p>Fyodor Lukyanov, Russia in Global Affairs</p> <p>Mikhail Margelov, Federation Council, Russia</p> <p>Angela Stent, Georgetown University</p> <p>Elizabeth Stewart, foreign policy advisor, office of Senator Gordon H. Smith</p> <p>Dmitri Trenin, Carnegie Moscow Center</p> <p>Thomas Graham Jr., U.S. National Security</p>	31.10.2006
<p>DaimlerChrysler U.S.-European Forum on Global Issues Political Change in Europe and America and Its Impact on the Alliance –</p> <p><i>The Brookings Institution</i></p>	<p>Philip H. Gordon</p> <p>Senior Fellow, The Brookings Institution</p> <p>Thomas E. Mann</p> <p>Senior Fellow, The Brookings Institution</p>	02.11.2006

	<p>Charles Grant Director, Centre for European Reform, London</p> <p>Christoph Bertram Former Director, German Institute for International & Security Affairs</p> <p>Nicolas de Boisgrollier Visiting Fellow, Center on the United States and Europe, The Brookings Institution</p>	
<p>The Role and Record of the OSCE in Negotiating Post- Soviet 'Frozen Conflicts` - <i>Woodrow Wilson International Center for Scholars</i></p>	<p>Stephen Minikes, former U.S. Ambas- sador to the Organization for Security and Co-operation in Europe (2001- 2005)</p>	<p>06.11.2006</p>
<p>The Collapse of the Soviet Un- ion: Lessons for Contemporary Russia - <i>The American Enterprise Insti- tute</i></p>	<p>Yegor Gaidar, President of the Insti- tute of the Economy in Transition</p>	<p>13.11.2006</p>
<p>The Truth Is Our Weapon: The Rhetorical Diplomacy of Dwight D. Eisenhower And John Foster Dulles – <i>Woodrow Wilson International Center for Scholars</i></p>	<p>Chris Tudda, Historian in the Declassi- fication and Publishing Division in the Office of the Historian, Department of State</p>	<p>15.11.2006</p>

<p>What Lies Beneath? U.S. Foreign and Domestic Policy after the 2006 Elections - <i>The American Enterprise Institute</i></p>	<p>Leon Aron, AEI Dan Blumenthal, AEI Frederick W. Kagan, AEI Danielle Pletka, AEI Michael Rubin, AEI Gary J. Schmitt, AEI</p>	<p>20.11.2006</p>
<p>Hobbesian Peace: Sources of Failure in the Nation Building "Success" Story in Kosovo – <i>Woodrow Wilson International Center for Scholars</i></p>	<p>Whit Mason, Author and Former Public Affairs Strategist for the United Nations Mission in Kosovo</p>	<p>29.11.2006</p>
<p>The Future of Russian Energy Policy – <i>The Brookings's Institution</i></p>	<p>Vladimir Milov President, Institute of Energy Policy, Moscow; Former Deputy Energy Minister, Russian Federation</p>	<p>30.11.2006</p>

Erklärung

Hiermit erkläre ich, Maria Dorn, geboren am 8. Mai 1980, dass ich bis dato keinen akademischen Doktorgrad zu erwerben versucht habe.

Ich versichere,

- dass die Dissertation selbständig angefertigt wurde, außer den im Schriftenverzeichnis sowie den Anmerkungen genannten Hilfsmitteln keine weiteren benützt und die Herkunft der Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Werken übernommen sind, bezeichnet wurden,
- dass die Dissertation nicht bereits in derselben oder einer ähnlichen Fassung an einer anderen Fakultät oder einem anderen Fachbereich zur Erlangung eines akademischen Grades eingereicht wurde,
- dass ich nicht schon an einer Hochschule der Bundesrepublik den philosophischen Doktorgrad erworben oder den Erwerb dieses Grades erfolglos versucht habe.

Passau, 25.04.2007

Maria Dorn